Die englische Arbeiterpartei

Ein Beitrag zur Geschichte und Theorie der politischen Arbeiterbewegung in England

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Würde eines Doktor rer. pol.

vorgelegt der

Großherzoglichen Albert-Ludwigs-Universität zu Freiburg i. Br.

von

Gerhart Güttler

aus Reichenstein i. Schl.

Jena
Gustav Fischer
1914

Diss. Freiburg i/B.

56698

Die englische Arbeiterpartei

Ein Beitrag zur Geschichte und Theorie der politischen Arbeiterbewegung in England

---

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Würde eines Doktor rer. pol.

vorgelegt der

Großherzoglichen Albert-Ludwigs-Universität zu Freiburg i. Br.

von

Gerhart Güttler

aus Reichenstein i. Schl.

Jena
Gustav Fischer
1914

Alle Rechte vorbehalten

Fürstlich priv. Hofbuchdruckerei (F. Mitzlaff) Rudolstadt

Meiner Mutter

»This that they call the organisation of Labour is the universal vital problem of the world. It is the problem of the whole future for all who will in future pretend to govern men«. Carlyle.

Die vorliegende Arbeit behandelt, wie ihr Untertitel anzeigt, nicht allein die Labour Party. Diese ist ein verhältnismäßig junges Parteigebilde; ihr gingen andere politische Organisationen der englischen Arbeiter, ihr ging die große Chartistenbewegung voran. Der Verfasser hatte ursprünglich die Absicht, eine zusammenhängende Darstellung der Geschichte der politischen Arbeiterbewegung in England und der sie bewegenden Theorien zu geben, die bis dahin in keiner geeigneten Form existierte. Das Erscheinen des Buches von M. Beer, »Geschichte des Sozialismus in England«, Stuttgart 1913, das einen großen Teil der Pläne des Verfassers vorwegnahm und das herauskam, als die Vorarbeiten des Verfassers im wesentlichen abgeschlossen waren, veranlaßte denselben zu erheblichen Kürzungen und bewog ihn, sich im wesentlichen auf die nachchartistische Zeit zu beschränken, die von Beer nur kurz behandelt wird.

In der Einleitung der vorliegenden Arbeit versucht nun der Verfasser, die Arbeiterbewegung Englands in den allgemeinen Zusammenhang der Entwicklung Englands zur Demokratie, zum »sozialen Staate«, die das 19. und das beginnende 20. Jahrhundert kennzeichnet, hineinzustellen. Es folgt die Darstellung der Geschichte der politischen Arbeiterbewegung in England, die der Verfasser in vier Perioden schied, von denen die erste aus dem angegebenen Grunde, die zweite wegen ihrer geringen Bedeutung kurz behandelt wurden. Die Darstellung wird breiter, je mehr sie sich der Gegenwart nähert. Die allerjüngsten Ereignisse in der englischen Arbeiterbewegung, über die die Diskussion noch nicht abgeschlossen ist, sind dagegen nur kurz gestreift worden. Im zweiten Teil versucht der Verfasser den Gedankengehalt der modernen politischen Arbeiterbewegung Englands herauszuschälen. Die Theorien J. R. Macdonalds, des Führers der Labour Party, und

das soziale Programm der Labour Party gelangen eingehend zur Besprechung. Der Schluß sucht die Bedeutung der labouristischen Ideen für die Entwicklung Englands klarzustellen.

Die Arbeit entstand gelegentlich wiederholter Aufenthalte des Verfassers in England in den Jahren 1910 bis 1913. Das Material fand er zum größten Teile in der unvergleichlichen Bibliothek des British Museum. Daneben benutzte er die ihm freundlichst zur Verfügung gestellten Bibliotheken der London School of Economics and Political Science, der Royal Statistical Society zu London, der Union Society zu Cambridge. Für die ihm von der Labour Party überlassenen Protokolle, Flugschriften, Zeitungen usw. ist der Verfasser ihrem Sekretär Mr. Arthur Henderson M. P., sowie dem zweiten Sekretär Mr. J. S. Middleton zu Dank verpflichtet, besonders Herrn Middleton, der dem Verfasser mündlich wie schriftlich auf alle seine Fragen stets in der liebenswürdigsten Weise Auskunft gab. Der Dank des Verfassers richtet sich auch an alle übrigen, die ihn bei seiner Arbeit mit Rat und Tat unterstützten, besonders an Mr. Sidney Webb und seine liebenswürdige Gemahlin, an Mr. E. R. Pease, den Sekretär der Fabier, an Mr. Philip Snowden M. P., an Mr. Clifford Allen vom Daily Citizen, Sekretär der University Socialist Federation, und — last not least — an seine Freunde und Studienkameraden Herbert D. Henderson (Glasgow) und J. H. Burn (Barnard Castle). — Herrn Professor von Schulze-Gävernitz sei auch bestens gedankt für das Interesse, welches er dieser Arbeit entgegenbrachte, und für die wohlwollende Förderung der Pläne des Verfassers. —

Der Verfasser hat sich sorgfältig bemüht sine ira et studio zu schreiben. Wenn es ihm gelungen ist, einerseits ein Bild von der Entwicklung der politischen Arbeiterbewegung zu geben und die Komplexität der diese Entwicklung bedingenden Elemente, die allen einseitigen Konstruktionen trotzt, aufgedeckt zu haben, andererseits Wesen und Ziele des Labourismus, der heute die englische Arbeiterwelt beherrscht, aber eine über den Kreis der Arbeiterklasse hinausgehende Bedeutung besitzt, klargelegt zu haben, so hat er seinen Zweck erreicht.

Von einem Vergleich der deutschen mit der englischen Arbeiterbewegung ist, abgesehen von kurzen Bemerkungen und der Gegenüberstellung der wichtigsten historischen Daten (vgl. Beilage 3) abgesehen worden. Es erübrigt sich, darauf hinzuweisen, wie grundverschieden die politischen Organisationsformen und die politische Bildung, wie die »soziale Kultur« des einzelnen in Deutsch-

land im Vergleich zu England ist. Mag England unser älterer Bruder in vieler Hinsicht sein, so müssen wir uns doch schwer davor hüten, das, was in England passend erscheint, auf unsere so grundverschiedenen Verhältnisse übertragen zu wollen.

Aber eines sollte uns die englische Entwicklung wenigstens lehren: mit der Zunahme der tatsächlichen politischen Macht der unteren Klassen bei gleichzeitigem Fortschritt in der allgemeinen, besonders der politischen Bildung, schwindet der Revolutionarismus der Arbeiterbewegung. Der »innere Feind«, der durch Ausnahmegesetze nicht vernichtet wird, hört auf zu existieren, sobald die Arbeiter tatsächlichen Anteil an der Regierung erhalten. Abstrakte Formen genügen aber nie und nimmer zur Festsetzung dieses Anteils, seitdem uns das 19. Jahrhundert historisch denken gelehrt hat.

Reichenstein, im März 1914.

Gerhart Güttler.

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41545322_0019

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Vorwort V

Einleitung. Wandlungen in den politischen und sozialen Grundanschauungen der beiden großen Parteien. — Die Entwicklung Englands zur Demokratie. — Der Zusammenhang zwischen Liberalismus und Arbeiterbewegung 1

Erstes Buch. Geschichte der politischen Arbeiterbewegung in England 25

1. Kapitel. Die revolutionäre Periode der Arbeiterbewegung. (bis ca. 1850) 27
2. Kapitel. Die gewerkschaftlich-liberale Periode der Arbeiterbewegung (1850 bis ca. 1885) 38
3. Kapitel. Die sozialistische Bewegung der achtziger Jahre. Der Neue Trade Unionismus. Die Independent Labour Party. (1880 bis 1900) . . 59
4. Kapitel. Das Labour Representation Committee (1900—1906) und die Labour Party (seit 1906) 88

Zweites Buch. Gedankengehalt des Labourismus 123

1. Kapitel. Grundlinien des Sozialismus James Ramsay Macdonalds . . 125
Macdonalds Stellung als Theoretiker des Labourismus. Seine Schriften.

A. Die evolutionistische Grundlage 128

B. Demokratie und Sozialismus 136

a) Die Vollendung der politischen Demokratie 136
b) Der Staat und das Wirtschaftsleben 142

2. Kapitel. Die Hauptforderungen des Labourismus. (Das soziale Programm der Labour Party.) — Der unbestimmte Charakter der englischen Parteipolitik. — Gründe für das Fehlen eines systematischen Programms bei der Labour Party. — Der innere Zusammenhang der labouristischen Forderungen 148

A. Reform des Arbeitsvertragsrechts 154

a) Das Prinzip des »Lohnes zum Leben« als Grundlage des Arbeitsvertrags 154
b) Lohnämter und Einigungsämter (Schiedsgerichte) 160
1. Lohnämter 160
2. Einigungsämter 165

B. Verhütung der Arbeitslosigkeit 171
C. Reform des Armenrechts (Verhütung der Armut) 177
D. Das sozialistische Endziel des Labourismus 184

Schluß. Rückblick. — Die Bedeutung der labouristischen Forderungen für die weitere Entwicklung Englands . . . 193

Anhang 203
Beilage 1. Wechsel der Parteien in der Regierung seit 1832 . . . 205
Beilage 2. Anzahl der Mitglieder der einzelnen Parteien seit 1868 . . 206
Beilage 3. Vergleich der Hauptdaten in der Arbeiterbewegung Englands und Deutschlands seit 1868 207
Beilage 4. Statistisches zur Entwicklung der Arbeiterpartei 209
Beilage 5. Verfassung der Arbeiterpartei 210

Einleitung.

Wandlungen in den politischen und sozialen Grundanschauungen der beiden großen Parteien des englischen Parlaments. Die Entwicklung Englands zur Demokratie. Der Zusammenhang zwischen Liberalismus und Arbeiterbewegung.

Die Bedeutung der sozialpolitischen Gesetzgebung des Ministeriums Asquith. — Die großen Streiks der letzten Jahre. — Bedeutung der demokratischen Bewegung für die Arbeiterbewegung. — Die drei Perioden, in welche wir die soziale Geschichte Englands im 19. Jahrhundert zerlegen können. — Aufstieg und Höhepunkt des manchesterlichen Liberalismus. — Das soziale Problem löst neue Entwicklungstendenzen aus. — Konservative als Verkündiger der Demokratie. — Der Antagonismus zwischen Imperialismus und Sozialreform. — John Stuart Mill und die Entstehung des neuen Liberalismus. — Der Caucus und seine Bedeutung. — Die Radikalen gehen zu den Konservativen über. — Das Newcastle-Programm. — Die Stellung der Arbeiterpartei.

England[1]) hat schon lange aufgehört, das Kanaan der jungen Nationalökonomen zu sein, insbesondere derer, die sich zu sozialpolitischen Studien hingezogen fühlen. Mit Riesenschritten ist unser Vaterland dem älteren Bruder jenseits des Kanals nachgeeilt, und gleiche Achtung heischend steht heute der Deutsche neben dem Briten in der Welt. Seit den Tagen, da Marx und Engels in England forschten und der politische wie der ökonomische Gesichtskreis des »Deutschen« noch ein eng begrenzter war, ist der neudeutsche Industriestaat emporgewachsen, nach außen eine Welt-

[1]) Das Wort „England" wird im Text dem deutschen Sprachgebrauch gemäß durchweg auch an Stelle von „Großbritannien" gebraucht.

macht, nach innen ein unendlich kompliziertes Gebilde, das dem Forscher eine unerschöpfliche Fülle sozialer Probleme bietet. Unsere Gewerkschaftsbewegung steht der englischen an Bedeutung wenig nach; ihre musterhafte Organisation wird von den englischen Gewerkschaften eifrig studiert[1]). Unsere sozialdemokratische Partei ist, wenigstens was die Zahl ihrer Mitglieder anbetrifft, die mächtigste Arbeiterpartei aller Länder.

Trotzdem haben die sozialen Verhältnisse Englands für uns weder an Interesse eingebüßt, noch an Bedeutung verloren. England ist noch immer »dieses überraschende Land, das zum Nutzen der übrigen Welt einen großartigen Versuch anzustellen scheint«[2]). England bleibt das klassische Land zum Studium der Entwicklung des modernen Kapitalismus und des modernen Demokratismus, es bleibt das von Brentano[3]) gepriesene »Laboratorium zur Prüfung ökonomischer Lehren«, in dem politische und soziale Experimente zum Nutzen der übrigen Welt angestellt werden. In diesem demokratischsten Lande Europas werden Gesetze nicht »gemacht«, noch »gegeben« — sie entstehen, sie wachsen, sie verändern sich auch langsam. Im Engländer lebt immer noch etwas vom alten Bauern[4]), der allen Erkenntnissen der Wissenschaft trotzt und sich lieber nach den überlieferten Wind- und Wetterregeln richtet, die er und seine Vorfahren selbst erprobt haben. So steht er neuen Ideen zunächst stets ablehnend gegenüber, und lange Zeit dauert es, bis weitreichende Neuerungen auf politischem Gebiete Gesetz werden, dadurch daß sie — und nur so ist es unter der Demokratie möglich — die breite Masse für sich gewinnen.

Um so mehr werden gerade jetzt unsere Augen unaufhörlich auf die Ereignisse in England gelenkt. Wer der Entwicklung der sozialen und politischen Verhältnisse im britischen Inselreich während der letzten Jahrzehnte mit Aufmerksamkeit gefolgt ist,

---

[1]) Vgl. z. B. den ausführlichen Bericht über die Tätigkeit der deutschen Gewerkschaften im Protokoll des 43. Gewerkschaftskongresses zu Sheffield 1910, S. 95—105.

[2]) Sismondi, Nouveaux Principes d'Economie politique, 2. A., 1827, S. IV.

[3]) Vgl. L. Brentano, Arbeitergilden der Gegenwart, I, S. 7. — Brougham Villiers, The Socialist Movement 1908, S. 181. „British politics are politics of experiment."

[4]) Chamberlayne „State of Great Britain" 1737 berichtet noch, daß es in England mehr „freeholders" als in irgendeinem anderen Lande Europas gebe. Er rühmt ihre Kriegstüchtigkeit, hebt aber zugleich ihre Unwissenheit, ihre Schwerfälligkeit und ihre Abneigung gegen irgendwelche Veränderungen ihrer Lebensgewohnheiten hervor (l. c. S. 60).

der weiß, daß diese kurze Spanne Zeit für die innere Entwicklung Englands eine historisch äußerst bedeutsame Periode darstellt, welche in ihren Ergebnissen geradezu eine Umwälzung in den politischen und sozialen Anschauungen der breiten Masse des englischen Volkes, vor allem auch in den Grundsätzen der England beherrschenden liberalen Partei offenbart.

Die Geschichte der liberalen Partei von Cobden bis Lloyd George[1]) ist wohl das interessanteste Stück Parteigeschichte, was wir besitzen. Man kann mit geringer Übertreibung sagen, daß der Liberalismus das anbetet, was er in den 40er und 50er Jahren verbrannte, und das verbrennt, was er damals angebetet hat. Schon 1884 bemerkte Spencer in seiner Schrift »The Man versus the State«, daß die damaligen Liberalen mit ihren politischen Vorgängern nur noch den Namen gemein hätten, daß man die eigentlichen »Liberalen« nur noch unter den Hochtories finden könne. Was würde Spencer aber heute sagen, wenn er die sozialpolitische Gesetzgebung des Ministeriums Asquith sähe, die allen Grundsätzen der Manchestermänner ins Gesicht schlägt, wenn er die Reden des Schatzkanzlers gegen den Grundbesitz und gegen das Oberhaus vernähme, wenn er erlebte, wie die liberale Regierung vor jedem erneuten Ansturm der arbeitenden Klassen die Waffen streckt?

Es verlohnt sich, bei diesem Punke etwas länger zu verweilen, um sich über die ganze Bedeutung der Taten des Ministeriums Asquith klar zu werden. Seit Übernahme der Regierung durch die Liberalen im Dezember 1905 ist in der Tat kein Jahr

[1]) David Lloyd George, der jetzige Schatzkanzler, ist nicht allein der gefeiertste Redner in der liberalen Partei, sondern ein Staatsmann von überragender Bedeutung. Er ist der Sohn eines Lehrers und wurde nach dem Tode seines Vaters, den er in sehr jungen Jahren verlor, bei einem Onkel erzogen, der Schuhmacher in einem kleinen wallisischen Dorfe und Laienpriester einer streng-puritanischen Sekte war. Diesem Onkel verdankt Lloyd George seiner eigenen Aussage gemäß all die hervorstechenden Züge seines Charakters: seine ernste, pflichtgemäße Lebensauffassung, seine unbeugsame Energie, seine Rücksichtslosigkeit in der Verfolgung bestimmter Ziele. Lloyd George gelangte durch die nationalistische Partei in Wales schnell zu politischem Ruhme und 1906 ins liberale Kabinett. 1908 wurde er Schatzkanzler. Einige seiner Reden, welche ein gutes Bild von seiner Persönlichkeit geben und seine politischen und sozialen Ziele hervortreten lassen, hat er unter dem Titel „Better Times" herausgegeben (in deutscher Übersetzung bei Diederichs, Jena, erschienen). Vgl. auch H. du Parcq, Life of David Lloyd George I, 1912, und J. H. Edwards, From Village Green to Downing Street. The Life of the Rt. Hon. D. Lloyd George, M. P. 1908.

vergangen, in dem nicht ein in politischer wie sozialer Beziehung wichtiges Gesetz verabschiedet worden wäre.

Um mit staatsrechtlichen Neuerungen zu beginnen, ist zunächst auf die Parliament Bill des Jahres 1911[1]) hinzuweisen, durch welche die Macht des Oberhauses empfindlich geschwächt, insbesondere jedes Mitbestimmungsrecht in Steuerfragen ihm entzogen und so wieder ein großer Schritt in der Richtung der völligen Demokratisierung des englischen Regierungssystems unternommen wurde. Ausgangspunkt des Kampfes gegen das Oberhaus war das berühmte Budget Lloyd Georges[2]) für 1909 und 1910 gewesen, welches die oberen Klassen, insbesondere die Grundbesitzer, mit neuen Steuern empfindlich belastete und deshalb von den Lords zunächst verworfen wurde.

Die Sozialpolitik, die unter der letzten konservativen Herrschaft vom Parlamente recht stiefmütterlich behandelt worden war, stand ferner unter der Regierung des Ministeriums Asquith durchaus im Vordergrunde des Interesses. Schon das erste Jahr brachte neben anderen minder wichtigen Maßnahmen ein den Gewerkschaften günstiges Streikgesetz[3]), ihm folgte das Achtstundengesetz für Bergarbeiter und 1909 eine Bill, welche zum ersten Male das Minimallohnprinzip[4]) für einige Schwitzindustrien gesetzlich anerkannte und Lohnämter nach australischem Muster vorsah, zu welcher Maßnahme sich 1912 die Minimallohnbill für Kohlenbergarbeiter[5]) gesellte. Im Jahre 1908 bewilligte das Parlament Altersrenten[6]), die vom Staate an alle Personen von 70 Jahren und darüber, deren Einkommen eine gewisse Grenze nicht überschreitet, fortan ohne Gegenleistung zu zahlen waren. Die letzten Jahre sahen die umfassende Versicherungsgesetzgebung[7]) von Lloyd George entstehen, welche eine bedeutende Verbesserung der Unfallsentschädigungsgesetze, eine Krankheits- und Invaliditätsversicherung für zirka 14 Mill. Personen, eine Arbeitslosenversicherung für zirka 4 Mill. Arbeiter brachte, nachdem umfassende Untersuchungen über die Armen- und Arbeitslosenfrage durch eine von der Regierung eingesetzte Kommission

---

[1]) Vgl. auch unten S. 114.
[2]) Vgl. auch unten S. 106.
[3]) Vgl. auch unten S. 103.
[4]) Vgl. unten S. 106 u. 161.
[5]) Vgl. unten S. 118 u. 163.
[6]) Vgl. unten S. 105.
[7]) Vgl. unten S. 106, insbesondere Anm. 1, u. S. 172.

vorausgegangen waren, deren Resultate gesetzgeberisch noch nicht völlig verwertet worden sind. Und diese Reformära hat ihren Abschluß noch nicht gefunden: man erwägt von seiten der liberalen Regierung eine durchgreifende Reform des Erziehungswesens, und man beabsichtigt die Landfrage, die schwierigste und drückendste soziale Frage in Großbritannien, nachdem man bereits durch die small-holdings Gesetzgebung einen Anfang gemacht hat, in allerneuester Zeit durch eine höchst radikale Landreform zu beseitigen[1]), man erwägt von seiten der Regierung eine weitere Ausdehnung der jüngsten Arbeitergesetzgebung, vor allem der Mindestlohngesetzgebung, man spricht von der Verstaatlichung der Eisenbahnen[2]) und auch der Bergwerke, und es ist leicht möglich, daß in nächster Zeit von der Regierung noch mehr in dieser Richtung vorgeschlagen und auch ausgeführt wird.

Alle jenen sozialen Maßnahmen, die wir erwähnten; tendieren in der Richtung der allmählichen Stabilisierung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens, in der Richtung der Bureaukratisierung des Staates[3]), der Einordnung des Einzelnen in staatliche oder vom Staate kontrollierte Verbände, vor allem der Arbeiter, deren schwere Lebensrisiken der Staat beseitigen will — eine liberale Regierung, wohlgemerkt, tut dies alles — alle jene Maßnahmen tendieren weiterhin in der Richtung der weiteren Demokratisierung des Staates und der Egalisierung der ökonomischen Lebensbedingungen für alle diesen Staat bildenden Menschen.

Von jener Stabilisierung des Wirtschaftslebens zugunsten der wirtschaftlich Schwachen, so wird man einwerfen, scheine man allerdings gerade in England noch weit entfernt zu sein. Gerade das Gegenteil davon scheine bis jetzt erreicht worden zu sein. Hat sich nicht das gelobte Land des sozialen Friedens als eine Chimäre

[1]) Die Landreform dürfte vor allem auch ein Mindestlohngesetz für die Landarbeiter bringen (vgl. die Agricultural Labourers Bill der Labour Party, unten S. 163f.). Das liberale Komitee zur Untersuchung der Landfrage dürfte demnächst seine Untersuchungen veröffentlichen. Die liberale Partei hofft gleichzeitig durch den Landreformplan bei den durch über kurz oder lang kommenden Neuwahlen sich weiter am Ruder zu erhalten.

[2]) Auch zu diesem Zweck ist bereits eine Untersuchungskommission seitens der liberalen Partei eingesetzt.

[3]) Dieser Punkt sollte besonders betont werden. Das neue Krankenversicherungsgesetz schuf allein 660 neue Beamtenposten. Durch die Zunahme des Standes der Staatsbeamten kommt ein ganz neues Element in das politische Leben Englands. Man hat gesagt, daß dadurch — besonders durch Eingehen auf die Pläne der Fabier, deren Sozialismus sich auf einer Bureaukratie aufbaut — der „englische Geist" sich neuerdings dem „preußischen Geiste" nähert.

erwiesen? Hat nicht die englische Arbeiterschaft gerade in jüngster Zeit ihren politischen Führern zu mißtrauen begonnen, hat sie nicht eine selbständige, stark zum Sozialismus hinneigende Arbeiterpartei, die Labour Party, geschaffen, welche in ganz kurzer Zeit mächtig emporgeblüht und zu einem bestimmenden Faktor in der englischen Politik geworden ist? Haben nicht gerade in den letzten Jahren schwere industrielle Kämpfe sich drüben zugetragen, die den Verlust von vielen Millionen nationalen Reichtums mit sich brachten, haben nicht Riesenstreiks in vorher unbekannten Dimensionen das Wirtschaftsleben des Inselreiches in vorher ungekannter Weise erschüttert? Zuweilen scheinen diese Streiks direkt in frivoler Weise vom Zaume gebrochen worden zu sein, man sprach von einem »Streikfieber«, das die englischen Arbeiter gepackt habe, man sprach von einem »Terrorismus« der Gewerkschaften, der in England sein Wesen treibe, man wies mit Besorgnis hin auf das schnelle Umsichgreifen syndikalistischer Ideen unter der englischen Arbeiterschaft, besonders in den breiten Schichten der ungelernten Arbeiter.

Was dieser »labour unrest« bedeutet, steht hier vorläufig noch nicht zur Diskussion[1]; vielmehr genügt es, wenn wir schon jetzt die Klarheit gewinnen, daß die Entwicklung der sozialen Ereignisse in England wie in keinem anderen Lande Europas unser Interesse in Anspruch nehmen sollte.

Zwei Fragen drängen sich uns dabei von selbst sogleich auf: 1. Wie ist es zu dieser überraschenden Wandlung in den Grundanschauungen des englischen Liberalismus gekommen? Erst 15 Jahre ist Gladstone, der gefeierte Führer, tot, und wer würde heute seiner Fahne folgen wollen?

2. Woher kommt der plötzlich so starke Einfluß der Arbeiterbewegung auf die Politik, so daß man heute mit gelinder Übertreibung behaupten kann, daß alle großen politischen Fragen in England letzten Endes durch die Stellung der organisierten Arbeiterschaft entschieden werden[2], während die englische Arbeiterschaft es bis noch vor verhältnismäßig kurzer Zeit vorzog, sich nicht um die Politik zu kümmern und sich durch Angehörige der besitzenden Klasse im Parlamente vertreten zu lassen? —

Eine Antwort auf diese Frage kann uns nur ein Überblick über die soziale und politische Geschichte Englands wäh-

[1]) Über die großen Streiks der letzten Jahre vgl. unten S. 117.

[2]) Vgl. v. Schulze-Gävernitz, Brit. Imperialismus und englischer Freihandel 1906, S. 298.

rend des letzten Jahrhunderts, insbesondere während der letzten dreißig Jahre geben, zugleich werden wir sehen, wie eng verbunden die beiden Probleme sind. Das Umbiegen der liberalen Partei in sozialliberales und sozialistisches Fahrwasser fällt fast zusammen mit dem Beginn der neuen politischen Arbeiterbewegung in England, und nichts kann uns über den besonderen Charakter und den besonderen Verlauf der Entwicklung der politischen Arbeiterbewegung in England einen besseren Aufschluß geben, als wenn wir sie in Zusammenhang bringen mit der großen demokratischen Bewegung, deren Seele der englische Liberalismus war, und die langsam durch die Macht der Verhältnisse vom mehr oder weniger rein politischen Gebiete auf das soziale, auf das ökonomische Gebiet gedrängt wurde. Die Entwicklung Englands zur Demokratie, von der vor hundert Jahren, als die grundbesitzende Aristokratie noch ziemlich unumschränkt regierte, keine Rede war, ist in der Tat das wichtigste Resultat der innerpolitischen Entwicklung Englands im 19. Jahrhundert. Die demokratische Bewegung, das Werk des Liberalismus, war das große agens, welches alle emporstrebenden Elemente des Bürgertums und auch die politischen Führer der Arbeiterklasse an sich und in ihren Dienst zog, die demokratische Bewegung hat mit dazu beigetragen, England zur größten politischen und wirtschaftlichen Macht der Welt emporsteigen zu lassen, die demokratische Bewegung hat auch, wie wir schon andeuteten, verhindert, daß, ehe ihre Ziele der Verwirklichung nahe gerückt waren, eine selbständige Arbeiterbewegung von irgendwelcher Bedeutung — vom Chartismus wird noch die Rede sein[1]) — in Großbritannien aufkam.

Wenn wir die Blätter der Geschichte zurückwenden, so bemerken wir, daß das Verhältnis zwischen Volk und Herrscher in England von jeher ein freieres war als auf dem Kontinent. Auch war das aristokratische Element im Parlament zur Zeit der Tudors und Stuarts zunächst nicht so stark vertreten, was man schon am Einfluß der Puritaner merken konnte[2]). Durch die »glorreiche Revolution« von 1688 war dann die Machtvollkommenheit des

[1]) Vgl. besonders S. 31—36.

[2]) Vgl. J. Redlich, „The Procedure of the House of Commons" 1908, II, S. 177. Erst im 18. Jahrhundert erlangte das Parlament allmählich einen durchaus aristokratischen Charakter, vgl. unten S. 9.

Parlaments bedeutend vermehrt worden, kraft deren es Wilhelm von Oranien bereits zum Könige berief. Zwar beruhte die Grundlage des englischen Zweiparteiensystems auf jener Spaltung zwischen den Kavalieren, der königstreuen Partei, und den Rundköpfen, welche die Rechte des Parlaments vertraten[1]). Allein nebenher ging der wichtige religiöse Gegensatz zwischen denen, die die Hochkirche erhalten wollten, und den nonconformistischen Rundköpfen, welche für unbeschränkte Religionsfreiheit des Einzelnen eintraten[2]), und allmählich bildete sich zwischen den beiden Parteien dadurch auch ein starker ökonomischer Gegensatz heraus, daß die Kavaliere oder Tories[3]) sich später überwiegend aus den Kreisen der adligen Grundbesitzer zusammensetzten, während in der Whigpartei im Laufe des 18. Jahrhunderts die Großkaufleute, später die Manufakturbesitzer in den Grafschaften nach politischem Einfluß strebten. Bolingbroke hat uns schon den Kampf der monied men gegen den landed interest beschrieben. Aber die grundbesitzende Aristokratie erwarb und behielt zunächst doch noch das politische Monopol wegen ihrer großen politischen Aktivität, wegen der herrschenden Wahlmethoden, die den Ausgang der Wahlen von Geld, vor allem aber von Grundbesitz abhängig machte, und vor allem auch deshalb, weil die emporgekommene Bourgeoisie nur allzu rasch und allzu gern verjunkerte[4]).

[1]) Die Partei der Rundköpfe bildete sich im Jahre 1641. Vgl. Hatschek, Englisches Staatsrecht 1906, II, S. 3.

[2]) Dieser religiöse Gegensatz besteht, wie vielfach nicht bekannt ist, auch noch heute. Es gehört sich für „respectable people", der Hochkirche anzugehören und damit konservativ zu sein. Auf das liberale, nonconformistische „chapel" Volk wird vielfach mit ungeschminkter Verachtung herabgesehen. Die Arbeiterparteiler gehören zum großen Teil strengen Sekten (Wesleyaner, Methodisten) an; die Abgeordneten der Labour Party sind manchmal im Nebenberufe Laienprediger, die große Mehrzahl ist streng religiös. Im Zusammenhang mit dem Puritanismus steht auch das Temperenzlertum, dem so viele Arbeiterabgeordnete huldigen (vgl. dazu Fabian Tract No.139, No. 133, No. 42, und Philip Snowden, Socialism. and the drink question 1905).

[3]) „Tory" bedeutet ursprünglich Mitglied einer irischen Räuberbande. „Whigs" war der Name für die Angehörigen einer schottischen Presbytanersekte, vgl. Hatschek, l. c. II, S. 4. Über die ältere Geschichte der beiden Parteien vgl. auch den Aufsatz „Whigs und Tories" in Hans Delbrücks „Histor. und polit. Aufsätzen", 2. A., 1907, S. 88 ff.

[4]) Über den wachsenden politischen Einfluß der whiggistischen Großkaufleute vgl. z. B. Leslie Stephen, „The English Utilitarians" 1900, I, S. 19 f. War die äußere Politik damals tatsächlich von den Interessen des Handels diktiert, so herrschte im Innern der alte und der neue Adel unumschränkt (vgl. R. Gneist, Selfgovernment, Kommunalverfassung und Verwaltungsgerichtsbarkeit in England,

Die großen Massen des Volks wurden aus ihrer Interessenlosigkeit für politische Fragen erst herausgebracht durch den Kampf um die Ideen der französischen Revolution. War vorher noch die Politik der beiden Parteien in ihren Zielsetzungen vielfach schwankend gewesen, so bildete sich nun der neue große Gegensatz zwischen Tories und Whigs, zwischen Konservativen und Liberalen, wie sie sich später nannten[1]), heraus, der zu einem scharfen Kampfe der Whigs gegen das alte Regierungssystem führte, nach dessen Austragung die großen Gegensätze infolge des Auftretens neuer politischer Probleme wieder zum Teil verschwanden. War das alte Regierungssystem durch die Entwicklung bis 1846 endgültig vernichtet worden, so galt es dann, die Demokratie zu verwirklichen und die soziale Arbeit in Angriff zu nehmen. Uns interessiert hier an der großen Entwicklung, welche die von Napoleon gehaßte und gefürchtete nation of shopkeepers zur Beherrscherin der Welt machte, nur die innere Entwicklung, der Kampf des Liberalismus um die Demokratie und seine Stellungnahme zur Arbeiterbewegung. Wir können diese ganze Entwicklung vom Ende der napoleonischen Kriege, von 1816 ab, als alle jene Fragen in den Vordergrund traten, in drei deutlich voneinander getrennte Perioden zerlegen:

1. 1816 bis 1846, dem Jahre der Einführung des Freihandels. In dieser Periode wird der alte Feudalstaat endgültig zerstört, die Herrschaft des grundbesitzenden Adels in enge Schranken gewiesen, die Mittelklassen emanzipieren sich, nicht dagegen der Arbeiterstand, der in dieser Periode seine Kraft in mehr oder weniger ergebnislosen Revolutionen erschöpft.

2. 1846 bis 1880 die Herrschaft der »Bourgeoisie«, des Manchestertums. Es wird die Macht des grundbesitzenden Adels noch mehr zurückgedrängt. Die Arbeiter, in erster Linie die Gewerkschaften, beginnen sich politisch zu organisieren, ohne jedoch eigene Ziele aufzustellen; sie schließen sich der liberalen Partei an. Die wachsende Politisierung der Massen, die

3. A., 1871, S. 58). Das Bürgertum drang erst langsam in die höchsten Stellen der Verwaltung und Regierung ein, hauptsächlich seit Gladstones erstem Ministerium. Heute werden im demokratischen England anstandslos Arbeiter zu Ministern ernannt (vgl. John Burns!), wenn sie für diesen Posten als geeignet erscheinen.

[1]) Der Name „Conservatives" entstand zur Zeit der ersten Parlamentsreform, während die Whigs damals meist „Radicals", aber auch schon „Liberals" genannt werden (vgl. May Constitutional History II, S. 64). „Unionists" heißen die Konservativen seit ihrer Verschmelzung mit den „Liberal Unionists", die 1886 die liberale Partei verließen (vgl. S. 19).

weitere Durchführung der Demokratie, das Aufsteigen des Arbeiterstandes und die großen wirtschaftlichen Verschiebungen bereiten aber bereits eine neue Zeit vor.

3. In der letzten Periode, 1880 bis heute, schreitet die Demokratisierung noch immer weiter fort, das soziale Problem steht abgesehen von imperialistischen Fragen, die zeitweilig große Bedeutung erlangen, im Vordergrund des Interesses, die Auseinandersetzung beginnt mit dem Sozialismus und der mündig gewordenen Arbeiterschaft. Liberalismus wie Konservatismus haben ihr Gesicht beide völlig verändert; sie sind nun beide von Grund aus sozial orientiert.

Wir sehen, wie eng die beiden Entwicklungsreihen miteinander verknüpft sind, wie der Liberalismus dadurch, daß er zum Verkündiger und Vollbringer des Demokratismus wurde, die Arbeiterbewegung in seine Dienste zog, die erst dann zur Selbständigkeit erstarkte, als die politische Demokratie ihrer Vollendung nahe war und damit und gleichzeitig durch die eingetretenen ökonomischen Verschiebungen soziale Fragen sich in den Vordergrund drängten, für die der alte Liberalismus keine annehmbare Lösung wußte. Der »Neue Liberalismus« und der Sozialismus in allen seinen Schattierungen haben den alten Liberalismus abgelöst. Wie dieser getan hatte, so sammeln nun jene Bewegungen alle um ihre Fahnen, die aus autoritativer Gebundenheit nach Selbstbestimmung, nach Freiheit strebten.

Wir dürfen allerdings dabei nicht vergessen, daß der Liberalismus Benthams, Smiths und ihrer Schüler, fast nur negative Forderungen stellte. Allein laisser-faire auf ökonomischen Gebiete war für die emporstrebende Bourgeoisie der Weg zur Herrschaft, während sie auf politischem Gebiete den Umschwung der unhaltbaren Wahlverfassung und die Herbeiführung des demokratischen Regierungssystems anstrebte. Der Liberalismus, der abstrakte Individualismus der Klassiker, der heute jedem Engländer unverständlich ist, ward also deshalb zu einer sich siegreich durchsetzenden Bewegung, weil sich die Interessen der Bourgeoisie mit ihm identifizieren konnten[1]). Er war ihr eine Waffe im Kampf

[1]) Marx behauptet (Lit. Nachlass II, S. 182): „Die Idee blamierte sich immer, soweit sie vom Interesse verschieden war." Dieser Ausspruch deckt eine unglaubliche Verständnislosigkeit für die Motive auf, die im Laufe der Geschichte zu großen Bewegungen, z. B. vorwiegend religiösen Charakters geführt haben, läßt sich aber wohl anwenden auf Bewegungen, die bestimmte ökonomische Ziele einbegreifen, welche dem persönlichen Interesse einzelner Schichten der Gesellschaft zum Nutzen gereichen.

gegen die Landlords. Und unaufhaltsam war ihr Siegeszug: 1832 erhielten die Mittelklassen das Stimmrecht, 1835 durch die Municipal Corporations Act die Kontrolle über die Provinzstädte, 1838 wurde die Anti Corn Law League gegründet (die erste jener Ligen, ohne die in der Folgezeit keine große Bewegung in England inszeniert wurde), und 1846 erfolgte die Aufhebung der Kornzölle, die erst die tatsächliche Abdankung der grundbesitzenden Aristokratie von der Herrschaft bedeutete. Schon 1835 sprach Cobden in einer seiner Reden von den »Mittelklassen, denen jetzt die Regierung des Landes in die Hände gegeben sei«, und 22 Jahre später schreibt Edgar Bauer, einer aus dem Kreise der Berliner Studienfreunde Karl Marxens: »es gibt in England nur noch eine Form des Eigentums: die bürgerliche; Thron, Bischofsmütze, Adelswappen, alle haben sich in die Festung begeben, auf deren Zinnen der Bürger Wache hält«[1]).

Die Manchesterschule hatte gesiegt und gesiegt in einem für sie äußerst günstigen Zeitpunkte. Die Folgezeit stellt für England eine Periode eines grandiosen Aufschwungs, einer riesenhaften wirtschaftlichen Expansion dar. England wird zur »Werkstatt der Welt«. Bis 1872, dem Jahr, das ungefähr den Höhepunkt dieser Entwicklung darstellt und dadurch von besonderer Bedeutung ist, stieg die Ausfuhr Englands Jahr für Jahr, anscheinend ins Ungemessene[2]).

Ein ungeheuerer Reichtum strömte damals nach England. Nassau Seniors erster Grundsatz der politischen Ökonomie: »every man desires to obtain additional wealth with as little sacrifice as possible«, hatte für eine gewisse Gesellschaftsschicht eine fast kategorische Bedeutung. Jener Kapitalist, jener kulturlose Emporkömmling, ein Ausbund von Egoismus und fleischgewordener

[1]) Edgar Bauer, „Englische Freiheit" S. 38.

[2]) Zur Illustration der kolossalen Aufwärtsbewegung nach Abschaffung der Getreidezölle einige Zahlen: Das in Eisenbahnen angelegte Kapital stieg von 88 Millionen Pf. im Jahre 1845 auf 240 Mill. Pf. im Jahre 1850. Der Wert der englischen Ausfuhr stieg in dem Jahrfünft 1848 bis 1853 von 52 849 000 Pf. auf 98 933 000 Pf., 1854 waren es bereits 115 Mill. Pf., 1872 314½ Mill. Pf., eine Zahl, welche im 19. Jahrhundert nur noch dreimal: 1889, 1890, 1899 erreicht wurde. Die Vereinigten Staaten und Deutschland erschienen auf dem Plane. Tugan-Baranowski, „Studien zur Theorie und Geschichte der Handelskrisen in England", 1901, S. 56, schreibt: „Die industrielle Suprematie Englands, die eine lange Zeit von allen anerkannte Wahrheit war, verwandelt sich jetzt in einen Mythos". Zugleich setzt die „kapitalistische Erschlaffung" ein, das Rentnertum nimmt überhand, England nimmt mehr und mehr den Charakter eines Gläubigerlandes, eines Rentnerstaates an.

Profitgier, hat nicht nur in Marx' und Engels' Einbildung existiert. Über soziale Probleme beunruhigte man sich nicht. Selbst Cobden und Bright, die gefeierten Volkshelden, besaßen ein für unsere Anschauungen unbegreifliches Maß von Frivolität und Gefühlsroheit in der Art und Weise, wie sie über soziale Probleme dachten und sprachen. Soziale Gesetzgebung ist zu verwerfen, denn der Arbeiter darf in seiner Freiheit nicht beschränkt, der Arbeitgeber nicht ruiniert werden. Auf diesem Standpunkte stand die ganze liberale Partei. Und immer war ihre Hauptwaffe im Kampfe um ihre Interessen die klassische Nationalökonomie, das Gesetz von Angebot und Nachfrage, das »eherne« Lohngesetz, an denen man doch nichts ändern könnte. »Laissez-faire« riefen sie dem Staate zu, haben wir doch die schöne Harmonie der wirtschaftlichen Interessen.

Aber trotz der Apathie der Masse[1]) nach dem kläglichen Ausgange der Chartistenbewegung wurden die Personen immer zahlreicher, die energisch gegen diese angebliche Harmonie protestierten; die Gegenbeweise waren zu erdrückend. Dieselbe Zeit, welche die Befreiung des Individuums von den alten Bindungen herbeigeführt hatte, hatte eben zugleich das soziale Problem geschaffen, welches fortan viele der besten und tüchtigsten Streitkräfte in seinen Dienst zog. Es traten Männer auf, die sagten, daß die Nationalökonomie aus einigen Plattheiten, die man »Gesetze« nenne, im übrigen aus äußerst strittigen Fragen bestände, daß, wenn das Gesetz von Angebot und Nachfrage ein Naturgesetz sei, uns nichts hindere, dies Naturgesetz im praktischen Wirtschaftsleben so anzuwenden, daß es keinen Schaden anrichtet, wie man etwa einen Wasserstrom, der doch auch immer bergab fließen muß, durch Dämme in seinem Laufe hemmen und von blühenden Feldern fernhalten kann. Carlyle nannte die Nationalökonomie die »dismal science«, die nur den Menschen verbildete und in seinen sozialen Pflichten vergessen ließe. So kämpfte er mit der Entschiedenheit des Mannes, den eine puritanische Erziehung, ein hartes Leben und die deutsche idealistische Philosophie zu dem gemacht hatte, was er geworden war, gegen den Materialismus des mechanistischen Zeitalters, gegen die Anarchie des laissez-faire, gegen die »weiße Sklaverei« in den Fabriken, gegen »benthamitische Formeln, trocken und dürr wie der Ostwind«.

---

[1]) Hyndman nennt in seinem Buche „The Historical Basis of Socialism in England" 1881 die Zeit nach 1848 direkt „The Period of Apathy".

Carlyle fand viele Zuhörer, unter ihnen die besten seiner Zeit. Dann kamen Maurice, Kingsley, die schon klar sahen, daß die freie Konkurrenz nur die Starken stärker, die Schwachen schwächer mache, und die bestehende Gesellschaft auf dem Boden christlicher Prinzipien in einen organischen Zustand überzuführen trachteten, und Ruskin, der wie sein Lehrer Carlyle die Lehre vom »Menschen«, vom absoluten Wert der menschlichen Seele verkündete, die auch jedem einzelnen der sogen. »hands« innewohne; Comte und John Stuart Mill setzten den Weg jener Männer fort, der zum Siege des sozialen Gedankens führen sollte, auch Darwin und der junge Spencer haben dazu das ihrige beigetragen. Und aus den »hands« wurden selbst Männer. Man rief ja nicht für sie den Staat zu Hilfe (worauf der Engländer bisher stets zuletzt verfiel), vielmehr wandte man sich an die Arbeiter selbst und forderte sie auf, sich selbst zu helfen, durch Zusammenschluß zu gemeinsamen Zwecken. Owens Ideal der Korporation hatte schon viele Anhänger gefunden, nun agitierten die christlichen Sozialisten für die Bildung von Produktivassoziationen, und überall bildeten sich neue Genossenschaften und Gewerkschaften. Seit dieser Zeit ist die Entwicklung in derselben Richtung immer weiter fortgeschritten, und auch die liberale Partei hat dem Zuge der Zeit folgen, sich sozial orientieren müssen. Das Individuum wurde in den immer unübersehbarer werdenden wirtschaftlichen und politischen Zusammenhängen zu einem bloßen Nichts. Die freie Konkurrenz hob sich selber auf; sie führte zu neuen Monopolstellungen, zu Großbetrieben, zu trustartigen Zusammenschlüssen. Die großen Zusammenballungen von Menschen an den sich herausbildenden Zentren des Verkehrs und der Produktion heischten gebieterisch Ordnung. So ward »Organisation« schon damals zur Blütezeit des Manchestertums und zwar von den unteren Klassen aus, allmählich zu dem alles beherrschenden Schlagworte: »Aus Einzelmenschen wurden Verbandsmenschen«, um einen kurzen und treffenden Ausdruck von Friedrich Naumann zu gebrauchen.

In dieser Entwicklung stehen wir jetzt noch mitten drin, und aus dieser Entwicklung heraus ist der Sozialismus wieder zu einer Bewegung in England geworden, ist der »Neue Liberalismus« entstanden, der nicht mehr an Naturgesetze in der Ökonomie glaubt, der den Staat zur Lösung der sozialen Probleme in Anspruch nimmt, der von der Forderung der Freiheit, d. h. der Ungebundenheit für den einzelnen, zur Forderung der gleichen

Freiheit und damit der Beschränkung aller zugunsten aller gelangte[1]).

Erst in den 80er Jahren, erst mit dem Anwachsen des radikalen Flügels der liberalen Partei, erst mit dem Newcastle-Programme und dem Rücktritt Gladstones kommt diese Entwicklung voll zum Augenschein; zuvor aber müssen wir sehen, wie der Liberalismus die Massen, insbesondere die Arbeiter, für sich gewann, und wie durch die Verlegung des Stützpunktes der Partei in die mittleren und unteren Gesellschaftsschichten die Entwicklung zum sozialen Liberalismus beschleunigt wurde.

Wenn damals zu Cobdens Zeiten die liberale Partei den Koalitionen der Arbeiter zunächst nicht freundlich gegenüberstand, wenn auch die Gewerkschaftsgesetzgebung der 70er Jahre noch durch die Konservativen abgeschlossen wurde[2]), so darf man nicht vergessen, daß die Liberalen getreu dem demokratischen Prinzip, das sie auf ihre Fahne geschrieben hatten, schon in den 50er und 60er Jahren, wenn sie am Ruder waren, die Reformen unternahmen, welche den glänzenden Aufstieg der arbeitenden Klassen in England, den wir seitdem erlebt haben, vorbereiteten. So haben sie sich besonders um die Hebung des Unterrichtswesens große Verdienste erworben[3]). Unermüdlich waren auch die Manchesterleute für die Sache des Friedens tätig. Cobden und Bright wandten sich auf das entschiedenste gegen das Anwachsen der Ausgaben auf Heer und Flotte. Sie traten für die Politik der »splendid isolation« ein, während für die konservative Partei damals wie auch später die auswärtige Politik im Vordergrunde des Interesses stand, und man bei ihnen fortwährend über eventuelle

[1]) Vgl. z. B. L. T. Hobhouse, „Liberalism" 1912, S. 92. „Social freedom rests on restraint" S. 93. „The Liberty which is good is not the liberty of one aimed at expense of others, but the liberty which can be enjoyed by all who dwell together, and this liberty depends on and is measured by the completeness with which by law and custom, or their own feelings they are restrained from mutual injury", vgl. S. 187 f.

[2]) Vgl. S. 52. Die Konservativen haben seit Disraeli viele populäre Maßnahmen durchgeführt, welche die Liberalen vom laisser-faire-Glauben aus bekämpften.

[3]) Waren im Jahre 1835 nur 20 000 Pf. für das gesamte Unterrichtswesen bewilligt worden (daneben 60 000 Pf. zum Ausbau des Buckingham Palastes!), so wurden 1865 schon 636 000 Pf. (jetzt über 10 Mill. Pf.) bewilligt. Mit den Unterrichtsgesetzen von 1870 haben die Liberalen überhaupt erst den Grund zur Bildung des englischen Volkes, vor allem der Arbeiterklasse gelegt. Die Rückständigkeit des Unterrichtswesens in der früheren Zeit ist ein nicht zu übersehender Faktor bei Betrachtung der rohen Formen der damaligen Arbeiterbewegung.

Störungen im Gleichgewichte Europas und über die zu unternehmenden diplomatischen oder kriegerischen Interventionen nachdachte. So wurde, wie Schulze-Gävernitz bemerkt[1]), von Palmerstons Regierungsantritt an der Kampf der liberalen Partei ein Kampf gegen den Imperalismus, gegen den immer wieder neue Reformen ins Feld geführt werden mußten. Jene ersten Jahre des 7. Jahrzehntes des 19. Jahrhunderts, als die liberale Partei zum ersten Male dem Imperialismus entgegentrat, als Gladstone als Schatzkanzler durch Abschaffung der Zeitungssteuer und vieler drückender Zölle seinen politischen Ruhm begründete, als Cobden seine Reise durch alle Länder Europas unternahm, wo er das Evangelium von »free trade, peace and good will« überall verkündigte, und an den Stätten, die er früher als armer Reisender in bedruckten Kattuns besucht hatte, geehrt, gefeiert von Souveränen empfangen wurde[2]), als die Agitation der Manchesterleute den unvermeidlich scheinenden Krieg mit den Südstaaten verhinderte, der vielleicht mit der Niederlage Englands und der Einverleibung Kanadas in die Union geendet hätte, diese Jahre bedeuten recht eigentlich den Höhepunkt des manchesterlichen Liberalismus.

Der Heroismus, den die Arbeiter gerade zur Zeit des »Baumwollhungers« damals bewiesen[3]), zusammen mit der Agitation des Londoner Arbeiterverbandes[4]), brachte endlich die Parlamentsreform, die schon ungefähr ein dutzendmal vergeblich vor dem Parlamente gewesen war, zur Reife: 1867 gab Disraeli den Städtern household suffrage, nachdem die Liberalen im Jahre zuvor mit ihrer Bill eine Niederlage erlitten hatten. Damit wurden die meisten Arbeiter in den Städten stimmberechtigt. Die Bills von 1884 und 1885 mußten nun notwendigerweise folgen und alle anderen Maßnahmen, welche weiterhin die englische Verfassung und Verwaltung auf eine durchaus demokratische Basis stellen sollten. Beide Parteien, im besonderen Maße die Liberalen, waren durchaus auf die Durchführung demokratischer Maß-

---

[1]) v. Schulze-Gävernitz, Brit Imperialismus a. a. O.

[2]) Vgl. John Morley, Life of Cobden, 2 vols, 1896. Morleys „Leben Cobdens" und „Leben Gladstones" (3 Bände) sind eine Fundgrube für den Historiker und den Politiker.

[3]) Tugan-Baranowski (l. c. S. 381) spricht von einer „in der Geschichte Englands beispiellosen Arbeitslosigkeit", die damals geherrscht habe.

[4]) Vgl. unten S. 42 ff.

nahmen angewiesen[1]), um sich am Ruder zu erhalten, solange nicht andere Ideen im Vordergrund standen. 1832 und 1846 hatten zu dieser Entwicklung den Anstoß gegeben. Damals waren gewissermaßen die Schleusen geöffnet worden, welche der demokratischen Flut unbehinderten Lauf ins freie Land gestatteten.

Gladstone und Disraeli, diese beiden überragenden Staatsmänner beherrschten nach 1868 die englische Politik. Gladstone war noch zu sehr Manchestermann, als daß unter ihm die liberale Partei die energische Schwenkung nach links unternommen hätte. Die Konservativen kamen unter Disraelis kluger Führung den Liberalen in der Ausführung mancher volkstümlicher Reformen zuvor. Trotzdem hingen die damaligen Führer der politischen Arbeiterbewegung mit einer geradezu erstaunlich widerspruchslosen Gesinnung an der von Gladstone geführten liberalen Partei. Gladstone, dem das Wohl und Wehe der unteren Klassen besonders am Herzen lag, war unter den Arbeitern außerordentlich beliebt als überzeugter Demokrat, der von den »great common places of liberty and self-government« mit besonderer Vorliebe zu sprechen pflegte. Damals standen die politischen Probleme auch noch durchaus im Vordergrunde des Interesses. Nur sein Manchestertum hinderte Gladstone, Reformen zu vollziehen, die spätere Zeiten reifen sollten.

Aber auch damals war schon eine stark zum Sozialismus hinneigende radikale Gruppe in der liberalen Partei vorhanden, zu der vor allem die Gruppe der Positivisten, Harrison, Thornton u. a. gehörten, daneben Charles Dilke[2]), der Sozialreformer und vor allem John Stuart Mill. Jedenfalls wurde der radikale Flügel der liberalen Partei von Jahr zu Jahr stärker und in seinen Forderungen weitgehender, um später, unter Führung Lord Hartingtons und Joseph Chamberlains in dem Programme von 1884 alle Forderungen des früheren manchesterlichen Liberalismus auf den Kopf zu stellen.

Für Gladstone war Freiheit noch identisch mit möglichst geringer staatlicher Einmischung. Er war der letzte liberale Führer im alten Sinne. Mill dagegen wußte die Zeichen der Zeit besser

[1]) Auch die Konservativen in England stehen seit Disraeli auf dem Boden der Demokratie. Die grundverschiedene Bedeutung der Begriffe „Konservativ" und „Liberal" in Deutschland und England ist hier nicht zu erörtern.

[2]) Auf Dilkes Anregung geht auch zum Teil die Gründung des Arbeitervertretungskomitees zurück (vgl. S. 87). Dilke verwandte sich auch besonders für die Einführung der Mindestlohngesetzgebung in England, vgl. S. 156, Anm. 3.

zu lesen und sah, daß der alte Liberalismus in vielen seiner Forderungen allmählich sinnlos geworden war, weil sich der ökonomische Unterbau seit den Tagen Benthams und Cobdens durchaus verschoben hatte, daß die freie Konkurrenz keine Harmonie der wirtschaftlichen Interessen verbürgt habe, daß auch das kapitalistische Wirtschaftssystem einer scharfen Kritik ausgesetzt werden könne, und daß man zur Durchführung der nötigen Reformen den Staat mehr als bisher in Anspruch nehmen müsse. Es ist noch zu wenig bekannt, einen wie bedeutenden Einfluß Mill durch den sozialen Eudämonismus, den er in seiner Ethik verkündete, auf das Denken und Handeln einer sehr großen Anzahl seiner Stammesgenossen gewann. Noch größer ist aber der Einfluß der politischen und sozialen Reformvorschläge Mills auf die spätere Entwicklung geworden. Es ist nicht zuviel behauptet, wenn man sagt, daß der neue Liberalismus zum großen Teil auf seinen Ideen fußt. Um einzelnes hervorzuheben: Mill forderte schon eine durchgreifende Reform des Erbrechts, mit der man durch eine ziemlich weitgehende Erbschaftssteuer seitens der liberalen Partei bereits begonnen hat[1]), er forderte eine durchgreifende Reform der Agrarverhältnisse, welche schließlich den Boden in das Eigentum des Staats überführen sollte, ein Gedanke, der in der liberalen Partei bereits schon eine große Zahl von Anhängern zählt. Mill strebte schon danach, das Wahlrecht durch den Proporz zu verbessern, er trat für das Stimmrecht der Frauen ein. Vor allem aber erklärt er, daß es Pflicht der Gesellschaft sei, das Problem der Armut nach Möglichkeit zu beseitigen, ein Gedanke, auf den der neue Liberalismus, vor allem aber der Labourismus, den die neue Arbeiterpartei in England vertritt, großes Gewicht legt[2]). So hat Mill einen großen Einfluß auf die Entwicklung gehabt, der bei einigen Personen, so bei den Fabiern, bei L. T. Hobhouse und auch bei Lloyd George besonders stark zutage tritt. Auch Macdonald, der einzige Theoretiker der Labour-Party, hat sich manche seiner Ideen zu eigen gemacht. Im Gegensatz zu Mill blieb sein großer Zeitgenosse Spencer im ganzen ziemlich einflußlos auf die politische Entwicklung[3]). Mill lehrte die liberale Partei erkennen, daß sie den Grundsätzen der Manchesterleute energisch den Rücken kehren

[1]) Durch die Reform Sir William Harcourts 1894, fortgeführt durch Asquith und Lloyd George.

[2]) Vgl. S. 177 ff.

[3]) Vgl. aber S. 62 u. 128.

müßte, wollte sie weiterhin die arbeitenden Klassen auf ihrer Seite behalten. Schon begannen sich mit der Verbreitung des Marxismus und des Henry Georgeismus Zeichen einer beginnenden selbständigen politischen Arbeiterbewegung zu regen.

In jenen Tagen wurde aber noch einmal die Macht beider Parteien, der Konservativen wie der Liberalen, durch eine in ihren Folgen höchst bedeutsame Entwicklung bedeutend gestärkt. Es handelt sich um die Vollendung der Caucus-Organisation[1]) der beiden Parteien, die in diesem Zusammenhange nicht übersehen werden darf. Durch den Caucus werden die Führer der gerade regierenden Partei, das Kabinett, fast zu Souveränen; nur eine höhere Macht gibt es fortan: die öffentliche Meinung, die die Wahlen entscheidet. Daß durch diese straffe Organisation der beiden alten, reichen Parteien das Aufkommen irgendwelcher dritter Parteien in noch stärkerem Maße als früher verhindert wird, ist offensichtlich. Die junge Arbeiterpartei hat unter diesen schwierigen Verhältnissen schwer zu leiden gehabt. Sie hat auch die Organisation der beiden großen Parteien nicht nachmachen können, obgleich sie es versuchte; am meisten aber war sie dadurch im Nachteil, daß ihr jede Tradition, jeder finanzielle Rückhalt und die Unterstützung der mächtigen Tagespresse fehlten.

Die Caucus-Organisation wird um so wichtiger, je mehr die Demokratie verwirklicht wird. Wenn die Majorität des Volkes, die Arbeiterklasse, durch ein allgemeines gleiches Wahlrecht — das in England 1884/85 annähernd durchgeführt wurde — das Schwergewicht bei der Entscheidung aller politischen Fragen erhält, so dürfen für die obersten Stellen in der Partei nur Männer genommen werden, welche dieser bei den Wahlen ausschlaggebenden Schicht genehm sind. So erklärt sich schon jetzt der rasche Aufstieg zu den allerhöchsten Stellen, die es in England gibt, von Männern wie Lloyd George, des jetzigen Schatzkanzlers, und Winston Churchills, der, Enkel eines Herzogs, Sohn eines Grafen, dem aus den allereinfachsten Verhältnissen stammenden, temperamentvollen, unglaublich energischen Walliser an radikaler Gesinnung oft wenig nachzustehen scheint.

---

[1]) Über die Einzelheiten dieser sehr interessanten Entwicklung und die Bedeutung des Caucus vgl. bes. Ostrogorski, „La démocratie et les parties politiques" 1911, A. L. Lowell, „The Government of England" 1908, 2 vols, H. P. Belloc und Cecil Chesterton, „The Party System" 1911, vgl. auch Rob. Michels, „Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie" 1912.

Seit der Wahlrechtserweiterung von 1884/85, womit der Masse die Mittel zur Erlangung der politischen Macht in die Hände gegeben waren, und seit dem weiteren Umsichgreifen der sozialistischen Bewegung, wandte sich das Interesse der Konservativen, in erster Linie natürlich der Liberalen, die ja diese ganze Entwicklung herbeigeführt hatten, vor allem sozialen Fragen zu. Ein bedeutsamer Zwischenfall aber ließ damals die liberale Partei den Augenblick verpassen, zu langdauernder Herrschaft zu gelangen.

Wie bereits erwähnt, hatte sich in der liberalen Partei schon vorher eine radikale Gruppe gebildet, welche immer mehr von Gladstone abrückte. Tatsächlich sollte auch der Bruch bald erfolgen. Im Jahre 1884 stellten die Radikalen ein Programm auf, welches unter anderem die vier Freiheiten: Free Church, Free School, Free Land, Free Labour — also: Religionsfreiheit, unentgeltlichen Schulunterricht, Verstaatlichung des Bodens und das Recht auf Arbeit forderte, daneben das Wahlrecht für alle männlichen Personen über 21 Jahre, Gleichheit der Wahlbezirke und Diäten für die Abgeordneten[1]). Chamberlain agitierte in seinen Reden für diese Ideen, obgleich er Minister war und daher nicht seine eigenen Meinungen, sondern die des Kabinetts zu vertreten hatte. Das trug ihm einen scharfen Verweis von Gladstone ein. Und als Gladstone 1886 bei Übernahme des Ministeriums Home Rule für Irland in das liberale Programm aufnahm, da benutzte Chamberlain die Gelegenheit, um mit 80 Radikalen zur konservativen Partei überzugehen. Sie nannten sich Liberal-Unionists und verschmolzen allmählich mit den Konservativen. Dadurch wurden die nicht allzu kräftigen demokratischen und sozialpolitischen Tendenzen bei dieser Partei bedeutend verstärkt. Dazu kam noch, daß Salisbury, der seit dem Tode Lord Beaconsfields im Jahre 1881 die konservative Partei leitete, den einflußreichen Führer der »Torydemokraten«, Lord Randolph Churchill, den Vater Winstons, ins Ministerium aufnahm, welcher aus seinen staatssozialistischen Plänen kein Hehl machte, so daß Chamberlain damals mit Recht sagen konnte: »Die Tories sind am Ruder, aber die Radikalen regieren«. Die konservative Partei, die nach dem Beitritte der Liberal-Unionists die Regierung Gladstones sogleich stürzte, machte sich in ihrer nun folgenden sechsjährigen Herrschaft an die völlige Demokratisierung der Munizipalverwaltungen, durch welche von da ab der ganze Geist in der Verwaltung der einzelnen Städte

[1]) Vgl. „The Radical Programme" with preface by Joseph Chamberlain 1885.

und Ortschaften von Grund aus verändert wurde, dadurch, daß sich insbesondere auch der Einfluß der Sozialisten bald geltend machte[1]). Auf diese konservativen Reformen, die im Grunde genommen die Fortsetzung der 1835 unter dem Einfluß von Benthams Ideen begonnenen liberalen Reformen war, paßt das geistreiche Wort von Diraeli, das er in bezug auf die frühere Entwicklung ausgesprochen hatte, noch besser, daß nämlich »die Konservativen den Liberalen, als diese badeten (in diesem Falle natürlich im irischen Kanal), die Kleider weggenommen und sich selbst angezogen hätten«. Bei dieser Entwicklung der Dinge ist es weiter nicht erstaunlich, daß die Sozialdemokraten bei den Wahlen von 1885 und auch später mit den Tories paktierten, erstaunlich bleibt nur, mit welcher Treue die sich »Liberal-Labour« nennenden trade-union-Führer, die Cremers, Broadhursts, Burts, auch damals bei Gladstone verharrten[2]).

Die liberale Partei war allerdings durch die Sezession der Radikalen in eine ziemlich prekäre Lage gebracht worden. Es blieb ihr nichts anderes übrig, als nun offiziell die unvermeidliche Schwenkung nach links zu unternehmen und sozialliberal zu werden. Denn waren ihr die organisierten Arbeiter auch zunächst treu geblieben, so mußte sie doch befürchten, daß die große Masse der Arbeiter, bei denen nun die endgültige Entscheidung über den Ausgang jeder Wahl lag, ihr untreu werden und teils konservativ stimmen, teils zu unabhängiger Vertretung im Unterhause sich zusammen tun würde. So kam es, daß damals der Einfluß des alternden Gladstone, der sich 1894 aus dem politischen Leben zurückzog, zurückging, und daß die liberale Partei unter dem Drucke der ökonomischen und politischen Verhältnisse eine scharfe Wendung nach links unternahm.

Die liberale Partei stellte im Jahre 1891 das bekannte Newcastle Programme auf, von dem zwar vieles nur im Hinblick auf die kommenden Wahlen geschrieben war, das aber eine vollständige Wandlung der Grundanschauungen der Partei offenbarte. Von dem Geiste Cobdens und Brights war nichts mehr zu spüren: man schwor dem laissez-faire Glauben ab und bekannte sich zu Grundsätzen, die nicht mehr allzu weit vom Staatssozialismus entfernt waren. Die Liberalen erlangten auch tatsächlich die Mehrheit bei den Wahlen von 1892. Ihre versprochenen Reformen blieben aber vorläufig noch auf dem Papiere stehen, weil sie die

[1]) Vgl. S. 75.
[2]) Vgl. S. 56.

irische Frage zunächst erledigen wollten, und diesem Umstande ist es mit zuzuschreiben, daß bereits 1895 die Konservativen mit einer so starken Mehrheit siegten, wie sie seit 1832 keine Partei im Parlamente besessen hatte. Der von Beaconsfield schon gepredigte Imperialismus war für die nun folgenden zehn Jahre der konservativen Herrschaft (seit 1827 war keine Partei so lange am Ruder gewesen) der herrschende Gedanke. In dieser Periode, in der die organisierten Arbeiter sich zum Labour-Representation-Committee zusammenschlossen, war von Sozialpolitik wenig zu spüren, und 1905 kamen die Liberalen wieder mit einer kolossalen Majorität zur Herrschaft. Der Burenkrieg hatte zu viel Geld verschlungen, die nicht zur Hochkirche gehörenden waren durch die Education Bill von 1902 verletzt worden, die vorgeschlagene Einführung chinesischer Arbeiter nach Transvaal verursachte einen Sturm der Entrüstung, den Chamberlainschen Zollplänen gegenüber wurde man immer skeptischer, vor allem aber brachte die Tatenlosigkeit der Konservativen in der Sozialpolitik und die Zerstörung der Privilegien der Gewerkschaften die Liberalen ans Ruder, die alledem abzuhelfen versprachen.

Die liberale Theorie hatte sich inzwischen immer mehr dem Sozialismus, vor allem in der von den Fabiern und der unabhängigen Arbeiterpartei verkündeten Form des Labourismus genähert, liberale Parlamentsabgeordnete hatten sich der fabischen Gesellschaft angeschlossen[1]), und der starke radikale Flügel der Liberalen stellte die Forderung weitgehendster sozialer Reformen, die teilweise noch extremer waren als die der radikalsten Mitglieder der Labour-Party. Daß die liberale Partei diesen Forderungen ihres linken Flügels mehr und mehr Raum gibt, haben wir eingangs gesehen. Der konservativen Partei fällt es unter diesen Umständen schwer, die Fühlung mit der Masse zu behalten; immer mehr wird sie so zur Partei der Besitzenden.

Der Arbeiterpartei, die seit 1903 äußerlich den Schein der Selbständigkeit wahrt, aber im großen und ganzen mit der liberalen Partei zusammengeht und zusammengehen muß, ist die Stellungnahme der letzteren zu sozialen Fragen in gewisser Beziehung gerade ein großer Dorn im Auge. Eigentlich stammen die Ideen, die in der Asquithschen Gesetzgebung zur Ausführung

[1]) Die Fabische Gesellschaft fordert von ihren Mitgliedern beim Eintritt die Unterschreibung eines Revers, der sehr allgemein gehalten ist, so daß fast jeder, der mit Sozialpolitik einverstanden ist und das sozialistische Endziel nicht grundsätzlich bekämpft, ihn unterschreiben kann.

gelangen, aus ihrem Lager, trotzdem aber wird die große Masse der Wähler bei der liberalen Partei festhalten. Die kritische Lage der Arbeiterpartei wird dadurch noch erschwert, daß die Anhänger der neuen Tendenzen in der englischen Arbeiterschaft, mag man sie als »syndikalistisch« oder anders bezeichnen, die Methode des Labourismus verabscheuen und die Spitze teilweise gegen die Labour-Party selbst richten[1]). Der Klassenkampfgedanke, den diese von sich weist, der Revolutionarismus der Chartisten und der Marxisten der achtziger Jahre taucht in neuer Gestalt auf. Es bildet sich interessanterweise ein Gegensatz heraus zwischen der Arbeiteraristokratie und jenen untersten Schichten der Arbeiterschaft, die noch nicht in demselben Maße wie die ständigen Arbeiter in das politische und soziale Ganze eingeordnet sind. Eine Erweiterung des Wahlrechts auf alle Personen, die 21 Jahre und darüber sind, wie sie von der Labour-Party und einem großen Teile der Liberalen gewünscht wird, könnte die Macht jener Schichten verstärken. Andererseits würde ein Rückschlag nach der heutigen Ära der sozialen Reform — eine nicht fernliegende Möglichkeit — dem Klassenkampfgedanken und den revolutionären Wünschen derselben neue Nahrung zuführen. Denn Revolutionarismus der Arbeiterschaft, rücksichtsloser Klassenkampf ist nur da möglich, ist nur da gefährlich, wo den Wünschen der Arbeiter seitens der herrschenden Klassen ein starker Widerstand entgegengesetzt wird, wo die Arbeiter selbst noch keinen tatsächlichen Einfluß auf die Regierung besitzen, namentlich dort, wo die Demokratie nur ein Name ist, die Herrschaft aber in den Händen Weniger liegt[2]).

In England sind die demokratischen Forderungen zum großen Teil verwirklicht, und darum hat die Arbeiterbewegung einen so ganz anderen Verlauf wie in anderen Ländern ge-

---

[1]) Vgl. S. 118 ff.

[2]) Die Demokratie führt, wie neuerdings Ostrogorski, Michels u. a. wieder gezeigt haben, notwendigerweise zur Oligarchie. So schließt der demokratische Gedanke auch die Herrschaft Weniger, die Herrschaft der Besten nicht aus (Carlyle!). Der abstrakte Grundgedanke der Demokratie stellt sich jedenfalls dem Politiker als eine Fiktion dar, wie Hasbach („Die mod. Demokratie" 1912) auch des näheren ausgeführt hat. Denn das „Volk" kann nicht regieren. Wieviel den einzelnen Staatsbürgern Anteil an der Regierung gegeben werden kann, sollte nicht auf Grund abstrakter Prinzipien bestimmt werden, sondern auf Grund der konkreten Verhältnisse des betreffenden Landes. Die parlamentarische Regierungsform setzt eine gleichmäßige, hohe soziale und politische Kultur im Volke voraus. Jedenfalls ist ein Volk zum Parlamentarismus noch

nommen, weil den Arbeitern, wie uns dieser allgemeine Überblick über die Entwicklung Englands im 19. Jahrhundert gelehrt hat, wie in keinem anderen Lande entgegengekommen wurde. Nach der Erfüllung der politischen Forderungen soll nun jetzt die »wirtschaftliche Demokratie« verwirklicht werden. Wie weit diese Entwicklung Englands zum »sozialen Staate« fortgehen wird und fortgehen kann, ob sie in friedlicher Weise von statten gehen wird oder mit schweren inneren und äußeren Kämpfen, ist heute nicht vorauszusehen.

Wir begreifen jetzt, nachdem wir die großen Richtlinien der Entwicklung uns vor Augen geführt haben, daß die Arbeiterbewegung in England auf das innigste mit der liberalen, mit der demokratischen Bewegung verbunden war, und daß die einzelnen Etappen der Entwicklung Englands zur Demokratie, die wir kennen gelernt haben, auch in der Entwicklung der politischen Arbeiterbewegung deutlich zutage treten. Ohne die Einordnung in diese großen Zusammenhänge würde uns vieles in der Geschichte der politischen Arbeiterbewegung, die uns im einzelnen im folgenden beschäftigen soll, unverständlich bleiben.

---

unreif, wenn das Parlament eine zu weitgehende Parteizersplitterung aufweist und wenn zwischen den verschiedenen Parteien so unüberbrückbare Gegensätze bestehen, daß ein wiederholter Wechsel in der Regierung geradezu undenkbar erscheint. In solchen Staaten ist ein „dualistisches" (Hans Delbrück) Regierungssystem noch notwendig.

Erstes Buch.

Geschichte der politischen Arbeiterbewegung in England.

Erstes Kapitel.

Die revolutionäre Periode der Arbeiterbewegung.

(Bis ca. 1850.)

Die politische Revolution von 1689 läßt das Zweiparteiensystem entstehen. — Die industrielle Revolution schafft den modernen Arbeiterstand. — Maschinenzerstörer und Brandstifter. — Anteil der Arbeiter an der radikalen Bewegung. — Der Chartismus und seine Bedeutung für die spätere Entwicklung. — Der große Wendepunkt um die Mitte des 19. Jahrhunderts. — Aufblühen der Gewerkschaftsbewegung.

Die Wurzeln des englischen Zweiparteiensystems, welche der Demokratie, dem Parlamentarismus im heutigen Großbritannien zugrunde liegt, gehen, wie wir bereits erwähnten, zurück bis in die Zeit der Bürgerkriege. Auch die sozialistische Arbeiterbewegung hatte schon im 17. Jahrhundert in der Bewegung der »levellers« eine Vorläuferin, die mit ihren kommunistischen Plänen allerdings damals keinen Einfluß auf die Entwicklung erlangen konnten[1]).

Mit der »glorreichen Revolution« von 1689, durch die das Gottesgnadentum der Stuarts zu Grabe getragen wurde, schlug zugleich die Geburtsstunde des Parlamentarismus und der Demokratie in England, die eine neue Zeit herbeiführen sollte. Das Zweiparteiensystem ward zur Grundlage der neuen Gesellschaftsordnung und befestigte sich im Laufe der Zeit derart, daß es trotz vieler Unzulänglichkeiten[2]) sich noch jetzt in aller Stärke hält, und daß wir es auch überall sonst antreffen, wo die britische Zunge

[1]) Über die „levellers" vgl. Bernstein, „Sozialismus und Demokratie in der englischen Revolution".

[2]) Die Unterschiede zwischen den Parteien, besonders in bezug auf die politischen Ziele, haben sich im Laufe der Zeit stark verwischt. Führende Staatsmänner verkennen nicht die Übelstände des Zweiparteiensystems wie der Caucus-

klingt[1]). Eine Partei, wie die junge englische Arbeiterpartei, strebt daher auch nicht etwa danach, das Zweiparteiensystem zu durchbrechen, sondern nur umzuformen; sie will im Laufe der Zeiten eine der beiden Parteien verdrängen bzw. in sich aufnehmen und zur regierenden Partei werden[2]).

Heute, da die Arbeiterklasse die Mehrzahl des britischen Volkes bildet und langsam zur politischen Reife gelangt, stehen ihr die alten, starken und mächtigen Organisationen der konservativen und der liberalen Partei überall so im Wege, daß die Arbeiter in ihren Bemühungen um eine selbständige Politik auf Schritt und Tritt auf unüberschreitbare Hindernisse stoßen, während es damals, als das Zweiparteiensystem sich herausbildete, überhaupt noch keinen modernen Arbeiterstand gab. Nicht nur in ökonomischer, sondern auch in politischer Beziehung sind ja die Arbeiter Spätgeborene. Der moderne Arbeiterstand, das Proletariat, entstand erst durch die »industrielle Revolution«, welche im zweiten Drittel des 18. Jahrhunderts als Folge der technischen Erfindungen und der Verkehrsverbesserungen einsetzte und in ihren Folgen noch wichtiger war, als die politische Revolution von 1689. Die industrielle Revolution bewirkte jene gewaltige Umwälzung des englischen Wirtschaftslebens, welche England aus einem aristokratisch regierten Agrarstaat[3]) in einen auf breiter politischer Basis aufgebauten Industriestaat verwandeln sollte, in welchem sich der moderne Kapitalismus zuerst zu voller Blüte entfaltete[4]). Mit ungeahnter Schnelligkeit wuchs zunächst besonders die Textilindustrie und die in die Kohlengebiete verpflanzte Eisenindustrie empor.

Organisation (vgl. z. B. die Rede Asquiths im Unterhause 26. 4. 1911: „I agree that the party system has been developed in this country to a degree of rigour and inelasticity not on the whole conducive to the best interests of the nation" Hansard vol. 24. 1911. p. 1863). Vgl. darüber insbesondere Ostrogorskis zitiertes Werk, in dem er sich sehr pessimistisch über das politische System in England ausspricht, und H. P. Belloc and Cecil Chesterton, „The Party System" 1911.

[1]) Was Hatschek zu der eigentümlichen Erklärung verleitet, die Sportliebe der Angelsachsen, die nur zwei Parteien kennt, damit in Zusammenhang zu bringen, l. c. II. S. 24.

[2]) Vgl. S. 141.

[3]) Schon von 1763 ab wird England Getreideeinfuhrland. Die Einfuhr von Getreide steigerte sich dann besonders infolge der ungewöhnlich starken Bevölkerungsvermehrung.

[4]) Über die industrielle Revolution vgl. besonders Arnold Toynbee „Lectures on the Industrial Revolution" 1887.

Aus den Arbeitern, die für ihren eigenen Bedarf oder für den Verleger produzierten, in jenen uns heute idyllisch anmutenden Zeiten, die uns George Eliot in »Silas Marner« so anschaulich geschildert hat, wurden die »hands«, die die schnell aus dem Boden schießenden »mills« in sich aufsaugten, jene »hands«, die oft lediglich als Sache behandelt wurden, als notwendige Teile eines Produktionsprozesses, über den sie selber keine Kontrolle hatten, eines Produktionsprozesses, der ihnen im allgemeinen keine Verbesserung ihrer Lage brachte, der vielmehr zunächst nur dazu zu dienen schien, die durch dieselben ökonomischen Umwälzungen entstandene Klasse der »masters« reicher und reicher zu machen. Dieser neue Stand der industriellen Arbeiter wuchs allmählich zur zahlreichsten Volksklasse heran.

Nun waren die Löhne in den ersten Dreivierteln des 18. Jahrhunderts relativ hohe gewesen. Daher wurde der plötzliche Druck besonders zu Anfang des 19. Jahrhunderts zusammen mit den Schäden, die die Einführung des Fabriksystems vielen gebracht hatte, besonders stark verspürt[1]). Die ungebildeten Massen wandten sich damals gegen die Maschinen als die vermeintlichen Urheber ihres Elends. Immer wieder kam es zu Unruhen, bei denen Maschinen zerstört wurden. An mehreren Orten wurden ganze Fabriken in Brand gesetzt. Zeitweilig nahmen diese Ruhestörungen in Verbindungen mit Erhebungen der notleidenden Landarbeiter den Charakter von ernsten Ausschreitungen an: so im Luddittenaufstande 1811, als organisierte Banden hauptsächlich die Grafschaften Mittelenglands unsicher machten, so 1816 und auch noch in den folgenden Jahren, als nach Beendigung des 20jährigen Krieges mit Napoleon die Arbeitslosigkeit zu einer nie erreichten Höhe angestiegen war und gleichzeitig die Lebensmittelpreise infolge einer Reihe von Mißernten enorme waren[2]).

[1]) Über die Entwicklung der Löhne vgl. Thorold Rogers, „Work and Wages", 7. A., 1912. Die Löhne der Industriearbeiter waren 1768 schon höher als, die der Landarbeiter, l. c. S. 73 ff. Trotzdem stand sich der letztere günstiger als in den 200 Jahren vorher oder in der folgenden Zeit. Vgl. Hyndman l. c. S. 140. In den 80er und 90er Jahren, besonders aber seit Beginn des neuen Jahrhunderts, fielen die Löhne aber stark, vgl. z. B. Webb, „History of Trade Unionism", new ed. 1911., S. 78.

[2]) Die napoleonischen Kriege mit ihrer großen Teuerung brachten großes Elend über die niederen Volksschichten. So betrug der Weizenpreis 1810—19 im Durchschnitt 88 sh 8 d, eine vorher oder nachher nie erreichte Höhe (vgl. Porter, „Progress of the Nation", New ed. by F. W. Hirst 1912, S. 181). Die Armensteuern betrugen 1815 5418846 Pf., 1818 7870801 Pf., um von 1820 ab trotz wachsender Bevölkerung immer mehr zu fallen. (l. c. S. 64.)

Hatte die industrielle Revolution das Bürgertum ökonomisch stark gemacht, so ward nun auch sein Streben nach politischer Herrschaft von Erfolg begleitet. Große Helfer standen ihm zur Seite: David Hume, Jeremy Bentham, Adam Smith: die Väter des englischen Liberalismus. Sie lieferten die geistigen Waffen im Kampfe gegen den alten Feudalstaat, der mehr und mehr Boden unter seinen Füßen verlor und 1832 durch die Parlamentsreform die erste große Niederlage erlitt, die 1846 nach Aufhebung der Kornzölle durch den endgültigen Sieg des Liberalismus und der demokratischen Idee besiegelt wurde.

An diesem Kampfe gegen das alte Regierungssystem haben die arbeitenden Klassen einen nicht unbedeutenden Anteil gehabt. An der radikalen Bewegung hatten sich schon zu Major Cartwrights Zeiten, besonders aber seit den neunziger Jahren des 18. Jahrhunderts, Handwerker und Arbeiter beteiligt. Die Schriften Thomas Paines, des glänzenden Verteidigers der Ideen der französischen Revolution, wurden von ihnen mit Begeisterung gelesen. Es bildeten sich allerlei politische Vereinigungen, so besonders die »London Corresponding Society« (1782), in der der große Politiker und Agitator Francis Place, ein Schneider, seine ersten Anregungen empfing[1]), aber auch sonst im Lande vereinigten sich radikale Elemente der Whig-Partei mit politisch interessierten Handwerkern und Arbeitern zu politischen Gesellschaften, den »Friends of the People«, den »Hampden Clubs« und den »Spencean Philanthropist Societies«. Politische Redner, politische Dichter, die sich einen Namen machten, tauchten auf aus dem Arbeiterstande. William Cobbett sorgte durch sein in Arbeiterkreisen viel gelesenes »Weekly Political Register«[2]) für die weitere Verbreitung des politischen Sinnes unter den Arbeitern.

Die Hauptforderungen aller dieser Männer war zunächst auf die Erteilung des allgemeinen gleichen Wahlrechts ohne jede Censusbeschränkung gegangen, und die Arbeiter hatten an dem endlichen Zustandekommen der Parlamentsreform ihrerseits mitgewirkt. Diese machte das Wahlrecht aber noch immer von einem bestimmten Census abhängig, an dessen Höhe das Einkommen der Arbeiter nicht heranreichte. Durch die Finalitätserklärung Lord Russels wurde jede weitere Wahlrechtserweiterung abgelehnt. So

[1]) Vgl. über diese interessante Persönlichkeit: Graham Wallas, „Life of Francis Place" 1898.

[2]) Das W. P. R. bedeutet den Anfang der billigen Presse in England. Es wurde zuerst zum Preis von 1½ d, dann von 2 d verkauft.

gingen die Arbeiter 1832 mit leeren Händen aus, und dies führte, wie schon Held bemerkte[1]), zur Spaltung in den Reihen der Radikalen: die Mittelklassen traten als Freihändler, die Arbeiter als Chartisten auf.

Schnell wurde aus dem Chartismus eine mächtige Bewegung. In den Reihen der Arbeiter hatte sich infolge der Verbreitung naturrechtlich-sozialistischer und kommunistischer Ideen schon revolutionärer Zündstoff in Menge gesammelt. Und als nun zu ihrer schlechten Lage, die durch den unzulänglichen Anfang einer Fabrikgesetzgebung nicht gehoben worden war[2]), sondern weiter stieg durch das Überangebot von Arbeit infolge des Zudranges beschäftigungsloser Landarbeiter und früherer Heimarbeiter, vor allem aber der in großen Scharen einwandernden Iren[3]), als dazu noch der Mißerfolg ihrer nach Aufhebung der Koalitionsverbote 1824 25 neugegründeten Gewerkschaften[4]) und vor allem das Armengesetz von 1834[5]) hinzukam, welches die ökonomische Lage der Arbeiter noch weiter verschlechterte, da pflanzte sich die Chartistenbewegung, diese erste sozialrevolutionäre Bewegung des modernen Arbeiterstandes, die durch ein volles Jahrzehnt England in hellen Aufruhr versetzte und manchmal die Formen des offenen Bürgerkrieges annahm, schnell bis in alle Teile des Landes fort.

---

[1]) Held, Zwei Bücher zur sozialen Geschichte Englands. 1881. S. 341.

[2]) Es sollte den Engländern nicht vergessen werden, daß sie schon 1802 durch die Health and Morals of Apprentices Act (42 Geo. III. c. 73) den Anfang mit der Arbeiterschutzgesetzgebung machten und bis in die 70er und 80er Jahre hinein die Führung darin behielten. Nach Muckle, „Die Geschichte der sozialistischen Ideen im 19. Jahrhundert" I, S. 43, ist allerdings erst das Gesetz von 1819, das auf Owens Einfluß zurückgeht, von modernem Geiste durchweht, während das Gesetz von 1802, das sich nur auf die von den Armenhäusern gelieferten Lehrlinge bezog, noch im Geiste der zünftigen Fürsorgepolitik gehalten ist.

[3]) Carlyle drückt dies in unvergleichlich plastischer Weise mit den Worten aus: „the wretchedness of Irland has crept over us", Chartism., S. 38.

[4]) Über die „Grand National Consolidated Trades Union" und ihren schnellen Zusammenbruch vgl. Webb, op. cit. S. 119 ff.

[5]) Infolge des „allowance-systems" hatten sich vorher die Arbeiter sozusagen als Pensionäre der Armenkasse betrachtet. Malthus, auf dessen Einfluß das Gesetz in erster Linie zurückzuführen ist, war den Arbeitern damals aufs bitterste verhaßt. „Es hat wohl kaum ein Gesetz einen solchen Haß unter der Bevölkerung hervorgerufen wie dieses" (Tugan-Baranowski). Toynbee nennt es dagegen (l. c. S. 111) „perhaps the most beneficent Act of Parliament which had been passed since". Gegen Malthus schrieb besonders der in Arbeiterkreisen gelesene Hazlitt in feindseligstem Tone, vgl. Stephen, l. c. II, S. 257 ff.

Der Chartismus[1]) war in Wahrheit eine Arbeiterbewegung, obgleich seine Führer — z. B. Feargus O'Connor und Earnest Jones — dem Mittelstande und zwar den Reihen der bürgerlich Radikalen, die bei der Parlamentsreform 1832 noch nicht auf ihre Rechnung gekommen waren, entstammten. Im wesentlichen verfolgten auch die Chartisten rein politische Ziele: die sechs Forderungen der »People's Charter«, für die sie kämpften und die in der auf Placeschen und Cobbettschen Traditionen aufgebauten, 1837 gegründeten »Londoner Arbeitergesellschaft« zuerst formuliert wurden, waren: aktives und passives Wahlrecht für alle erwachsenen Männer ohne Censusbeschränkung, geheime Abstimmung, gleichmäßige Wahlbezirke, Diäten für die Parlamentsmitglieder und einjährige Dauer der Parlamentssessionen. Doch ist es sicher, daß diese Forderungen deshalb aufgestellt wurden, weil man erst nach ihrer Verwirklichung die bedauernswerte Lage, in der sich die arbeitenden Klassen damals befanden, und die uns durch Zeugen wie Gaskell, Marx und Engels, Carlyle, Disraeli und Kingsley einwandsfrei überliefert worden ist[2]), mit einem Schlage zu ändern hoffte. Sozialistische Gedanken und Hoffnungen — in der Hauptsache utopistisch-genossenschaftlichen Charakters, wie sie Robert Owen verkündet hatte, — neben den weitverbreiteten Ideen eines Godwin, eines Hall, eines Hodgskin und eines Thompson waren es vor allem, die die notleidenden und gänzlich ungebildeten Arbeitermassen zum offenen Kampfe anfeuerten.

Bis in die abgelegensten Teile des Landes pflanzte sich die Bewegung fort. Obgleich man die große Gefahr des Chartismus natürlich bald erkannt hatte und überall strenge Maßregeln ergriff, erhielt sich die Bewegung doch bis zum Jahre 1842 in voller Stärke, in welchem Jahre nach dem übereinstimmenden Urteil der Historiker das Elend des englischen Proletariats am größten war[3])

[1]) Über den Verlauf der Chartistenbewegung vgl. jetzt vor allem Beer, „Geschichte des Sozialismus in England", Stuttgart 1913, welcher zum ersten Male eine angemessene Geschichte des Chartismus uns gegeben hat. Gammage, „History of the Chartist Movement" 1894 und Tildsleys Schrift sind gänzlich unzureichend. Vgl. übrigens oben S. V.

[2]) Vor allem sind die Schriften des Arztes Gaskell („Manufacturing population" 1833 und „Artisans and Machinery" 1836) mit ihren teilweise dantesken Schilderungen des Lebens der damaligen Fabrikarbeiter noch heute durchaus lesenswerte Kulturdokumente.

[3]) So z. B. Herbert Paul, „History of Modern England" 1904, I, S. 7; vgl. auch Spencer Walpole, „History of England form the conclusion of the Great War in 1815" 1890, V, 503: „jeder elfte Mensch war (1842) ein pauper und jeder fünfhundertste Mensch kam vor Gericht".

und Peel durch die Beseitigung verschiedener drückender Steuern den ersten Anfang zur Hebung der sozialen Lage der Arbeitermassen tat. Dann brach die chartistische Bewegung allmählich in sich zusammen, vor allem wegen der Uneinigkeit ihrer Führer, von denen die einen, welche die »physical force« predigten, mit Gewalt, Mord und Totschlag ihre Ziele erreichen wollten, während die anderen, die Verkünder der »moral force«, an die Macht der von ihnen verkündeten Ideen glaubten und für ihre Verwirklichung nur auf friedlichem Wege wirken wollten. Durch diese Uneinheitlichkeit der Leitung, die schon von Anfang an hervorgetreten und auf den Beratungen des Nationalkonvents, des Arbeiterparlaments, das die Chartisten 1839 nach London berufen hatten, schon zu Streitigkeiten geführt hatte, verlor die Bewegung sehr an revolutionärer Spannkraft. Der Generalstreik, den die Chartisten zweimal zu inszenieren versuchten, kam hauptsächlich wegen des Widerstandes der Gewerkschaften nicht zustande[1]).

Die Führer begnügten sich schließlich damit, allerhand soziale Reformpläne auszuarbeiten[2]). Auch die Annäherung O'Connors an die Torypartei und seine Opposition gegen die sich siegreich durchsetzende Antikornzoll-Liga haben der Chartistenbewegung sehr geschadet, ebenso der Mißerfolg der revolutionären Bewegung von 1848 auf dem Kontinent. Die dritte Monstrepetition der Chartisten ans Parlament im Jahre 1848 machte schließlich wegen des hinterher zutage kommenden Schwindels die ganze Bewegung lächerlich. So mußten alle später unternommenen Versuche, die langsam dahinsterbenden Flammen der chartistischen Bewegung noch einmal zu schüren, mißlingen. Nur hier und da flackerte noch ein schwacher Funken auf in den folgenden Jahren. Im Jahre 1854 ist es mit der ganzen chartistischen Bewegung gänzlich zu Ende.

---

[1]) Beer berichtet (l. c. S. 239), daß die besten Köpfe des englischen Proletariats, darunter der Textilarbeiter John Doherty, von einem Plane träumten, eine politische Arbeiterpartei zu schaffen, deren Einheit die Trade Unions sein sollten ..... Sämtliche Unions sollten eine nationale Vereinigung bilden, die die Befreiung der Arbeiterklasse durch proletarische und sozialistische Aktion in die Hand zu nehmen hätte. Beer macht mit Recht darauf aufmerksam, daß dieser Traum durch das 1900 gegründete Labour Representation Committee in Erfüllung ging, wenn auch ihre Gründer nichts von Dohertys früheren Plänen wußten.

[2]) Ich erinnere an O'Briens Geld- und Kreditreform und an O'Connors eigenartigen Landplan, der am Widerstand der Regierung scheiterte.

Sie verlief im Sande, denn sie war im Grunde genommen lediglich eine Notstandsbewegung; einen Sklavenaufstand könnte man sie fast nennen. Diese dumpfen Massen, die sich von O'Connor und anderen so lange irre führen ließen, hatten noch lange nicht die Stufe erreicht, auf der sie mit Erfolg um politische und wirtschaftliche Rechte kämpfen konnten[1]). Damals gab es noch »zwei Nationen« in England, durch eine Kluft voneinander getrennt, über die keine Brücke der Verständigung hinüberführte. »Die furchtbar schwierige Arbeiterfrage bleibt ganz ungelöst«, konnte Harriet Martineau am Schlusse ihres Werkes (History of 30 Years Peace) schreiben, zu einer Zeit, als die Chartistenbewegung schon fast ihr Ende erreicht hatte[2]). Jedoch ist sie nicht spurlos vorübergegangen. Mit wieviel Interesse z. B. auch Marx und Engels die Chartistenbewegung verfolgten und wieviel sie auch in theoretischer Hinsicht den chartistischen Sozialisten verdanken, ist bekannt. Die Theorien Marx', der aufreizende und verletzende Ton seiner Schriften, die baldige Erwartung einer großen sozialen Revolution, welche hindurchklingt, alles dies ist ein typisches Produkt jener unruhigen Zeiten, als in ganz Europa die Flammen des Aufruhrs loderten und die Throne zitterten, in England aber, das den übrigen Ländern in der Geschichte vorausgeeilt war, die erste Schilderhebung des Proletariats stattfand. Und wie der Chartismus damals den englischen Arbeitern zum ersten Male ihre besonderen Klasseninteressen zum Bewußtsein brachte, so griff auch später die Masse auf verwandte Ideen zurück, wenn ein Notstand sie bedrückte[3]). So in den 80er Jahren, als die Arbeitslosigkeit infolge langdauernder Handelsdepressionen sich Jahre lang auf einer erschreckenden Höhe hielt, so heute,

[1]) Vgl. auch W. Morris and B. Bax, „Socialism, its growth and out come" 1908. S. 177: „Die Chartisten hatten in der großen Mehrzahl notwendigerweise keine Ahnung von der Bedeutung und dem Endziel des Sozialismus; und die wirtschaftliche Entwicklung war noch nicht weit genug gediehen, um die wahren und die bleibenden Ursachen ihres Notstandes ans Licht zu bringen: Sobald ihre Lage besser wurde, fiel die Partei der Chartisten auseinander."

[2]) v. Schulze-Gävernitz (zum sozialen Frieden 1890, S. 63 f.) vergleicht den Chartismus mit der sozialdemokratischen Bewegung in Deutschland und findet das gemeinsame in dem Streben der Arbeiter nach Umsturz des Bestehenden, Ergreifung der Staatsgewalt, um dadurch eine bessere Ordnung herbeizuführen. Hier wie dort bleibe das soziale Endziel mit Bewußtsein utopisch.

[3]) Vgl. C. F. G. Mastermans Urteil „The Condition of England" 1909. S. 16: „The English workman will endure anything in silence — until it becomes unendurable. When he is vocal, ist is pretty certain, that things have become unendurable." Vgl. auch Rogers, op. cit. S. 127.

wenn die untersten Schichten des Arbeiterstandes sich zum Syndikalismus bekennen und den Generalstreik verkünden, den schon die Chartisten versucht hatten. Immer wieder ist auch später in der Arbeiterbewegung jener Gegensatz zwischen der »physical force« und der »moral force« zutage getreten und hat Uneinigkeit in ihr Lager gebracht. Je ungebildeter die Arbeiterschicht ist, um die es sich handelt, je schlechter ihre ökonomische Lage ist, je weniger sie in Zusammenhang steht mit der Regierung des Landes, desto größer wird ihre Hinneigung zur Gewalttaktik, desto stärker werden stets die anarchistischen Tendenzen bei ihr sein. Je mehr dagegen die Arbeiter tatsächlichen Einfluß auf die Regierung erlangen, desto mehr werden sie auf dem Boden der »moral force« stehen.

Die chartistische Bewegung ist sicherlich auch auf die Gesetzgebung nicht ohne Einfluß geblieben. So war die größere Bereitwilligkeit, mit der die höheren Gesellschaftsklassen an der wirtschaftlichen, sittlichen und geistlichen Hebung der Arbeiterklasse damals zu arbeiten begannen, mit ein Grund für das Verschwinden des Chartismus gewesen, andererseits aber durch ihn vor allem erst ins Leben gerufen worden. So sind Shaftesburys, Chalmers' und Oastlers Bestrebungen um weiteren Ausbau der sozialen Gesetzgebung zu verstehen, wenn sie irrtümlicherweise damit auch zugleich die Interessen der »country gentlemen« zu wahren glaubten. Dem Zehnstundengesetz von 1847 ging die Einführung des Freihandels ein Jahr voraus, der für viele »country gentlemen« wie überhaupt für die englische Landwirtschaft Ruin bedeutete. Zugleich aber haben diese beiden Maßnahmen auch der chartistischen Bewegung recht eigentlich den Todesstoß versetzt. Zu der Verbilligung der Lebensmittel, die nun eintrat, kam noch die Zunahme der Auswanderung[1]), welche das Einströmen irischer Arbeiter nach England beseitigte oder aufhob, kam ferner die geringe Sympathie auf Seite der Gewerkschaften[2]), die von ihren

[1]) Zwischen 1831 und 1841 wanderten 499 871 Menschen aus Großbritannien aus, in dem Jahrfünft 1846—1850 stieg die Zahl der Auswandernden dann auf 1 216 507 (Porter, l. c. S. 5). Nach Hyndman (l. c. S. 268) betrug die Auswanderung 1851—54 jedes Jahr über 320 000.

[2]) Seit 1841/42 beginnt ein neuer Aufschwung der Gewerkschaftsbewegung: 1841 wird der Bergarbeiterverband, 1843 die Gewerkschaft der Töpfer und der Baumwollspinnerverband, 1844 der Buchdruckerverband gegründet, 1845 wurde die „National Association of United Trades for the Protection of Labour" gegründet, die allerdings auch nur ein kurzes, wenn auch ein längeres Leben als die „Grand National" von 1834 hatte; im Gegensatz zu dieser, deren Gründung auf Owens

Mißerfolgen in den 30er Jahren sich erholt hatten und sich der chartistischen Bewegung nicht anschlossen.

Alle diese Umstände, verbunden mit dem ungeheuren Aufschwung des englischen Wirtschaftslebens, welches der Einführung des Freihandels folgte und England für ein Menschenalter zur konkurrenzlosen »Werkstatt der Welt« machte, trugen dazu bei, daß der Chartismus so schnell gänzlich vergessen wurde. Auch die Arbeiter erhielten ihren Anteil an dem Golde, das aus allen Ländern der Welt nach Lancashire und London strömte. Die Forderung der Erweiterung des Stimmrechts wurde von der liberalen Partei wieder aufgenommen, die, wie wir schon sahen[1]), auch sonst für den kulturellen Fortschritt der Arbeiterklasse sich damals einsetzte. Die ganze Arbeiterbewegung wurde auf ein anderes Gebiet gelenkt, Korporationen, Zusammenschluß wurde ihnen von allen Seiten gepredigt. Die »Pioniere von Rochdale« fanden viele Nachfolger[2]). Unterstützungsvereine auf Gegenseitigkeit, Bauvereine, Gewerkvereine, Produktivassoziationen, auf die die christlichen Sozialisten ihre Hoffnung setzten, wurden in großer Zahl gegründet.

Von den Arbeiterkoalitionen interessieren uns hier in erster Linie die Gewerkschaften, weil ihre Führer in der folgenden Zeit die politische Arbeiterbewegung, die mit dem Zusammenbruch des Chartismus ein so jähes Ende gefunden hatte, auf freilich ganz neuen Prinzipien in die Hand nehmen und von da ab beherrschen sollten. Die nächste Periode der politischen Arbeiterbewegung, die bis in die 80er Jahre hineinreicht, ist eine Periode rein gewerkschaftlicher, liberaler Arbeiterpolitik. Die Erinnerung an die sozialrevolutionären Pläne der Chartisten schien in der Folgezeit wie weggelöscht zu sein, freilich hatten ja auch die Gewerkschaften im großen und ganzen sich stets von der chartistischen Bewegung ferngehalten. Sie hatten gegen Ende der 40er und in den 50er Jahren ihre Vereine, die bisher nur lokale Organi-

---

Einfluß zurückging und die sich weit reichende sozialreformatorische Ziele gesetzt hatte, wollte diese lediglich den Arbeitern „a fair day's wage for a fair day's labour" sichern (vgl. Webb, l. c. S. 168) und „gutes Einvernehmen mit den Unternehmern pflegen" (ebenda S. 171), dieselben Ideen, welche den liberalen Gewerkschaftsführern der nun folgenden Epoche auch mit in erster Linie vorschwebten.

[1]) Vgl. S. 14.

[2]) Die englische Genossenschaftsbewegung fällt aus dem Rahmen dieser Schrift hinaus. Über sie orientieren Holyoake, „History of Cooperation" und Percy Redfern, „The Story of the C. W. S. Being the History of the Cooperative Wholesale Society Limited 1863—1913".

sationen gewesen waren, über das ganze Land auszudehnen gesucht, um schließlich alle Arbeiter des betreffenden Gewerbes zu umfassen. Den Anfang gemacht hatte jenes vielgepriesene »new model«, die vereinigte Gesellschaft der Maschinenbauer, deren Statuten von Newton und Allan verfaßt, in der Zeit von 1852 bis 1889, allen übrigen Gewerkschaften zum Vorbilde dienten[1]).

Damals schon bildete sich als Folge der zunehmenden Differenzierung der Arbeiterklasse die »Aristokratie der Arbeiter« heraus, deren Gewerkschaften Männer zu Leitern hatten, deren Kenntnisse und Fähigkeiten sich weit über den Bildungsgrad der Durchschnittsarbeiter erhoben. Neben Newton und Allan sind hier besonders Applegarth, Guile, Cowlson und Odger zu nennen, jene »Junta« von Männern, von deren für ihre Vereine so segenbringenden Tätigkeit uns das Ehepaar Webb eingehend berichtet hat[2]). Die gewerkschaftlichen Methoden, und die Ziele, die diese Männer verfochten, waren grundverschieden von denen der lokalen Gewerkvereine früherer Jahrzehnte. Hatten diese auf Grund des »Prinzips der erworbenen Rechte« in zünftlerischer Weise das »Recht auf das Gewerbe« in Anspruch genommen, die Zahl der Mitglieder beschränkt, waren sie vor allem gegen jede Verschlechterung der ursprünglich durch die Richter festgesetzten Arbeitsbedingungen vorgegangen, so standen die »neuen Unionisten« auf dem »Prinzip der freien Konkurrenz«: der Lohn habe sich nach dem allgemeinen Stande des Marktes zu richten und mußte durch gemeinsame Regelung der Vertragsbedingungen anerkannt werden. Ihr Hauptaugenmerk richteten sie auf die Gründung eines starken Reservefonds für Streik und Arbeitslosigkeit ihrer Mitglieder[3]).

Von der Politik hielten sich die Gewerkschaften gleich den übrigen Arbeiterkoalitionen zunächst ihren Statuten gemäß grundsätzlich fern. Sie teilten zum großen Teile die ökonomischen Anschauungen ihrer Arbeitgeber, bestritten nicht die Berechtigung von Unternehmergewinn und Profit und fanden es für richtig, daß auf Lohnerhöhungen entsprechende Preissteigerungen erfolgten.

[1]) Vgl. Webb, l. c. S. 198—204, und Brentano, l. c. I., S. 135 ff.

[2]) Vgl. besonders Kapitel V der „History": „The Junta and their Allies", wo auch von den einzelnen Persönlichkeiten der Gewerkschaftsführer eingehend gesprochen wird.

[3]) Über die Gewerkschaftstheorie vgl. das zweite große Werk der Webbs über die Gewerkschaften, „Industrial democracy" new. ed. 1902 und den Aufsatz „Die theoretische Basis der britischen Gewerkvereine" derselben Verfasser in Brauns Archiv Bd. 11.

Trotzdem sind die 50er Jahre, besonders das Krisenjahr 1857, natürlich nicht frei von teilweise recht lange andauernden Lohnstreitigkeiten.

Was aber die Gewerkschaften veranlaßte, schon im folgenden Jahrzehnt, in den 60er Jahren, ihren früheren Standpunkt aufzugeben und in die politische Arena einzuziehen, war nur in ganz geringem Maße der »Kampf zwischen Kapital und Arbeit«. Die Gründe dazu waren anderer Natur. Das werden wir im nächsten Kapitel zeigen.

Zweites Kapitel.

Die gewerkschaftlich-liberale Periode der Arbeiterbewegung.

(1850—1885.)

Holyoakes Kandidatur. — Gründung der ersten Internationalen. Stellungnahme der Gewerkschaften. — George Potter und der Londoner Arbeiterverein. — Die Arbeitervertretungsliga von 1868. — Der erste allgemeine Gewerkschaftskongreß. — Schwierigkeiten der Liga. — Anschluß an die Liberalen. — Der Kampf um das neue Gewerkvereinsrecht. — Wirksamkeit der Liga. — Wahlen von 1874. Macdonald und Burt. — Abschluß der Trade-Uniongesetzgebung.

Der Wendepunkt um 1875. — Erschlaffung der Arbeiterbewegung. — Wahlen von 1880. — Henry Broadhurst. — Der Arbeiterwahlverband von 1885. — Tatenlosigkeit der Arbeiterabgeordneten. — Der aufkeimende Einfluß des Sozialismus.

Schon die Chartisten hatten erfolglos einige Parlamentskandidaten aufgestellt, und bei den allgemeinen Wahlen des Jahres 1857 hatte sich Holyoake, der bekannte Vorkämpfer und spätere Geschichtsschreiber der Genossenschaftsbewegung, in Tower Hamlets als unabhängiger Arbeiter aufstellen lassen[1]). Holyoake selbst erklärt in seiner Biographie, daß durch ihn damals der erste Anspruch zur Vertretung der Arbeiterschaft im Parlament

[1]) Newton kandidierte 1852 ohne Erfolg (vgl. Webbs History, S. 188) in demselben Wahlkreise wie Holyoake 1857.

erhoben worden wäre[1]). Interessant ist, daß John Stuart Mill die Anregung zu Holyoakes Kandidatur gegeben hatte und dieselbe nach Kräften förderte. In letzter Stunde trat aber Holyoake von der Wahl zurück, da ein neuer gefährlicher Bewerber um seinen Wahlkreis auf dem Plan erschien. Holyoakes mutiges Beispiel fand damals keine Nachahmer; erst 10 Jahre später sollte die politische Arbeiterbewegung einsetzen.

Die englischen Arbeiter, von denen nur sehr wenige schon das Stimmrecht besaßen, waren damals schon in den 50er Jahren gar nicht ohne Interesse für die Politik, wenn auch ihre Organisationen dieselbe nicht pflegten. Durch den Krimkrieg war England unter Lord Palmerston wieder mehr in die europäische Politik verwickelt worden, und allgemein verfolgte man die Vorgänge auf dem Kontinent mit größerem Interesse auch in den Reihen der Arbeiter. Das manchesterliche, nachchartistische England eines Mill, Cobden und Bright war ein Reich des Individualismus, der Freiheit, und wie man schon früher für die Unabhängigkeitskämpfe der Griechen im ganzen Volke großes Interesse gezeigt hatte, so wandten sich später auch wieder die Augen aller dahin, wo unterdrückte Völkerschaften um ihre Freiheit rangen. Gerade in Kreisen der Arbeiter zeigte man großes Interesse für Garibaldi, dessen Besuch in London 1861 durch sie zu einem Triumphzuge gestaltet wurde; so stellten sie sich auch entschieden auf seiten der Nordstaaten im amerikanischen Bürgerkriege, trotzdem dies durchaus nicht mit ihren materiellen Interessen Hand in Hand ging, so nahmen sie insbesondere Partei für die Polen bei deren Aufstande im Jahre 1863, und gerade auch die englischen Arbeiter beteiligten sich in grosser Zahl an den Polenbünden, welche Sammlungen zur Unterstützung der Sache der Polen veranstalteten und von der Regierung Schritte zugunsten der Polen unternommen wissen wollten. Napoleon III. wünschte damals bekanntlich auch eine Intervention der westeuropäischen Mächte in der polnischen Frage. Es vertrug sich daher wohl mit seinen Plänen, daß sich die französischen Arbeiter, von denen er zwei Vertreter zur Londoner Weltausstellung 1862 herübergesandt und dadurch, ohne es zu wollen, die internationale Arbeiterbewegung ins Rollen gebracht hatte, in dieser Sache mit den englischen Arbeitern vereinigten und in den beiden folgenden Jahren in größerer Zahl ihre Besuche wiederholten.

[1]) Vgl. G. J. Holyoake, „Sixty years of an Agitators Life", 3. A., 1893, S. 42. Interessant ist die Adresse Holyoakes an seine Wähler, S. 43 ff.

Auf diesen Polenmeetings kamen aber auch andere Dinge zur Sprache. Die schlimme Handelskrise von 1857 und vor allem der sogen. »Baumwollhunger« in Lancashire während der Zeit des amerikanischen Bürgerkrieges, hatte die Gewerkschaftsführer nachdenklich darüber gemacht, ob sich die Arbeiter nur auf den Kampf für höheren Arbeitslohn und kürzere Arbeitszeit beschränken sollten. Mit Interesse hörten die englischen Arbeiter aus dem Munde ihrer französischen Genossen von den Ideen Proudhons und Blanquis, mit Interesse verfolgte man Lassalles Agitation unter den deutschen Arbeitern.

So kam es zur Gründung der ersten Internationalen auf dem »Polen«-meeting in der St. Martins Hall zu London am 28. September 1864, wozu der englische Ausschuß die Arbeiter aller Länder eingeladen hatte. Professor Beesly, der zur Gruppe der Positivisten, der englischen Schule Comtes, gehörte, welche in den nächsten Jahren eifrig an der Förderung der Arbeiterinteressen mitarbeitete, führte den Vorsitz in jener Versammlung, auf der ein Komitee eingesetzt wurde, welches Programm und Statuten einer internationalen Arbeitergesellschaft entwerfen sollte. Dieses Komitee bestand ganz überwiegend aus englischen Arbeitern; unter ihnen befanden sich auch die erwähnten Gewerkschaftsführer Applegarth und Odger. Auf einer späteren Sitzung wurden dem Komitee zwei Programmentwürfe vorgelegt, von denen einer aus der Feder Mazzinis, der damals unter den englischen Arbeitern sehr populär war, der andere von Karl Marx herstammte. Mazzinis Entwurf wurde abgelehnt, Marxens Inauguraladresse und Statuten einstimmig angenommen. In der Inauguraladresse hob Marx besonders hervor, daß trotz der beispiellosen Vermehrung von Reichtum und Macht unter den besitzenden Klassen seit 1848 die Not der Arbeiterklasse sich nicht geändert habe. Er beglückwünschte das Anwachsen der Kooperativbewegung, aber erst, wenn sie sich zu nationalen Dimensionen ausdehnte und vom Staate gefördert würde, könne sie, wie er meinte, der Arbeiterklasse nützen. Die Grundbesitzer und Kapitalisten würden dies aber verhindern und all ihre politische Macht aufbieten, um ihre wirtschaftlichen Monopole aufrecht zu erhalten. Deshalb müsse die Arbeiterklasse alle Mittel daran setzen, die politische Macht zu erobern. Diese große Aufgabe hätten die Arbeiter aller Länder zu erfüllen. Der gegenseitige Zusammenhalt würde ihnen ein gewaltiger Rückhalt bei der Vollbringung dieses schweren Werkes sein. So schließt die Inauguraladresse mit dem Weckruf des

»Kommunistischen Manifestes«: Proletarier aller Länder, vereinigt Euch![1]).

Obgleich der Generalrat, dessen Vorsitzender, Schatzmeister und Schriftführer Engländer waren, bis 1872 seinen Sitz in London hatte, und obgleich wir hören, daß noch auf dem ersten Kongreß der englischen Gewerkschaften zu Sheffield 1866[2]), welcher dem ersten allgemeinen Gewerkschaftskongreß um 2 Jahre vorausging, der Beschluß gefaßt wird, sich möglichst zahlreich der Internationalen anzuschließen, so hatte sie doch für die englischen Arbeiter im wesentlichen keine andere Bedeutung, als daß infolge ihres Anschlusses an die Internationale die Bemühungen der Tradeunions, sich vor der Einfuhr billiger Arbeitskräfte aus dem Auslande zu schützen, womit ihnen die Arbeitgeber damals bei vielen Lohnstreitigkeiten zu drohen pflegten, von Erfolg begleitet waren. Auf die Dauer war es natürlich nicht möglich, Blanquisten, Proudhonisten, Lassalleaner und englische Gewerkschaftler unter einer Fahne zu vereinigen, und als Bakunin mehr und mehr an Einfluß in der Internationalen gewann, traten die englischen Gewerkschaftler, die auch für die internationalen Kongresse sehr wenig Interesse zeigten, in großen Scharen aus, so daß ihr Zusammenhang mit der internationalen Arbeiterbewegung schließlich ein ganz loser wurde[3]) und zur Zeit des Pariser Communeaufstandes ganz aufhörte.

Jedenfalls hat die Teilnahme an der ersten Internationalen dazu beigetragen, die Gewerkschaften in den politischen Kampf hineinzuziehen, wenn auch die der internationalen Arbeiterbewegung zugrunde liegenden Ideen ihnen fremd blieben und nach den chartistischen Erfahrungen ihnen manches davon veraltet vorkommen mußte. Was vielmehr den entscheidenden Anstoß für die Zuwendung der Arbeiter, insbesondere der Gewerkschaften, zur Politik gab, war der Kampf für die Wahlrechtsreform und für die gesetzliche Anerkennung der Gewerkvereine, der die 60er und den Anfang der 70er Jahre erfüllt.

Mitte der 60er Jahre hatte die Bewegung für Erweiterung des Stimmrechts einen solchen Umfang angenommen, daß die Reform des Parlaments, die in den vorhergehenden Jahren schon ungefähr ein Dutzend mal Gegenstand einer Bill gewesen war,

[1]) Vgl. Mehring, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie III, S. 175.

[2]) 138 Delegierte als Vertreter von im ganzen 200 000 Gewerkschaften versammelten sich zu Sheffield, vgl. Webb, History, S. 240 ff.

[3]) Nach den Webbs schon seit 1866. Vgl. Webb, History, S. 218.

nicht mehr lange ausbleiben konnte. Zu der schon früher gegründeten »Reform League«[1]) trat 1866 eine neue Organisation, die »London Working Men's Association«, deren Präsident George Potter, der Redakteur des »Beehive«, einer in Arbeiterkreisen weitverbreiteten Zeitung, war. Potter hat auf die Gewerkschaften direkt nur einen geringen Einfluß ausgeübt, da sich die »Junta« stets in scharfen Gegensatz zu ihm stellte; aber er öffnete allen Arbeitern die Augen darüber, welch ein großes Mittel ihnen durch das Wahlrecht in die Hand gegeben würde[2]). So veranstaltete der Londoner Arbeiterverband auch eine große Demonstration, an der sich 35000 Menschen beteiligten, um einen Druck auf das Parlament auszuüben, welches die Gladstonesche Reformbill 1866 zurückgewiesen hatte. Noch größere Demonstrationen folgten. Im folgenden Jahre, unter Disraeli, erhielten dann die Arbeiter in den Städten das Stimmrecht. Dadurch war die wichtigste Vorbedingung zur Erlangung von Parlamentssitzen durch Arbeiter gegeben, wofür der Londoner Arbeiterverband nun mit um so größerem Nachdruck agitierte.

Seine Bemühungen wären aber vergeblich gewesen, hätten sich nicht damals auch die Gewerkschaften veranlaßt gesehen, ihre frühere unpolitische Haltung gänzlich aufzugeben. Dies brachte vor allem der Kampf mit sich, den die Gewerkschaften um ihre gesetzliche Anerkennung führen mußten. War doch ihre juristische Stellung seit Aufhebung der Koalitionsverbote eine höchst unsichere: sie waren grundsätzlich nicht verboten, aber hatten trotzdem keinen Rechtsschutz. Dieser Zustand war unerträglich und trug mit den bereits geschilderten Ereignissen dazu bei, die Gewerkschaften zur Besinnung über ihre gemeinsamen Interessen zu bringen. Schon durch die Gewerkschaftskartelle (Trades Councils[3]), die damals in großer Zahl entstanden, wurden die einzelnen Organisationen sich näher gebracht: dort wurden auch die den Gewerkschaften gemeinsamen politischen Interessen lebhaft erörtert. Nach der Gründung der Internationalen sehen

[1]) Ihr Sekretär war von 1863—67 George Howell, vorher erster Sekretär des Londoner Trades Council, später (1872—75) erster Sekretär des parlamentarischen Ausschusses der Gewerkschaften.

[2]) Potter ist von Haneld („Das englische Gewerkvereinsrecht nach 1870", 1909, S. 10) der „englische Lassalle" genannt worden. Der Vergleich Potters mit dieser überragenden Persönlichkeit ist ganz deplaziert, doch werden andererseits die Webbs seiner Bedeutung für die Geschichte der politischen Arbeiterbewegung nicht ganz gerecht.

[3]) Über die Trade Councils vgl. Webb, History, S. 224 f.

wir dann einige bekannte Führer, Applegarth unter den Zimmermännern, Odger im Londoner Gewerkschaftskartell, Alexander Macdonald, den späteren Abgeordneten, unter den Bergarbeitern Schottlands, Alexander Campbell in Glasgow für politische Betätigung der Trade-Unions eintreten[1]). Das entscheidende Ereignis trat 1867 ein.

In diesem Jahre hatte der Schatzmeister einer Bradforder Gewerkschaft Gelder veruntreut. Als sich diese nun an die Gerichte wandte, wurde sie überall zurückgewiesen. Die Gerichte wiesen darauf hin, daß es sich bei einer Gewerkschaft um eine für ungesetzliche Zwecke gegründete Vereinigung handele[2]). Damit schienen dem Diebstahl und dem Betrug Tür und Tor geöffnet zu sein, die Gewerkschaften selbst außerhalb des Rechtes zu stehen. Daß die Gewerkschaften dies nicht willig über sich ergehen ließen, sondern daß sie nach politischem Einfluß strebten, um den Schutz ihrer Fonds vom Gesetze garantiert zu bekommen, versteht sich von selbst, und wir werden auch fernerhin beobachten können, daß einerseits immer wieder, wenn die Gerichte eine den Gewerkschaften ungünstige Rechtssprechung ausübten und durch eine neue prinzipielle Entscheidung die Rechte derselben beschnitten [was sich besonders 1901 durch den Taff Vale Entscheid[3]) in gewisser Beziehung auch 1910 durch den Osborne Entscheid[4]) wiederholte], dies für die Gewerkschaften ein Anstoß war, mit mehr Energie die Wahrung ihrer Interessen im Parlament zu betreiben, daß die Gewerkschaften andererseits nach Erfüllung ihrer Forderungen durch das Parlament sich stets wieder merklich von der Politik zurückzogen, so daß die Geschichte der Arbeiterpartei Englands bis jetzt in gewisser Beziehung die des englischen Gewerkvereinsrechtes war.

Die einzelnen Etappen des Kampfes um das neue Gewerkvereinsrecht, der durch die Gesetzgebung von 1875 und 1878 sein Ende erreichte und im wesentlichen einen Sieg der Gewerkschaften bedeutete, zu verfolgen, hat für uns vorläufig wenig Interesse; wir kommen später noch einmal darauf zurück[5]). Das wichtigste Ereignis ist für uns die Gründung der Arbeitervertretungsliga (Labour Representation League) im Jahre 1868, die haupt-

[1]) Vgl. Webb, History S. 222, Humphrey, l. c. S. 9.
[2]) Da die Gewerkschaften „in restraint of trade" waren.
[3]) Vgl. unten S. 94.
[4]) Vgl. unten S. 114 f.
[5]) Vgl. S. 48 und 52.

sächlich auf die unermüdliche Agitation des Londoner Arbeiterverbandes zurückzuführen ist. Sie wurde auf einer Versammlung in London gegründet, auf der unter anderem Odger, Potter und Holyoake besonders hervortraten.

Die Liga ist die erste politische Organisation der Arbeiter Englands, der es gelang, Vertreter aus ihren eigenen Reihen ins Parlament zu bringen, und insofern die erste englische Arbeiterpartei. Wenn die Liga auch im Grunde genommen nur eine Sezession von der liberalen Partei im Parlament darstellte, so kann man doch dasselbe auch von der jetzigen Labour-Party behaupten. So ward das Jahr 1868 zum Geburtsjahre der modernen politischen Arbeiterbewegung in England, in der die Gewerkschaften die führende Rolle hatten und die Politik der Anlehnung an die Liberalen verfolgten.

In demselben Jahre wurde auch der erste allgemeine Gewerkschaftskongreß zu Manchester abgehalten, welcher seitdem jährlich stattgefunden hat[1]), und welchen man später das Arbeiterparlament zu nennen pflegte[2]). Der Kongreß ernannte damals schon einen parlamentarischen Ausschuß, der direkt mit den Ministern und den einzelnen Abgeordneten im Parlament verhandeln sollte und später große Bedeutung erlangte[3]). Der Kongreß identifizierte sich damals nicht mit der Liga; denn man stand mitten im Kampfe um das neue Gewerkvereinsrecht und durfte es mit keiner der beiden Parteien verderben[4]). Auch die Liga, deren Ziel die Förderung der Arbeiterinteressen in und außerhalb des Parlamentes war, wollte in erster Linie für eine den Gewerkschaften günstige Gesetzgebung wirken. Sie lehnte sich aber für die Zwecke des Kongresses — der damals die Stellungnahme der einzelnen Parteien noch nicht voraussehen konnte — zu stark an die liberale Partei an.

[1]) Nur im Jahre 1870 fand kein Kongreß statt.

[2]) Noch jetzt ist wohl der Gewerkschaftskongreß, nicht die jährliche Konferenz der Arbeiterpartei, in Wahrheit das „Arbeiterparlament". Bezeichnend ist, daß bis in die 80er Jahre hinein von Angehörigen anderer Klassen auf den Gewerkschaftskongressen Vorträge gehalten wurden, und daß noch heute ein Bischof mit einer Predigt den Gewerkschaftskongreß eröffnet.

[3]) Auch heute noch entsendet der Gewerkschaftskongreß bzw. der parlamentarische Ausschuß jedes Jahr Deputationen an die einzelnen Minister, um diesen die Wünsche der Gewerkschaften vorzutragen. Der Ausschuß berichtet darüber in seinen „Quarterly Circulars".

[4]) Schon damals begann sich die Konkurrenz zwischen den beiden großen Parteien herauszubilden, und die Arbeiter mußten sehen, von welcher Partei sie die größten Zugeständnisse erlangen würden.

Bevor wir indes die weitere Entwicklung verfolgen, wollen wir zuvor einen Blick werfen auf die außerordentlich großen Schwierigkeiten, die sich dem Vorhaben der Liga, eine politische Organisation der Arbeiter durchzuführen und eine Arbeitergruppe im Parlamente zu gründen, entgegenstellten.

Erst 1874 gelangten die ersten beiden Arbeiter, Burt und Macdonald ins Parlament, und 1880, als Henry Broadhurst gewählt wurde, waren es erst drei, bis 1885, wo elf Arbeiter durchkamen. Dies scheint ein recht klägliches Ereignis für die eifrigen Bemühungen der Gewerkschaften, eine Vertretung im Parlament zu erlangen, zu bedeuten. Aber dies war für sie, wie wir sehen werden, eine schwierige Aufgabe und ist es zum Teil auch noch bis zum heutigen Tag geblieben, so daß in England, dessen Arbeiterbewegung auf die längste Geschichte zurückblickt, die numerisch relativ schwächste und zugleich die unselbständigste Arbeiterpartei existiert.

Von vornherein konnten eben die Kandidaten der Gewerkschaften bei den Wahlen nur auf die Stimmen der Arbeiter (damals nur in den Städten), ja eigentlich nur auf die Stimmen der Gewerkschafter rechnen. Diese wußten ihr neues Stimmrecht, welches man zudem ohne Befolgung der schwer zu verstehenden Registriervorschriften[1]) gar nicht ausüben durfte, noch nicht recht zu ihrem Vorteil zu benutzen; waren sie doch gewöhnt, die oberen Klassen als ihre politischen Führer zu betrachten[2]). Die liberale und konservative Partei hatten ferner eine geradezu glänzende Partei- und Wahlorganisation hinter sich, die selbst in die entlegensten Winkel des Landes hinein ihre Fühler erstreckte und die in den nächsten beiden Jahrzehnten durch die Bildung des »caucus«[3]) und die so durchgeführte straffe Zentralisation der Parteileitung unangreifbar zu werden schien; auch zogen diese Parteien durch die glänzenden materiellen Stellungen, die denen winkten, die sich in ihren Diensten aus-

[1]) Auch jetzt sind diese Registriervorschriften noch recht kompliziert.

[2]) Humphrey, A History of Labour Representation 1913, S. 63, zitiert folgenden charakteristischen Ausspruch Cobdens: „I do not believe that the people of this country have any desire to change the form of their government, nor do I join with those who think that the wide extension of the suffrage . . . . . would either altogether or generally effect a change in the class of persons chosen as representatives. The people would continue as at present, to choose their representatives from the easy class, among the men of fortune", vgl. auch Redlich, „Recht und Technik des englischen Parlamentarismus" S. 377.

[3]) Vgl. oben S. 18.

zeichneten, nicht gerade die schlechtesten Köpfe an sich, auch aus den Reihen der Arbeiter, denen sie mit dem Fortschreiten der Arbeiterbewegung mehr und mehr entgegenkamen. Die hervorragenden Redner in den beiden großen Parteien besaßen ferner stets einen enormen Einfluß auf die unteren Volksmassen. Schließlich hatten die Arbeiter keine Presse zu ihrer Verfügung[1]), um die Wählerschaft für sich zu gewinnen, im Gegensatz zu der glänzend geleiteten Presse der Liberalen und Konservativen, und die Kosten einer Wahl waren so hohe, daß nur die reichsten Gewerkschaften sie aufbringen konnten[2]). Das Schlimmste war aber schließlich wohl das Fehlen eines bestimmten, ihre Stellungnahme von dem der anderen Parteien kennzeichnenden Programms für eine Arbeiterpolitik[3]) und die Uneinigkeit in den Reihen der Arbeiter selbst. Die Gewerkschaftskandidaten konnten dort nicht siegen, wo die Mehrzahl der Arbeiter konservativ war, was in vielen Distrikten zutraf[4]). Alle diese Punkte sind zum Verständnis der englischen Parteiverhältnisse durchaus wesentlich, weil sie auch zum größten Teile noch jetzt ihre volle Wirkung ausüben.

Das »an das englische Volk« gerichtete Manifest des Londoner Arbeiterverbandes, in welchem er zur Wahl von Arbeitern ins Parlament aufforderte, lenkte begreiflicherweise auch die Aufmerksamkeit der liberalen und konservativen Politiker auf sich. Fast allgemein äußerte man sich mißbilligend dazu und verurteilte es besonders, daß die Arbeiter eine Vertretung ihrer Klasse als Klasse beabsichtigten, wovon ihrer Ansicht nach das Parlament glücklicherweise bisher verschont geblieben sei. Dieser Vorwurf der Klassenpolitik wird heute noch ebenso wie damals gegen die Arbeiterpartei erhoben, und es macht zunächst einen eigentümlichen Eindruck auf den kontinentalen Besucher Englands, daß diese Feststellung in weiten Kreisen der englischen Arbeiter als Vorwurf empfunden wird, und daß durch dieses Argument die alte Freundschaft der Arbeiter mit den Liberalen oder Konservativen in den vielen Bezirken, die trotz starken Überwiegens der

[1]) Erst 1912 erschien die erste Arbeitertageszeitung, vgl. S. 120.

[2]) Die Wahlkosten betragen in England trotz gesetzlicher Einschränkung noch immer durchschnittlich über 20 000 Mk. pro Wahlkreis.

[3]) Dies ist erst durch die Entstehung der unabhängigen Arbeiterpartei anders geworden.

[4]) Auch heute gibt es noch einige Hochburgen des Konservatismus, z. B. Birmingham, wo Liberale wie Labouristen trotz dem Vorhandensein einer starken Arbeiterbevölkerung nichts ausrichten.

arbeitenden Bevölkerung für die Labour-Party bis jetzt noch immer uneinnehmbare Festungen geblieben sind, immer wieder gestärkt wird. Tatsächlich haben auch die Arbeitervertreter im Parlament, bevor Sozialismus und neuer Trade Unionismus sie mit neuen Ideen erfüllten, den Vorwurf der Klassenpolitik durchaus zu vermeiden gesucht; sie haben sich nach Kräften bemüht, durch ihre parlamentarische Wirksamkeit zu beweisen, daß, wie Broadhurst einmal sagte, »auch ein Arbeiter ein politisch weitblickender Mann sein könnte, und daß die Interessen der Arbeiter keine anderen wären als die Interessen der Gesamtheit«[1]). Dieser Ausspruch ist sehr charakteristisch für das politische Denken der Arbeiterführer der 70er und zum Teil auch der 80er Jahre. Broadhurst und Burt wirkten vor allem in diesem Sinne und machten durch diese Stellungnahme notwendigerweise zugleich die Arbeitergruppe zu einem ziemlich bedeutungslosen Anhängsel der liberalen Partei. Das Schlagwort, mit dem die Politik dieser Männer charakterisiert wurde, hieß »Liberaler Labourismus«[2]), und erst die junge Labour-Party hat die enge Verbindung mit den Liberalen, die damals Burt, Macdonald und Broadhurst eingingen, einigermaßen gelöst.

Damals in den ersten Jahren der Wirksamkeit des Londoner Arbeiterverbandes und der Arbeitervertretungsliga herrschte freilich zunächst noch ein ziemlich kriegerischer Geist unter den Gewerkschaftern, aber eben nur so lange, bis ihre Forderungen erfüllt worden waren. Durch die Wirksamkeit der beiden erwähnten politischen Organisationen allein wäre ihnen das freilich nicht gelungen. Aber die Gewerkschaften hatten damals unter den Politikern und Ökonomen Freunde und Helfer in großer Zahl, während damals die breite Öffentlichkeit noch mit aller Entschiedenheit die Wirksamkeit der Trade-Unions verurteilte. Besonders im Jahre 1865 waren wegen der Gewalttaten, die von einigen Gewerkschaftern in Sheffield und Manchester gegen unorganisierte Arbeiter begangen worden waren, die Zeitungen voll von Artikel gewesen, welche gegen die Anmaßung der Unions

[1]) Vgl. auch Broadhurst, „The Story of his Life from a Stonemason's Bench to the Treasury Bench told by himself 1901, S. 105: „I took great pleasure of my success in this direction, which entirely disapproved the theory that a Labour representative could be of no service to the general and commercial interests of his constituency and would confine his attention to voicing the desires of the working class only".

[2]) Die Liberal Labour-Abgeordneten wurden verächtlich „Lib-Labs" genannt.

empört protestierten und die Gesetzgebung gegen sie zu Hilfe anriefen. In dieser kritischen Zeit, wo sich, wie wir sahen[1]), auch die Gerichte auf seiten der Gegner der Gewerkschaften stellten, wurde der Gedanke einer Arbeiterpartei geboren.

Unter den Männern, die damals den Gewerkschaften zur gesetzlichen Anerkennung verhalfen, sind in erster Linie die Gruppe der Positivisten zu nennen, und von ihnen neben dem schon erwähnten Beesly[2]), vor allem Hughes, Crompton und besonders Frederic Harrison, der bis ans Ende seines langen Lebens besonders eifrig die Sache der Arbeiter unterstützte. Diese Männer, die zum Teil auch an der von der Regierung eingesetzten Kommission zur Untersuchung des Gewerkschaftswesens[3]) teilgenommen und sich im freundlichsten Sinne über die Gewerkschaften geäußert hatten, vereinigten ihre Bemühungen mit denen der Liga und des parlamentarischen Ausschusses, und es gelang ihnen, beide Parteien zu einer den Gewerkschaften freundlichen Stellungnahme zu bringen.

Gladstone, dessen manchesterlichen Standpunkt wir schon kennen gelernt haben[4]), verurteilte stets die gegen die »Gewerbefreiheit« verstoßenden Methoden der Gewerkschaften und ließ sich sogar zu der Erklärung verleiten, daß die Bestrebungen der Gewerkschaften, kollektive Verträge abzuschließen, deshalb zu verurteilen seien, weil sie den Versuch eines Eingriffes in die Macht der Vorsehung bedeuteten, welche die Menschen mit verschiedenen Fähigkeiten ausgestattet habe[5]); ferner bedeuteten sie seiner Meinung nach Unklugheit und Kurzsichtigkeit auf dem allgemeinen Lohnfonds, dessen Existenz er trotz Thorntons und Harrisons Angriffe auf diese Theorie und Mills Bekehrung durch deren Gegner für bewiesen hielt.

Das Jahr 1869 brachte zunächst ein provisorisches Gesetz, welches die Fonds der Gewerkschaften gegen Diebstahl und Unterschlagung schützte. 1871 erfolgte dann das Gesetz, welches die Gewerkschaften legalisierte. Aber durch die gleichzeitige Erweiterung des Verschwörungsgesetzes nahm Gladstone mit der einen Hand wieder, was er mit der anderen

---

[1]) Vgl. oben S. 43.

[2]) Vgl. oben S. 40.

[3]) Über die Kommission von 1867 zur Untersuchung des Gewerkschaftswesens vgl. Webb, History, S. 244.

[4]) Vgl. oben S. 16; vgl. auch Haneld, l. c. S. 8 ff.

[5]) Vgl. Haneld, l. c. S. 9.

gegeben hatte und machte besonders jedweden Streik so gut wie unmöglich. Dieses brachte die Liga damals in eine schwierige Lage: in weiten Kreisen der Gewerkschaften war man unzufrieden mit der liberalen Gesetzgebung, und trotzdem konnte man die Unterstützung der Liberalen nicht entbehren. So war ihr bei den ersten allgemeinen Wahlen, die sie bestritt, im Jahre 1874, ein geringerer Erfolg beschieden, als sie sonst zu erwarten gehabt hätte.

Die letzten allgemeinen Wahlen des Jahres 1868 waren noch erfolgt, ehe die Liga sich konstituiert hatte. Damals hatten sich, zum ersten Male nach dem Beispiele Holyoakes, einige Arbeiterkandidaten und zwar als Radikale aufstellen lassen. Es waren dies der später sehr angesehene Arbeiterabgeordnete Randall Cremer[1]), George Howell[2]) und Greening, der in Halifax sogar gegen zwei Liberale kandidierte. Keinem dieser drei Männer gelang es jedoch, einen Wahlkreis zu erobern. Im ganzen erhielten sie nur 4000 Stimmen. John Stuart Mill zeigte diesmal wieder großes Interesse für die Kandidatur Howells, dessen Wahl er ebenso wie die Odgers bei dessen Kandidatur gelegentlich einer Nachwahl im Jahre 1870 nach Kräften zu betreiben versuchte. Holyoake, der selbst damals nicht kandidierte, war im Wahlkampf des Jahres 1868 unermüdlich tätig; an den verschiedensten Orten, besonders in Birmingham, hielt er eindrucksvolle Reden, um die Arbeiter davon zu überzeugen, wie wichtig es für sie sei, ihre politischen Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen[3]). Aber erst die Liga machte es tatsächlich möglich, Abgeordnete aus den Reihen der Arbeiter ins Parlament durchzubringen.

Dieselbe benutzte die Jahre bis zu den Wahlen von 1874 im wesentlichen dazu, in den einzelnen Wahlbezirken, die sie zu bestreiten wünschte, eine gute Organisation aufzubauen. Von ihrer sonstigen Tätigkeit ist nur ein »Manifest an die Arbeiter Englands« zu erwähnen, welches sie gelegentlich des Ausbruches des deutsch-französischen Krieges veröffentlichte. Das Dokument ist deshalb interessant, weil die Arbeiter Englands bis heute an den darin ausgesprochenen Grundgedanken festgehalten haben. »Es ist die Pflicht der Arbeiter Englands«, so heißt es dort, »ihre tiefste Mißbilligung auszusprechen gegenüber einer so entsetzlichen Verletzung der christlichen Grundsätze und einer jeden

[1]) Später Sir Randall Cremer. Über ihn vgl. Evans, „Sir Randall Cremer, his life and work" 1909.

[2]) Vgl Anm. 1, S. 42.

[3]) Vgl. Humphrey, l. c. S. 28.

gesunden Nationalpolitik, für die dynastische Ambitionen nie richtunggebend sein dürfen"[1]). Schon damals stellten sich also die englischen Arbeiter in scharfem Gegensatz zu jeder imperialistischen Politik. Dies ist später auch wieder zum Verbindungsglied zwischen ihnen und der internationalen Sozialistenbewegung geworden, während die „Sozialdemokraten" Englands unter Führung von Hyndman und Blatchford eigentümlicherweise einen besonderen Wert auf den weiteren Ausbau der englischen Rüstungen legen[2]). Der Pazifismus und das Freihandelsideal ist das einzige Erbe des Manchestertums, das die Mehrheit der englischen Arbeiter bis jetzt bewahrt hat.

Nachdem nun damals alle Vorbereitungen für die Wahlen nach Möglichkeit getroffen waren, stellte die Liga zwölf Kandidaten ins Feld. Von diesen kamen 2 durch, Alexander Macdonald in Stafford, Thomas Burt in Morpeth. Sie waren die ersten Arbeiter, welche die Schwelle des Unterhauses überschritten und damit das erreichten, was für viele Engländer den Gipfel des Ruhms bedeutet.

Sehen wir uns diese beiden Männer etwas näher an: Alexander Macdonald haben wir schon kennen gelernt[3]) als einen der ersten, der den Arbeitern die Notwendigkeit sich politisch zu organisieren, vor Augen hielt. Ein Abkömmling eines jener clans des schottischen Hochlandes, der Macdonalds, die so viele bedeutende Männer in ihren Reihen aufweisen[4]), begann er mit 8 Jahren unter Tag zu arbeiten und lernte 2 Jahre später erst lesen und schreiben. Damals gerieten Reden von Shaftesbury und Oastler über die Notwendigkeit einer Fabrikgesetzgebung in seine Hände, und hier kam ihm der Gedanke, sein Leben der Arbeit an der Hebung seines eigenen Standes zu weihen. Mit 21 Jahren war er unter den Bergarbeitern seines Distriktes schon eine bekannte Persönlichkeit, benutzte seine Ersparnisse, um einen dreimonatlichen Kursus an der Universität Glasgow mitzumachen und reorganisierte später die Föderation der Bergarbeiter, deren

[1]) Vgl. Humphrey, l. c. S. 41.

[2]) Blatchford schrieb auch im Jahre 1909 die aufreizenden Artikel gegen Deutschland in der „Daily Mail".

[3]) Vgl. oben S. 43. Über Macdonald vgl. Webb, History S. 285.

[4]) Die politische Arbeiterbewegung in England hat allein 3 Macdonalds aufzuweisen: Alexander Macdonald, den weniger bemerkenswerten Sozialdemokraten James Macdonald (vgl. S. 82) und James Ramsay Macdonald, den Sekretär (1900—1912), jetzigen Chairman der Labour Party.

Sekretär er 1863 wurde. Diese Stellung bekleidete er, als er 1874 ins Parlament gewählt wurde.

Thomas Burt[1]) war der Sohn eines armen Methodistenpredigers und begann auch schon im zarten Alter von 7 Jahren die Arbeit in den Kohlengruben. Er arbeitete später in verschiedenen Bergwerken in verschiedenen Teilen des Landes, benutzte alle freie Zeit, um sich durch Lesen ein möglichst großes Wissen anzueignen und wurde 1865 Sekretär des Bergarbeiterverbandes von Northumberland. Diesen Posten hatte er auch noch 1874 bei seiner Wahl inne. Sein Gegner war ein Konservativer, Major Duncan, und es ist bezeichnend für Burt, daß er sich auf das Beste mit seinem Rivalen vertrug, der auch zu dem Festmahl erschien, auf dem Burts Wahl gefeiert wurde. Interessant ist ferner, daß Burt, der kurz vor der Wahl zum Unitariertum übergetreten war, von den Arbeitern während des Wahlkampfes öfters gefragt wurde, ob er an die Bibel glaube. Burt verweigerte damals die Antwort, da es sich, wie er erklärte, um einen politischen Kampf bei einer Parlamentswahl handele. Tatsächlich ist die Frage der Arbeiter recht bezeichnend, und tatsächlich spielt das religiöse Moment in England wie überall sonst so auch in der Politik eine große Rolle[2]).

Als Burt und Macdonald 1874 als erste Arbeiter im Parlament im »first club of gentlemen«, zu Westminster erschienen, erregten sie allgemein großes Aufsehen. Bei dem Konservativismus der Engländer ist es nicht erstaunlich, daß manche Preßstimmen mit großer Verwunderung dieses neue Ereignis kommentierten[3]). Man mußte aber bald sehen, wie gut sich die beiden Arbeiter in die Versammlung der Führer des englischen Volkes einzugliedern wußten. Thomas Burt besonders hat sich bald im Haus der Gemeinen in allen Fragen, die den Arbeiterstand betrafen, Autorität zu verschaffen gewußt. Er war und blieb stets ein überzeugter Liberaler; er hat sich später weder dem Arbeitervertretungskomitee noch der Labour Party angeschlossen, weil sie ihm zu radikal

[1]) Über ihn vgl. A. Watsons interessante Biographie Burts, „A Great Labour Leader. Being the life of the Right Hon. Thomas Burt. M. P." 1908.

[2]) Vgl. auch S. 8, Anm. 2. Schulze-Gävernitz sagt im „Brit. Imperialismus": Noch heute bildet die Religion das Rückgrat der angelsächsischen Kultur.

[3]) Vgl. auch MacCarthy, „History of our own Times" vol. IV, S. 64. „Die meisten von uns erinnern sich noch der Zeit, da man einen Arbeiterabgeordneten im Unterhause als eine interessante Kuriosität betrachtete".

waren. Jetzt ist er (1912) einer der angesehendsten Mitglieder des Parlaments, »Vater« des House of Commons[1]), war bereits einmal Mitglied eines liberalen Ministeriums und bekleidet jetzt den Rang eines Privy Councillors. Alexander Macdonald starb schon 1881 und war in den Jahren seiner parlamentarischen Tätigkeit eifrig für die Interessen der Arbeiter tätig.

Die Kandidaten der Liga waren, wie erwähnt, als Liberale in den Wahlkampf gezogen, und das war hauptsächlich die Ursache, daß von dem Dutzend Männern nur diese beiden gewählt worden waren. Durch die neuen Wahlen kamen die Konservativen auch wieder zur Herrschaft. Ihr Führer, Disraeli, und sein Home Secretary Sir H. Croß, brachten die Trade-Union-Gesetzgebung 1875 und 1876 zum Abschluß und befriedigten im wesentlichen die Wünsche der Gewerkschaften. Es wurde bestimmt, daß »die Zwecke eines Gewerkvereines nicht deshalb, weil sie eine Beschränkung der Gewerbefreiheit bedeuteten, als ungesetzlich erachtet werden sollten«. Diejenigen Gewerkschaften, die ihre Statuten registrieren ließen, erhielten die Stellung von juristischen Personen; sie erhielten den Schutz ihrer Fonds garantiert und erlangten das Recht, Land zu erwerben, sowie das jus standi in judicio. Das oben erwähnte Verschwörungsgesetz Gladstones im Jahre 1871 wurde dahin umgeändert, daß alle auf Förderung der Koalitionen gerichteten Handlungen insoweit als gesetzlich gelten sollten, als sie nicht durch das Gesetz ausdrücklich als strafbar erklärt wären, wie z. B. offensichtlicher Zwang und Drohungen.

Das neue Gesetz bedeutete einen großen Triumph für die Gewerkschaften; überhaupt bedeutet das Jahr 1874 einen Höhepunkt in der Geschichte der englischen Gewerkschaften[2]) und zugleich einen wichtigen Wendepunkt in der ökonomischen Geschichte Englands. Jenes Jahr bezeichnet ungefähr den Höhepunkt Englands als exportierende Wirtschaftsmacht. Von nun ab ist England nicht mehr die konkurrenzlose Werkstatt der Welt. Die Vereinigten Staaten und Deutschland treten allmählich als ebenbürtige Gegner auf den Plan. Diese und manche andere Tatsachen, die uns hier aufzuzeigen nicht obliegt, führten zu der scharfen Handelsdepression des Endes der 70er Jahre, der in der 80er Jahren eine neue noch schlimmere

[1]) Entspricht dem Alterspräsidenten im Reichstag.

[2]) Vgl. Webb, History, S. 314: There have been in fact 3 high-water marks in the Trade Union History of our country, 1833—34, 1873—74 and 1889—90.

folgte, die weiter auf die Löhne drückte und den Fortschritt des Arbeiterstandes aufhielt[1]).

So ist der Grund für die Erschlaffung der politischen Arbeiterbewegung, den wir vom Jahre 1875 ab bemerken, nicht allein darin zu suchen, daß die Gewerkschaften nun erreicht hatten, worauf sie zunächst ausgegangen waren. Die Arbeitervertretungsliga verlor jedenfalls immer mehr allen Einfluß. Alles, was wir von ihr noch hören, ist, daß ihre Leiter 1876 gegen die Annahme des Kaisertitels von seiten der Königin Viktoria protestierten, weil dies »gänzlich unvereinbar sei mit den Gefühlen des englischen Volkes, und, wie der Name Kaiser, mit den schlimmsten Formen despotischen Regiments verbunden sei«. 1880, spätestens 1881 scheint die Liga gänzlich aufgehört haben zu existieren[2]).

Der Gewerkschaftskongreß, der sich aus Gründen, die wir kennen gelernt haben, zunächst nicht mit der Liga identifiziert hatte, hat nach Abschluß der Gesetzgebung auch nichts unternommen, um die Sache der Liga zu unterstützen und sie vor dem Niedergange zu bewahren. Die beiden Arbeitervertreter im Parlament folgten Gladstones Führung in allen wichtigen Fragen, und hinter ihnen stand in geschlossener Reihe die ganze englische Arbeiterschaft, wenn wir etwa von den englischen Landarbeitern absehen, die sich 1873 unter der Führung von Joseph Arch[3]) erhoben hatten, durch das ganze Land hin in jenen Jahren sich zu Gewerkschaften zusammenschlossen und vor allem das ihnen noch vorenthaltene Wahlrecht beanspruchten. Doch ging auch die Landarbeiterbewegung innerhalb weniger Jahre rapid zurück und hörte ganz auf, als Lord Beaconsfield 1884/85 den Landarbeitern das Stimmrecht gab. In der sozialen Gesetzgebung wurden, abgesehen von der Konsolidation der Arbeiterschutzgesetzgebung unter dem konservativen Regiment[4]), welches bis 1880 dauerte, im wesentlichen keine Fortschritte herbeigeführt.

[1]) Über Ursachen und Verlauf dieser Depression vgl. vor allem Tugan-Baranowskis Werk.

[2]) Vgl. Humphrey, l. c. S. 40.

[3]) Auch Joseph Arch bezeichnet sich nach Humphrey (l. c. S. 88) als einen „thorough Liberal". Er wurde später Abgeordneter im Unterhause. Über ihn vgl. „Joseph Arch, the history of his life told by him and edited with a preface by the Countess of Warwick" 1898. Vgl. auch Kleinwächter, „Zur Geschichte der englischen Arbeiterbewegung in den Jahren 1873 und 1874" 1878. —

[4]) 1878 (41 und 42. Vict., c. 16) vgl. Hutchins and Harrison, „A history of Factory Legislation", S. 182 ff.

Die politische Aktivität der Gewerkschaften wurde, wie erwähnt, vollkommen gelähmt durch die im Jahre 1876 einsetzende Handelsdepression, welche mit geringen Unterbrechungen eigentlich 11 Jahre, bis 1887 andauerte und durch die übermäßige Inanspruchnahme der Gewerkschaftsgelder denselben alle Kraft benahm, sehr viele in tiefe Schulden stürzte, andere gänzlich zugrunde richtete. Diese Handelsdepression schuf zugleich das arbeitslose Proletariat, welches den Sauerteig abgab für den neuverkündeten sozialistischen Gedanken, der bald neues Leben in die politische Arbeiterbewegung bringen sollte. Die Entstehung der sozialistischen Bewegung aber werden wir erst im Zusammenhange, im nächsten Kapitel, schildern, und wir können das auch tun, weil die Gewerkschaften und ihre politischen Vertreter im Parlament zunächst ganz unbeeinflußt von ihr blieben.

Die Wahlen von 1880, welche mit dem Siege Gladstones und der liberalen Partei endigten, hatten einem neuen Arbeitervertreter einen Sitz im englischen Unterhause verschafft. Es war dieses ein Steinmetz Henry Broadhurst, der sich langsam zum Sekretär des parlamentarischen Komitees der Gewerkschaften emporgearbeitet hatte. Er wurde als liberaler Arbeiterkandidat in Stoke-on Trent mit einer Mehrheit von 10000 Stimmen gewählt.

Broadhursts Name hatte in der Arbeiterwelt damals schon einen guten Klang. Er war 1873 Sekretär der Liga gewesen; er war es auch hauptsächlich gewesen, der auf den Gewerkschaftskongressen immer wieder darauf hinwies, wie wichtig es sei, die Zahl der Arbeitervertreter im Parlament zu vermehren. Schon 1874, als der Nationalverband der Arbeitgeber, der sich hauptsächlich gegen die Gewerkschaften und besonders gegen die junge Arbeiterpartei richtete, gegründet worden war [1873][2]), hatte er den Antrag gestellt, daß jede Gewerkschaft pro Kopf einen Beitrag von 1 sh für politische Zwecke erheben solle. Der Antrag ging nicht durch, wie ja überhaupt in den 70er Jahren der Gewerkschaftskongreß nichts Definitives zur Schaffung einer Arbeiterpartei übernahm, der Antrag ist aber wichtig im Hinblick auf den Osborne Entscheid, weil wir daraus erkennen, daß der Plan, Beiträge zu politischen Zwecken zu erheben, damals schon erörtert wurde und auch, wie wir wissen, schon von einzelnen der Arbeitervertretungsliga angeschlossenen Organisationen verwirk-

[1]) Über Broadhurst vgl. seine schon erwähnte Autobiographie.

[2]) Vgl. Webb, History S. 312.

licht wurde[1]). 1875 wurde Broadhurst als Nachfolger Howells zum Sekretär des parlamentarischen Komitees der Trade Unions gewählt, welchen Posten er bis 1890 bekleidete[2]). Als solcher bemühte er sich, »nicht allein für das Wohl der Arbeiterklasse, sondern für das der Gesamtheit zu wirken«. Auf den Kongressen von 1876, 1877, 1878 wurde zwar immer wieder festgestellt, »daß es die Pflicht der Gewerkschaften sei, ihr äußerstes zu tun, um geeignete Arbeitervertreter ins Parlament zu bringen und ein allgemeines gleiches Wahlrecht durchzusetzen«. Aber es ist charakteristisch, daß Howells bekanntes Buch »Conflicts of Capital and Labour« (1878), das beste englische Werk über die Gewerkschaften vor Erscheinen der Webbschen Publikationen, nur ganz nebenbei von politischen Aufgaben der Gewerkschaften redet[3]). Erst in den 60er Jahren wurde der Plan einer allgemeinen politischen Organisation der Gewerkschaften zu verwirklichen gesucht durch die Gründung des Arbeiterwahlverbandes im Jahre 1885, der zunächst im Verein mit dem parlamentarischen Komitee der Gewerkschaften wirkte, aber schon im folgenden Jahre sich unabhängig von ihm konstituierte. Wir kommen auf den Wahlverband noch zurück.

Broadhurst brachte durch seine Wahl die Zahl der Arbeitervertreter im Parlament auf 3, welche sich durch die Wahlen von 1885 auf 11 erhöhte, was hauptsächlich der Parlamentsreform von 1884/85 zuzuschreiben ist, welche weiter den Census erniedrigte, den Arbeitern auf dem Lande zum größten Teil das Stimmrecht gab, die Zahl der Wahlberechtigten von 3 auf $5^1/_2$ Millionen erhöhte[4]) und eine neue Wahlkreiseinteilung mit sich brachte. Das politische Interesse der Arbeiter stieg damals auch unter dem Einfluß der sozialistischen Bewegung noch besonders. Bei den Wahlen von 1886 kamen allerdings wieder nur 10 Arbeiter durch, die niedrigste Zahl außer 1900, wo ebenfalls 10 gewählt wurden. Damals, 1886, hatte Gladstone die Forderung von Home Rule für Irland ins liberale Programm aufgenommen, was zur Ab-

[1]) Vgl. S. 114 ff.

[2]) 1886 wurde er Unterstaatssekretär des Home Departements unter Gladstone.

[3]) Vgl. G. Howell, Conflicts of Capital and Labour, S. 493ff.; vgl. auch Webb, History S. 359, über das Fehlen der Initiative seitens des Gewerkschaftskongresses.

[4]) Bei den Wahlen von 1886 betrug die Zahl der registrierten Wähler 5 707 823; die männliche Bevölkerung über 21 Jahre betrug damals schon über 9 Millionen.

splitterung gerade des radikalen, sozialreformerischen Flügels, der »Liberal Unionists« unter Joseph Chamberlains Leitung führte und dadurch die Konservativen unter Salisbury zur Herrschaft brachte[1]).

Wie wir bereits untersucht haben, rückte damals die Frage der sozialen Gesetzgebung aus vielen Gründen immer mehr in den Vordergrund, besonders aber deshalb, weil durch die Erweiterung des Wahlrechts die Parteien immer mehr von der öffentlichen Meinung, von der großen Masse der Wähler, die den unteren Klassen entstammten, abhängig wurden. Fortan gab es im wesentlichen nur die Alternative Imperialismus oder Sozialreform, um die Wahlen zu gewinnen. Dazu verwischten sich die Gegensätze zwischen beiden Parteien, und dieser Umstand trug mit dazu bei, viele Arbeiter irre zu machen an der Ernsthaftigkeit der sozialen Reformpläne der beiden großen Parteien und sich der neuen Bewegung, die im Sozialismus wurzelte, anzuschließen. Für die oft angebotene konservative Freundschaft zeigten die Arbeiter sowieso stets wenig Gegenliebe, weil sie nicht recht daran glaubten. Dagegen blieb allerdings die Liebe der Gewerkschaftsabgeordneten zu Gladstone und der liberalen Partei zunächst unentwegt bestehen. Hören wir z. B. das politische Glaubensbekenntnis Wilsons, eines jener »Liblabs«, wie die damaligen liberalen Arbeiterabgeordneten von den Anhängern der neuen Richtung verächtlich bezeichnet wurden: er schreibt in seiner Autobiographie: »ich habe stets an Gladstones Politik geglaubt, sie immer unterstützt und unentwegt an diesem Grundsatze festgehalten«[2]).

Ganz in demselben Sinne verlief die Tätigkeit des bereits erwähnten Arbeiterwahlverbandes unter dem Vorsitze Threllfalls. Der Verband war in ausgesprochener Weise eine liberale (bzw. radikale) Organisation, noch mehr als es die Liga gewesen war. Er organisierte die Wahlen von Arbeitern, die der liberalen Partei treu ergeben waren, und verfocht keinerlei selbständige politische Ziele. Er hatte auch ein ebenso kurzes Leben wie die Liga von 1868. Im Jahre 1895 hielt er seinen letzten Kongreß

[1]) Vgl. oben S. 19 f. Die Arbeiterabgeordneten blieben alle auf der Seite Gladstones und der Iren.

[2]) Vgl. Memories of a Labour Leader — the Autobiography of Jon: Wilson, J. P. M. P. 1910, S. 284. Vgl. auch Broadhurst, l. c. S. 196: „Personally, I never wavered for a moment in what I considered my duty-loyalty to the great leader of the Liberal Party". Broadhurst wurde auch zum „Hofgänger". Wie er in seiner Biographie mit besonderer Freude erzählt, wurde er vom Prinzen von Wales, dem späteren König Eduard VII., dessen Liebenswürdigkeit er nicht genug zu loben weiß, wiederholt nach Sandringham eingeladen.

ab, nachdem es ihm gelungen war, bei den Wahlen von 1892 12 liberale Arbeiterabgeordnete durchzubringen, bei jenen Wahlen, wo die ersten sozialistischen Arbeiter gewählt wurden[1]).

Wenn wir nun zurückblicken auf jene Periode, welche zwischen dem Ende des Chartismus und der neuen sozialrevolutionären Bewegung der achtziger Jahre liegt, welche zur Gründung der unabhängigen Arbeiterpartei im Jahre 1893 und des Arbeitervertretungskomitees im Jahre 1900 führte, so müssen wir feststellen, daß die politische Macht der Arbeiter als Klasse trotz der Ausdehnung des Wahlrechts, trotz Burts, Broadhursts und ihrer Freunde nicht sonderlich gestärkt wurde, weil sie noch nicht von dem Gedanken ergriffen worden waren, selbst nach politischer Herrschaft zu streben, sondern sich der Führung der beiden großen, von Mitgliedern der oberen Klasse geleiteten Parteien anvertrauten. Freilich übten die großen Massen der wahlberechtigten Arbeiter und die von angesehenen trade unions entsandten Arbeiterabgeordneten einen gewissen Druck in der Richtung der sozialen Gesetzgebung aus. Was aber von ihnen von 1875 ab in den folgenden 10 bis 20 Jahren erreicht wurde, ist, abgesehen von der Bill über die Haftpflicht der Unternehmer (1880), sehr gering.

Das Dutzend Arbeiter, das damals Sitz und Stimme im Parlament hatte, fühlte sich eben nicht als Vertreter der Arbeiterklasse, für die sie irgendwelche Aufgaben, irgendwelche Ziele verfolgten, sondern jeder einzelne war in der Hauptsache Vertreter des besonderen Gewerbes, das ihn zum Abgeordneten durchgebracht hatte und ihn bezahlte. Von einem allgemeinen politischen Zusammenschluß der damals schon sehr differenzierten Arbeiterklasse wollten viele aus guten Gründen gar nichts wissen. Eine Neuordnung der ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse zu erstreben erschien ihnen als eitler Humbug.

Wie ihre politischen Führer, so verhielt sich auch die ganze Welt der Gewerkschaften, wenigstens noch zu Beginn der achtziger Jahre. Das patriarchalische Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer hatte seit der Mitte des Jahrhunderts im allgemeinen aufgehört zu existieren. Jetzt war die ganze Aufmerksamkeit der Führer darauf gerichtet, ihre einzelnen Gewerkschaften möglichst gut zu organisieren und im Verhandeln mit den Arbeitgebern möglichst gut abzuschließen, evtl. mit ihnen die Waffen im Streik zu kreuzen. Mit Recht spricht Brentano von einer,

---

[1]) Vgl. Humphrey, l. c. S. 96—104.

»souveränen Verabscheuung der Theorie«[1]) seitens der Gewerkschaften. Gestützt auf bittere Erfahrungen hatten sie, wie er bemerkt, »nur ein ungläubiges Kopfschütteln gegenüber den Verkündigern der Interessenharmonie, wie sie andererseits gegenüber den Universalmitteln der Sozialisten konservativ an der bestehenden Ordnung festhielten«.

Den Arbeitern fehlte damals noch jede Solidarität, aber die Söhne derjenigen Männer, welche die »weiße Sklaverei und die Kinderschinderei« vor 1846 durchgemacht hatten, hatten einen ungeheueren kulturellen Aufschwung erlebt, der vor allem in der Bildung ihrer Koalitionen zum Ausdruck gelangte, sie hatten durch die Reform des Unterrichtswesens in den siebziger Jahren eine unendliche Erweiterung ihres Gesichtskreises erfahren, sie hatten durch die Reformen von 1867 und 1885 Gelegenheit bekommen, sich aktiv an der Regierung des großen britischen Weltreiches zu beteiligen. So wurden sie allmählich der großen Macht, die in ihnen, den Massen des Volkes, schlummerte, sich bewußt; so kam es, daß doch der Grund gelegt wurde zu einem Solidaritätsgefühl, das einen fruchtbaren Boden abgab für sozialistische Gedanken, die in anderen Ländern schon früher siegreich gewesen waren.

Die Wahlen von 1892 brachten, wie bereits erwähnt, neben 12 liberalen Arbeitern die ersten 3 unabhängigen Arbeiter nach Westminster, die ersten Pioniere der neuen Richtung, die sich nicht mehr damit begnügten, als stumme Fische getreu im Kielwasser des liberalen Staatsschiffes nachzuschwimmen, wie es die von ihnen verachteten Liblabs ihrer Meinung nach taten, die von einer Interessengemeinschaft von Kapital und Arbeit, von einem Reich des sozialen Friedens nichts mehr wissen wollten, die an den Grundlagen der bestehenden Gesellschaftsordnung zu rütteln sich nicht scheuten.

Wie die sozialistische Bewegung entstand, wie sie langsam in den Reihen der Arbeiter Fuß faßte, wie sie die ganze Taktik der Gewerkschaften von Grund aus veränderte und in den Arbeitern die Idee einer unabhängigen Arbeiterpartei zur Ausführung kommen ließ, wie aus der Synthese von altem liberalen Gewerkschaftlertum und diesen neuen Richtungen das Arbeitervertretungskomitee und damit die heute bestehende Labour Party hervorging, soll im nächsten Kapitel dargestellt werden.

[1]) Arbeitergilden der Gegenwart, S. 5.

Drittes Kapitel.

Die sozialistische Bewegung der achtziger Jahre. Der Neue Trade Unionismus. Die Independent Labour Party.

(1880—1900.)

Die Wendung zum Kollektivismus. — Die irischen Unruhen. — Henry George, Hyndman und die sozialdemokratische Föderation. — Ihre Wirksamkeit — William Morris. — Burns, Mann und Ben Tillett. — Die Ereignisse von Trafalgar Square. — Die Fabische Gesellschaft. — Der Munizipalsozialismus.

Neue Tendenzen in der Gewerkschaftsbewegung. — Sozialismus und Neuer Tradeunionismus. — Der Kampf gegen den »old gang«. — Gründung von Gewerkschaften unter den ungelernten Arbeitern. — Der Dockarbeiterstreik von 1889. — Charles Booth. — Siege der neuen Unionisten auf den Gewerkschaftskongressen.

Die ersten unabhängigen Arbeiter werden ins Parlament gewählt. — Gründung der unabhängigen Arbeiterpartei zu Bradford 1893. — Die Wahlen von 1895. — Burns' Abfall. — Der Gewerkschaftskongreß und die neue Partei. — Erfolge der Sozialisten. — Gladstones Tod. — Der Kongreßbeschluß von 1899.

Der Anfang der 80er Jahre bedeutet diesen Wendepunkt in der Geschichte der englischen Arbeiterbewegung; es ist der Zeitpunkt, wo die sozialistische Bewegung gleichsam aus langem Winterschlaf, in den sie nach Zusammenbruch des Chartismus verfallen war, zu neuem Leben erwacht in der sozialistischen Arbeiterbewegung, welche im Verein mit dem »Neuen Tradeunionismus« die ganze politische Arbeiterbewegung auf neue Bahnen führte.

Damals, um 1880, gab es in England keinen Sozialismus; man hatte sich gewöhnt, ihn als eine kontinentale Pflanze zu betrachten die auf angelsächsischem Grund und Boden nicht gedeihen könnte[1]). Der Name »Sozialist« galt als eine Art Schimpf, als eine Bezeichnung für einen Menschen zweiter Klasse oder einen unbelehrbaren Träumer und Narren. Bei den Arbeitern lockte man mit dem Worte »Sozialismus« keinen Hund hinter dem Ofen hervor; sie wußten einfach nichts davon.

[1]) Vgl. Hyndman Record S. 224: „Es ist nicht zuviel gesagt, daß die ganze sozialistische Bewegung in Großbritannien damals so gut wie ausgestorben war. Die wenigen Sozialisten, die es gab, kannten sich nicht einmal."

Wir hörten früher, daß Lassalles Agitation auch unter den englischen Arbeitern Interesse hervorrief, daß sich dann an der ersten Internationalen einige angesehene Gewerkschaftler beteiligten[1]), erfuhren jedoch zugleich, daß dies nur in ganz äußerlicher Weise und ganz vorübergehend geschah und keine weiteren Folgen in sich schloß. Mit der Auflösung der Internationalen infolge des Pariser Communeaufstandes war auch der letzte Zusammenhang mit der sozialistischen Bewegung auf dem Kontinent weggefallen. Karl Marx und Friedrich Engels galten nichts in dem Lande, in dem sie ihr Leben zubrachten[2]), und dessen wirtschaftliche Verhältnisse die historische Grundlage bildeten, für jene tiefgründige Analyse des kapitalistischen Produktionsprozesses, welche uns Marx gegeben hat[3]). In der ersten Periode der Gladstoneschen Ära war sozialer Friede, nicht Klassenkampf die Losung auch für die Arbeiter, die in der überwiegenden Mehrzahl mit den »bürgerlichen« Ökonomen an eine Interessenharmonie von Kapital und Arbeit zu glauben schienen und mit den Liberalen laisser-faire auf politischem wie sozialem Gebiete befürworteten.

Und innerhalb weniger Jahre, welch ein gewaltiger Umschwung! »Vor 10 Jahren,« schreiben Sidney und Beatrice Webb in ihrer 1894 erschienenen »Geschichte des englischen Tradeunionismus«, »waren alle Beobachter darüber einig, daß die Trade-Unions von Großbritannien einen undurchdringlichen Schutzwall gegen die sozialistischen Pläne bilden würden. Heute finden wir die ganze Welt der Gewerkschaften von kollektivistischen Ideen durchsetzt und die Gewerkschaftskongresse von der sozialistischen Partei beherrscht«, und sie fügen hinzu: »diese Revolution in den Ansichten ist das Hauptereignis in der Gewerkschaftsgeschichte der jüngsten Zeit«[4]).

Diese Revolution in den Ansichten beschränkte sich aber nicht auf die Gewerkschafter und ihren Anhang; weite Kreise

---

[1]) Vgl. S. 40 ff.

[2]) Vgl. Hyndman Record S. 274. „Im Jahre 1880 war Marx, kann man sagen, in England so gut wie unbekannt. Man wußte nur, daß er ein gefährlicher Revolutionär sei, welcher die Internationale gegründet habe, deren Werk der fürchterliche Communeaufstand gewesen sei."

[3]) Vgl. von Schulze-Gävernitz, Britischer Imperialismus S. 307. „Die Verhältnisse Lancashires wurden von Marx unter dem Namen des Zeitalters der Bourgeoisie zur ewigen Kategorie der Gesellschaftsentwicklung erhoben."

[4]) Webb, History S. 360. Es darf nicht außer acht gelassen werden, daß diese Worte zu einer Zeit geschrieben wurden, da die sozialistische und auch die tradeunionische Bewegung einen gewissen Höhepunkt erreicht hatte.

des englischen Volkes wurden davon erfaßt. Das Wort Sozialist verlor bald alle seine Schrecknisse. In England bekennt sich wie in keinem anderen Lande der Welt heute gerade die Elite der Nation zum »Sozialismus«[1]). Schon 1888 fiel das öffentlich ausgesprochene und viel zitierte Wort des liberalen Premiers Sir William Harcourt: »Wir sind alle Sozialisten«.

Mit den 80er Jahren beginnt in der Tat eine neue Periode des sozialen Denkens und Fühlens in England, deren Ausstrahlungen auf die Geschichte der großen Parteien wir uns eingangs bereits vor Augen geführt haben: die große Wendung zum »Kollektivismus«, wie man gesagt hat, und die entschiedene Absage an den abstrakten, staatsfeindlichen Individualismus der beiden vorhergehenden Generationen. War die Revolution, die den »modernen« Menschen, den »modernen« Geist geschaffen hatte, im Namen des Individualismus, im Namen des Einzelnen, im Namen des Starken vor sich gegangen, so bedeutet die Periode geistiger Wandlung, in der wir uns jetzt noch befinden, eine Revolution im Namen des Sozialismus, im Namen des Staates, im Namen des Schwachen. War vorher der Sozialist derjenige gewesen, dem man Utopismus vorwerfen konnte, so muß man angesichts der tausendfachen, politischen und sozialen Verkettungen, die den Menschen von heute festhalten, dem abstrakten Individualismus Utopismus, Unklarheit, Weltfremdheit vorwerfen. Wie der Robinson Crusoe in der theoretischen Nationalökonomie langsam verschwindet, weil er zur Erklärung volkswirtschaftlicher Probleme wenig oder nichts beiträgt, so auch sein Pendant, das unpolitische Wesen Rousseaus, welches nur Individuum sein will und auf absolute persönliche Rechte pocht.

Wir haben bereits davon gesprochen, wie diese Umwandlung vor sich gegangen ist. Schon die Tage der Jugendblüte des Manchestertums haben soziale Propheten gesehen: Owen, Shaftesbury, Oastler, Carlyle. Zwei von diesen Männern wenigstens sind aber nicht freizusprechen von einer Hinneigung zum Patriarchalismus und zum Torytum vergangener Zeiten. Ihr Blick war mehr gerichtet auf die Übel des gegenwärtigen Zeitalters als auf eine neue Ordnung in der Zukunft. In dieser Hinsicht haben nun besonders Charles Darwin[2]) und John Stuart Mill das Denken

[1]) Ich erinnere an G. B. Shaw, W. Morris, W. Crane, H. G. Wells u. a.

[2]) Darwin veröffentlichte seine „Origin of Species" in demselben Jahre wie Marx seine „Kritik" 1857. Diese beiden epochemachenden Werke geben

der Engländer revolutioniert: dieser durch das lebendige Beispiel, welches er durch seine eigene Bekehrung zu sozialistischen Prinzipien gab[1]); jener durch den evolutionistischen Gedanken, welcher wie in keinem anderen Lande der Welt in England an Anhang gewann und zur organischen Auffassung von Staat und Gesellschaft führte, welcher sowohl dem neuen Liberalismus, als dem Labourismus zugrunde liegt[2]).

Der Entwicklungsgedanke wurde vor allem in Spencers großem System angewandt und bekannt und fand von da aus Eingang in politische Schriften. Spencer selbst hatte den Standpunkt, den er zuerst in seinen »Social Statics« eingenommen hatte, später verlassen und die berühmte Schrift »The Man versus the State« veröffentlicht, in welcher er auch im politischen Leben den sogenannten »Kampf ums Dasein« sanktionierte und einen Individualismus verkündete, der vom Herrenmenschenstandpunkt Nietzsches nicht weit entfernt war. Wir erwähnen dies, weil es bezeichnend ist für die damalige Zeit wie überhaupt für den Einfluß von Ideen auf die politische und soziale Entwicklung, daß dieser Ruf Spencers, den ganz England als seinen größten Geisteshelden damals verehrte, ungehört verhallte. Die nachspencerische Literatur, sagt Macdonald einmal, »ist voll von spencerischen Argumenten, die gegen Spencer angewandt wurden«[3]).

---

zugleich auch zwei große Richtlinien, in welchen das soziale Denken und der Sozialismus in England einerseits, in Deutschland andererseits sich weiterentwickelten.

[1]) Vgl. seine Autobiographie S. 231 ff.

[2]) Darwin nannte sich selbst (1873) „liberal or radical" (Life and Letters 1887, II, 385); er wandte sich im „Descent of Men" (Ausg. Murray, 1861, S. 618) gegen die Verquickung seiner Theorie mit dem Sozialismus. Er legte andererseits im Gegensatz zu Spencer auf den „Kampf ums Dasein" in der Geschichte der Menschheit kein besonderes Gewicht und betonte die Bedeutung des „moral sense".

[3]) Spencer kam von Darwin aus zum Individualismus, während Hobson, Macdonald u. a. zum Sozialismus gelangten. (Vgl. auch den Streit zwischen Virchow und Häckel und Prof. Ritchies Buch „Darwinism and Politics 1891", S. 17 ff. u. S. 88 ff.). Spencer sagte das Kommen eines sozialistischen Zeitalters der Menschheit voraus, glaubte aber, daß es „das größte Unglück sein werde, was die Welt je erlebt hat, und daß es in einem Militärdespotismus der schlimmsten Form enden werde" vgl. Gaupp, Herbert Spencer, 2. A. 1900, S. 146 und Principles of Sociology vol. III, S. 598. Vgl. auch Spencers Aufsatz (Contemporary Review Apr. 1884) „The Coming Slavery", die erwähnte Schrift „The Man versus the State" (1884) und Principles of Sociology vol. III, S. 565—580. Gegen ihn schrieb Hyndman, „The Social Reconstruction of England" (1884). Der Sozialismus, schreibt Enrico Ferri, „Socialismo e Scienza Positiva" (engl. Ausg. S. 42 u. S. 47), wolle den „survival of the best"

Dies genüge an dieser Stelle zur Charakterisierung der allgemeinen geistesgeschichtlichen Wandlung, die wir auch schon an früherer Stelle berührten. Indessen diese Verschiebungen, die ihre wahre Bedeutung erst erlangen, wenn sie mit den gleichzeitigen wirtschaftlichen und politischen Wandlungen, von denen wir auch schon sprachen, in Zusammenhang gebracht werden, geben uns noch keine Erklärung für die Entstehung der sozialrevolutionären Bewegung der achtziger Jahre, von der wir im Folgenden zunächst zu sprechen haben. Derartige Bewegungen setzen eine Masse voraus, die selbst durch ihre Führer meist nur in recht oberflächlichem Zusammenhange mit der allgemeinen kulturellen Entwicklung des betreffenden Volkes stehen. Fragen wir konkret: wie ist es zu den Ereignissen von Trafalgar Square, wie ist es zum großen Dockerstreik von 1889 gekommen?

Wir müssen bei der Feststellung der Ursachen der damaligen Bewegung, solche vorübergehender und solche bleibender Art, wobei wir unter ersteren zufällige historische Konstellationen, unter letzteren neue geistesgeschichtliche Einflüsse verstehen, unterscheiden. Was die Ursachen der ersten Art anlangt, so hatten wir schon öfters Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß durch den Niedergang der Bedeutung Englands als erste exportierende Wirtschaftsmacht seit ungefähr 1873 und durch die allgemeine langandauernde Krise, die Ende der 70er Jahre einsetzte und mit geringen Unterbrechungen sich bis über die Mitte der 80er Jahre hinaus erstreckte, auch die Arbeiterbewegung, insbesondere auch die Gewerkschaftsbewegung damals arg in Mitleidenschaft gezogen wurde und daß, besonders in den großen Städten, damals ein besonders zahlreiches arbeitsloses Proletariat vorhanden war, das, vor allem in London, damals durch zahlreiche Einwanderer aus dem Kontinent noch verstärkt wurde. Der jahrelange Notstand vieler Tausender, insbesondere in London, in Verbindung mit den unhaltbaren sozialen Zuständen in Irland, war der Grund, warum der von Hyndman propagierte Marxismus und der Henry Georgeismus, die ideologischen Ursachen für die damalige Bewegung, so viele Anhänger gewannen und dadurch den Anstoß zur Entwicklung einer neuen sozialistischen Arbeiterbewegung in England gaben.

Der erste Anstoß zu der revolutionären Bewegung der 80er Jahre kam von Irland her. Die trostlose Lage des irischen Klein-

ganz im Sinne Darwins und ergebe sich logischerweise aus dem richtig verstandenen Darwinismus, vgl. auch S. 128 ff.

pächterstandes, die schon manchmal zu ernsten Unruhen auf der »grünen Insel« geführt hatte, lenkte damals von neuem das öffentliche Interesse auf die dortigen Zustände. Der Aufstand der »Fenians« in Irland hatte schon neben der Unzufriedenheit über die ägyptische und die Balkanpolitik Disrealis vor allem zum Sturze der konservativen Regierung im Jahre 1880 beigetragen. Gladstone trat wieder an die Spitze des neugebildeten liberalen Kabinetts. Seine Maßnahmen in Irland trugen jedoch zunächst nur zur Verschlimmerung der dortigen Verhältnisse bei, so daß es dort, wie im schottischen Hochland, wo die Dinge ähnlich lagen, zu erneuten Unruhen kam. In weiten Kreisen des Volkes forderte man eine durchgreifende Agrarreform, um die kleinen Pächter vor dem Verhungern zu bewahren.

Da erschien zur rechten Zeit, 1881, die englische Ausgabe von Henry Georges Buch »Progreß and Poverty«, welches schon in der 1879 erschienenen amerikanischen Ausgabe in England Verbreitung gefunden hatte. Dieses Buch hatte einen sehr großen Erfolg. Obgleich darin von Sozialismus eigentlich nicht die Rede war, hat es doch den unmittelbaren Anstoß zur erneuten Auseinandersetzung mit sozialistischen Theorien gegeben, so daß man Henry George mit einem gewissen Recht den »Vater des Sozialismus« in England genannt hat. Sicherlich hat er durch sein Werk das Augenmerk der weitesten Kreise auf die Frage des Sozialismus gelenkt[1]). Betrachtete doch auch er Armut als die Folge übermäßigen Reichtums und wirtschaftlicher Übermacht einer bestimmten Gesellschaftsklasse, und stellte er doch die Forderung der Abschaffung des Privateigentums von Grund und Boden durch Konfiskation der Grundrente, wenn er auch das private Kapital unangetastet lassen wollte. Georges Werk wurde auch des anziehenden Stiles wegen viel gelesen, so daß innerhalb weniger Monate über 100000 Exemplare davon abgesetzt wurden. Sein Aufenthalt in England und seine Verhaftung in Irland vergrößerten noch die Nachfrage danach. Auch das 1862 erschienene Buch des Naturforschers Alfred Russell Wallace über Bodenverstaat-

[1]) Georges „Fortschritt und Armut" wurde im „Radical", einer in Arbeiterkreisen weitverbreiteten Zeitung abgedruckt. — Im Jahre 1911 brachte der „Labour Leader" eine Reihe von Aufsätzen, in welchen Arbeiterführer über ihre Bekehrung zum Sozialismus berichteten; eine große Anzahl wiesen auf den bestimmenden Einfluß Georges hin. Vgl. auch S. 89, vgl. ferner W. Morris Brief an Mr. Maurice (zitiert bei MacKail, „Life of W. M." II, S. 104): „Henry Georges book has been received in this country .... as a new gospel". Vgl. auch Webb, History S. 362.

lichung hatte einen großen Erfolg. Wie schnell diese Ideen gerade in Arbeiterkreisen Verbreitung fanden, kann man daraus erkennen, daß schon der Gewerkschaftskongreß des Jahres 1882, sowie der Kongreß der Bergarbeiter von Nordengland in demselben Jahre sich für Verstaatlichung von Grund und Boden erklärten[1]).

Unter den politischen Gesellschaften, die damals der Sache der Iren mit besonderem Eifer dienten, interessiert uns vor allem die Democratic Federation (D. F.), die von Henry Mayers Hyndman im Jahre 1881 gegründet worden war und zunächst in erster Linie die Bestrebungen der Irish Land League unterstützte, sich später aber, nach der Bekehrung Hyndmans, zum Marxismus, vor allem der sozialistischen Agitation, in erster Linie dem Arbeitslosenproblem zuwandte. Die Democratic Federation war aus einer Vereinigung einiger radikaler Clubs zum Zwecke gemeinsamen politischen Handelns entstanden. Ihr Gründer, der erwähnte Hyndman, ein begabter Journalist, Politiker und Globetrotter, war nach vieljähriger Abwesenheit von London dort bei seiner Rückkehr mit Karl Marx bekannt und befreundet geworden. Marxens Haus in London war damals der Sammelpunkt für alle in England weilenden kontinentalen Sozialisten, auch hatte er in London einen ständigen kleinen Kreis von Schülern und Freunden um sich, der aber nur zum kleinsten Teil aus Engländern bestand. Auf die Politik hatte dieser Kreis bisher nicht den geringsten Einfluß gehabt, wie auch Marxens ökonomische Theorien bisher keine Beachtung gefunden hatten[2]). Hyndman war im Verlauf seines Verkehrs mit Marx mit den Resultaten seines Schaffens bekannt gemacht und zum Sozialisten bekehrt worden. Sein Streben war fortab darauf gerichtet, auf dem Marxismus auch in England eine sozialistische Bewegung aufzubauen, an deren Spitze er sich stellen wollte. Er fing damit an in seiner ersten Schrift »England for all« (1881), das englische Publikum mit den Hauptgedanken Marxens in populärer Form bekannt zu machen. Kurz hintereinander veröffentlichte er dann noch drei Schriften über den So-

[1]) Seit dem Jahre 1881/82 besteht das gute Einvernehmen zwischen irischen Nationalisten und Arbeiterabgeordneten. Die Bodenreformbewegung verläuft im Jahre 1884/85 ab ohne engeren Zusammenhang mit der Arbeiterbewegung. Vgl. aber S. 188 f.

[2]) Das „Kapital" war damals erst ins Französische übersetzt. Die englische Ausgabe erschien erst 1887, Teile davon vorher in der sozialistischen Zeitschrift „To-Day".

zialismus, welche großes Aufsehen hervorriefen [1]). Damals erschien auch Robert Blatchford's sozialistische Schrift: »Merrie England«, die besonders in Arbeiterkreisen bald sehr weite Verbreitung fand.

Die Veröffentlichung von Hyndmans Schriften, sowie die vielen zu weitgehende Unterstützung der Sache der Iren veranlaßte die Mehrzahl der Mitglieder, aus der D. F. auszutreten, führte aber andererseits der Partei einige neue schätzenswerte Kräfte zu.

Auf der Konferenz von 1883 änderte sie schon ihren Namen in »Social Democratic Federation« (S. D. F.). Dort stellte sie ein Programm auf, indem die Arbeitswerttheorie anerkannt und die Vergesellschaftung der Produktionsmittel gefordert wurde, zugleich aber als nächste Ziele aufgestellt wurden: die Erkämpfung des allgemeinen 8-Stundentages, des allgemeinen Wahlrechts für Erwachsene, die Einführung des Proportionalwahlsystems, Diäten für die Abgeordneten, Bezahlung der Wahlkosten aus öffentlichen Mitteln, Abschaffung des Oberhauses, Unabhängigkeit von Irland; ferner die Einführung eines nationalen Banksystems, die Verstaatlichung des Grund und Bodens und der Eisenbahnen, Schaffung einer progressiven Einkommensteuer, ein ganzes Füllhorn sozialer und politischer Forderungen. Vor allem wurde von ihr eine energische Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Fürsorge des Staates und der Gemeinden verlangt. Die S. D. F. ward so zur ältesten sozialistischen Partei Englands. Sie besteht noch heute, nachdem sie 1906 sich in »Social Democratic Party« (S. D. P.) umgetauft und 1911 mit der Grayson-Blatschfordschen Gruppe und einigen verwandten Elementen sich zu der »British Socialist Party« (B. S. P.) vereinigt hat, ohne dadurch indes eine größere Bedeutung für die englische Arbeiterbewegung zu erlangen [2]). An ihrer Spitze steht heute noch Hyndman, nach Bernard Shaw der »miserabelste Führer, der je seine Anhänger in das entgegengesetzte Lager — ja sogar bis in das Ministerium — getrieben hat, weil sie seiner Führerschaft entgehen wollten« [3]). Tatsächlich

[1]) „The Historical Basis of Socialism in England" (1883), „The Social Reconstruction of England" (1884); „The Coming Revolution in England" (1884). In „England for all" hatte Hyndman den Namen Marx überhaupt nicht erwähnt, was bekanntlich zum Bruche zwischen Marx und Hyndman führte. In seinem zweiten Werke aber erklärte Hyndman dann seine vollkommene Abhängigkeit vom Verfasser des „Kapitals".

[2]) Vgl. S. 112.

[3]) Vgl. Bernard Shaw „Hyndman", Soz. Monatshefte 1911. S. 1595.

hätte unter Führung eines anderen Mannes die sozialdemokratische Partei und der Marxismus, so wenig er dem abstrakten Denken und systematischen Erfassen des Geschehens abgeneigten und nur auf naheliegende praktische Ziele gerichteten Sinn des Engländers entspricht, möglicherweise eine größere Rolle in der politischen Arbeiterbewegung Englands spielen können[1]).

In den ersten Monaten ihres Bestehens vereinigte allerdings die sozialdemokratische Föderation einige hervorragende Talente in ihren Reihen, so Champion, Joynes, Belfort Bax, Fitzgerald, Herbert Burrows und vor allem William Morris, den berühmten Dichter und Künstler, der ihr im Januar 1883 beitrat. Es schlossen sich ferner einige Ausländer der Partei an, politische Flüchtlinge aus Deutschland, Österreich und Frankreich[2]). Nur sehr wenige Arbeiter traten der sozialdemokratischen Föderation bei, aber es ist unzweifelbar, daß sie in den ersten Jahren ihres Bestehens unter dem Londoner Proletariat eine sehr zahlreiche Anhängerschaft besaß. Wäre damals der Notstand noch allgemeiner und die damit verbundene Aufreizbarkeit der Massen noch größer gewesen, so hätte sich der revolutionäre Geist des Londoner Proletariats wie in den Tagen der Chartisten über das ganze Land verbreiten können. Gehörte also das Gefolge der sozialdemokratischen Föderation jenen untersten Schichten des Proletariats an, die wir den »fünften Stand« nennen können, so entstammten ihre ordentlichen Mitglieder ebenso wie der ebenfalls 1883 gegründeten Fabian Society,

[1]) Es dürfte wenig Engländer geben, die sich überhaupt die Mühe geben, Marx richtig verstehen zu lernen. Sie scheitern an der philosophischen Grundlage Marxens, die dem nüchternen Sinn der Briten durchaus fern liegt. Nie können derartig komplizierte Gedanken bei englischen Arbeitern zünden. Sie verlangen nach Vorschlägen zur Besserung ihrer Lage, nicht nach wissenschaftlichen Ergebnissen. In Deutschland dagegen, wo die Wissenschaft — glücklicherweise — in unvergleichlich höherem Ansehen als in England steht, konnte den Arbeitern nichts mehr als die mysteriöse Wissenschaftlichkeit und Schwerverständlichkeit des Marxismus und der gelehrte Jargon ihrer Führer imponieren. Auch die lediglich ökonomische Betrachtungsweise von Marx, die materialistische Geschichtsauffassung usw. liegen dem Engländer, der von Jugend auf politisch stark interessiert ist, der als Mann in der Politik seinen Teil mitzureden hat und alles zunächst unter dem politischen Gesichtswinkel sieht, sehr fern. Die marxistische Betrachtungsweise und die sich daraus ergebende Politik gehören für ihn in eine frühere Periode, da der Arbeiter in der Politik nichts zu sagen hatte, aus seiner Froschsperspektive heraus sich, den Proletarier und seine Verhältnisse für das Weltbewegende ansah und sich dem Drucke der Machthabenden gegenüber nur durch Schimpf, Hetzerei, Obstruktion, Revolution Luft zu machen wußte.

[2]) Besonders deutsche Namen begegnen uns öfters unter den Mitgliedern der S. D. F.

von der weiter unten die Rede sein wird[1]), zur überwiegenden Mehrheit der Mittelklasse.

Die größte Persönlichkeit unter den Sozialdemokraten war zweifellos William Morris, der damals als Dichter wie als Künstler auf der Höhe seines Ruhmes stand und durch seinen Beitritt und durch seine rege Wirksamkeit für die Partei die Augen aller auf jene Gruppe von Männern lenkte. Obgleich der Einfluß dieses Mannes auf die Entwicklung der politischen Verhältnisse Englands sehr gering gewesen ist, halte ich es doch für angemessen, die Persönlichkeit dieses seltenen und doch für England typischen Mannes näher zu beleuchten[2]).

Nicht ökonomische Einsicht hatte Morris in die Reihen der Sozialisten getrieben; er gesteht selbst, daß er zur Zeit seines Beitrittes außer einer Kritik über Fourier aus der Feder John Stuart Mills nichts über Sozialismus gelesen hätte, daß er von Adam Smith, Ricardo und Marx wenig oder nichts verstünde. Der erste Band des Kapitels war damals gerade erschienen; bei dem Versuch, ihn zu lesen, sei er aber, so gesteht Morris, so konfus geworden, daß die Buchstaben einen Wirbeltanz vor ihm aufgeführt hätten. Nur den historischen Teil habe er mit Interesse studiert. Im übrigen erklärte er stets, daß Mores »Utopia« ihm weit besser gefiele als Marx, George und Wallace zusammen. Wir erkennen daraus, daß Morris überhaupt gar keine Interessen für die wissenschaftliche Erfassung der ökonomischen Probleme hatte, daß die Wurzel seines Sozialismus wo anders zu suchen ist[3]).

Morris entstammte einer reichen Familie und hat sich stets in guten Vermögensverhältnissen befunden. Er wuchs in Epping Forest, einer landschaftlich sehr schönen Gegend in der Umgebung Londons, auf, und hat dort schon als Knabe eine große Liebe zur Natur gefaßt. Mit 19 Jahren bezog er eines jener epheuumrankten Colleges der Universität Oxford, in denen noch heute die Romantik neben Sport, Luxus und nicht allzuviel geistiger

---

[1]) Vgl. S. 73.

[2]) Vgl. neben MacKail bes. E. L. Cary, „W. M.: Poet, Craftsman, Socialist", 1902, und A. Vallance, „W. M.: his art, his writings and his public life" 1909.

[3]) Vgl. die interessante kleine Schrift „How I became a Socialist" (S. 9 ff.), herausgegeben nach dem Tode von Hyndman 1896. Vgl. auch J. MacKail, II, S. 102 ff., A. Vallance, S. 313 ff. Pfeiffer (La Société Fabienne et le mouvement société anglais contemporain 1911) berichtet, daß Shaw über Morris gesagt habe: „le socialisme ne fut qu'un incident dans sa vie". — Über Ruskin vgl. vor allem Hobson, „J. R., social reformer 1898".

Arbeit zu Hause ist. Sein weiches, schwärmerisches Wesen fand dort bald Gleichgestimmte und Gleichgesinnte; und wie sich in Oxford alles zu kleinen Clubs vereinigt, so gründete er mit Rossetti, Price, Burne-Jones und einigen anderen die präraphaelitische Bruderschaft. In mondhellen Nächten trafen sich die Freunde in einem der Höfe ihres Colleges; wie von selbst streiften dort ihre Gedanken zurück zum Mittelalter, zu seiner Kunst und Kultur, für das sie alle eine schwärmerische Liebe faßten, und dort entwickelten sie sich gegenseitig ihr eigenes künstlerisches Programm, welches im wesentlichen eine Wiedererneuerung der Frührenaissance sich zur Aufgabe stellte, mit deren Kunstwerken sie sich auf Reisen ins Ausland näher bekannt machten. Das Jahr 1849 brachte die erste Ausstellung der Präraphaeliten, welche weithin Aufsehen machte und die neuen Ziele in so überzeugender Weise vor Augen führte, daß Sombart das Jahr 1849 deshalb mit Recht das eigentliche Geburtsjahr des englischen und somit des modernen Geschmacks nennen konnte[1]). Morris, dessen Begabung ganz auf dem Gebiete des rein Dekorativen lag, konnte 1861 seine Fabrik eröffnen, deren Erzeugnisse bald für das Kunstgewerbe ganz Europas vorbildlich wurden. Aber all' diese Teppiche, Möbel, Glasmalereien, ebenso wie die Drucke der später von Morris gegründeten Kelmscott Press, waren natürlich Kostbarkeiten, waren Luxusartikel, bestimmt zur Ausschmückung der Häuser der Allerreichsten. Und doch sehen wir nach wenigen Jahren den Leiter dieser Luxusindustrie, den Kapitalisten Morris, in die schlimmsten Gegenden von Ost-London sich begeben, an Straßenecken das Evangelium der Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit verkünden, sehen ihn stundenlang im Straßengewühl der City stehen, um einige Nummern des Organs der sozialdemokratischen Föderation »Justice« zu verkaufen, erblicken ihn an der Spitze von Straßendemonstrationen. Als er einmal infolge von Ausschreitungen des von ihm geführten Haufens auf die Polizeiwache gebracht wird, hören wir ihn, nach seinem Stande gefragt, die stolze Antwort geben: »Ich bin ein Künstler und Schriftsteller, der, ich denke, in ganz Europa wohl bekannt ist«.

Morris war der extremste unter den Mitgliedern der sozialdemokratischen Föderation. »Der Preis, der gezahlt werden muß, um die Welt schön, die Menschen glücklich zu machen, ist die Revolution,« pflegte er zu erklären, und dieser

[1]) W. Sombart, „Der moderne Kapitalismus" 1902, II, S. 306.

Satz gibt uns zugleich die Quintessenz des Morrisschen Sozialismus. Jener Kapitalismus, welcher — wie Morris ihn sah — in lieblichen Tälern eine Unzahl von rauchenden Schloten aufrichtete, welcher das klare Wasser der Flüsse in Schmutzströme verwandelte, welcher ein Heer von Millionen von Sklaven sich hielt, aus deren Leben Freude, Glück, Schönheit für immer verschwunden war, war häßlich, brutal, kulturwidrig. Ehe er nicht, wenn nötig mit Gewalt, beseitigt war, könne, so meinte Morris, das Reich der Freude und der Schönheit nicht anbrechen. Wir erkennen hier einen großen Einfluß von Ruskins Lehre von der Abhängigkeit der Kunst von einem gesunden volkswirtschaftlichen Leben, während Ruskin einerseits, wie wir wissen, an der Kunst der Präraphaeliten sich begeistert hatte. Auf die krausen Widersprüche, die sich aus diesem ästhetischen Sozialismus ergeben, sobald er aus seinem Gehäuse von schönen Worten und sentimentalen Träumereien sich herauswagt, um etwas davon in die Wirklichkeit umzusetzen, kann man durch nichts besser als durch einen Hinweis auf Morris' Leben und den Erfolg seiner Bestrebungen aufmerksam machen.

Morris konnte natürlich im Verein mit einem Manne wie Hyndman nicht lange arbeiten. Im Jahre 1885 kam es zum Bruch, und Morris gründete mit einigen Gesinnungsgenossen wie Dr. Aveling, Eleonor Marx, Scheu u. a. die »Socialist League«. Sie hat nie viele Anhänger besessen, Morris war auch nicht der Mann, um an der Spitze einer solchen Vereinigung zu stehen. Es schlossen sich bald Elemente an, die der idealistischen Gesinnung von William Morris alles andere als kongenial waren, unter ihnen internationales Anarchistenpack, welches einen ganz anderen Geist innerhalb der Liga zur Herrschaft kommen ließ. Morris war durch seine Mißerfolge, insbesondere auch durch die Ereignisse des »blutigen Sonntags«, an welchem die Arbeitermassen beinahe auch sein Magazin zertrümmert hätten, der Bewegung entfremdet, er beschäftigte sich jetzt wieder mit Vorliebe damit, schöne Drucke herauszugeben, und 1886 sehen wir ihn auf längere Zeit sich von der sozialistischen Bewegung zurückziehen, um die »Odyssee« zu übersetzen. 1890 trat er ganz aus der sozialistischen Liga aus. Seine Partei hatte dann nur noch ein kurzes Leben; sie bekam es bald mit der Polizei zu tun.

William Morris starb am 3. Oktober 1893. Das Gedächtnis an seine Persönlichkeit lebt noch in allen fort, die an seiner reinen Gesinnung, seinem idealen Streben das Feuer ihrer

Begeisterung entzündet und die Kraft zu energischer sozialer Mitarbeit sich geholt haben[1]). Den britischen Arbeitern sind viele seiner Dichtungen und sozialistischen Gesänge zum bleibenden Gute geworden, während sein glänzend geschriebener, aber unglaublich naiver Zukunftsroman »News from Nowhere« (1890), zu dem Bellamys »Looking Backward« (1888) den Anstoß gegeben hatte, im Gegensatz zu früher jetzt selten gelesen wird[2]).

Kurz vor der Sezession der sozialistischen Liga unter Führung von Morris war der sozialdemokratischen Föderation eine ganz anders geartete Persönlichkeit aus den Kreisen der Arbeiter beigetreten, der Maschinenbauarbeiter John Burns[3]), dem es im Verein mit seinen Gesinnungsgenossen Tom Mann[4]) und Ben Tillett[5]) vor allem zu verdanken ist, wenn die sozialdemokratische Föderation in der Zwischenzeit größere Erfolge zu verzeichnen hatte. Diese Männer brachten nämlich, solange sie der S. D. F. angehörten, einen neuen Geist in ihren Reihen zur Geltung[6]), welcher auf praktische Ziele das Hauptgewicht legte und an ihrer Verwirklichung zunächst mit aller Energie zu arbeiten begann. So beteiligte sich die sozialdemokratische Föderation auch schon an den allgemeinen Wahlen von 1885. In Nottingham, wo Burns aufgestellt war, kam es bei der Gelegenheit zu ernsten Unruhen, so daß Militär einschreiten mußte. Natürlich wurde kein Kandidat der sozialdemokratischen Partei gewählt, und noch bis zu dem heutigen Tage ist es ihr

---

[1]) Vgl. auch von Schulze-Gävernitz' begeisterte Schilderung von Morris' Persönlichkeit. (Brit. Imperialismus S. 326 f.)

[2]) Auch „The Dream of John Ball" (1888) ist, wie ich hörte, in Arbeiterkreisen viel gelesen worden.

[3]) John Burns, geboren 1859, trat 1879 der A. S. of Engineers bei, arbeitete dann in Afrika, wo er in seinen Mußestunden Adam Smith und Mill las, machte von seinen Ersparnissen eine Reise durch Europa und trat 1885 der S. D. F. bei.

[4]) Über Tom Mann vgl. Webb, History, S. 370. Tom Mann ist in jüngster Zeit als Führer der Syndikalisten hervorgetreten.

[5]) Über Ben Tillett vgl. Webb, History, S. 389.

[6]) In dem von Hyndman geschriebenen Vorworte zu John Burgess Buche „John Burns. The Life and progress of a Right Honorable" behauptet H. bezeichnenderweise zwar: they all regarded him (Burns) as a valuable flagwaver and stump orator, but in council and committee he was absolutely useless" (VIII) fühlt sich aber dann auf der nächsten Seite doch veranlaßt, zuzugeben, daß Burns doch sehr nützliche Arbeit für den Sozialismus getan habe.

[7]) Sie bekamen insgesamt nur 657 Stimmen (Humphrey l. c., S. 93).

nicht gelungen, einen einzigen Wahlkreis selbstständig zu erobern[1]).

So wandten sich nun damals die Sozialdemokraten dem Hauptfelde ihrer Wirksamkeit, dem Londoner arbeitslosen Proletariat zu. Hier war es vor allem, wo John Burns seine unermüdliche Arbeitskraft, seine ans Unglaubliche streifende physische Leistungsfähigkeit und nicht zuletzt seine Beredsamkeit und seine gewaltige Stimme zum ersten Male im Dienste seiner Klasse betätigte.

In diesem Jahre, 1885, und dem folgenden war die Depression von Handel und Industrie und infolgedessen die Arbeitslosigkeit wieder besonders schlimm, und dies nahm in London noch deshalb besonders zu, weil damals auch Landarbeiter in großen Massen nach London einwanderten. Damals bildete auch die »Fair Trade League«, welche als Mittel gegen Arbeitslosigkeit die Zollpolitik empfahl, die Chamberlain damals zum ersten Male aufs Tapet brachte. Ihr gegenüber erklärte die sozialdemokratische Föderation, daß der Sozialismus das einzige Heilmittel für die Arbeitslosigkeit, dieses schlimmste aller Übel des kapitalistischen Wirtschaftssystems wäre. Sie hielt ebenso wie die Faire Trade League große Versammlungen auf dem Trafalgar Square ab, an denen oft 10000, ja sogar 15000 bis 20000 Menschen teilnahmen. So an derjenigen vom 7. Februar 1886, welche durch die ihr folgenden Ereignisse jenen Tag zu einem historischen Ereignis machte, John Burns war der Held dieses Tages; von da ab hieß er der »Mann mit der roten Fahne«[2]). Mit einer solchen hatte er nach dem Schluß seiner Rede sich an die Spitzen jener großen Menschenmasse gestellt, welche vom Trafalgar Square aus durch die Hauptverkehrsstraßen Londons zog, Fensterscheiben zertrümmerte, in Läden einbrach, Gefährte aufhielt und deren Insassen ausplünderte. »Der schlimmste und gefährlichste Aufruhr, den London seit langer Zeit gesehen hat,« schrieb die »Times«[3]). Lange Zeit noch war man in Angst und Sorge, daß sich ähnliche Ereignisse wiederholen könnten, und allgemein wurde eine Beschränkung der Versammlungsfreiheit verlangt. Als man dies

[1]) William Thorne ist das einzige Mitglied der sozialdemokratischen Föderation, das in seiner Eigenschaft als Mitglied der Labour Party, die seine Wahl zustande brachte, im Parlament sitzt.

[2]) Vgl. „The Man with the red Flag"; being the speech delivered at the Old Bailey by John Burns when tried for sedetious conspiracy on Apr. 9, 1886.

[3]) Times, 8 Febr. 1886.

aber durchzuführen versuchte, kam es im folgenden Jahre zu einem neuen Aufruhr, bei dem Polizei und Militär mit den Waffen einschreiten mußten. Es war dies der sogenannte »blutige Sonntag«, an welchem Burns sich wieder besonders hervortat. Er durchbrach die Kette der Polizisten, wurde hinterher wieder wie im Vorjahre vor Gericht gestellt, aber diesmal nicht freigesprochen, sondern mit Cunninghame Graham zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt. Damals ahnte wohl noch niemand, daß der »Mann mit der roten Fahne« so bald seine revolutionäre Gesinnung ablegen und schließlich Minister in einem liberalen Kabinett werden sollte, dem sein damaliger Verteidiger H. H. Asquith vorsteht.

Burns trat jedenfalls bald nach den Ereignissen des Jahres 1886 aus der sozialdemokratischen Föderation aus, die schon damals erheblich an Bedeutung einbüßte und teilweise infolge innerer Zwistigkeiten mehr und mehr an Anhängern verlor. Schon 1886 hatte sich die »Socialist Union« abgesondert, und nun gab es eine weitere Spaltung zwischen der Gruppe der Parlamentaristen, die langsam für die Arbeiter die politische Gewalt erobern wollten und den Revolutionisten, die behaupteten, man müßte die Gesellschaft ganz und gar umgestalten, außerdem hätte man überhaupt nicht genügend Leute hinter sich, um eine Partei aufzubauen. Jedenfalls aber fanden diese Männer auch nicht genügend Leute, um eine Revolution aufzubauen. Die Phrase herrschte immer mehr in jener Partei, sie selbst wurde immer bedeutungsloser und beruhigte sich schließlich dabei, die einzige Verkünderin des unverfälschten Marxismus in England zu sein.

Inzwischen hatte eine andere sozialistische Vereinigung in wachsendem Maße an Bedeutung gewonnen, die oben erwähnte Fabian Society [F. S.] [1]), die aus der von einem amerikanischen Professor Robertson 1880 in London gegründeten »Bruderschaft des neuen Lebens« hervorgegangen war und 1883 sich den neuen Namen beilegte [2]). Zu ihrem Motto wählte sie den Fabius

[1]) Vgl. oben S. 68.

[2]) Über die Geschichte der Fabischen Gesellschaft vgl. Fabian Tract No. 41. Shaw, The Fabian Society. Its early history. Über die fabische Politik vgl. die lange Reihe von Fabian Tracts, ebenso Webb, „The Fabian Society; its objects and methods" 1891. Eine gute zusammenhängende Darstellung der Theorie und Politik der Fabier und ihres Einflusses auf die Entwicklung in England existiert leider nicht; die erwähnte Schrift Pfeiffers ist durchaus nicht als solche zu bezeichnen.

Cunctator in den Mund gelegten Ausspruch: »Auf den rechten Augenblick mußt du warten, wie Fabius tat, als er gegen Hannibal im Felde lag, obgleich viele sein Zaudern tadelten; doch wenn die Stunde kommt, dann mußt du zuschlagen, soll nicht dein Zögern vergebens und fruchtlos sein«. Die Fabian Society wollte keine Partei sein und ist auch später nie eine geworden. Sie war vielmehr eine Vereinigung »für allgemeine Verbreitung der Kenntnis der wirtschaftlichen, ethischen, politischen Zusammenhänge zwischen Individuum und Gesellschaft«, die sich unter Führung von hervorragenden Köpfen dem Studium der sozialen Frage zuwandte, für die sie eine prinzipielle Lösung nur in der allmählichen Verstaatlichung der Produktionsmittel sah. Grundsätzlich unterschieden sich die Fabier von vornherein dadurch von den Sozialdemokraten, daß sie die Theorien Karl Marxens nicht anerkannten, sich vielmehr auf den Boden der Grenznutzentheorie stellten, wie sie Jevons verkündet hatte, ferner dadurch, daß sie entschiedene Gegner jeder Revolution waren und eine Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse nur schrittweise herbeizuführen beabsichtigten. Die Fabische Gesellschaft verfolgt die Methode der »Durchdringung« (Permeation) und erstrebt im Verein mit anderen Organisationen die langsame Bekehrung des englischen Volkes zum Sozialismus. Sie ist ganz langsam und geräuschlos zu einer Macht im politischen Leben Englands emporgeblüht, die weithin ihren Einfluß geltend macht. So verbreitete sie den sozialistischen Gedanken insbesondere in einer langen Reihe von Flugschriften (161 Nummern bis 1912) über soziale Streitfragen. Doch jede andere Form der Propaganda ist ihr auch willkommen[1]). Sie hat nicht allein die Gewerkschaften auf die jetzige Labour Party hinerzogen, der die F. S. ja auch seit der Gründung des Arbeitervertretungskomitees im Jahre 1900 angehört, sondern auch auf die liberale Partei einen erheblichen Einfluß ausgeübt.

Ihre Stärke lag vor allem in den großen Persönlichkeiten, die ihr meist schon seit den ersten Jahren ihrer Gründung angehörten. Unter diesen ist vor allem zu nennen: der heute weltberühmte Dramatiker Bernhard Shaw[2]), damals ein recht

[1]) Die Vorlesungskurse, die Sommerschule usw. der Fabier sind bekannt. Sie organisieren auch interessante öffentliche Debatten über den Sozialismus. 1887 stellte auch die Partei eine kurzlebige Parliamentary League auf.

[2]) Über Shaws Verhältnis zu den Fabiern vgl. Prof. Archibald Hendersons Biographie Shaws, 1912, Kap. 4, S. 91 ff.; vgl. auch die interessante Beurteilung Hyndmans: „Further Reminiscenses" 1912, S. 201 ff.

armer, unbekannter Journalist, Sidney Webb, der bedeutendste unter den Sozialisten Englands, der Geschichtsschreiber der Gewerkschaftsbewegung und wohl überhaupt der bedeutendste englische Schriftsteller auf sozialem Gebiete, damals ein kleiner Beamter im Kolonialamt, und seine ihm durchaus kongeniale Frau und Mitarbeiterin Beatrice Webb geb. Potter[1]), Edward Pease, Sekretär der Partei seit langen Jahren, der so viel fruchtbringende Arbeit für die Fabische Gesellschaft geleistet hat und seit Gründung des Arbeitervertretungskomitees auch im Ausschuß der Arbeiterpartei sitzt, Sir Sidney Olivier, der später trotz seines Sozialismus Gouverneur von Jamaica wurde, die ungewöhnlich kluge und redebegabte Frau Annie Besant, jetzige Führerin der Theosophen, die durch ihre enge Verbindung mit Charles Bradlaugh über einen gewaltigen Einfluß in radikalen Arbeiterkreisen verfügte[2]), der spätere Universitätslehrer und bekannte Schriftsteller Graham Wallas und manche andere[3]). Alle diese Persönlichkeiten verwandten den ganzen Einfluß, der ihnen zu Gebote stand, im Dienste der gemeinsamen Sache.

Besonders haben die Fabier nach der Munizipalreform Salisburys in den einzelnen Städteverwaltungen ihren Einfluß geltend gemacht, so insbesondere im Londoner Grafschaftsrat, dem Sidney Webb und andere Fabier zeitweilig angehörten. Diese Munizipalreform, von der wir bereits sprachen[4]), stellt in ihrem Gesamtergebnis und ihren Folgen auch eine Art unblutige Revolution dar: seitdem sehen wir gerade Arbeiter in großer Zahl als Mitglieder städtischer Verwaltungsbehörden. Dieser Umstand trug sehr dazu bei, die Wendung zum »Munizipalsozialismus« bei

[1]) Sidney Webb ist durch seine Freundschaft mit Balfour, Haldane und Churchill von besonderem Einfluß auf die Politik.

[2]) Der Dritte im Bunde war der unselige Dr. Aveling, der Eleanor Marx heiratete und unglücklich machte.

[3]) So z. B. sind Mitglieder F. S.: der bekannte Journalist Hubert Bland, Rev. Campbell und der berühmte Prediger Stewart Headlam, Walter Crane, die liberalen Abgeordneten Chiozza Money und Percy Alden, die Arbeiterabgeordneten Keir Hardie, Snowden, Crooks und neuerdings Henderson. Der berühmte Schriftsteller und Sozialist H. G. Wells trat vor kurzem aus. Macdonald verließ die Fabische Gesellschaft, als sie ihr Manifest über die Fortführung des Burenkrieges veröffentlichte (vgl. Pfeiffer, l. c. S. 53).

[4]) Vgl. oben S. 19. Die Londoner Schulbehörde (1888) und nach ihr der Londoner Grafschaftsrat waren die ersten Behörden, die unter Fabischen Einfluß die „Fair Wages" Klausel anerkannten, d. h. sich zur Zahlung von Gewerkschaftslöhnen verpflichteten.

den Städteverwaltungen herbeizuführen, worauf die F. S. besonders eifrig hinwirkte. Wegen des großen Gewichts, das die Fabier gerade auf die Kommunalisierung der Mittel zur Befriedigung verschiedener allgemeiner Bedürfnisse in den Städten legten, wurden sie daher auch besonders gern von den Sozialdemokraten wegen ihres »Gas- und Wasserleitungssozialismus« verspottet. Stets haben die Fabier allerdings betont, einen wie wichtigen Schritt in der Richtung des Sozialismus dies bedeute, zugleich aber hervorgehoben, daß auch sie nicht bei dem Erreichten stehen zu bleiben beabsichtigten. Das Hauptfeld der Wirksamkeit der Fabier war London. Nach dem Muster der Londoner Gesellschaft wurden aber auch in den Provinzen Fabische Gesellschaften gegründet, welche einen anderen Typus darstellen, insofern, als ihre Mitglieder vielfach in der Hauptsache den Arbeiterkreisen angehörten, während die Mitglieder der Londoner Muttergesellschaft in der Hauptsache der Mittelklasse und zwar der Intelligenz entstammten. Diese Provinzfabier haben insofern eine große Bedeutung für die politische Arbeiterbewegung Englands, als sie den Boden ebneten für die 1893 gegründete Unabhängige Arbeiterpartei, indem sie im Verein mit den weniger zahlreichen Lokalorganisationen der sozialdemokratischen Föderation in den Provinzen die Arbeiter dort mit dem Wesen und den Zielen des Sozialismus bekannt machten.

Auch an der Welt der Gewerkschaften ging die sozialistische Bewegung nicht spurlos vorüber. All den geschilderten Ereignissen folgte man dort vielmehr mit großem Interesse, und langsam gewann, trotz allem Konservativismus ihrer Führer, den wir kennen gelernt haben, der Sozialismus auch in ihren Reihen an Boden. Zu gleicher Zeit war nicht ohne Einfluß der sozialistischen Bewegung von innen heraus eine neue Richtung unter den Gewerkschaften entstanden, welche die gewerkschaftlichen Methoden in durchgreifender Weise umgestaltet wissen wollte. »More legislation, more inspection, more taxation« lauteten die neuen Schlagworte, welche ganz im Gegensatz zur alten Richtung die Selbsthilfe zurückdämmen wollten und den staatlichen Eingriff befürworteten.

Die Ursachen der neuen Tendenzen in der Gewerkschaftsbewegung sind vor allem in der Exklusivität einiger Gewerkschaften zu suchen. Diese bekannten sich, wie wir gesehen hatten, zum Grundsatz der Selbsthilfe und kannten als einzige Methode zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen die Unterhandlung mit

dem Unternehmer bzw. den Streik. Es handelte sich hier eben um die Aristokratie der Arbeiter, die Bergarbeiter, die Mechaniker, die Maurer usw., welche hohe Löhne bezogen und dementsprechend hohe Beiträge an ihre Gewerkschaften zu zahlen hatten, welche diese für Fonds zur Streik- und anderweitigen Unterstützung verwenden konnten. Gegenüber der »do nothing policy« dieser Minorität von wohlsituierten Arbeitern betonten die breiten Schichten der unorganisierten und schlecht bezahlten Arbeiter, in erster Linie Burns und Mann, die Pflichten des Staates zur Unterstützung der Arbeiter im Falle von Alter, Krankheit und Invalidität und die Verwendung der dafür bisher von den Arbeitern aufgewandten Mittel zum Kampfe gegen die Unternehmer. Auch die alte Forderung der Gewerkschaften nach einem gesetzlich fixierten Minimallohn, dem »living wage«, tauchte damals wieder auf und rückte allmählich in das Zentrum der politischen Agitation der Arbeiter[1]).

Der Sozialismus und die neuen Methoden wurden nun den Arbeitern zugleich mit diesen neuen gewerkschaftlichen Ideen, oft von denselben Männern, gepredigt, und so kommt es, daß dieselben Arbeiter, die den Staat in Anspruch nehmen wollen, sich zugleich überzeugen ließen, daß der bestehende Staat sich nicht dazu verstehen würde und daß eine neue sozialistische Gesellschaftsordnung errichtet werden müßte. Es ist üblich, alle die neuen Bestrebungen unter den Gewerkschaften mit dem Namen des »Neuen« Trade Unionismus zusammenfassend zu bezeichnen, obgleich die ihnen zugrunde liegenden Ideen zum Teil schon zur Zeit des Chartismus und früher unter den Gewerkschaften eine große Rolle gespielt hatten[2]).

Die Gewerkschaftskongresse der nächsten Jahre wurden zum Schauplatz der Kämpfe zwischen dem »old gang« und den Propheten des neuen Glaubens, von denen Keir Hardie, ein schottischer Bergarbeiterführer, der schon als Kind in den Gruben gearbeitet hatte, noch mit 12 Jahren weder lesen noch schreiben

---

[1]) Der Bergarbeiterstreik von 1893 war der erste große Streik, bei dem um das Mindestlohnprinzip gekämpft wurde. v. Schulze-Gävernitz, Brit. Imp. S. 368. Snowden, Living Wage, S. 18.

[2]) Der „alte" Unionismus von 1850 nahm wie der „neue" Unionismus von 1885 den Staat zur Lösung der Fragen des Arbeiterstandes vor allem in Anspruch, während der „alte" Unionismus von 1885 (der „neue" von 1850) das Prinzip der Selbsthilfe verkündigte.

gekonnt, sich langsam zum Sekretär der Union der Bergarbeiter von Lancashire emporgearbeitet hatte und seitdem einer der angesehendsten Männer in der britischen Arbeiterbewegung ist[1]), im Verein mit John Burns, hauptsächlich die Attacke leitete. Broadhurst, den wir als einen der bedeutendsten Repräsentanten der alten Richtung und als Sekretär des parlamentarischen Komitees der Gewerkschaften kennen lernten[2]), hatte, wie wir wissen, als Unterstaatssekretär in Gladstones kurzlebigem Kabinett von 1886 gegen die gesetzliche Einführung des Achtstundentages für Bergarbeiter gestimmt, weil er fürchtete, daß Wert und Einfluß der Gewerkschaften eine starke Beeinträchtigung erfahren würden, wenn der Staat etwas für sie täte, was sie von selbst (durch Koalition) erreichen könnten. Keir Hardie erhob gegen diese Handlungsweise Broadhursts Protest auf dem Gewerkschaftskongreß von 1887, jedoch war damals die alte Richtung noch so mächtig, daß Broadhurst Hardie lächerlich machen konnte und die Abstimmung eine große Mehrheit für die alte Richtung ergab. Indessen gewannen die neuen Ideen in den beiden folgenden Jahren zunehmend an Boden.

Broadhurst hatte immer erklärt, daß es unmöglich sein würde, ungelernte Arbeiter zu organisieren. Wie irrig dies war, sollte er bald erfahren. Wir haben John Burns als Führer in der Arbeitslosenbewegung kennen gelernt. Er im Verein mit anderen Männern ähnlicher Geistesrichtung, so vor allem Ben Tillett und Tom Mann, hatte sich nun damals zur Hauptaufgabe gestellt, Koalitionen unter den ungelernten Arbeitern Englands zustande zu bringen, um dadurch ihre Lage zu verbessern. Insbesondere rieten diese Männer auch den ungelernten Arbeitern, ihre Kräfte mit denen der Unternehmer in Arbeitseinstellungen zu messen, in denen die Arbeiter auch die Einmütigkeit ihrer Gesinnung erproben könnten. Dieser Same trug schnell vielfältige Frucht: Im Jahre 1888 legten zunächst die Arbeiterinnen der Zündholzfabrik von Bryant und May die Arbeit nieder und brachten unter Führung von Frau Besant, der Fabierin, ihren anfangs hoffnungslos scheinenden Streik zu einem glücklichen Ende, was ihnen allerdings ohne die finanzielle Unterstützung, die ihnen von außen zuteil

---

[1]) Keir Hardie ist jetzt der Senior der Arbeiterpartei. Man hat ihn manchmal den englischen Bebel genannt und seine Bedeutung, wie mir scheint, damit stark überschätzt.

[2]) Vgl. oben S. 55.

wurde, nicht möglich gewesen wäre. Noch in demselben Jahre streikten dann die Londoner Gasarbeiter, um die Einführung des Achtstundentages und andere Verbesserungen der Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Auch sie waren siegreich, und zwar hauptsächlich deshalb, weil vor und während des Streikes sich unter ihnen eine Gewerkschaft bildete, die nach seiner glücklichen Beendigung sich bald über ganz England verbreitete und 1891 schon 120000 Mitglieder zählte. Auch in Bristol, Leeds und anderen Orten kam es zu Arbeitseinstellungen, die mit einem Siege der Arbeiter endigten.

Das Jahr 1889 endlich brachte den berühmten Streik der Londoner Dockarbeiter um ihren »tanner«[1]). Die ganzen Londoner Docks lagen still für mehrere Wochen. Die Einzelheiten dieses in jeder Beziehung äußerst interessanten Lohnkampfes sind in anderen Schriften nachzulesen, bemerkt sei hier nur, daß ohne die unermüdliche Tätigkeit Tom Manns, Ben Tilletts und vor allem John Burns', der von früh bis spät seine unerschöpfliche Arbeitskraft im Dienste der streikenden Arbeiter betätigte, insbesondere aber ohne die Parteinahme der öffentlichen Meinung für die Sache der Arbeiter und die großen Summen, die zu ihrer Unterstützung hergegeben wurden, der Streik nicht zu einem siegreichen Ende gebracht worden wäre. Auch der Kardinal Manning, dessen Bild neben dem von John Burns durch die Straßen Londons getragen wurde, verwandte sich sehr für die Sache der Arbeiter[2])

Dieser große Dockerstreik des Jahres 1889 bedeutet wieder einen wichtigen Markstein in der Geschichte der Arbeiterbewegung und in der sozialen Geschichte Englands. Einerseits erlebte die Gewerkschaftsbewegung in den folgenden Jahren wieder einen großen Aufschwung, der ihr einige Gewerbe zuführte, die bisher jeder Organisation ermangelten, andererseits waren die

[1]) D. h. um 6 d. die Stunde. Über den Dockerstreik vgl. H. H. Champion, „The great Docker's Strike" 1890, und v. Schulze-Gävernitz, Zum soz. Frieden II, S. 433 f.

[2]) Kardinal Manning stand an der Spitze des Committee of Conciliation. Seit der Gründung der Guild of St. Matthew (1879) hat die englische Geistlichkeit vielfach in die sozialistische Bewegung mit eingegriffen. 1890 hielt der Bischof von Durham auf dem Church Congress zu Hull einen Vortrag, in welchem er Christentum und Sozialismus in engsten Zusammenhang brachte. Geistliche sind, wie wir hörten, auch unter den Fabiern. Es besteht ferner die „Christian Socialist Union" und die „Christian Socialist League". Auch der Sozialismus vieler Arbeiter (z. B. Philipp Snowden's) ist religiös unterbaut — im Gegensatz zu dem Macdonalds. Unter den Arbeiterabgeordneten befinden sich einige Laienprediger.

Augen der Öffentlichkeit in erhöhtem Maße auf das soziale Problem gelenkt worden. Es zeigte sich überhaupt in den weitesten Kreisen eine große Sympathie für die Sache der Armen und der Arbeiter, die in einer großartigen privaten Wohltätigkeit, in der Errichtung von Speiseanstalten und Suppenküchen zum Ausdruck kam und insbesondere auch Bestrebungen auslöste, die sich kulturelle Aufgaben stellten und an der Bildung der unteren Klassen arbeiten wollten. Hier ist besonders die University Extension-Bewegung zu nennen, die seit dieser Zeit immer größere Fortschritte gemacht hat[1]). Gegenüber den erstgenannten Bestrebungen aber hatten schon die Arbeitslosen Londons auf ihre Fahne geschrieben: »we want work, not charity«.

Als dann Charles Booth durch die Veröffentlichung seiner Forschungen über die Lage der arbeitenden Klassen[2]) Londons ein grelles Licht auf den Krebsschaden unseres heutigen Wirtschaftssystems, die erbärmliche Lage der untersten Schichten des großstädtischen Proletariats warf, als er zeigte, daß 32 % der Londoner Arbeiter unterhalb der sogenannten »Armutsgrenze« lebten, da nahmen die Wohltätigkeitsbestrebungen einen großartigen Umfang an, ja einige Mitglieder der höchsten Society bekannten sich zum Sozialismus[3]).

Um so erstaunlicher mußte es erscheinen, daß die Vertreter der Arbeiter im Parlament, jene Broadhursts, Burts, Cremers usw. sich den neuen Ideen gänzlich abgeneigt zeigten und noch immer die Interessen ihrer Gewerkschaften von denen der ganzen Arbeiterklasse unterschieden. Das parlamentarische Komitee der Gewerkschaften nahm in dem Bericht für den Kongreß zu Dundee 1888 wiederum offen Stellung gegen die neue Richtung und erklärte es für wünschenswert, daß sich ihre Anhänger eine eigene neue Organisation schaffen sollten, da mit ihnen doch nicht zusammen zu arbeiten sei. Darauf kam es auf diesem Kongreß wieder zu erregten Szenen, in deren Verlaufe Broadhurst von Keir Hardie als

---

[1]) Vgl. v. Schulze-Gävernitz (Zum soz. Frieden I, S. 577 f.) über die neueste Entwicklung vgl. u. a. Werner Picht, „Toynbee Hall und die englische Settlementsbewegung" 1913.

[2]) Tugan-Baranowski (l. c. S. 409) nennt das hochinteressante Werk Booths, „Life and Labour of the People of London" mit Recht eine „in den Annalen der Wissenschaft ohne Beispiel dastehende Arbeit".

[3]) So z. B. die bekannte Lady Warwick, Über ihre eigentümliche, echt „englische" Persönlichkeit vgl. Hyndman, Further Reminiscenses, S. 83 ff., und die amüsante Charakteristik einer sozialdemokratischen Versammlung unter ihrem Vorsitz bei Masterman, l. c. S. 149.

ein Mann bezeichnet wurde, der nicht geeignet sei, die Arbeiterinteressen zu vertreten[1]). Diesmal hatte Hardie schon eine größere Anzahl auf seiner Seite als auf dem Kongresse des Vorjahres, obgleich Burns, damals noch ein Gesinnungsgenosse und Mitstreiter, dem Kongreß fernbleiben und Hardie nicht unterstützen konnte. Broadhurst sah sich genötigt, zu seiner Rechtfertigung eine Rede zu halten, welche sich über eine Stunde ausdehnte. Die Folge war ein letzter glänzender Triumph der alten Richtung. Mit einer überwältigenden Mehrheit wurde ein Vertrauensvotum für Broadhurst beschlossen.

Mit den folgenden Jahren aber beginnt die Zeit, wo sein Einfluß immer mehr zurückgedrängt wird, wo der Ruf nach einer Vertretung der Arbeiterinteressen in einer von Liberalen wie Konservativen unabhängigen Partei immer lauter ergeht, wo der Einfluß der neuen Unionisten und der Sozialisten, deren Presse sich auch immer größerer Verbreitung unter den Arbeitern erfreute, immer mächtiger wird, wo die »Aristokratie der Arbeiter« allmählich, wenn auch nicht von der Richtigkeit der sozialistischen Idee, so doch von der Wichtigkeit des Zusammenschlusses mit jenen Männern der neuen Richtung zu einheitlicher Aktion im Parlament überzeugt wird. Der früher erwähnte Arbeiterwahlverband [L. E. A.][2]) war ganz in den Fußtapfen der liberalen Partei gewandelt. Keir Hardie, der schon 1889 in seiner Heimat Schottland eine kleine unabhängige Arbeiterpartei organisiert hatte[3]), war es wiederum, der auf dem Gewerkschaftskongreß von 1890 den Sekretär jenes Wahlverbandes Threllfall angriff, weil er mit Männern zusammen arbeitete, welche, wie Hardie erklärte, den Fortschritt der Arbeiterbewegung aufhielten. Dieser Kongreß erklärte sich schon mit einer knappen Mehrheit für einen gesetzlichen Achtstundentag, was einen neuen Triumph für Hardie und seine Anhänger bedeutete. Auf den Kongressen der beiden folgenden Jahre wurde der Plan zur Erhebung eines allgemeinen von den einzelnen Gewerkschaften zu erhebenden Beitrages zwecks Beschaffung der zur Gründung und Unterhaltung einer Arbeiterpartei nötigen Mittel zum ersten Male in eingehender Weise er-

[1]) Gegen Broadhurst richtete sich die Attacke der „Jungen" in erster Linie. Ihr Organ war der „Labour Elector", vgl. auch Broadhurst, l. c. S. 218 ff.

[2]) Vgl. oben S. 56.

[3]) Im Verein mit dem interessanten Cunninghame Graham. Über diesen und über die Gründung der Partei vgl. John Burgess, l. c. S. 137 ff.

örtert. James Macdonald und Quelch brachten sogar auf dem Glasgower Kongreß 1892 eine Resolution ein, auf Grund deren nur diejenigen, welche sich für die Vergesellschaftung der Produktions- und Umlaufmittel erklärten, als Kandidaten der zukünftigen Arbeiterpartei zugelassen werden sollten. Natürlich verhielt sich damals der Kongreß diesem Vorschlage gegenüber ablehnend, und die Sozialisten sahen ein, daß sie erst einmal eine sozialistische Partei unter den Arbeitern gründen müßten, weil dann der Kongreß und damit die ganze Gewerkschaftswelt für ihre Pläne leichter zu gewinnen sein würden. So kam es zur Gründung der Independent Labour Party zu Bradford im Jahre 1893, welche fortan auch nach ihrem Anschluß an das Arbeitervertretungskomitee, der späteren Labour Party, trotz der kleinen Zahl ihrer Mitglieder von bestimmendem Einfluß auf die Richtung der Arbeiterpolitik gewesen ist, vor allem deshalb, weil sie die besten Köpfe und fähigsten Politiker unter den Arbeitern in ihren Reihen vereinigte.

Wir haben gesehen, wie der Sozialismus in den 80er Jahren von neuem in die Arbeiterwelt Englands eindrang und wie er im Zusammenhang mit der neuen Gewerkschaftsbewegung den Ruf nach einer Organisation zur Schaffung einer klassenbewußten Vertretung der Arbeiterinteressen im Parlament wachrief. Wir haben ferner das Wirken der sozialdemokratischen Föderation und ihrer Ableger in London verfolgt und erkannt, wie ihre Bedeutung infolge ihrer politischen Impotenz und ihrem dem englischen Geiste inadäquaten Doktrinarismus ständig zurückging, wie andererseits die Fabier langsam an Einfluß gewannen und durch ihre Lokalorganisationen auch in der Provinz die Arbeiter mit dem Gedanken der langsamen Umformung des Wirtschaftslebens in ein vom Staate und Gemeinde allseitiges geregeltes Wirtschaftssystem vertraut machten. Man hatte auch nicht versäumt zu betonen, daß bei dieser Umwandlung den Arbeitern eine wichtige Rolle zufiele und daß die Schaffung einer eigenen Partei eines ihrer nächsten Ziele bilden müßte[1]). Die Agitation Keir Hardies

[1]) Die Fabier veröffentlichten 1892 das Fabian Election Manifesto, in welchem sie zur Wahl von Arbeitern ins Parlament aufforderten. Schon 1887 hatte der Fabier Pease (To-day 1887, S. 171) geschrieben: „The chief of our plans is the formation of a distinct Labour Party in Parliament". Die Fabier gaben für 1892 die Parole aus, daß die Arbeiter den am meisten sozialistisch gerichteten Kandidaten wählen, oder wenn keiner „gut" sei, gegen den schlechtesten stimmen sollten. Diese Taktik wird meist von der Labour-Party da befolgt, wo sie keinen eigenen Abgeordneten aufstellt; nur hält

und seiner Freunde fiel daher auf wohl vorbereiteten Boden. Besonders in den großen Industriestädten, so vor allem in dem westlichen Distrikte von Yorkshire, entstanden, wie uns Ben Riley in einem Aufsatze der Socialist Review[1]) geschildert hat, verhältnismäßig früh zahlreiche Organisationen, welche für die Schaffung einer unabhängigen Arbeiterpartei aufs eifrigste tätig waren. So kam es, daß Hardie schon bei den Wahlen von 1888 als unabhängiger Kandidat in Midlanark aufgestellt werden konnte, ohne allerdings diesen Wahlkreis zu erobern. Bei den allgemeinen Wahlen von 1892 dagegen, als die 6jährige konservative Regierung ihr Ende erreicht hatte, gelang es drei unabhängigen Arbeitern ins Parlament zu gelangen. Diese drei ersten unabhängigen Arbeiter, welche die Schwelle des Unterhauses überschritten, waren John Burns, Keir Hardie und J. H. Wilson[2]).

Hardie war im neuen Parlament eine Partei für sich. In seinem eigenen Gebahren begab er sich in seinem gewöhnlichen Arbeitskittel ins Parlament und lenkte gleich in den ersten Tagen der Session durch einen flammenden Protest gegen die Regierung wegen ihrer Untätigkeit in der Arbeitslosenfrage das Augenmerk auf sich; zugleich bedeutete dies die erste offene Absage eines Arbeiterabgeordneten an die liberale Partei. Hardies Wahlsieg war natürlich der Bewegung zur Schaffung einer unabhängigen Arbeiterpartei sehr förderlich gewesen. Im folgenden Jahre schon, 1893, wurde nach Bradford eine Konferenz berufen, um die neue Partei zu konstituieren, wozu alle interessierten Organisationen aufgefordert worden waren, Delegierte zu entsenden[3]). Es erschienen 115, unter ihnen 8 von der sozialdemokratischen Föderation und 13 Fabier, die allerdings nicht als offizielle Vertreter ihrer Gesellschaft gekommen waren[4]). Keir Hardie präsidierte.

---

sie von vornherein den Liberalen für den „besten" Kandidaten. Dagegen beschloß die S. D. P. auf ihrer Konferenz 1899 „that the organised vote of the S. D. P. should be directed solidly to the extinction of the liberal candidate by the votes being cast steadily on the Tory side up and down throughout the general elections".

[1]) Vgl. Soc. Rev. June 1909. J. Burgess' Schrift, „The I. L. P. its origin and early history" war mir nicht zugänglich.

[2]) Nicht zu verwechseln mit John Wilson, den wir als Repräsentanten des alten Unionismus kennen lernten.

[3]) Der Bergarbeiterstreik von 1893 steht nicht, wie Diehl, „Gesch. des Sozialismus usw." 2. A., 1911, S. 377 berichtet, in unmittelbarem Zusammenhang mit der Gründung der I. L. P.

[4]) Vgl. Report of the First General Conference 1893. Auch Ed. Bernstein war bei dieser Konferenz anwesend.

Man gab der neuen Partei den Namen »Unabhängige Arbeiterpartei« (Independent Labour Party, I. L. P.) und nicht »Sozialistische Partei«[1]), um nicht die Gewerkschaften vom Eintritt abzuschrecken, die, wie Ben Tillet erklärte, »aus gut organisierten Arbeitern beständen, welche ihre Beiträge zahlen würden, welche für den Sozialismus jeden Tag Arbeit verrichteten, ohne darüber viel Worte zu machen, welche nicht nach blutigen Revolutionen schrien, um sich bei ihrem Herannahen unter ihre Betten zu verkriechen«. Nichtsdestoweniger erklärte die Konferenz in einer Resolution, daß das Ziel der unabhängigen Arbeiterpartei die Herbeiführung des gesellschaftlichen Kollektiveigentums an den Mitteln der Produktion, der Verteilung und des Tausches wäre. Sie erklärte sich ferner für das gesetzliche Verbot der Überstunden, der Stückentlöhnung und der Kinderarbeit, für eine gesetzliche Arbeiterwoche von 48 Stunden in allen Gewerben und allen Industrien, für eine staatliche Kranken-, Unfall- und Invaliditätsversicherung. Auf konstitutionellem Gebiete wünschte sie ein allgemeines gleiches Stimmrecht für alle Erwachsene, Einführung der Stichwahlen, Bezahlung der Wahlkosten durch den Staat, Diäten für die Abgeordneten, kürzere Dauer der Parlamente, Abschaffung der Monarchie und der ersten Kammer und Einführung des Referendums. Sie wünschte ferner Abschaffung aller indirekten Steuern und an deren Stelle eine graduierte Einkommensteuer. Auf ihrem dritten Kongreß zu Newcastle 1895 hat dann die Partei dies Programm noch mehr ins Einzelne ausgebaut und im wesentlichen bis auf den heutigen Tag daran festgehalten.

Ihre Gründer, besonders Keir Hardie, waren von beispiellosem Optimismus über die Bedeutung und die Zukunftsmöglichkeit der neuen Partei erfüllt. So erklärte Hardie damals in einer Rede, daß seine Partei bei den nächsten allgemeinen Wahlen, möchten sie in 6 Monaten oder 6 Jahren kommen, zu entscheiden haben würde, wer an der Spitze der Regierung zu stehen hätte $14^1/_2$ % der Wahlberechtigten säßen in den Industriebezirken; wenn sie noch die Landarbeiter für sich gewönnen, würden sie über die Stimmen von 25 % aller Wähler verfügen. Daß er sich dabei arg verrechnet hatte, sollte die Folgezeit bald offenbaren.

1895, also 2 Jahre nach der Bradforder Konferenz, gab es wieder allgemeine Wahlen, durch welche die Konservativen wieder ans Ruder kamen. Die unabhängige Arbeiterpartei stellte 28

[1]) Der Antrag, sich „sozialistische" Partei zu nennen, wurde auch auf allen späteren Konferenzen der I. L. P. sowie der Labour Party stets zurückgewiesen.

Kandidaten ins Feld; sie bekamen im ganzen nur 44 321 Stimmen, obgleich die Partei damals schon 35 000 beitragzahlende Mitglieder zählte[1]); kein einziger ihrer Kandidaten kam durch, nicht einmal Keir Hardie, dessen kühne Prophezeiungen wie Seifenblasen zerplatzten, während wieder 12 liberale Arbeiter (wenn man diesmal Burns und J. H. Wilson mit einrechnet) gewählt wurden.

Burns wurde wieder in Battersea gewählt und stellte sich bei seinen damaligen Wahlreden zum ersten Male in offenen Gegensatz zu seinen früheren Freunden und zu der neuen Partei Hardies. So verurteilte er die sozialdemokratische Föderation, der er, wie wir hörten, seit mehreren Jahren bereits nicht mehr angehörte, in Grund und Boden, griff aber auch Keir Hardie an, dessen Agitation für die Arbeitslosen er als sinnlos, sentimental und antisozialistisch bezeichnete. Er bedauerte, so erklärte Burns damals, daß keine sozialistische Partei in England gegründet werden könne, weil man von den »Sozialisten« daran gehindert wäre, und 1896 erklärte er in seiner Rede: »Bei den kommenden Wahlen werden die Progressisten und die Arbeiter nicht allein die gemäßigten Liberalen zu bekämpfen haben, sondern in gleicher Weise die Sozialisten, welche in Wahrheit schlimmere Feinde der Arbeiter sind, als die Tories«. An diesem Standpunkt hat Burns fortan festgehalten. Trotzdem pflegte er sich selbst einen Sozialisten zu nennen. In Wirklichkeit ging er ganz und gar zur liberalen Partei über, in der man bald seine große Begabung und seine ungewöhnliche Arbeitskraft schätzen lernte und mit einem Portefeuille auszuzeichnen wußte.

Wie stellen sich aber die Gewerkschaften zur neuen Partei? Wir haben gesehen, wie der neue Trade-Unionismus eine immer größere Zahl von Anhängern gewonnen hatte, so daß die Führer der alten Richtung einen schweren Stand ihnen gegenüber hatten. Die Wahlen von 1892 brachten sogar die Niederlage des angesehendsten Mannes des »old gang«, Henry Broadhurst. Der Gewerkschaftskongreß, über den er früher fast unumschränkt geherrscht hatte, hörte nicht mehr auf ihn. 1893, im Gründungsjahr der Independent Labour Party eroberten die Sozialisten auf ihm den ersten

[1]) Ihre Mitgliederzahl hat sich bisher stets ungefähr auf gleicher Höhe erhalten. 1912 hatte sie 28 000 Mitglieder. Die Begeisterung für den Sozialismus begann eben damals, in den Zeiten des industriellen Aufschwungs, rasch zu verblassen. Die Arbeitslosenbewegung ward schon 1888 von der Tagesordnung abgesetzt (vgl. Tugan-Baranowski l. c., S. 400). Auch die Konservativen erwarben sich bald, 1897, durch das Arbeitsentschädigungsgesetz viele Freunde.

großen Sieg. Die schon auf dem Glasgower Kongresse (1892, vgl. S. 82) eingebrachte Resolution wurde mit einer bedeutenden Mehrheit angenommen, wobei man allerdings berücksichtigen muß, daß dies bei dem damals üblichen Abstimmungsmodus (es wurde nach Gewerkschaften, nicht zahlenmäßig abgestimmt) nicht die Meinung der Majorität der vertretenen Arbeiter darstellte. Ferner ging ein Antrag Ben Tilletts durch, welcher die Schaffung eines besonderen Fonds zur Bestreitung der Wahlkosten von Arbeitern, die als unabhängige Arbeiterkandidaten bei Parlaments- und Munizipalwahlen aufgestellt würden, empfahl. Dieser Antrag war aber nur ganz allgemein gestellt und schloß keine näheren Angaben über seine praktische Verwirklichung ein. Inzwischen kamen die Wahlen von 1895, welche, wie wir sahen, ein vollständiges Fiasko für die neue Partei bedeuteten. Auch auf dem Kongreß dieses Jahres zu Cardiff erlitt sie eine völlige Niederlage. Man beschloß, eine Reinigung des Kongresses vorzunehmen und bestimmte, daß nur diejenigen, die tatsächlich in irgendeinem Gewerbe arbeiteten oder bezahlte Beamte ihrer Gewerkschaften wären, zum Kongreß in Zukunft zugelassen werden sollten. Damit schloß man auch Männer, wie Broadhurst, ebenso wie Burns und Hardie, gegen den der Antrag hauptsächlich gerichtet war, aus. Diese mußten daher im folgenden Jahre dem Kongresse fern bleiben. 1896 aber erklärte sich der Kongreß bereits wieder für den Sozialismus, und Will Thorne, ein Mitglied der sozialdemokratischen Föderation, heute ein bekanntes Mitglied der Arbeiterpartei, wurde zum Präsidenten des parlamentarischen Komitees der Gewerkschaften gewählt. Inzwischen erholte sich auch die unabhängige Arbeiterpartei allmählich von ihrer Niederlage. Bei den Munizipalwahlen von 1897 wurden in den Bezirken, wo die unabhängige Arbeiterpartei Kandidaten aufstellte, 38 % aller Stimmen für sie abgegeben, 1898 wurde eines ihrer Mitglieder, George Barnes, jetzt auch ein angesehenes Mitglied der Labour Party, zum Generalsekretär der vereinigten Maschinenbauer gewählt. Jedes Jahr stellte man auf den Gewerkschaftskongressen den Antrag, einen allgemeinen Fonds der Gewerkschaften zur Betreibung von Wahlkosten von unabhängigen Arbeiterkandidaten zu errichten. Mit diesem Gedanken konnte sich jedoch die große Masse der Gewerkschaften nicht so schnell befreunden; obgleich, wie wir wissen, die einzelnen Gewerkschaften oft die ganzen Wahlkosten von Kandidaten, die ihre eigene Organisation nominiert hatten, bestritten, so war doch noch immer nicht die nötige Solidarität

unter ihnen vorhanden, um durch Schaffung eines gemeinsamen Wahlfonds aus der Vertretung einzelner Gewerkschaften eine Vertretung der gesamten Arbeiterinteressen zu machen. Man sah vielmehr keine Veranlassung, Geld beizusteuern, um Mitglieder anderer Gewerkschaften ins Unterhaus gelangen zu lassen. Seit einer Reihe von Jahren aber war sich der Kongreß einig gewesen, daß eine bessere Vertretung der Arbeiterinteressen im Parlament herbeigeführt werden müßte und in dieser Richtung hatten ganz besonders die Mitglieder der unabhängigen Arbeiterpartei gewirkt.

Dazu kam noch ein Ereignis, welches unmittelbar die Entschließungen des Gewerkschaftskongresses nicht beeinflußt hat, welches aber doch nicht unerwähnt bleiben darf, weil es gewissermaßen das Ende des alten liberalen Labourismus, zugleich allerdings auch das Ende des »alten« Liberalismus versinnbildlicht. Im Mai 1898, 2 Monate vor dem Tode Bismarcks, starb der größte liberale Staatsmann der viktorianischen Ära, William Gladstone, in dessen Bann sich, wie wir zu sehen Gelegenheit hatten, die Arbeiterabgeordneten alten Stiles schließlich ganz und gar befunden hatten. Nun, da der »grand old man« mit dem »grand old umbrella« nicht mehr lebte, war einer der größten Gegner der unabhängigen Richtung in der Arbeiterpartei geschwunden, und, was das wichtigste war, kein Mann trat an seine Stelle, der seiner großen Persönlichkeit und seiner beispiellosen Popularität in Arbeiterkreisen irgendwie etwas Gleiches hätte an die Stelle setzen können[1]).

In demselben Jahre, in dem Gladstone starb, begann der parlamentarische Ausschuß auf eine Anregung Sir Charles Dilkes hin, sich ernsthaft mit dem Plane der Gründung einer Arbeiterpartei zu beschäftigen. Der Gewerkschaftskongreß zu Portsmouth nahm dann mit 546 gegen 434 Stimmen jene Resolution an, die zur Gründung des Arbeitervertretungskomitees führte, welches mit jener alten Politik der liberalen Arbeitergruppe nach kurzer Zeit brach und im wesentlichen die von der unabhängigen Arbeiterpartei angegebene Richtung einschlug.

Wie auf Grund des eben erwähnten Beschlusses des Gewerkschaftskongresses von 1899 die Bildung des Arbeitervertretungskomitees zustande kam, wie diese neue Organisation nach einer Zeit harter Kämpfe sich durchsetzte und zur Labour Party sich entwickelte, welche jetzt (1912) 40 Abgeordnete zählt, und

[1]) Vgl. J. Keir Hardie, „The I. L. P. Programme" 19th Century 1899, I, S. 120, „Mr. Gladstone has had no successor".

seit der kurzen Zeit ihres Bestehens zu einem bedeutsamen Faktor bei der Gestaltung der politischen Geschichte Englands geworden ist, wollen wir im nächsten Kapitel entwickeln.

Viertes Kapitel.

Das Labour Representation Committee (1900—1906) und die Labour Party (seit 1906).

James Ramsay Macdonald. — Die Vorgänge auf der Gründungskonferenz zu London. — Organisation der Parteileitung. — Die allgemeinen Wahlen von 1900. — Die Entscheidung im Taff Vale Prozeß. — Erfolge des Komitees. — Unabhängigkeitserklärung der Partei zu Newcastle. — Der Fall Bell.

Der Erfolg der allgemeinen Wahlen von 1906. — Parteiorganisation. — Verhältnis zur liberalen Partei. — Die Trade Disputes Bill von 1906. — Das Gesetz zur Verabreichung von Mahlzeiten an bedürftige Schulkinder. — Der Parteitag zu Belfast 1907. — Mitwirkung der Arbeiter an der sozialen Gesetzgebung der liberalen Partei. — Das Arbeitslosenproblem. — Der Fall Grayson. — Die British Socialist Party. — Höhepunkt der sozialistischen Agitation.

Die Wahl von 1910. — Entfremdung zwischen Liberalen und Arbeitern. — Das Osborne Urteil. — Der Trade Union Act von 1913. — Die Streikbewegung von 1911/12. — Syndikalistische Strömungen. — Der Fall Lansbury. — Die Frauenwahlrechtsfrage. — Der »Daily Citizen«. — Kritische Lage der Arbeiterpartei. —

»The Labour Party is the expression of dispair of the old trade-union method as much as of disgust with the old political parties«
(Frank H. Rose).

Die Resolution, die der Gewerkschaftskongreß zu Plymouth angenommen hatte, hatte folgenden Wortlaut: »Der Kongreß beauftragt im Hinblick auf früher gefaßte Beschlüsse, von der Absicht getragen, eine angemessenere Vertretung der Arbeiterinteressen im Unterhause zu erlangen, das parlamentarische Komitee der Gewerkschaften, alle Genossenschaften, sozialistischen Vereinigungen,

Gewerkschaften und andere Arbeiterorganisationen aufzufordern, eine Spezialkonferenz zu beschicken, auf welcher die Mittel und Wege zur Erreichung einer stärkeren Vertretung der Arbeiterschaft im nächsten Parlament beraten werden soll«. Die Resolution war von einem Mitglied der Eisenbahnergewerkschaft eingebracht worden, welche auch sonst eine bedeutungsvolle Rolle in der jüngsten Arbeiterbewegung Englands gespielt hat[1]). Die Konferenz, deren Einbringung durch diese Resolution gefordert wurde, wurde auf den Anfang des Jahres 1900 festgesetzt. Mit der Ausarbeitung der Konstitution für die neue, noch ungeborene Arbeiterpartei, welche man auf dieser Konferenz zu gründen hoffte, wurde James Ramsay Macdonald beauftragt, der bis dahin noch keine bedeutende Rolle in der Arbeiterbewegung gespielt hatte, aber von nun ab in die Reihe der Führer einrückte und als jetziger Leiter der Arbeiterpartei unser besonderes Interesse verdient.

Macdonald wurde 1866 in dem kleinen Orte Lossiemouth in der Grafschaft Elgin in Schottland geboren. Er hat, wie der in mancher Beziehung ihm geistesverwandte Lloyd George keltisches Blut in seinen Adern. Seine Eltern waren Kleinbauern, und der junge Macdonald, dessen große Begabung bald der Dorfschullehrer entdeckte, wurde für den Beruf eines Volksschullehrers bestimmt. Durch die Lektüre von Henry Georges »Progreß and Poverty« wurde er wie so mancher andere Führer in der Arbeiterbewegung Englands zuerst mit den sozialistischen Ideen bekannt. Er beschloß, sich der Sache des Sozialismus zu widmen und ging 1881 nach London, wo er allerhand Studien trieb, besonders naturwissenschaftliche, welche später die Grundlage für seine theoretischen Schriften abgaben[2]). Besonders Spencer muß einen großen Einfluß auf ihn ausgeübt haben. Sein Brot verdiente er sich in diesen Jahren durch journalistische Arbeiten, bis ihn der radikale Abgeordnete T. Lough im Jahre 1888 als Privatsekretär engagierte. Dadurch bekam er schon damals in verhältnismäßig jungen Jahren Fühlung mit dem Parlament. 1893 trat

[1]) Bell war Sekretär der Eisenbahner, vgl. S. 97. Ein anderes Mitglied dieser Gewerkschaft brachte die Resolution von Hull ein (vgl. S. 112). In der jüngsten Streikbewegung haben die Eisenbahner auch eine besondere Rolle gespielt, vgl. S. 117 ff. Unter den Eisenbahnern gelangten syndikalistische Ideen zu besonders weiter Verbreitung. Die Schiedsgerichte bei den Eisenbahnern gelangten zu besonderer Bedeutung. Vgl. auch Ch. Leubuscher, „Der Arbeitskampf der engl. Eisenbahner im Jahre 1911" 1913.

[2]) Vgl. S. 128.

Macdonald der I. L. P. bei und wurde dort bald, ebenso wie in der Fabian Society, der er auch beigetreten war, Mitglied des Vorstandes; 1900 war er Mitglied des Londoner Grafschaftsrates; erst 1906 wurde er zu Leicester ins Parlament gewählt. Macdonald entwarf also damals die Konstitution für die zu gründende Arbeiterpartei und traf auch die Vorbereitungen zur Abhaltung jener Einigungskonferenz, welche am 27. Februar 1900 in der Memorial Hall im Osten Londons tagte.

Dort wurde das Arbeitervertretungskomitee (Labour Representations Committee, L. R. C.) gegründet, welches sich dann von 1906 ab Labour Party (L. P.) nannte. Das L. R. C. ist also im Gegensatz zur Liga von 1868 und zum Wahlverband von 1885 ein Kind des Gewerkschaftskongresses und in den ersten Jahren seines Bestehens auch in vollkommener Abhängigkeit von dieser Organisation gewesen[1]).

Es ist interessant, auf die Vorgänge auf der Gründungskonferenz etwas näher einzugehen, da sie eine vollkommene Unklarheit der Arbeiter über die zu verfolgenden Ziele zeigen[2]). 129 Delegierte waren erschienen. Die Vertreter der Gewerkschaften stellten das Hauptkontingent. Neben ihnen hatten sich Abgesandte der I. L. P., der F. S. und der S. D. F. eingefunden. Die Genossenschaften hatten trotz wiederholter Aufforderung keine Vertreter entsandt; auch in der Folgezeit hielten sie sich, getreu ihren alten Grundsätzen von der politischen Arbeiterbewegung fern, und erst im letzten Jahre (1913) begann sich wieder eine gewisse Annäherung an diese anzubahnen[3]). Wie inhomogen trotzdem die Versammlung war, wird uns ein Blick auf die Vorgänge auf ihr deutlich zeigen.

Eröffnet wurde die Konferenz durch den liberalen Abgeordneten Steadman, der in seiner Ansprache einen stärkeren Zusammenschluß der Arbeiter in politischer Beziehung herzlich bewillkommnete, da er zugeben müsse, daß alle Interessen mit Ausnahme deren der Arbeiter im Parlamente vertreten seien.

[1]) Der Zusammenhang zwischen der L. E. A. von 1885 und dem Kongreß war jedenfalls ein sehr loser. Das L. R. C. aber mußte dem Kongreß regelmäßig berichten.

[2]) Vgl. Report of the First Conference of the Labour Representation Committee 1900.

[3]) Delegierte der Labour Party, des Gewerkschaftskongresses und der Genossenschaften hielten eine Konferenz ab, um über die Einigung der Arbeiterbewegung zu beraten und besonders die Fonds der Genossenschaften für dieselbe nutzbar zu machen. Die Konferenz verlief im ganzen ergebnislos.

Dann wurde eine Resolution eingebracht, welche im Sinne der von der I. L. P. vertretenen Politik forderte, daß in die zu schaffende Arbeiterpartei nur Mitglieder der Arbeiterklasse Aufnahme finden sollten. Jedoch fand dies keineswegs die Zustimmung der Konferenz. George Barnes und John Burns erklärten sich dagegen und wollten die Resolution in der Weise umgeändert wissen, daß jeder, der mit den Zielen der Arbeiterbewegung sympathisiere, als Kandidat der neuen Partei zugelassen würde. Die ursprüngliche Resolution zeuge, so erklärte Burns, von »Kurzsichtigkeit und falscher Exklusivität«. Die Betonung der Klassengegensätze dürfe man nicht zu weit treiben. Eine neue Arbeiterpartei sei, wie dies Burns im weiteren Verlauf der Verhandlungen erklärte, überhaupt überflüssig; gäbe es doch bereits eine, die seit nunmehr 4 bis 5 Jahren organisierte, von ihm und Mr. Wood geleitete Liberal Labour Group. Sie hätten es für überflüssig gehalten, sich »unabhängig« zu nennen, hätten sich keine Trilbyhüte aufgesetzt und keine roten Schlipse getragen, aber sie hätten die ganze Arbeit getan«[1]).

Burns glaubte damit einen Trumpf gegen Keir Hardie und die I. L. P. auszuspielen. Aber die Zahl seiner Gegner war größer als er vermutet hatte, und seine geringschätzige Beurteilung der Bestrebungen der unabhängigen Arbeiterpartei, welches in Kürze die treibende Kraft innerhalb der neuen Partei wurde, hat seiner schon damals ins Schwanken gekommenen Popularität sehr geschadet, so daß er jetzt als Mitglied des gegenwärtigen liberalen Kabinetts, in dem er dem Local Government Board vorsteht, in gewissen Kreisen der britischen Arbeiter sogar als der bestgehaßte Mann gilt[2]).

Natürlich machten sich die Sozialdemokraten auf dem Kongresse auch bemerkbar; sie verlangten strikte Separation von den kapitalistischen Parteien, Anerkennung des Klassenkampfstandpunktes, Aufstellung eines Programms; insbesondere wünschten sie, daß als Endziel der Partei die Vergesellschaftung der Mittel der Produktion, der Verteilung und des Tausches gelten sollte. Die Konferenz ging über diese Vorschläge zur Tagesordnung über.

---

[1]) Dies ging auf Keir Hardies theatralische Allüren, von denen er nicht freizusprechen ist.

[2]) „Honest John" war damals noch in Arbeiterkreisen unglaublich beliebt; man versteht es, daß er bei seiner Ernennung zum Minister zu Campbell-Bannerman gesagt haben soll: „Ich gratuliere Ihnen. Sie haben die populärste Tat Ihres Lebens vollbracht".

Denn es war nur zu klar, daß die Annahme der sozialistischen Resolution das sofortige Ende der neuen Partei herbeigeführt haben würde[1]). Die Sozialdemokraten wollten aber bei ihren alten Methoden, trotzdem sie sich bisher als unzulänglich erwiesen hatten, beharren und zeigten damit, wie Bernhard Shaw damals erklärte, »daß sie hoffnungslos hinter der Entwicklung zurückgeblieben waren«, während sie ihrerseits dasselbe von der neuen Partei glaubten. Nach 12 Monaten traten die Sozialdemokraten bereits wieder aus; in dieser Zeit wurde von ihnen kein Antrag von Bedeutung eingebracht, der die Zustimmung der Parteileitung gefunden hätte.

Keir Hardie war es schließlich, der damals auf der Londoner Konferenz mit den Vorschlägen kam, welche der Majorität der Versammlung annehmbar erschienen. Auf Grund seiner Vorschläge einigte man sich, daß die neue Arbeiter-»Gruppe« (nicht -»Partei«, im Parlament) zwar durchaus selbständig organisiert sein sollte, im übrigen aber eine opportunistische Taktik verfolgen und mit jeder Partei zusammen arbeiten sollte, die gerade für einen Gesetzesvorschlag einträte, der den Arbeitern Vorteile brächte oder ein den Interessen der Arbeiter zuwiderlaufendes Gesetz bekämpfte. Bei den Wahlen sollten gegen arbeiterfreundliche Kandidaten keine Gegenkandidaten aufgestellt werden. Durch den letzten Beschluß wollte man auch Zwistigkeiten innerhalb der Partei selbst verhindern, welche durch die Aufstellung eines Sozialisten und eines nicht- sozialistischen Gewerkschaftlers als Kandidaten in einem und demselben Wahlkreise entstehen und durch Stimmzerplitterung den Verlust des betreffenden Wahlkreises für die Arbeiter zur Folge haben könnten, was sich allerdings auch trotz dieser Resolution in der Folgezeit ereignete.

Die Leitung der Partei (bzw. Parteigruppe) wurde einem Ausschuß anvertraut, der sich aus 7 Gewerkschaftlern, 2 Sozialdemokraten, zwei Mitgliedern der I. L. P. und einem Fabier zusammensetzte. Dadurch erhielten die Sozialisten von Anfang an eine Ausnahmestellung in der Partei. Denn die 7 Gewerkschaftler im Ausschuß vertraten 545316, die 5 Sozialisten dagegen nur 22861 Stimmen. Auf der Jahreskonferenz, auf der mit Stimmzettel abgestimmt wurde, kamen auf 23 sozialistische 600 Stimmen der Gewerkschaften, während die Sozialisten 5 und 12 Sitzen im leitenden Ausschuß zur Verfügung hatten. Auch zum Sekretär wählte man einen Sozialisten, J. R. Macdonald, der diese Stellung ununterbrochen bis

[1]) Die meisten Gewerkschaften wären ausgetreten.

1912, wo er Schatzmeister der Partei und Leiter derselben im Parlament wurde, inne hatte. Diese Vorzugsstellung räumte man den Sozialisten hauptsächlich deshalb ein, weil man ihren durch den Glauben an sozialistische Ideale vermittelten Eifer für die Sache der Arbeiter wohl zu schätzen wußte, und weil diese Männer im allgemeinen auch mehr Zeit zur Verfügung hätten, als die vielbeschäftigsten Gewerkschaftsbeamten.

Wenige Monate nach dem Londoner Kongreß, noch ehe die Partei finanziell dazu bereit war, kamen die allgemeinen Wahlen von 1900. Das Komitee stellte 13 Kandidaten auf, von denen 2 siegreich waren: Hardie im wallischen Bergarbeiterdistrikt Merthyr Tydvil, der Eisenbahner Richard Bell in Derby. Im ganzen wurden 62698 Stimmen für die Abgeordneten des Komitees abgegeben. So war das Debut nicht gerade glänzend gewesen. Jedoch hatte man auch keine besonderen Erfolge erwarten können, hatte man doch damals bei den sog. »Khaki«-Wahlen die allgemeine Stimmung gegen sich. Die Begeisterung für den neubritischen Imperialismus, der die unendlichen Goldschätze Südafrikas dem Mutterlande verhieß[1]), hatte damals so ziemlich ihren Höhepunkt erreicht, und so konnte das Arbeitervertretungskomitee, das mit den Liberalen den Burenkrieg verurteilte, von vornherein auf keine großen Erfolge rechnen. Auch die Gewerkschaften, die außerhalb des Komitees geblieben waren, brachten diesmal nur 8 Abgeordnete durch[2]). Diese bildeten weiterhin die, Liberal Labour Group, verhandelten aber in allen wichtigen Fragen mit Hardie und Bell. Die beiden Abgeordneten des L. R. C. blieben natürlich in der Versammlung der 670 Volksvertreter zu Westminster so gut wie unbeachtet. Wahrscheinlich hätte auch dieser Versuch zu einer angemesseneren Vertretung der Arbeiterinteressen zu gelangen, bald sein Ende gefunden, wäre nicht der jungen Partei ein glücklicher Umstand zu Hilfe gekommen, der ihr mit einem Schlage eine nach vielen Tausenden zählende Anhängerschaft zuführte.

---

[1]) Die Arbeiterparteiler traten für die Buren ein. In Macdonalds Hause in London kamen später die Burengeneräle zusammen (vgl. Bernsteins Einleitung zur deutschen Übers. von Macdonalds „Socialism and Government"). Ein besonders eifriger Pro-Boer war Lloyd George, dem sein Auftreten für die Buren in Birmingham, der Hochburg des Imperialismus, wo Chamberlain unumschränkt herrschte, beinahe das Leben gekostet hätte; vgl. du Parcq, l. c. a. a. O.

[2]) Ich verweise hier auf die Beilagen 1, 2 und 4 am Schlusse.

Es war dies die berühmte Entscheidung im Taff Vale Eisenbahn-Prozesse. Schon im Jahre 1897 war durch eine gerichtliche Entscheidung das Streikpostenstehen in Verbindung mit dem Verschwörungsgesetz gebracht und in den meisten Fällen zur ungesetzlichen Handlung erklärt worden; in dem Taff Vale-Prozeß wurde nun auch den Gewerkschaften durch Entscheidung der Lords die vermögensrechtliche Immunität, der sie sich bisher erfreut hatten, entzogen, Bei einem Streike von Eisenbahnarbeitern, die von der Taff Vale Railway Company beschäftigt wurden, war es gelegentlich der Einstellung neuer Arbeiter zu verschiedenen Übergriffen seitens der Streikenden gekommen, welche in letzter Linie auf Anordnungen des Sekretärs der Eisenbahnergewerkschaft, Richard Bell, zurückzuführen waren. Die Eisenbahngesellschaft klagte, erwirkte zunächst ein Verbot des Streikpostenstehens und setzte schließlich einen Schadenersatzanspruch von £ 23000 gegenüber der Eisenbahnergewerkschaft durch. Durch diese Entscheidung des höchsten Berufungsgerichtes wurde entgegen der 30jährigen Praxis seit Verabschiedung der Gesetze von 1871, 1875 und 1876 die juristische Persönlichkeit der Gewerkschaften anerkannt, und ihre Fonds wurden für die Handlungen ihrer Agenten und Beamten haftbar gemacht.

Es schien für die Betroffenen ein Fall von Rechtsbeugung, von Klassenjustiz vorzuliegen; allgemein erhob sich in der Welt der Gewerkschaften ein Sturm der Entrüstung gegen das »judge-made law«. Und so wiederholte sich, was sich schon 1867/68 ereignet hatte: Die Unsicherheit der Rechtslage der Gewerkschaften öffnete ihnen die Augen darüber, wie wichtig es sei, eine starke politische Organisation und eine starke Vertretung ihrer Interessen im Parlament zu besitzen. So beschloß der im September 1902 zu London tagende Gewerkschaftskongreß folgende Forderungen in sein politisches Programm aufzunehmen: die Wiederherstellung der ehemaligen Unantastbarkeit der Trade Union Fonds, die Aufhebung des Verbots gegen friedliches Streikpostenstehen, eine Einschränkung des Verschwörungsgesetzes und die Kodifikation des Gewerkvereinsgesetzes.

Das Augenmerk aller lenkte sich dabei von selbst auf das Arbeitervertretungskomitee, und dies versäumte auch nicht, die Gewerkschaften in Flugschriften darauf aufmerksam zu machen, wie wichtig es für sie sei, unabhängig von den beiden großen Parteien geeint im Parlament für die Erfüllung dieser Forderungen einzutreten, obgleich jetzt, da der Burenkrieg und die Chamber-

lainschen Zollpläne das Parlament und die öffentliche Meinung in erster Linie beschäftigten, wenig Aussicht für die Durchsetzung ihrer Forderungen vorhanden war.

Insbesondere machte das Komitee auch darauf aufmerksam, wie unumgänglich notwendig es sei, wollte man diese Ziele erreichen, einen allgemeinen Beitrag zwecks Gründung eines parlamentarischen Fonds zur Bestreitung der Wahlkosten zu erheben. Nur so würde es möglich sein, mehr Abgeordnete ins Parlament zu bekommen. Hier war ihnen auch bereits die Miners Federation vorangegangen, welche auf ihrer Konferenz im Jahre 1901 die Errichtung eines solchen Fonds beschlossen hatte, zu welchem jedes Mitglied 1 d. per Monat beisteuern mußte. Man wies ferner daraufhin, daß nur das Vorhandensein einer starken Arbeiterpartei das Augenmerk der Regierung auf soziale Probleme zu lenken imstande sei.

Tatsächlich stieg die Zahl der Mitglieder des Arbeitervertretungskomitees in dem Jahre, in dem die Taff Vale-Entscheidung fiel und dem folgenden um mehr als das Doppelte, nämlich von 353000 Anfang 1901 auf 847000 Anfang 1903. Drei glänzende Erfolge bei Nachwahlen lenkten das Augenmerk noch mehr auf sie. Im Jahre 1902 wurde Shackleton, ein bekannter Gewerkschaftsführer der Textilarbeiter in Clitheroe, einem Wahldistrikte Lancashires, gewählt, ohne das überhaupt ein Gegenkandidat seitens der Konservativen oder der Liberalen aufgestellt wurde. Im Jahre 1903 folgte der Sieg Hendersons, des jetzigen Sekretärs der Arbeiterpartei zu Barnard Castle, in dem ersten sogenannten dreieckigen (three cornered) Wahlkampfe[1]), an dem sich ein Abgeordneter des L. R. C.'s Komitees beteiligte, und weiter noch in demselben Jahre der Sieg von Will Crooks in Woolwich, einer Vorstadt Londons, dem englischen Essen, gegen den Konservativen Geoffrey Drage, einem bekannten Publizisten auf dem Gebiete der sozialen Frage.

Damit war die Zahl der Abgeordneten von 2 auf 5 gestiegen, und so schien die Lebensfähigkeit der neuen Partei bewiesen und die Hoffnung auf künftige weitere Erfolge kein Traumbild mehr zu sein. Auf der Konferenz der Partei zu Newcastle 1903, mit der gewissermaßen die erste Periode der Unsicherheit über die zu verfolgenden Ziele zu Ende kam, um nun, da ihre Existenz

[1]) D. h. ein Wahlkampf, bei dem 3 Männer als Abgeordnete kandidieren und sich gegenseitig bekämpfen. Die dreieckigen Wahlkämpfe sind in England verhältnismäßig nicht häufig. Stichwahlen gibt es nicht.

gesichert schien, einer Periode des ernsten, entschlossenen Arbeitens Platz zu machen, wurde auch beschlossen, einen Beitrag von 1 d. per Jahr von jedem Mitgliede der Partei zu erheben zur Schaffung eines Fonds, aus dem 25 % der offiziellen Wahlkosten bezahlt, sowie jährlich £ 200 jedem Abgeordneten der Partei im Parlament bewilligt werden sollten. Dieser Betrag war zunächst freiwillig gedacht, wurde aber auf Beschluß der Konferenz zu Bradford 1904 zwangsweise erhoben und gab später Anlaß zu der berühmten Osborne-Entscheidung[1]).

Das wichtigste Ereignis des Kongresses zu Newcastle war aber die Unabhängigkeitserklärung des L. R. C. von der Politik der beiden großen Parteien.

Der Antrag ging von dem Sozialisten Curran[2]) aus. Nach einer ziemlich lebhaften Auseinandersetzung wurde mit 501000 gegen 194000 Stimmen folgende Resolution angenommen: »Der Kongreß hält es für unbedingt erforderlich, daß die Mitglieder des Exekutivausschusses, die Abgeordneten und die vom Komitee aufgestellten Kandidaten sich weder mit der liberalen noch mit der konservativen Partei noch einer Gruppe derselben identifizieren, noch deren Interessen fördern; denn wir können den sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnissen der Arbeiterklasse nur dann gerecht werden, wenn wir in- und außerhalb des Parlaments unsere Politik ohne Rücksicht auf die anderen Parteien gestalten«.

Damit war der förmliche Bruch mit jener Gruppe von Männern vollzogen, welche die Liberal Labour Group bildeten und auf dem Gründungskongreß, wie wir gesehen haben, noch die Annahme des obigen Beschlusses verhindert hatten. Daß er diesmal in so klarer Formulierung und mit so großer Mehrheit durchkam, ist neben der Empörung der Gewerkschaften über den Taff Vale-Entscheid auch dem wachsenden Einfluß sozialistischer Gewerkschaftler, Mitglieder der Unabhängigen Arbeiterpartei zuzuschreiben, die, um die Ausführung des Beschlusses zu fördern, es auch für notwendig hielten, von dem Gewerkschaftskongreß im Herbst desselben Jahres die Bestätigung desselben zu erhalten. Mit 606000 gegen 285000 Stimmen wurde in Leicester wieder auf Antrag Currans die Resolution angenommen: »Der Kongreß gibt seine herzliche Zustimmung zur Politik des L. R. C. und fordert die Gewerkschaften auf, sich dem L. R. C. anzuschließen«.

[1]) Vgl. S. 114 f.

[2]) Pete Curran, ein hervorragendes Mitglied der I. L. P., starb schon 1910.

Aus der noch immer großen Zahl derjenigen, die gegen diese beiden Beschlüsse stimmten, ist jedoch ersichtlich, daß die junge Partei keinen unbedingten Rückhalt in den Kreisen der Gewerkschaften hatte, und daß eine beträchtliche Anzahl die frühere Politik des engen Anschlusses an die liberale Partei für besser hielt. Doch waren den Abgeordneten und Kandidaten des L. R. C. durch die später wieder abgeschaffte »pledge«[1]), welche sie auf Grund der Newcastler Beschlüsse nun zu unterschreiben hatten, bevor sie im Namen der Partei auftreten konnten, die Hände gebunden; nicht mehr konnten sie wie früher für die Liberalen im Wahlkampfe eintreten oder, wie etwa die S. D. F. getan hatte, für die Konservativen. Newcastle hatte dem ein Ende gemacht, und wer sich nicht fügte, mußte des Ausschlusses aus der Partei gewärtig sein.

Dies war auch das Schicksal von Richard Bell, einem der zwei ersten Abgeordneten, welche, wie wir sahen, das L. R. C. durchgebracht hatte; er war, wie bereits erwähnt, Generalsekretär der Eisenbahnarbeitergewerkschaft und stand von 1902 bis 1903 dem L. R. C. als Präsident vor. Nichtsdestoweniger unterstützte er wiederholt liberale Kandidaten bei den Wahlen und agitierte dafür, daß die Eisenbahner sich von der Arbeiterpartei lostrennen sollten. Bald darauf vollzog er den offenen Bruch mit der Partei, indem er in Norwich bei einem Wahlkampfe zwischen einem Liberalen und dem Arbeiterparteiler Roberts sich offen auf die Seite des ersteren stellte. Die Folge war, daß er aus der Partei ausscheiden mußte. Seine Gewerkschaft aber vermochte er nicht auf seine Seite zu bringen, vielmehr erlitt er bei dem Versuche auf dem Kongreß derselben zu Cardiff eine völlige Niederlage, da dort mit 237 gegen 22 Stimmen beschlossen wurde, daß die Kandidaten der Eisenbahner die Statuten der Arbeiterpartei anerkennen und sich an die Arbeiterfraktion anschließen müßten.

Die Niederlage Bells war zugleich eine Niederlage der Liberalen, welche auf das Anwachsen der neuen politischen Bewegung unter den Arbeitern mit wachsender Beunruhigung blickten. War zwar die Abstimmung der Bergarbeiter über den Anschluß an das L. R. C. negativ verlaufen, so erklärte andererseits 1904 die große Masse der organisierten Textilarbeiter ihren Beitritt, wodurch die Partei wieder erheblich verstärkt wurde. Ja dieses Ereignis hatte für

[1]) Die Erklärung, welche alle Kandidaten der Partei vor ihrer Aufstellung zur Wahl zu unterschreiben hatten. Der Wortlaut der „pledge" ist in Beilage 5 wiedergegeben. Vgl. auch S. 116.

die Partei mehr zu bedeuten als eine bloße Vermehrung ihrer Mitgliederzahl: die Gewerkschaften der Textilarbeiter hatten sich bisher streng von der Politik ferngehalten. Ihre Mitglieder waren zum großen Teile Angehörige der Hochkirche und pflegten bei den Wahlen konservativ zu stimmen. Auf diese Weise nahm das L. R. C. allmählich den Charakter einer von den beiden großen Parteien unabhängigen Gruppe an, wenn auch die Mehrzahl ihrer Mitglieder damals und auch in Zukunft mehr Sympathie mit den Liberalen hatte. Jedenfalls bedeutete der Übertritt der Textilarbeiter einen großen Erfolg, der ihre Vorkämpfer auf weitere, noch größere Erfolge hoffen ließ.

Diese sollten auch in der Tat bald kommen und zwar so schnell und in solcher Fülle, daß sie vielleicht selbst optimistische Erwartungen innerhalb der Partei übertrafen. Das Ende der konservativen Regierung kam heran und damit die allgemeinen Wahlen von 1906. Bei diesen stellte das Arbeitervertretungskomitee 50 Kandidaten auf, von denen 29 durchkamen und mit den gleichzeitig gewählten 14 Bergarbeitern und den 11 Mitgliedern der Liberal Labour-Group die Zahl der Arbeiter im Unterhause von 10 im Jahre 1900 auf 54 brachten, eine Zahl, welche seitdem nicht mehr erreicht worden ist.

Allerdings war die Konstellation bei den Wahlen damals für die Arbeiterpartei sehr günstig, trotzdem wohl niemand bei der Abdankung Balfours im Dezember 1905 an solche Erfolge der meistens nicht für ernst genommenen Partei gedacht hatte. Die Wellen des Liberalismus gingen damals hoch. Wie schon früher erwähnt, war man damals herzlich müde des konservativen Regiments, welches den südafrikanischen Krieg mit all den ungeheuren Verlusten an Nationalvermögen mit sich gebracht hatte, und die anfängliche Begeisterung für imperialistische Politik und Chamberlains Preferentialzölle hatte einer kühlen Betrachtung, schließlich einer Verurteilung seitens der großen Masse des Volkes Platz gemacht. Die Arbeiter, ihnen voran das Arbeitervertretungskomitee, waren stets in ihrer großen Mehrzahl öffentlich als Pro-Boers aufgetreten, wie sie dann auch mit den Liberalen gegen die Einstellung von chinesischen Arbeitern in Transvaal aufs energischste protestiert hatten, und die Zölle verurteilten sie, weil sie nach ihrer Meinung eine erhebliche Verteuerung der Unterhaltsmittel mit sich bringen müßten. Da die konservative Partei zudem auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung recht wenig geleistet und durch das Unterrichtsgesetz von 1902 das nonkonfor-

mistische England gekränkt hatte, hatten ihre politischen Gegner damals ein leichtes Spiel. Die liberale Regierung verfügte nach den Wahlen über eine Majorität, die groß genug war, um ihr eine fast absolute Unabhängigkeit von jeder ihr gegenüber sich bildenden Opposition zu sichern[1]).

Die Kandidaten des L. R. C. wurden vor allem in den Industriebezirken Yorkshires und Lancashires, in Schottland und Süd Wales gewählt, in solchen Gegenden, wo eine starke, gewerkschaftlich gut organisierte Arbeiterbevölkerung vorhanden war[2]).

Die liberale Partei war so klug gewesen, den Kandidaten des L. R. C. bei den Wahlen möglichst wenig entgegenzutreten, sie vielmehr als sozusagen zur Partei gehörig aufzufassen und ihnen daher möglichst aus dem Wege zu gehen. So ist es zu erklären, daß von den 29 siegreichen Kandidaten des L. R. C. nur 5 gegen Liberale zu kämpfen hatten. Das war selbstverständlich für die Arbeiter ein großer Vorteil, denn ihre Erfolge wären sonst viel geringer gewesen, was man schon daraus erkennen kann, daß 13 von den 21 bei den Wahlen durchgefallenen Arbeitern weniger Stimmen als der im gleichen Wahlkreise aufgestellte Liberale erhielten, und daß in allen Fällen mit Ausnahme eines einzigen, wo ein Konservativer durchkam, die Stimmenzahl auf seiten der Liberalen größer war als auf seiten der Arbeiter[3]). Die Liberalen wollten ganz offenbar durch ihr Entgegenkommen die neue Partei ihren Wünschen gefügig machen, wie sie auch später sich immer wieder bemühten, die Arbeiter zu einem Bündnis mit ihrer Partei zu bewegen. Lagen doch die Aufgaben, die dieser zunächst warteten, zum größten Teile auf dem Gebiete der sozialen Reform, und eine Opposition aus den Reihen derjenigen, welchen diese Reformen zugute kommen sollten, wäre den Liberalen sehr unangenehm gewesen.

Es erhob sich nun die Frage für die Parteiführer, welche Taktik die Partei im Parlamente verfolgen sollte. Sollte sie gemäß dem Beschluß der Gründungskonferenz verfahren und rein opportunistisch ihre Stellung verändern, sollte sie besondere Rücksicht auf die Erhaltung der liberalen Regierung nehmen oder sollte

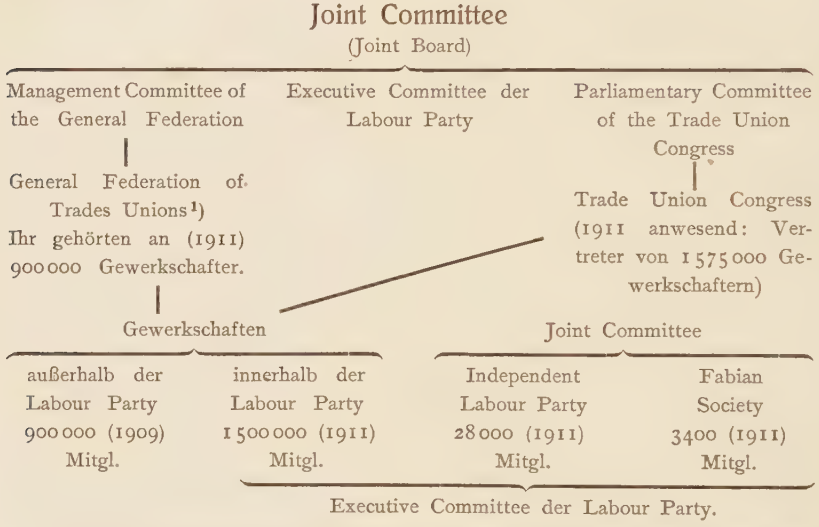
[1]) Vgl. Tabelle 2.

[2]) In Irland haben die Arbeiterparteiler noch keinen Abgeordneten durchgebracht. Sie hoffen dort auf ein zukünftiges Feld der Betätigung, wenn einmal die nationalistische Bewegung in Irland durch Erteilung von Home Rule ihre Erledigung gefunden haben wird.

[3]) Vgl. S. 79 ff. des Berichtes über die Belfaster Konferenz der L. P.

sie das Beispiel der Iren unter Parnell nachahmen, eine intransingente Haltung einnehmen und stets opponieren?

Um die schließliche Entscheidung der Partei zu verstehen, muß man sich immer bewußt bleiben, daß ihre Führer ja durchaus nicht tun können, was sie wollen, sondern von anderen Organisationen, insbesondere vom Gewerkschaftskongreß abhängig sind. (Vergleiche nebenstehendes Schema, wo bereits die Einigung aller Arbeiterabgeordneten in der Labour Party [1909] in Betracht gezogen ist.)



Aus nebenstehendem Schema ist ersichtlich, welcher Zusammenhang zwischen den einzelnen Arbeiterorganisationen in England besteht. Der Ausschuß (Executive Committee) der Labour Party berät sich am Beginn jeden Jahres mit dem parlamentarischen Ausschuß des Gewerkschaftskongresses und dem ausführenden Ausschuß des Gewerkschaftsverbandes über die jeweils zu verfolgende Taktik, über die Bills, die die Partei einbringen, über die Stellung, die sie zu den Vorlagen der anderen Parteien nehmen soll[2]). Diese komplizierten Verhältnisse hat man oft durch Schaffung einer einheitlichen Parteileitung abzuschaffen gesucht, bisher aber ohne Erfolg.

Ausschlaggebend für die Entscheidungen der Partei ist immer die Stellungnahme der Gewerkschaften, die sich nicht

[1]) Der Federation (gegründet 1899) gehören ebenso wie dem Kongreß viele Tausende Gewerkschaften an, die nicht Mitglieder der L. P. sind.

[2]) Das Joint Committee der 3 Vereinigungen tritt sonst selten zusammen. Seine Mitglieder erhalten keinerlei Bezahlung. Diskussionen über prinzipielle Streitfragen werden vermieden.

mit dem Sozialismus zu identifizieren lieben, teilweise sogar sich einigen sozialistischen Ideen viel stärker widersetzen als manche Liberale. Damals einigte man sich mit den 11 Mitgliedern der Liberal Labour Group und den Bergarbeitern dahin, die liberale Regierung zu erhalten, mit allen Mitteln für die Wiederherstellung der alten Gewerkschaftsprivilegien einzutreten und auf eine möglichst weitgehende soziale Gesetzgebung hinzuwirken.

So hat es, wenn wir die weitere Entwicklung betrachten, äußerlich den Anschein, als ob die Arbeiter im großen und ganzen lediglich den Plänen der liberalen Regierung gefolgt wären, da die äußerst zahlreichen sozialen Gesetzesmaßnahmen von teilweise grundlegender Bedeutung meistens von der Regierung selbst ausgingen. Hatte sich doch, wie wir gesehen haben, eine große Veränderung in der Stellungnahme der Liberalen zur sozialen Gesetzgebung vollzogen. Whiggismus und Manchestertum waren nahezu ausgestorben, die Partei, die mit den Erweiterungen des Wahlrechts immer mehr die Partei des Mittelstandes und der Arbeiter geworden war, war in Wirklichkeit »sozial-liberal« geworden. Trotzdem muß man unbedingt zugeben, daß die bloße Existenz der Arbeiterpartei die Regierung vielfach nur zur Ausbringung ihrer Gesetzesvorschläge veranlaßt hat und daß wieder in anderen Fällen die Regierung der Arbeiterpartei nur zuvorzukommen suchte, um eine Bill zu ihrem Erzeugnisse zu stempeln, welche in Wahrheit der Arbeiterpartei angehörte.

Diese war wenigstens in den ersten Jahren ihres Bestehens durchaus nicht nur der »Schwanz der Bourgeoispartei, der den Kopf zum Wackeln bringt«[1]), wie man im Jargon der Marxisten mit Bernstein die liberale Arbeitergruppe der früheren Jahrzehnte nennen könnte, sondern mehr als einmal hat die Arbeiterpartei die Pläne der Regierung direkt bekämpft oder dieselben wenigstens durch ihre Wirksamkeit in den parlamentarischen Debatten in erheblicher Weise umgestaltet.

Dies war besonders bei dem Streikgesetz des Jahres 1906 der Fall, welches den Zustand, wie er vor dem Taff Vale-Entscheid bestand, wiederherstellte, wie überhaupt das erste Jahr der Wirksamkeit der Labour Party (so hieß die offiziell seit ihrem Parteitag in der Memorial Hall zu London im Februar 1906) außerordentlich fruchtbar an Gesetzen war, welche für die ganze Arbeiterschaft von Bedeutung waren. Das Ansehen dieser Arbeiter-

[1]) Vgl. Bernstein, Voraussetzungen des Sozialismus, S. 126.

führer, die mit ganz geringen Ausnahmen Neulinge im Parlament waren und erst einmal alle Mühe verwenden mußten, um sich dem schwerfälligen Geschäftsordnungsapparat des Unterhauses anzupassen, stieg dadurch ganz bedeutend, daß sie mit Fleiß und Begeisterung für ihre Sache eintraten und sich gleich mit Erfolg im Parlamente in Kommissionen betätigten und sich zum Teil den Ruf von hervorragenden Parlamentsrednern erwarben.

Von den ersten Sitzungen des neuen Parlaments an gingen die Arbeiterparteiler mit großem Eifer an ihre Aufgaben heran. Sie drangen auf die Durchsetzung der »Fair Wage«-Klausel[1]) in staatlichen Betrieben und auf die baldige Einführung von Altersrenten und erhielten vom Staatssekretär des Innern das Zugeständnis, daß man von nun ab mehr Arbeiter zu Fabrikinspektoren ernennen würde.

Die Haupterfolge der Partei im Jahre 1906 waren aber das neue Streikgesetz und das Gesetz, welches die Speisung von armen Schulkindern aus öffentlichen Mitteln bewilligte.

Seit der Entscheidung im Taff Vale-Prozeß hatte die ungünstige Rechtslage der Gewerkschaften die Durchführung von größeren Streiks verhindert, da fast regelmäßig eine Schadenersatzklage seitens der Unternehmer angestrengt wurde, der die Gerichtshöfe meistens stattgaben. Man sah ein, daß nur auf dem Wege parlamentarischer Gesetzgebung die Gewerkschaften ihre Immunität wiedererlangen könnten, und so wurde einerseits vom parlamentarischen Komitee der Gewerkschaften, andererseits vom Vorstand des Arbeitervertretungskomitees eine Trade Disputes Bill abgefaßt, welche dann 1903, 1904 und 1905 von der Arbeiterpartei schon eingebracht worden war, aber nie bis zur dritten Lesung gelangte. Die Konservativen hatten natürlich dagegen gestimmt, aber auch unter den Liberalen hatte die Bill viele Feinde; so hatte sich Asquith 1903 in einer Rede im Eighty Club entschieden dagegen ausgesprochen. Vor den Wahlen erklärte aber Sir Henry Campbell-Bannerman, daß die liberale Partei für die Bill eintreten würde, und der Umstand, daß sie die Worte »Trade Disputes Bill« in industriellen Wahlbezirken mit auf ihre Fahnen schrieb, hat ihr sicher zu manchem Siege verholfen.

[1]) Eine Vorläuferin der gesetzlichen Mindestlohnbestimmung. Die Behörden verpflichten sich zur Zahlung von Gewerkschaftslöhnen. Sie verpflichteten sich auch nur an solche Firmen Arbeiten zu vergeben, welche ebenfalls Gewerkschaftslöhne zahlen.

In der Thronrede bei Eröffnung des neuen Parlaments wurde dann auch ein neues Streikgesetz angekündigt. Trotzdem verzichtete die Arbeiterpartei nicht auf ihre eigene Bill, da sie berechtigterweise vermutete, daß die Regierungsvorschläge nicht so weitgehend sein würden wie die, die sie selbst im Sinne hatte. Tatsächlich wurde in der Regierungsvorlage das Recht auf Streikpostenstehen und das korporative Immunitätsrecht, dessen Unternehmerverbände, nicht aber Gewerkschaften sich erfreuten, nicht in der Weise formuliert, daß, wie die Arbeiter das erstrebten, der Zustand vor dem Taff Vale-Entscheid wiederhergestellt und die oben erwähnten Forderungen des Londoner Gewerkschaftskongresses[1]) erfüllt worden wären. Shackleton als Wortführer der Arbeiterpartei erklärte aber, daß die Arbeiterpartei darauf bestehen würde, daß die Gewerkschaften von ihrer Haftbarkeit ganz und gar befreit werden müßten. Dadurch war die Regierung in eine mißliche Lage gebracht, konnte es sich doch vielleicht ereignen, daß ihre Bill nicht durchgehen würde. Eine so frühe Niederlage durfte sie auf keinen Fall riskieren. Asquith versprach daher eine genaue Berücksichtigung des Entwurfes der Arbeiterpartei, der dann auch mit wenig erheblichen Veränderungen zum Gesetz erhoben wurde.

Wir haben die Entstehungsgeschichte des Streikgesetzes deshalb so genau geschildert, weil sie in Wahrheit einen bedeutenden Erfolg der jungen und so kleinen Partei einer so starken Regierung gegenüber bedeutete. Die Stellung der Arbeiterpartei als »third party« im Parlament war damit gesichert, insbesondere aber hatte sie mit einem Schlage das Vertrauen der Arbeiter, vor allem der Gewerkschaften in weitem Maße gewonnen.

Auch das Gesetz zur Verabreichung von Mahlzeiten an bedürftige Schulkinder (Provision of Meals Bill), welches auf Grund einer Private Bill der Arbeiterpartei 1906 erlassen wurde, nachdem sein Geltungsbereich von dem Oberhause auf England und Wales beschränkt worden war, war eine äußerst populäre Maßnahme, welche der jungen Partei viele Freunde einbrachte. 1906 wurden auf Grund des neuen Gesetzes, das ganz und gar der Arbeiterpartei zu verdanken ist, schon 250000 Schulkinder auf öffentliche Kosten gespeist. Die Arbeiterpartei hat aber von Anfang an zu erkennen gegeben, daß sie diese Bill nur als provisorische Maßregel ansähe, wie sie seitdem auf den Parteitagen auch stets erklärt hat, daß sie als Aufgabe des Staates betrachte, die Kinder, denen die Eltern den notwendigen Lebensunterhalt

[1]) Vgl. S. 94.

nicht verschaffen könnten, zu erhalten und auch unentgeltlich zu unterrichten[1]).

Einigermaßen erstaunlich war es, daß die Labour Party, die es nicht für notwendig befunden hatte, ein Programm aufzustellen, und lediglich Mehrheitsbeschlüsse der jährlich stattfindenden Konferenzen, soweit, als es möglich war, zu berücksichtigen hatte, daß diese 30 Männer von teilweise recht verschiedenen Ansichten unter Führung des Sozialisten Keir Hardie zunächst so einmütig zusammenarbeiten konnten. Unter ihnen befanden sich ungefähr ein Dutzend erklärter Sozialisten, während sich andererseits Männer darunter befanden, wie Shackleton, der als Textilarbeiter damals noch gegen die Erhöhung der Altersgrenze für Kinderarbeit war, andere wie Henderson, der sich damals gegen den allgemeinen Achtstundentag erklärte. In der Tat hatte sich auch innerhalb der Partei schon im ersten Jahre des Zusammenwirkens, obgleich äußerlich noch nicht bemerkbar, ein Antagonismus herausgebildet zwischen denen, die im wesentlichen die Politik des alten radikalen Trade-Unionismus fortsetzen wollten, und denen, die weitergehende Einflüsse des Staates ins wirtschaftliche Leben wünschten, den Sozialisten, die zum Teil nicht im Gewerkschaftsleben standen, sondern »intellectuals« (»Akademiker«) waren. Auf dem Parteitage zu Belfast 1907 gerieten diese beiden Gruppen zum ersten Male aneinander. In Belfast wurde nämlich einerseits von dem extremen Flügel der Sozialisten wieder die Aufstellung eines sozialistischen Programms gefordert und von der Konferenz mit überwältigender Mehrheit verworfen »(1021000 Stimmen gegen 76300)«, des weiteren ebenso der Antrag gestellt, als Endziel der Partei »die Erlangung des Rechts auf den vollen Arbeitsertrag durch den Sturz des kapitalistischen Systems der freien Konkurrenz und durch die Errichtung des Kollektiveigentums und der staatlichen Kontrolle über die Verteilung aller Gebrauchsgüter (means of life) anzuerkennen«, wogegen selbst Sozialisten, nämlich Curran, Bruce Glasier und Keir Hardie sprachen, andererseits wurde von der rein gewerkschaftlichen Gruppe aus, von Ben Tillett, der in gewisser Beziehung das enfant terrible auf der Konferenz der Arbeiterpartei gespielt hat, der Antrag gestellt, daß diejenigen der Partei angehörigen Abgeordneten, Wahlkandidaten und Delegierten zur Parteikonferenz, welche nicht gleichzeitig Mitglieder einer Gewerkschaft wären, fortan aus der Partei ausgeschlossen werden sollten. Damit hoffte er, die Partei von ge-

[1]) Vgl. S. 181 f.

wissen Störenfrieden, welche die Partei, wie er meinte, in Mißkredit brächten, zu säubern, andererseits manche Gewerkschaften, die sich bisher wegen dieser Leute von der Partei fernhielten, so besonders die mächtigste von allen, die Miners Federation zum Anschluß zu bringen. Auch dieser Antrag wurde mit 553000 gegen 381000 Stimmen von der Konferenz abgelehnt; immerhin hatte Ben Tillett doch eine beträchtliche Anzahl auf seiner Seite. Auf diese Weise wurde die von zwei Seiten, von den radikalen Sozialisten und von den Gewerkschaftern her drohende Spaltung verhindert, und es blieb bei der alten Zusammensetzung der Partei, deren Mitgliederzahl in diesem Jahre die erste Million überschritten hatte.

Um die Finanzen der Partei zu stärken, machte die Parteileitung auf derselben Konferenz zu Belfast den Vorschlag, den Beitrag für den Wahlfonds von 1 d auf 2 d zu erhöhen. Die Konferenz bewilligte dies einstimmig.

Im Parlament wurde während der ganzen Session von 1907 kein Gesetz von besonderer Bedeutung für die Arbeiterklasse verabschiedet, da die liberale Partei vor allem mit dem neuen Schankgesetz beschäftigt war, dafür brachten die folgenden Jahre eine Hochflut sozialer Gesetzgebung, von der wir bereits eingangs gesprochen haben.

Es ist hier nicht unsere Aufgabe, die Enstehungsgeschichte, noch auch die Bedeutung jedes einzelnen dieser Gesetze für die britische Arbeiterwelt zu erörtern. Uns interessiert vor allem der Anteil, den die Labour Party an dem Zustandekommen dieser Gesetze gehabt hat. Die Gesetzesanträge gingen fast durchweg von der liberalen Partei aus, wenn auch die Stellungnahme der Arbeiterpartei für die Regierungsvorschläge stets von großer Bedeutung, in manchen Fällen sogar direkt entscheidend war. Bei dem Altersrentengesetz von 1908, welches schon seit einer langen Reihe von Jahren auf dem Tapet war und hauptsächlich wegen des Drängens der Arbeiterpartei schon 1909 Gesetz ward, handelte es sich um eine Maßnahme von großer sozialpolitischer und fiskalischer Bedeutung. In demselben Jahre wurde auch der Labour Exchanges Act erlassen, durch welchen Arbeitsnachweisämter im ganzen Lande geschaffen, die Organisation des Arbeitsmarktes durchgeführt und so die große Versicherungsgesetzgebung, welche in dem Insurance Act von 1911 ihren vorläufigen Abschluß fand, vorbereitet wurde. Die Wünsche der Arbeiterpartei gingen in vielen Punkten weiter als die Lloyd Georges und der liberalen

Partei, auch gab es besonders unter den Gewerkschaftlern einige, die mit großer Heftigkeit sich gegen das Prinzip der staatlichen Zwangsversicherung wehrten[1]). Die Mehrzahl der Arbeiterabgeordneten stand auf dem Standpunkt, daß die Lasten der Versicherung allein vom Staat und den Unternehmern zu tragen seien. Auch sonst wandte man sich gegen einzelne Teile des Entwurfes von Lloyd George, indes sah man ein, daß im Zeitraum von 2 bis 3 Jahren eine solche schwierige Materie nicht zu allseitiger Zufriedenheit erledigt werden könnte, daß hier die liberale Partei allein durch Inangriffnahme des Problems eine soziale Tat von allergrößter Bedeutung ins Werk gesetzt hatte, und daß die Lasten, die hier in erster Linie der Staat zugunsten der Arbeiter auf sich genommen hatte, unstreitig sehr große waren.

Da nun die Durchführung der neuen Versicherungsordnung in den ersten Jahren dem Staate weitere 520 Millionen Mark pro Jahr kostet, ist man, solange die freihändlerischen Liberalen am Ruder sind, in erster Linie darauf angewiesen, die Steuern auf den Besitz, besonders auf den Grundbesitz und auf das Einkommen, besonders das Renteneinkommen, weiter zu erhöhen, wie das schon Lloyd George in dem oft mit einem gewissen Recht »sozialistisch« genannten Budget für 1909/10 getan hatte, als die Auszahlung der Altersrenten, die ja ganz und gar allein vom Staate getragen wurden, im ersten Jahre ein starkes Defizit brachte.

Eine weitere soziale Maßnahme der liberalen Regierung von eminenter prinzipieller Bedeutung war die Errichtung von Lohnämtern für einige sogenannte »Schwitzindustrien« durch die Trade Boards Bill von 1909.

[1]) Eigentümlicherweise wurden auch besonders viele Worte gegen das „langweilige Markenkleben" verschwendet. — Die Versicherungsordnung führt eine Zwangsversicherung gegen Krankheit und Invalidität durch, deren Kreis weiter gezogen ist als in Deutschland (ca. 14 Mill. und ca. 1 Mill. sich freiwillig Versichernder). Es tragen pro Woche bei: Arbeiterinnen 3 d, Arbeiter 4 d, Unternehmer 3 d für jeden Arbeiter; der Staat: 2 d pro Arbeiter. Verdient der Arbeiter weniger als 2 sh 6 d, so vermindert sich sein Beitrag, der Betrag des Unternehmers steigert sich. Besonders erwähnenswert ist die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit im Maschinenbau-, Schiffbau- und Baugewerbe, hier trägt der Arbeiter 2½ d, der Unternehmer 2½ d, der Staat 1¾ d pro Woche bei. Die Unterstützung beträgt 7 sh pro Kopf, wird aber im Falle eines Streikes oder einer Aussperrung nicht ausgezahlt. Die Arbeitslosenversicherung begreift ca. 4 Mill. Arbeiter ein, sämtliche Arbeiter und Hilfsarbeiter des Baugewerbes, des Schiffsbaugewerbes, des Hoch- und Tiefbaugewerbes, der Metallgewerbe und der Holzbearbeitungsgewerbe. — Gewerkschaften und private Versicherungsgesellschaften sind in die staatliche Versicherung eingegliedert worden.

War der Anteil der Arbeiterpartei an den vorher erwähnten Gesetzen kein besonders hervorragender, so ist das Zustandekommen des Trades Boards Act in erster Linie den energischen Bemühungen einiger ihrer Mitglieder zu verdanken. Es handelt sich hier um die erste gesetzliche Festlegung einer der fundamentalen Forderungen, worüber die große Mehrzahl der Mitglieder der Arbeiterpartei sich einig sind, um das Prinzip des Minimallohnes, welcher jedem Arbeiter ein gewisses »standard of life« garantieren soll[1]). Dieses alte Gewerkschaftsprinzip war in neuester Zeit in weitgehendster Weise im »Lande der sozialen Wunder«, in Neu-Seeland und in Australien, durchgeführt worden. Das australische Beispiel, mit dem einige Mitglieder der Arbeiterpartei durch Reisen in jene Länder sich selbst eingehend bekannt machten, hat mit dazu beigetragen, daß das Prinzip der »minimum-wage«, welches für jeden erwachsenen gesunden Arbeiter im Vereinigten Königreiche nach den Konferenzbeschlüssen der Arbeiterpartei mindestens 30 sh betragen soll[2]), seit 1910 bei der öffentlichen Agitation der Partei im Vordergrunde steht. Die Partei hat dadurch, obgleich das nicht in ihrer Absicht lag, da viele ihre Mitglieder den Streik für eine ganz antiquierte Kampfmethode halten, auch mit Anlaß zu den großen Streiks der Jahre 1911 und 1912 gegeben; war doch auf Hunderten von Versammlungen gerade im Frühjahr 1911 das Prinzip der minimum wage verkündet worden, welches in den Jahren des Rückgangs der Reallöhne[3]) zum zündenden Schlagworte gerade in den schlechtbezahlten unteren Schichten der Arbeiter, besonders bei den Hafenarbeitern und Transportarbeitern werden mußte. Vor Ausbruch des Kohlenarbeiterstreikes brachte die Partei auch zum ersten Male eine Bill zur Festsetzung des allgemeinen Mindestlohnes im Parlament ein, natürlicherweise erfolglos; einen Monat später aber sah sich das Parlament genötigt, diese Bill in gewissem Umfange zum

[1]) Vgl. S. 155 ff.

[2]) Vgl. aber S. 159 f.

[3]) Nach den Berichten des Board of Trade betrugen die Indexziffern für

	Nahrung und Getränke	Löhne
1900:	100,0	100,0
1906:	100,5	98,4
1907:	105,1	101,7
1908:	106,6	101,2
1909:	108,7	99,9
1910:	109,0	100,2
1911:	111,6	100,3

Gesetz zu erheben, da die Folgen des Kohlenarbeiterstreikes das wirtschaftliche Leben Englands in der empfindlichsten Weise bedrohten. Auf die Bedeutung dieses Gesetzes und die weiteren Pläne der Arbeiterpartei zur Durchführung des gesetzlichen Mindestlohnes werden wir an anderer Stelle eingehen. Auf die Rolle, welche die Arbeiterpartei bei den großen Arbeitseinstellungen des Jahres 1911/12 spielte, kommen wir auch noch einmal zurück.

Das eigentliche Arbeitsgebiet der Labour Party, bei dem sie sich nur selten in Übereinstimmung mit den Plänen der liberalen Regierung, oft dagegen in heftiger Opposition zu ihr befand, war die Arbeitslosenfrage, die sogar zu Zwistigkeiten innerhalb der Partei selbst führte.

Die in Jahren schlechten Geschäftsgangs zu besonders großen Scharen anschwellende industrielle Reservearmee, die schlechtbezahlten, die unterbeschäftigten, die Gelegenheitsarbeiter bilden recht eigentlich den fünften Stand in unserer Zeit, der von der Gesellschaft noch mehr oder weniger achtlos behandelt wird. Andererseits bergen die beschäftigungslosen und hungernden Scharen unversicherter Arbeitswilliger, zu denen unterbezahlte Arbeiter und ein aus den verschiedensten Elementen sich zusammensetzendes Lumpenpack sich gesellen, einen revolutionären Zündstoff, der, wie die Chartistenbewegung und die Ereignisse der 80er Jahre in London gezeigt haben, der Gesellschaft leicht Gefahr bringen kann. In den Jahren 1908—1909 war die Zahl der Arbeitslosen wieder einmal besonders groß. Sie betrug z. B. nach der »Labour-Gazette« im Oktober 1908 9,50%[1]) der zu dieser Statistik beitragenden Gewerkschaften. Nun hatte das konservative Arbeitslosengesetz von 1905 keinen wesentlichen Fortschritt gebracht. Die von den Konservativen weiterhin zur Lösung der Arbeitslosenfrage empfohlene Schutzzollpolitik wurde von der Labour Party, wie wir hörten, bis jetzt stets als ungeeignetes Mittel zurückgewiesen, da ja auch protektionistische Länder nicht weniger Arbeitslose aufwiesen; die Partei suchte von Beginn ihrer Wirksamkeit an nach anderen Mitteln, um hier in grundlegender Weise Abhilfe zu schaffen. Sie war in den Kommissionen zur Untersuchung der Arbeitslosenfrage stets eifrig tätig, stellte eigene Untersuchungen an und hielt Spezialkonferenzen über die Arbeitslosenfrage ab. Auf einer solchen Konferenz zu Hull (1908) wurde der von Mac-

[1]) Die Arbeitslosigkeit nahm von da ab ganz langsam ab, betrug aber im September 1909 noch 7,4 %.

donald ausgearbeitete Plan eines Arbeitslosengesetzes gut geheißen, welches im wesentlichen mit den Vorschlägen der Webbs sich deckt, mehrere Klassen von Arbeitslosen unterscheidet und dementsprechend verschiedene Methoden ihnen zu helfen anempfiehlt. Nach der Überwindung des Widerstandes einer großen Anzahl ihrer Mitglieder bekannte sich die Arbeitspartei zu dem von ihr allerdings nicht als Naturrecht des Individuums aufgefaßten »Recht auf Arbeit«[1]) und brachte im Unterhause zuerst 1908 Gesetzesanträge ein, in welchen für die Arbeitslosen vom Staate »work or maintenance« verlangt wurde, dem Staate also die Verpflichtung auferlegt wurde, den Arbeitslosen Arbeit zu den üblichen Löhnen zu besorgen oder sie aus Staatsmitteln zu unterhalten. Bei den Abstimmungen zeigten sich immerhin wenig Anhänger für diese weitgehende Forderung, ja es stellte sich heraus, daß einige Arbeiterparteiler bei der Abstimmung im entgegengesetzten Lager sich befanden und eine größere Anzahl sich der Abstimmung enthielt. Tatsächlich wurde die Bill wenigstens in der ersten Fassung nur einigen extremen Mitgliedern zuliebe, die auf die Anerkennung des Rechts auf Arbeit unter allen Umständen hin arbeiten wollten, im Auftrage der Partei eingebracht, um diese Mitglieder in der Partei zu halten.

Im Jahre 1913 hat dann die Partei die Bill von 1908 und 1910 einer durchgreifenden Revision unterzogen. Die neue Fassung, deren Inhalt weiter unten besprochen werden wird[2]), schließt sich in den wichtigsten Punkten dem Minderheitsbericht der Armengesetzkommission, der unter anderen von George Lansbury und Frau Beatrice Webb herrührt, an. Da die Arbeiterpartei in der Arbeitslosenfrage nicht so schnell, wie es manchem lieb gewesen wäre, Positives erreichte, gab es immer Stimmen, welche behaupteten, daß sie zu wenig eifrig und nachdrücklich auf ihre Ziele hinarbeitete. Dies gab sogar Anlaß zu einer der wenigen Szenen, die das englische Parlament seit Parnells Zeiten gesehen hat. Es war im Sommer 1908, kurz vor dem Ende der Session; da erhob sich nach Beschluß einer Debatte, in deren Verlauf die Labour Party gegen den Besuch König Eduards VII. in Reval protestiert hatte, unter Bruch der Geschäftsordnung und Nichtbeachtung der Autorität des Speakers und des damaligen Vorsitzenden der Arbeiterpartei Henderson, der Sozialist Grayson, um gegen die Untätigkeit des Parlaments in der Arbeitslosenfrage zu protestieren.

[1]) Vgl. S. 138 u. 174.

[2]) Vgl. S. 174 ff.

Das ganze Jahr habe es sich mit dem Gesetz über Schankwirtschaften beschäftigt und sich nichts daraus gemacht, daß inzwischen, wie er sich ausdrückte, »Tausende wegen der frivolen Gleichgültigkeit des Parlaments Hungertodes stürben«. Dieser Zwischenfall führte zur sofortigen Ausschließung Graysons aus der Partei, hatte aber weitere Folgen[1]).

Es handelte sich bei Grayson um den jüngsten der Arbeiterabgeordneten, einen erst 27 Jahre alten, begabten, äußerst temperamentvollen und ehrgeizigen jungen Menschen, der sich darin gefiel, in theatralischer Weise aufzutreten und sich als strenger, unentwegter Sozialist seinen Parteigenossen gegenüber, die seiner Meinung nach fast alle unwürdige Arbeitervertreter waren, aufzuspielen. Er wirkte nicht so sehr als Störenfried in der ganzen Partei, als besonders in dem engen Verbande, dem er zugehörte, der I. L. P., in der er geradezu eine Krise heraufbeschwor, die mit dem Rücktritt Hardies, Macdonalds und Bruce Glasiers von der Parteileitung auf der Konferenz der I. L. P. zu Edinborough 1909 endigte. Graysons Erscheinung ist in der Tat zu charakteristisch für das englische Parteileben überhaupt, wie besonders für das politische Leben der Arbeiterklasse Englands, um hier nicht wenigstens kurz skizziert zu werden.

Grayson hatte eine sehr wechselvolle Vergangenheit; er bereitete sich auf verschiedene Berufe vor, wozu u. a. der eines Predigers bei den Unitariern gehörte, wurde aber schließlich Politiker, da er dafür am meisten Interesse zeigte und in sehr populärer Weise zu reden verstand, so daß er bald ein großes Ansehen als Redner erlangte. Als er sich gelegentlich einer Nachwahl als Kandidat zu Colne Valley aufstellen ließ, versäumte er es, die »pledge« der Labour Party zu unterschreiben und wurde als »unabhängiger Sozialist« gewählt. Durch seinen Protest und seine Ausschließung aus der Labour Party, der er sich im Parlament beigesellt hatte, wurde er sofort in weiten Kreisen der Arbeiter bekannt, und er versäumte nicht, seinen Standpunkt in zahlreichen Ansprachen in allen Gegenden des Landes vorzutragen. Die Zahl seiner Anhänger wuchs mehr und mehr, und eine ernstliche Spaltung innerhalb der Arbeiterpartei wäre unvermeidlich eingetreten, hätte nicht die ganze Sache bald ein beinahe humoristisches Ende gefunden. Man erwartete eine heftige Auseinander-

[1]) Vgl. Hansard vol. 194, S. 495—497 und 631—634; ferner vol. 198, S. 1876, 2153; vgl. auch Protokoll der Edinburgher Konferenz der I. L. P. (1909), S. 75 ff.

setzung auf der Parteikonferenz zu Portsmouth 1909 und war auf scharfe Angriffe seitens Graysons und seiner Anhänger vorbereitet. Dieser erschien aber nicht auf der Spezialkonferenz zur Beratung der Arbeitslosenfrage und kam zu den Hauptversammlungen erst, als es zu spät war. Seine Anhänger waren infolgedessen sehr kleinlaut, auch sein eigenes Auftreten auf der Konferenz der I. L. P. zu Edinbourgh in demselben Jahre war nunmehr recht zahm, und die Parteileiter traten nur deshalb zurück, trotz des Vertrauensvotums der Versammlung, um durch ihre ernste Auffassung der Sache die Entwicklung der Partei vor ähnlichen störenden Zwischenfällen zu bewahren. Grayson hatte sich blamiert und war bei den Wahlen von 1910 »bottom of the poll« in demselben Wahlkreis, der ihn drei Jahre vorher mit so viel Enthusiasmus »head of the poll« gewählt hatte.

Der Fall Grayson ist ein typisches Beispiel für jene revolutionäre Unterströmung, die in der Arbeiterbewegung jedes Landes vorhanden ist und je nach dem ökonomischen und politischen Drucke der herrschenden Klassen auf die arbeitende Bevölkerung stärker oder schwächer ist. Schon die Chartistenbewegung hatte, wie wir sahen, die »physical force men« neben den »moral force men«; im parlamentarisch regierten England ist diese revolutionäre Strömung naturgemäß schwach und mehr oder weniger von ehrgeizigen outsiders getragen, wie Grayson, Ben Tillett, Tom Mann und Lansbury, dem wir später noch begegnen werden; Grayson, wie auch später Lansbury verfochten die Taktik, die die Mehrheit der Labour Party verschmähte, ein großer Teil der Mitglieder der I. L. P. aber für richtig hielt und die Parnells Taktik als Leiter der Iren gewesen war: Obstruktion im Parlament, keine Rücksichtnahme auf die Regierung, sondern Bekämpfung aller ihrer Vorlagen, solange sie nicht auf die Wünsche der Parteileitung eingehe[1]). Macdonald und die anderen Führer der Labour Party glaubten aber auf dem Wege der Zusammenarbeit mit den Liberalen mit möglichster Wahrung des eigenen Standpunktes mehr zu erreichen.

Grayson trat später Robert Blatchford näher, den wir als Verfasser von »Merrie England« kennen lernten[2]), einen der ge-

---

[1]) Für die Taktik des „on merits" Stimmens tritt besonders die I. L. P. ein. Die „Bradforder Resolution" taucht immer wieder auf ihren Parteitagen auf; vgl. aber Protokoll der Manchesterkonferenz der I. L. P. (1913), S. 80 ff.

[2]) Vgl. S. 66.

lesensten Publizisten Englands, dem Herausgeber des »Clarion«[1]), der durch seine populäre Schreibweise und seinen unentwegten Hinweis auf die deutsche Gefahr in jenen Jahren eine große Anhängerschaft hatte. Die Gegnerschaft Deutschlands und das Eintreten für eine starke Vermehrung der Flotte wurde neben dem sozialistischen Bekenntnis zum hauptsächlichen Verbindungspunkt mit Hyndman, der im Jahre 1911 mit den Anhängern Graysons und Blatchfords die British Socialist Party (B. S. P.) gründete, deren Programm im wesentlichen mit dem der früheren sozialdemokratischen Föderation, die auch den Grundstock zu der neuen Partei bildet, identisch ist. Es gibt Männer, die in ihr die zukünftige Arbeiterpartei Englands erblicken wollten[2]). Indes kann davon gar keine Rede sein. Die B. S. P. ist nichts anderes, als ihre Vorgänger die S. D. P. und die S. D. F. waren, eine mehr oder weniger einflußlose und wenig zahlreiche politische Sekte. Nur auf der Basis machtvoller politischer Organisationen und lebhafter Mitarbeit im Parlament können aber die Arbeiter ihren Zielen näher kommen. Das Aufkommen syndikalistischer Ideen und eine ungewöhnliche Aktionslust auf seiten einiger Arbeiterführer und der großen Masse der Arbeiter lassen immerhin eine Modifikation in der Taktik der Labour Party bzw. eine neue Richtungnahme der politischen Arbeiterbewegung in England in Zukunft denkbar erscheinen.

Jedenfalls hatte der Fall Grayson zunächst zwar sehr störend, im ganzen jedenfalls klärend gewirkt, und das nicht allein in den Reihen der Arbeiterpartei selbst, sondern auch in der breiten Masse der Öffentlichkeit, die seit einem Jahre über die verschiedenen Absichten der Labour Party sehr beunruhigt worden war.

Angefangen hatte die Sache im Juli 1907 mit dem Wahlsiege des erklärten Sozialisten Pete Curran in Jarrow, einem industriellen und traditonell liberalen Wahlkreise, dann folgte Graysons Sieg in Colne Valley noch in demselben Juli, und dann war das Unerwartete eingetreten: die sozialistische Resolution der Parteikonferenz zu Hull 1908, die folgenden Wortlaut hatte: »Die Konferenz ist der Meinung, daß die Zeit gekommen ist, wo die Arbeiterpartei als ihr Endziel anerkennen sollte: die

[1]) Der „Clarion" war vor kurzem noch die meistgelesenste Arbeiterzeitung. Ihre Auflage wurde auf zeitweilig 90 000 angegeben, hat sich aber vermindert, seit Blatchford, ihr Herausgeber, die Hetzartikel gegen Deutschland in der „Daily Mail" schrieb.

[2]) Vgl. Humphrey, l. c. S. 185.

Vergesellschaftung der Mittel der Produktion, der Verteilung und des Tausches und ihre Verwendung in einem demokratischen Staate zum Nutzen der Gesamtheit; ferner die vollständige Befreiung der Arbeiter von der Herrschaft der Kapitalisten und Landlords und die Durchführung der sozialen und wirtschaftlichen Gleichstellung beider Geschlechter«. Obgleich nur eine sehr schwache Mehrheit (514000 gegen 469000 Stimmen) der Resolution zum Siege verholfen hatte und obgleich, wie mir von einem Zeugen versichert wurde, und aus dem Protokoll ersichtlich ist, nur ganz kurz darüber debattiert und in aller Hast abgestimmt wurde[1]), weil man sich am Schluß der Verhandlungen befand, und Langeweile und Reisefieber bereits ihre Wirkung ausübten, so legte doch die öffentliche Meinung auf dieses ungeschminkte Bekenntnis der Mehrheit der Partei zum Sozialismus das größte Gewicht. Die konservative Presse besonders benutzte diese Tatsache, um die Liberalen bei den Wahlen zu diskreditieren und die liberale Partei des Bündnisses mit den »Umstürzlern« zu zeihen. Man begann auch schon von der kommenden, unausbleiblichen Revolution zu sprechen.

Damals veröffentlichte die »Times« eine größere Serie von Artikeln, in welchen sie auf die große Verbreitung sozialistischer Ideen und die große Zahl der in England bestehenden sozialistischen Gesellschaften hinwies.

Unzweifelhaft handelte es sich damals um einen Höhepunkt in der sozialistischen Bewegung. Die Weiterverbreitung sozialistischer Ideen gerade in diesem Zeitpunkte hängt zusammen mit der schlechten wirtschaftlichen Konjunktur, die die Arbeiter immer derartigen Ideen geneigter macht, und mit den großen Erfolgen der L. P. in den beiden ersten Jahren ihres Bestehens, die sie ihre Ziele zu weit zu stecken verleitete. Sicherlich hat die Ausbreitung des Sozialismus in Verbindung mit dem »sozialistischen« Budget von Lloyd George, seinen Schankgesetzen und sonstigen Reformen einerseits, die zunehmende Spannung zwischen Deutschland und England andererseits mit dazu beigetragen, die große Mehrheit, die die Liberalen von 1906 gehabt hatten, bei den Wahlen im Januar 1910 gewaltig herabzudrücken, um sie schließlich bei den letzten Wahlen im Dezember 1910 zu beseitigen und die Zahl der Liberalen auf gleiche Höhe mit der der Konservativen zu bringen.

[1]) Vgl. Protokoll der Huller Konferenz S. 76.

Alle diese Umstände sind auch für die Arbeiterpartei bei den letzten Wahlen von Nachteil gewesen. Nachdem auf der Parteikonferenz zu Portmouth 1909 die mächtige Föderation der Bergarbeiter und damit die letzte noch außenstehende große Gewerkschaft sich der Arbeiterpartei angeschlossen hatte, und das schottische Arbeitervertretungskomitee im gleichen Jahre eingegliedert worden war[1]), waren die organisierten Arbeiter im Januar 1910 zum ersten Male geeint in den Wahlkampf gezogen. Sie siegten in 40 Wahlbezirken und hatten einen Zuwachs von 183000 Stimmen, während sie bei den Wahlen im folgenden Dezember 42 Abgeordnete durchbrachten, die Zahl der für sie abgegebenen Stimmen aber gleichzeitig um 135000 wieder abnahm. Im Parlament von 1908 hatten, wie bereits erwähnt, 54 Arbeiter gesessen, unter ihnen 14 Bergarbeiter und 11 Mitglieder der »Liberal Labour« Gruppe.

Durch den Beitritt der Bergarbeiter hat sich die Arbeiterpartei den Liberalen noch mehr angenähert, da die Mehrzahl der Bergarbeiter, besonders ihre älteren Führer, traditionell stark zum Liberalismus alter Schule neigten, während andererseits allerdings ihre jüngeren Führer[2]), besonders einige Südwalliser, radikale Sozialisten mit starker Neigung zum Syndikalismus sind. Von den Bergarbeitern traten Burt und Fenwick der Arbeiterpartei nicht bei. Sie schlossen sich ganz der liberalen Partei an. Die anderen 42 (jetzt 40) marschieren nun geeint unter der Fahne der »Labour Party«.

Eine gewisse Entfremdung zwischen der liberalen Partei und den Arbeiterparteilern trat dadurch ein, daß Asquith seine während des Kampfes gegen das Oberhaus gegebene Zusage, er werde sich für vollständige Abschaffung der ersten Kammer verwenden, nach den Wahlen, die unter der Parole »down with the lords« ausgefochten wurden, nicht einlöste, sondern nur eine Reformierung der ersten Kammer für dringend notwendig erklärte. Immerhin führte dies nur zu kleinen Scharmützeln im Parlament. Die Spannung zwischen der Arbeiterpartei und den Liberalen wurde aber größer durch die in demselben Jahre 1910 erfolgende endgültige Entscheidung im Osborneprozeß die für den weiteren Verlauf der Arbeiterbewegung in England von der einschneidendsten Wirkung sein sollte.

Durch das Osborneurteil wurde den Gewerkschaften das Recht abgesprochen, für politische Zwecke allgemeine,

[1]) Die Arbeiterinnenliga („Womens Labour League, W. L. L.") trat 1908 bei.

[2]) Von ihnen sei besonders der tüchtige Vernon Hartshorn erwähnt.

Beiträge von ihren Mitgliedern zwangsweise zu erheben. Es wurde also entschieden, daß der Beschluß der Konferenz zu Newcastle, welcher die Gewerkschaften, die der Arbeiterpartei angehörten, verpflichtete, von jedem ihrer Mitglieder jährlich 1 d. (seit Belfast 2 d.) zur Bestreitung der Wahlkosten und des Unterhalts der Abgeordneten der Partei zu erheben, gesetzwidrig sei. Ein Gepäckträger, namens Osborne, hatte sich geweigert, diesen Betrag der Vereinigten Gesellschaft der Eisenbahnarbeiter, der er angehörte, zu zahlen und dann auch diese Gewerkschaft verklagt, als sie ihm den Ausschluß androhte. Der Prozeß begann im Jahre 1908, und die erste Instanz gab Osborne Recht und erklärte, daß die Erhebung von Beiträgen zu politischen Zwecken die Befugnisse der Gewerkschaften überschreite. Das Urteil wurde in der folgenden Instanz wieder aufgehoben, die Lords hingegen als oberster Gerichtshof bestätigten das Urteil des ersten Richters. Aufgabe der Gewerkschaften sei gemäß den Gesetzen von 1871 und 1876 lediglich die Regelung der Arbeitsbedingungen. Aus diesem Grunde schlössen sich ja die Arbeiter zu Gewerkschaften zusammen. Unvereinbar mit der politischen Freiheit jedes Individuums sei es, daß von ihm Beiträge für eine Partei, der er womöglich selbst nicht angehörte, erhoben würden. Insonderheit für eine Partei, deren Mitglieder, wie die der Labour Party, sich dem Beschlusse des Parteivorstandes bei jeder Abstimmung unterwerfen müßten. Erhebung von Beiträgen zu politischen Zwecken sei deshalb ultra vires der Gewerkschaften.

Diese Entscheidung rief in den Kreisen der Gewerkschaften natürlicherweise eine gewaltige Erregung hervor. Wie wir sahen, hatten schon Anfang der siebziger Jahre die Gewerkschaften Beiträge zu politischen Zwecken erhoben, und die Trade Union-Kongresse der siebziger und achtziger Jahre hatten des öfteren über die Höhe eines zu erhebenden gemeinsamen Satzes beraten. Die Arbeiter, welche nicht aus privaten Mitteln die großen Kosten der Wahlen bezahlen konnten, konnten ja nur auf diese Art und Weise sich den notwendigen finanziellen Rückhalt für den politischen Kampf verschaffen. Wieder sahen sich die Gewerkschaften in ihren Rechten beeinträchtigt, und wie schon in den kritischen Zeiten von 1824/25, von 1867 bis 1871, von 1901 bis 1906, so mußten sie wieder alles aufbieten, um auf gesetzmäßigem Wege durch das Parlament die Aufhebung des neuen Prinzipes durchzusetzen. Andererseits gab es allerdings in jeder Gewerkschaft eine Minderheit, in manchen sogar eine Mehrheit, die wie Osborne

die politische Tätigkeit der Gewerkschaften verurteilten, die sozialistischen Tendenzen der Labour Party nicht billigten und zu den Methoden des alten Trade Unionismus zurückkehren wollten[1]).

Die Arbeiterpartei erkannte sofort, daß die ganze Entscheidung ihre Spitze allein gegen sie richtete. In kurzer Zeit wurden 22 Gewerkschaften verklagt, so daß zunächst immer weniger Beiträge für den parlamentarischen Fonds einkamen. Die Partei war ernstlich in ihrer Existenz bedroht. Man entschloß sich daher auf der Parteikonferenz zu Leicester 1911 die »pledge« abzuschaffen, d. h. die von jedem der Parteikandidaten abzugebende Verpflichtung, bei jeder Abstimmung im Sinne des Parteivorstandes zu stimmen und sich auch sonst durchweg nach dessen Vorschriften zu richten. Dadurch wurde der eine der beiden gesetzwidrigen Tatbestände, auf welche sich das Urteil der Lords stützte, beseitigt. Ferner brachte das Jahr 1911 noch die Diätenbewilligung an alle Abgeordneten des Unterhauses, so daß die Arbeiterpartei nur noch Geld zur Bestreitung der Wahlkosten benötigte. Die dazu nötigen Mittel erhielt sie zunächst durch die ihr zuströmenden freiwilligen Beiträge aus dem Kreise der Gewerkschaften.

Die Partei machte aber wiederholt Anstrengungen, die völlige Aufhebung des Osborne-Urteils zu erwirken. Die Liberalen kamen ihnen schließlich einen großen Schritt entgegen und brachten im Jahre 1913 eine Bill durch, welche die Gewerkschaftsgesetzgebung zu einem vorläufigen Abschlusse brachte. In dem neuen Trade Union Act von 1913 wurden dann zunächst die Aufgaben einer Gewerkschaft im Anschluß an den Wortlaut der Gesetzgebung von 1871 bis 1876 von neuem definiert. Außer den so festgesetzten »statutory objects« steht den Gewerkschaften nun frei, auch andere Aufgaben in ihre Statuten aufzunehmen, vorausgesetzt, daß dies in ordnungsgemäßer Weise geschieht. So darf eine Gewerkschaft zum Beispiel ein Gewerbe betreiben oder eine Zeitung herausgeben. Die politische Bestätigung ist aber den Gewerkschaften nur dann gestattet, wenn 1. in einer geheimen Abstimmung die Majorität der Mitglieder sich dafür erklärt, und außerdem jedem einzelnen, der nicht damit einverstanden ist, insbesondere keine Beiträge zu politischen Zwecken zahlen will, diese Freiheit sich auszuschließen garantiert bleibt und ihm auch dann kein Recht entzogen werden darf, dessen sich die beitragzahlenden Mitglieder erfreuen; 2. die für politische Zwecke gesammelten Gelder einem besonderen Fonds überwiesen

[1]) Vgl. V. W. Osborne Sane Trade Unionism 1913.

werden, der in keiner Weise mit der Verwaltung der übrigen Mittel der Gewerkschaften verquickt werden darf. Es bleibt nun abzuwarten, wie die Abstimmungen bei den einzelnen Gewerkschaften ausfallen werden.

Auf jeden Fall wurde durch den Osborne Entscheid die Stellung der Labour Party geschwächt. Dazu kam noch die relative Untätigkeit der Partei im Parlament in den letzten Jahren und ihr schiefes Verhältnis zur liberalen Partei, der sie durch Stimmenzersplitterung bei Nachwahlen einige Sitze im Parlament abwendig machte, aber sich nicht selbst, sondern den Konservativen zuschanzte, der sie andererseits nicht offen den Krieg erklären konnte, weil sie damit das Ende der liberalen Regierung und ein neues konservatives Regiment heraufbeschworen hätte. Dies alles trug dazu bei, daß das Verhältnis zwischen der Parteileitung und der großen Masse der Arbeiter, dem »rank and file« immer schlechter wurde.

Das erste Symptom dafür war die Zunahme der Streiks seit dem Jahre 1910. Der Osborne-Entscheid lenkte wieder von neuem das Augenmerk auf diese alten Kampfmittel der Gewerkschaften. Schon 1907 hatte ein großer Eisenbahnerstreik stattgefunden, der mit der Einsetzung von Einigungsämtern seitens der Regierung geendet hatte. 1910 streikten die Bergarbeiter in Süd-Wales, einige Eisenbahnarbeiter, Textilarbeiter und die Kettenarbeiterinnen von Cradley Heath. 1911 setzte ein richtiges »Streikfieber« ein, unterstützt durch die Agitation der Arbeiterpartei für die gesetzliche Festsetzung von Mindestlöhnen. Der große Dockarbeiterstreik, der am 14. Juni 1911 ausbrach, führte den Streik einzelner Klassen von Transportarbeitern und schließlich den großen Eisenbahnerstreik im August[1]) herbei, bei dem man sogar das in England zuletzt in Betracht kommende Mittel anwandte und das Militär zur Beruhigung der Streikenden benutzte.

Kaum war es den Bemühungen der Regierung, in erster Linie des Sir G. Askwith vom Handelsministerium, gelungen, dieser Streiks Herr zu werden, als die Bergarbeiter mit dem Generalstreik ihres Gewerbes drohten und nach längerem Zögern und vergeblichen Verhandlungen mit den Arbeitgebern und der Regierung denselben im März 1912 durchführten. Dieser gewaltige Streik hätte die gesamte englische Industrie lahmlegen

[1]) Eine ausführliche Schilderung des Verlaufes des Eisenbahnerstreikes im August 1911 gibt Ch. Leubuscher in dem oben zitierten Werke.

können, wenn nicht die Kassen der Gewerkschaften beizeiten erschöpft gewesen wären. Daneben waren es wieder die unermüdlichen Anstrengungen der Regierung, welche eine Katastrophe verhinderten. Das Resultat des Kohlenarbeiterstreiks, dem im Sommer 1912 noch ein schlecht vorbereiteter und ergebnisloser Transportarbeiterstreik folgte, war die Mindestlohnbill für Kohlenarbeiter[1]). Die Labour Party, die im allgemeinen in der Stellungnahme gegenüber diesen Streiks vom Standpunkt der Regierung nicht wesentlich abwich, vermochte nicht, den Wünschen der Bergarbeiter entsprechend, die Einsetzung bestimmter Mindestpreise für bestimmte Lohnarbeit ins Gesetz durchzusetzen, sondern drückte nur das von der Mehrheit der Liberalen bisher verurteilte Prinzip des Mindestlohns durch.

Die Zukunft wird nun zeigen, ob diese durch die neue Gesetzgebung geschaffenen Lohnämter sich als praktische Institutionen erweisen und insbesondere die Wünsche der Arbeiter befriedigen. Wenn dies der Fall wäre, so wird sich wohl das Arbeitsrecht in England in der von der Labour Party befürworteten Form weiterentwickeln und die alte Methode des Streiks, die einige Arbeiterparteiler, z. B. Philip Snowden, zu wiederholten Malen als sinnlos verurteilt haben[2]), sehr einschränken.

Die Weiterentwicklung des Einigungswesens und der Ausbau der Lohnämter würde auch dazu beitragen, die syndikalistischen Strömungen, die in den letzten Jahren besonders bei den Eisenbahnarbeitern, den südwallisischen Arbeitern und neuerdings in Irland hervortraten, zurückzudrängen. Den Einfluß all der neuen Tendenzen in der Arbeiterbewegung, die man unter dem Namen »Syndicalism« in England zusammenzufassen pflegt, sollte man weder unter- noch überschätzen. So zukunftsreich einzelne Ideen der Syndikalisten möglicherweise sein werden, im wesentlichen ist ihre augenblicklich so große Verbreitung nur als ein Symptom des Unbefriedigtseins breiter Schichten der Arbeiter mit der Taktik der Labour Party zu verstehen[3]). Auch ist Tom Mann neben Lansbury und dem neu aufgegangenen Sterne Larkins die einzige Persönlichkeit von Einfluß, die den Syndikalismus

---

[1]) Vgl. S. 163.

[2]) Vgl. z. B. Snowden, „The Living Wage" S. 79 ff. und unten S. 166.

[3]) Vgl. z. B. Protokoll des 54. Gewerkschaftskongresses zu Newport (1912), S. 274: „let us be quite clear as so what Syndicalism really means in this country. Whatever ist may be in France or elsewhere, it is here a protest against the inaction of the Labour Party".

predigt, und die Syndikalisten haben es bisher weder zu einer nennenswerten Organisation (erste Vorbedingung des politischen Erfolges in England) noch zu Publikationen von besonderer Bedeutung gebracht[1]).

Der eben erwähnte, dem Syndikalismus nahestehende bekannte Arbeiterführer Lansbury hat vor kurzem auch eine Gelegenheit benutzt, die Labour Party zu verlassen, als in der Frage des Frauenwahlrechts die Parteileitung sich nicht entschließen konnte, dem Beschlusse der Konferenz zu Birmingham im Jahre 1912 gemäß gegen das Wahlrechtsgesetz der Regierung zu stimmen, welches das allgemeine Frauenwahlrecht nicht einschloß. Da diese Bill der Liberalen das Pluralwahlrecht abschaffte, welches eine Verminderung, nicht eine Erweiterung des Wahlrechts bedeutete, hatte die Leitung der Labour Party sich nicht an den Beschluß der Konferenz von Birmingham gebunden gefühlt, welcher ihr aufgab, gegen jedes Gesetz zu stimmen, welches das Wahlrecht erweiterte, ohne das allgemeine gleiche Frauenwahlrecht einzuschließen. Die Stimmen der Arbeiterpartei waren damals notwendig, sollte das Pluralwahlrecht der Regierungsvorlage gemäß abgeschafft werden, und hätten das Ende der liberalen Regierung herbeiführen können, wenn sie gegen die Bill abgegeben worden wären. So hielt die Parteileitung, die übrigens ausnahmslos für das Frauenwahlrecht eintritt, diesmal zurück. Darauf trat Lansbury aus der Partei aus, schloß sich der »sozialen und politischen Vereinigung für Frauen« (Women's Social and Political Union W. S. P. U.) an und ließ sich von dieser Organisation in seinem Wahlkreis Bow and Bromley wieder als Kandidat aufstellen. Es gelang ihm indes nicht, wieder ins Parlament gewählt zu werden, dafür aber kam er bald hinter Schloß und Riegel, da er die »kriegerischen« (militant) Suffragetten unterstützte und in öffentlichen Reden zu Eigentumszerstörungen aufforderte.

Es bleibt abzuwarten, welche Stellung die Arbeiterpartei in der Frage des Frauenwahlrechts weiterhin einnehmen wird. Wie

[1]) Unter „Syndikalismus" werden in England noch die verschiedensten Dinge verstanden. Vgl. dazu auch Odgens Aufsatz in Sombarts Archiv, Bd. 37, Heft 2, S. 424, und neuerdings Ch. Leubuscher, „Der Arbeitskampf der englischen Eisenbahner im Jahre 1911" 1913. Dort ist auch über die syndikalistische Literatur nachzulesen. Leubuscher geht auch auf den großen Einfluß der Arbeitercolleges, Ruskin College und Central Labour College auf die Entstehung der syndikalistischen Bewegung ein und auf die Herausbildung des Gegensatzes zwischen den dieser Schule entstammenden jungen Gewerkschaftsführern und Staatssozialisten vom Schlage Macdonalds.

sie bisher gegen die liberale Regierung in keiner Bill, die derselben hätte gefährlich werden können, gestimmt hat, so wird sie dies auch weiterhin nicht tun können, solange die Liberalen regieren, solange wenigstens Home Rule für Irland nicht bewilligt ist, an dessen Herbeiführung die Arbeiterparteiler mit allen Mitteln mitzuwirken, sich den Iren gegenüber verpflichtet haben.

Andererseits nimmt die Bewegung der Frauen von Jahr zu Jahr an Einfluß zu, und da die Erteilung des Wahlrechts an die Frauen in England tatsächlich nur eine Frage der Zeit zu sein scheint, würde die Arbeiterpartei kurzsichtig handeln, wenn sie die Sache der Frauen nicht nach Kräften unterstützte, zumal der linke Flügel der Arbeiterpartei, die I. L. P., unter Führung Keir Hardies und Snowdens, besonders eifrig im Dienste der Suffragetten tätig ist, und die ablehnende Haltung anderer Abgeordneten als »Verrat an den Frauen« brandmarkt. Keir Hardie, der mannigfache Wandlungen durchgemacht hat, ist auf seine alten Tage wieder recht radikal geworden. Macdonalds Einfluß ist seit geraumer Zeit in Abnahme begriffen, trotzdem er ohne Zweifel der am meisten Befähigte unter seinen Parteigenossen ist. Die wachsende Zahl seiner Gegner mag dazu beigetragen haben, daß er 1912 vom Sekretärposten zurücktrat, den seitdem Arthur Henderson inne hat, der ein sehr gemäßigter und sehr beliebter Gewerkschaftsführer ist, während Macdonald nie einer Gewerkschaft angehört hat. Macdonald ist nun Leiter der Partei im Parlament, und als solcher wird er von den Radikalen in der Partei häufig angegriffen, so besonders gelegentlich einer Nachwahl in dem Doppelwahlbezirke Leicester 1913, wo Macdonald, der der eine Abgeordnete ist, die Aufstellung eines zweiten sozialistischen Kandidaten trotz des Wunsches der Lokalorganisationen hintertrieb, wie man sagt, den Liberalen zuliebe. Die Sozialdemokraten (B. S. P.) stellten nämlich daraufhin einen Kandidaten ihrerseits ins Feld, der immerhin 5000 Stimmen bekam, wenn er auch nicht gewählt wurde.

So kann man jetzt in der Labour Party einen linken und einen rechten Flügel unterscheiden. Diese Spaltung trat besonders offen zutage, als die Partei sich eine täglich erscheinende Zeitung als offizielles Organ schaffen wollte. Viele Jahre hatte man sich darum bemüht, und als der Plan 1912 endlich zur Ausführung kam und im Oktober die erste Nummer des »Daily Citizen« erschien, war bereits das Organ der Frauenwahlrechtler und der radikalen Sozialisten, der »Daily Herald«,

als Konkurrenzunternehmen auf dem Plane. Beide Zeitungen, von denen der »Citizen« in jeder Beziehung weit über dem »Herald« steht, haben sich bis jetzt als lebensfähig erwiesen. Der »Citizen« spiegelt allerdings in seinen alles andere als klare Richtlinien aufweisenden Artikeln so recht die unhaltbare Lage einer Partei, die kein festes Programm und eigentlich auch keinen rechten Führer hat, wieder.

Infolge dieser eigentümlichen internen Parteiverhältnisse und der recht verwickelten allgemeinen politischen Lage ist es sehr schwer, ein Urteil über die voraussichtliche Entwicklung der Partei in der nächsten Zukunft abzugeben[1]). Schon Home Rule würde die Zusammensetzung des Parlaments stark verändern, die Wirkung einer Erweiterung des Stimmrechts auf alle Frauen ist bis jetzt aber überhaupt nicht vorauszusehen. Dazu kommt die Verwischung der Unterschiede zwischen der konservativen und liberalen Partei, welche die allgemeine Gestaltung der Parteiverhältnisse in einem neuen Parlament noch gar nicht vorausahnen läßt.

Sicherlich wird die Arbeiterpartei, wenn sie nicht durch die nächsten Wahlen sehr gestärkt wird (das Gegenteil ist vorläufig zu vermuten), einem liberalen wie einem konservativen Regiment gegenüber auf dem Wege der bisher geübten Kompromiß-Politik mehr erreichen, als durch Nachahmung der Methoden der »militant suffragettes« und der Chartisten, wie manche möchten, denen die Entwicklung zu langsam arbeitet, und die vergessen, daß gewaltsame Eingriffe in die geschichtliche Entwicklung, mögen sie auch zunächst von Erfolg begleitet sein, stets die Gefahr des Rückschlags und langanhaltender Reaktion in sich bergen.

[1]) Sehr pessimistisch äußerte sich Snowden in einem Aufsatz im Labour Leader, 22. 6. 1913: „The present Labour representation in Parliament is there mainly by the good will of the Liberals, and it will disappear when that good will is turned into active resentment."

Zweites Buch.

Gedankengehalt des Labourismus.

Erstes Kapitel.

Grundlinien des Sozialismus James Ramsay Macdonalds.

Macdonalds Stellung als Theoretiker des Labourismus. Seine Schriften.

Wir haben in James Ramsay Macdonald bereits die unstreitig bedeutendste Persönlichkeit unter den Abgeordneten der Arbeiterpartei kennen gelernt. Trotz der großen Arbeitslast, die schon durch sein Amt als Parteisekretär (jetzt als Parteileiter) und infolge seiner Inanspruchnahme durch Arbeit in parlamentarischen Kommissionen und als gesuchter Redner im Parlament wie bei politischen Versammlungen in allen Teilen des Landes auf seinen Schultern ruht, hat Macdonald eine äußerst fruchtbare schriftstellerische Tätigkeit entwickelt und in einer Reihe von Büchern, Broschüren und kleineren Flugschriften seine theoretischen Anschauungen wie seine Stellungnahme zu praktischen Fragen der Politik auseinandergesetzt. Er ist neben Philip Snowden der einzige englische Arbeiterabgeordnete, der als Schriftsteller in nennenswerter Weise hervorgetreten ist, er ist überhaupt der einzige englische Arbeiterabgeordnete, der in systematischer Weise eine soziale Theorie zu entwickeln versucht hat. Für die meisten ist der Labourismus tatsächlich ein »Sozialismus ohne Doktrin«. Jene »Eigentümlichkeit des Nationalcharakters, der zufolge der Engländer der konsequenten Entwicklung einer abstrakten Theorie von Natur abgeneigt ist und seine Kraft lieber auf einzelne praktische Ziele konzentriert«[1]), ist auch heute ein durchaus hervorstechendes Charakteristikum des Engländers, vor allem des englischen Arbeiters. Der Sozialismus ist für den nüchternen Sinn des englischen Gewerkschaftlers vielfach nur insoweit Herzens- und auch Verstandessache, als er ihm Vorteile bringt, als er eine Messer- und Gabelfrage ist. »My programme?

[1]) Held, l. c. S. 47.

— Ten bob a day!' [1]) wird der ruhelose Frager auch in England recht oft zu hören bekommen.

Trotzdem verdankt Macdonald sein Ansehen durchaus nicht in letzter Linie seiner schriftstellerischen Tätigkeit, gerade weil sie ihn aus der Reihe seiner Parteigenossen heraushebt und ihm das Gepräge eines »statesman« gibt, dessen Politik auf bestimmten Grundlagen aufgebaut und nach bestimmten politischen Zielen orientiert ist. Als solcher ist Macdonald einer der wichtigsten Vertreter des Labourismus, den die von ihm geleitete Labour Party vertritt. Der Labourismus ist kein System, und deshalb entbehren auch die Theorien Macdonalds durchaus der Geschlossenheit und klaren Eindeutigkeit. Der Labourismus ist eine Bewegung, die durch die Fabier und die unabhängige Arbeiterpartei vorbereitet, gerade durch die Zusammenarbeit von Gewerkschaftlern und radikalen Sozialisten sich herausbildete. Er ist ebenso wie der neue Liberalismus sehr schwer begrifflich zu fassen, weil er eine Synthese darstellt von Individualismus und Sozialismus, und weil er gerade die Grundfragen wie das Endziel in eine gewisse Unklarheit gehüllt läßt. Jedenfalls können wir schon vorausnehmend sagen, daß der Labourismus durch die Durchführung der Demokratie in politischer und wirtschaftlicher Beziehung und durch soziale Reformen im engeren Sinne, d. h. durch Beseitigung sozialer Übelstände und wachsender Beteiligung der unteren Schichten am nationalen Ertrage zum »Sozialismus« gelangen will, d. h. zu einer staatlichen und gesellschaftlichen Organisationform, die das größte Maß von Freiheit für jeden einzelnen verwirklichen soll, und zwar dadurch, daß der Staat allmählich alle persönlichen Abhängigkeitsverhältnisse beseitigt und selbst die Kontrolle über möglichst alle wirtschaftlichen Vorgänge in seinem Bereiche zu erlangen sucht[2]). Wie der Labourismus diese Gedanken im einzelnen ausbaut, werden wir bei Betrachtung der Theorien Macdonalds und des Programmes der Labour Party kennen lernen.

Macdonald ist kein origineller Kopf. Man möchte sagen, daß er nicht einmal die Zeit dazu haben würde. Seine Theorien haben eine große Verwandtschaft mit denen Sidney Webbs und der Fabier, mit denen J. A. Hobsons, des Libe-

---

[1]) A. Métin, Le socialisme sans doctrines, S. 271.

[2]) Das dem neuen Liberalismus und dem Labourismus gemeinsame Ideal ist vor allem die Verwirklichung der gleichen Freiheit („equality of opportunity"), vgl. im übrigen S. 187 f.

ralen[1]), und denen des ebenfalls der liberalen Partei angehörigen L. T. Hobhouse. Macdonalds politische Folgerungen decken sich vielfach mit den Gedanken Eduard Bernsteins[2]) und des Schweden Gustav Steffen. Wer aber möchte aus dem Kreise dieser Männer den »originellen« herausfinden? Einflüsse von Marx, von Mill, von Spencer lassen sich in großer Menge konstatieren, indessen ginge es über den Rahmen dieser Schrift hinaus, die Entwicklung, die von diesen drei Männern her zu den Webbs, zu Hobson, zu Hobhouse, zu Macdonald führte, im einzelnen aufzudecken, so interessant die Aufgabe wäre.

Jedenfalls darf Macdonald bei einer Darstellung der Geschichte und der Theorie der politischen Arbeiterbewegung in England nicht übergangen werden. Seine Schriften gehören zu den wertvollsten Beiträgen zur Kenntnis der der modernen Arbeiterbewegung in England zugrunde liegenden politischen und sozialen Anschauungen, so daß wir den Inhalt der Schriften des Leiters der englischen Arbeiterpartei in ihren wichtigsten Grundzügen kennen lernen müssen. Die für uns wichtigsten Schriften Macdonalds sind »Socialism and Society« (1905) und »Socialism and Government« (1909). Gibt uns das erst genannte Werk vor allem die theoretischen Grundlagen seines Sozialismus, so begibt sich Macdonald in dem auch ins Deutsche übertragenen »Socialism and Government« auf das Gebiet des angewandten Sozialismus und erörtert Fragen, die für seine Stellungnahme zu der gegenwärtigen politischen und sozialen Entwicklung von Wichtigkeit sind. Außerdem hat Macdonald noch einen kurzen Abriß der Geschichte der sozialistischen Bewegung gegeben, sich mehrfach über Fragen des Imperialismus geäußert und ein Buch über das Leben seiner verstorbenen Frau und politischen Mitstreiterin Margaret Ethel Macdonald neben vielen kleineren Aufsätzen verfaßt[3]). Während aber

---

[1]) Die hier in Betracht kommenden Schriften Hobsons sind vor allem „John Ruskin, social reformer" 1898, „The Social Problem" 1901, „The Crisis of Liberalism" 1909. Von Prof. Hobhouse's Schriften seien hier erwähnt „Democracy and Reaction" 1904, vor allem „Liberalism" 1911.

[2]) Bernstein wie auch Steffen sind durch die langen Aufenthalte, die sie in England genommen haben, von der englischen Theorie stark beeinflußt worden. Der deutsche „Revisionismus" ist z. T. direkt als ein englisches Produkt aufzufassen. In England ist das Wort „Revisionismus" ungebräuchlich. Man könnte sonst auch den Labourismus in gewissem Sinne als „Revisionismus" bezeichnen.

[3]) Die wichtigsten Schriften Macdonalds sind neben den beiden zitierten: „The Socialist Movement" 1911, „Syndicalism" 1912 und „The Social Unrest" 1913; ferner „The Zollverein and British Industry" 1903, „Labour and

alle anderen Schriften mehr den Charakter von Gelegenheitsarbeiten tragen, hat Macdonald in den beiden erstgenannten Werken versucht, die Grundlinien und Ziele seines Sozialismus auseinanderzusetzen. Auf diese Schriften stützt sich daher vor allem die folgende Darstellung, in der wir uns auf die Darlegung der Grundzüge des Macdonaldschen Sozialismus beschränken und inbesondere auf die eingehende Ausführung derjenigen Gedanken verzichten, die im folgenden Kapitel bei der Besprechung des Programms der Labour Party uns beschäftigen werden.

A. Die evolutionistische Grundlage.

Macdonalds Bekenntnis zur biologisch-soziologischen Schule. — Die Gesellschaft als Organismus. — Bedeutung der politischen Funktionen im Leben der Gesellschaft. — Einfluß des menschlichen Willens. — Die drei Epochen der Gesellschaftsentwicklung. — Die Organisierung der Volkswirtschaft und des sozialen Lebens als Aufgabe. — Vergesellschaftung der Produktionsmittel als Endziel. — Die Bedeutung des Darwinismus für die Methoden der sozialistischen Politik. — Zurückweisung der Klassenkampftheorie und der revolutionären Taktik der Marxisten. — Die Labour Party eine sozialisierende, keine sozialistische Partei.

Wir hatten Gelegenheit zu erfahren, daß Macdonald mehrere Jahre seines Lebens hindurch naturwissenschaftliche, insbesonders biologische Studien gepflogen hat[1]). Es ist daher nur zu begreiflich, daß er sich auch als Politiker und Ökonom der in England so zahlreich vertretenen soziologischen Schule angeschlossen hat, welche sich in erster Linie auf die Biologie, auf Darwin und Spencer gründet. »Der Sozialismus«, sagt Macdonald in seiner Vorrede zu der englischen Übersetzung von Enrico Ferris »Socialismo e Scienza Positiva«, »bedeutet nichts anderes als Darwinismus auf ökonomischem Gebiete, Darwinismus angewandt auf die Entwicklungsbedingungen der menschlichen Gesellschaft und verdichtet zu einer politischen Theorie«. Schärfer hätte Macdonald seine Anhängerschaft zu jener Schule nicht betonen können. In der Tat finden wir bei Macdonald nicht allein die organische Auffassung von Staat und Gesellschaft als Grundlage

the Empire" 1907. Interessant ist auch ein Aufsatz Macdonalds in dem Sammelwerk „Ethical Democracy" (herausgegeben von Stanton Coit 1900) unter dem Titel „The People in Power". Macdonalds Theorien sollen im folgenden dargestellt, nicht kritisiert werden.

[1]) Vgl. S. 89.

seines Sozialismus, sondern ein stetes Zurückgreifen auf biologische Tatsachen bei Erwähnung politischer oder ökonomischer Beziehungen oder Entwicklungen, ja es finden sich an manchen Stellen Vergleiche zwischen naturwissenschaftlichen und gesellschaftlichen Tatsachen, deren Gezwungenheit oder Ungereimtheit nur allzu deutlich ist.

Die Gesellschaft muß nach Macdonald als ein »biologisches Ganzes«[1]) betrachtet werden. Sie stellt keine bloße Zusammenhäufung von Individuen vor, sondern ein »geeintes«, organisiertes System von sozialen Zusammenhängen, in dem bestimmte Menschen und bestimmte Klassen bestimmte Funktionen zu verrichten haben. Das »Wesen«, das lebt und sich entwickelt, ist nach Macdonald die Gesellschaft[2]); das Leben, von dem das Individiuum sein eigenes Leben, seine Freiheit, sein Glück herleitet, ist in Wahrheit das Leben der Gesellschaft.

Die Übereinstimmung zwischen der Gesellschaft und einem Organismus, wie ihn etwa der menschliche Körper vorstellt, ist, lehrt Macdonald, insofern vollständig, als die Gesellschaft das lebendige Ganze ist, von dem das einzelne Individuum sein Leben herleitet. Der Standpunkt des Individualisten könnte mit demselben Rechte auch von einer Zelle des menschlichen Körpers eingenommen werden. »Philosophierende Zellen« (!) würden vielleicht auch verzweifelte Anstrengungen machen, um zu beweisen, daß der Körper für sie allein existierte, und daß die Kraft, die Veränderungen des ganzen Organismus herbeiführe, allein von der einzelnen Zelle herrühre[3]). Wo ein vitaler Zusammenhang, ein gegenseitiges Abhängigkeitsverhältnis zwischen verschiedenen Teilen eines Ganzen vorhanden ist, da kann man von einem Organismus sprechen. Und dies ist nach Macdonald bei der Gesellschaft der Fall. Gesetze, Sitten und Gebräuche, ökonomische Abhängigkeitsverhältnisse, die politische Zusammengehörigkeit bilden nach ihm ein lebendiges Gewebe, das die einzelnen Organe, die einzelnen Menschen und Gesellschaftsklassen miteinander verbindet[4]). Diese lebendigen Zusammenhänge zwischen Individuum und Gesellschaft erhalten die Stetigkeit der Beziehungen zwischen den Organen der Gesellschaft in derselben Weise, wie die Einheit

---

[1]) Socialism and Society (im folgenden zitiert: SS.) S. 36.

[2]) SS. S. 35.

[3]) SS. S. 16. Hobson, Crisis (S. 76ff.) sagt sogar: „it is not we who think and feel, but the separate cells . ." in demselben Zusammenhange.

[4]) SS. S. 34.

und Ganzheit des tierischen Organismus, sein Leben, durch die äußere Form desselben, den Körper gewahrt bleibt. Das Individuum ist in diese Zusammenhänge in derselben Weise hinein verwachsen, wie die einzelne Zelle in den Organismus.

In der Tatsache, daß das Bewußtsein beim Organismus an bestimmte Organe gebunden, in der Gesellschaft über die einzelnen Glieder, die sie zusammensetzen, sozusagen verteilt ist, will Macdonald im Gegensatz zu Spencer[1]) keinen wesentlichen Unterschied erblicken. Auch die Gehirnzellen und die Nerven hätten sich ja aus den gewöhnlichen Zellen durch Differentiation gebildet. So hätten sich auch in der Gesellschaft die politischen Funktionen herausgebildet, welche das Leben der Gesellschaft ordneten und in bestimmte Bahnen lenkten, und Gesetzgebung und Verwaltung besorgten die Verbindung zwischen Zentrale und den einzelnen Teilen des gesellschaftlichen Organismus in gleicher Weise wie die Nerven im tierischen Organismus[2]).

Der Hauptunterschied zwischen einem gesellschaftlichen Organismus und einem tierischen ist vielmehr nach Macdonald darin zu suchen, daß der letztere durch die langsam sich bewegenden Kräfte, die wir in den Gesetzen der natürlichen Entwicklung feststellen, verändert wird, der erstere in weit höherem Maße durch die schnelle Tätigkeit des Willens Veränderungen erleidet[3]). Dieser Einfluß des menschlichen Willens nimmt zwar nach Macdonald immer mehr ab, je »reifer« der gesellschaftliche Organismus wird, d. h. je fester und umfassender die soziale Ordnung sich ausgestaltet, jedenfalls gibt dieser Einfluß dem gesellschaftlichen Organismus eine Elastizität, eine Fähigkeit sich zu verändern, die der tierische Organismus nicht besitzt. Das Genie, hebt Macdonald an anderer Stelle hervor[4]), hat öfters in unzweifelhafter Weise Wesen oder Form des gesellschaftlichen Organismus verändert.

Dieses Anerkenntnis bringt in die philosophischen Grundlagen des Macdonaldschen Sozialismus eine gewisse Verschwommenheit, welche ihre Deutung dann besonders erschwert, wenn er auf die Dynamik, auf die Entwicklung der Gesellschaft zu sprechen kommt. Einmal scheint es, als ob nichts die immanente Teleologie

[1]) Vgl. Spencer, Principles of Sociology 3. A., 1885, S. 449. „. . . cardinal difference in the 2 kinds of organisms. In the one, consciousness is concentrated in a small part of the aggregate. In the other, it is diffused throughout the aggregate".

[2]) SS. S. 14.

[3]) SS. S. 37.

[4]) SS. S. 21.

der gesellschaftlichen Entwicklung, welche sie aufweisen müßte, falls sie ein »Organismus« wäre, durchbrechen könne. Die Gesellschaft, sagt Macdonald[1]), entwickelt sich in Übereinstimmung mit den Gesetzen des sozialen Lebens. Sie muß sich zum Sozialismus entwickeln. Macdonald unterscheidet wie Spencer drei Stufen der gesellschaftlichen Entwicklung, welche er mit der Entwicklung der Natur von »niederen« zu »höheren« Gattungen und Arten in Parallele setzt. Die Geschichte, sagt er[2]), ist eine Aufeinanderfolge gesellschaftlicher Zustände, welche sich gegenseitig in derselben Weise abwickeln, wie die Entfaltung des Lebens von der Amöbe zum Säugetier vor sich ging, oder wie sich die Blüte zur Frucht entwickelt. Aus der »amorphen Masse« hat sich nach ihm durch Differentiation jenes System persönlicher Abhängigkeitsverhältnisse herausgebildet, welches die politische Epoche der gesellschaftlichen Entwicklung kennzeichnet, die in Westeuropa bereits hinter uns läge. Mit der Vollendung der politischen Demokratie endet diese politische Epoche, und die Gesellschaft tritt in die »ökonomische Epoche« ein, welche zunächst in höchstem Maße desorganisierend wirkt und ökonomische Abhängigkeitsverhältnisse aufrichtet, die gewisse Spannungen erzeugen und schließlich durch den weiteren Ausbau und die Vollendung der Demokratie auch auf wirtschaftlichem Gebiete das Ende des Zeitalters der Konkurrenz und des Privateigentums an gesellschaftlichen Sachgütern herbeiführen. Die Gesellschaft erreicht nun die letzte Stufe ihrer Entwicklung: die »moralische«, die den Sozialismus bedeutet. Diese würde durch die völlige Emanzipation des Individuums charakterisiert sein, durch die Herrschaft jedes Einzelwesens über sich selbst, durch seine freiwillige Einordnung in eine von allen gewollte und gesetzte Ordnung. Diese Entwicklung zum Sozialismus mit all ihren Hemmungen geht, so hebt Macdonald mehrmals hervor, mit Naturnotwendigkeit vor sich[3]). Der Sozialismus ist so einfach die »nächste Stufe« der gesellschaftlichen Entwicklung[4]).

An anderer Stelle aber erklärt Macdonald, daß die Ansicht von der Notwendigkeit des Sozialismus einfach eine Einbildung, eine fanatische Vorstellung sei[5]). Er erklärt an dieser Stelle, daß

[1]) SS. S. 271.
[2]) SS. S. 41, S. 36.
[3]) SS. S. 48, S. 62.
[4]) SS. S. 41.
[5]) SS. S. 141.

der Sozialismus nur dann unvermeidlich sei, wenn die Entwicklung der Gesellschaft von der menschlichen Vernunft beeinflußt wird, wenn der Sozialismus herbeigeführt, durch die Intelligenz und den Willen des Menschen unvermeidlich gemacht werde. »Nicht weil Menschen ausgebeutet werden, nicht weil das kapitalistische System unter seiner eigenen Last zusammenbrechen muß, muß der Sozialismus kommen, sondern weil die Menschen vernünftige Wesen sind.« Damit also der soziale Organismus sich vollendet, muß der Wille zu seiner Vollendung, muß eine bestimmte Vorstellung von der Erwünschtheit der Veränderung der bestehenden gesellschaftlichen Zustände vorhanden sein. »Der biologische Standpunkt betont die Möglichkeit der Entwicklung der bestehenden Gesellschaft zu neuen Formen und betrachtet die Idee und den ganzen Komplex der gesellschaftlichen Bedingungen als die Erzeuger der neuen gesellschaftlichen Ordnung«[1]). So wird schließlich aus einem »Muß« ein »Soll«. Die Aufgabe des gegenwärtigen Zeitalters ist die Herstellung eines »organischen« Zusammenhangs innerhalb der Gesellschaft, d. h. eines Zusammenhanges, unter welchem jeder einzelne Teil in Gemeinschaft mit den anderen zur Erhaltung des Ganzen beiträgt und am Leben des Ganzen in entsprechender Weise Anteil erhält[2]).

Wenn man nun die heutigen gesellschaftlichen Zustände untersucht, so zeigen dieselben nach Macdonald allerdings ein ganz anderes Bild. Sie zeigen noch eine äußerste Zusammenhangslosigkeit der Funktionen, jedes gesellschaftliche Organ bekämpft das andere. Die Produktion und die Distribution der Güter wäre nicht so geordnet, daß sie dem allgemeinen Wohle dienten; jede Funktion arbeite für ihr eigenes Interesse. Die Gesellschaft gleiche in Wahrheit einer Maschine, welche schlecht bedient würde und fortwährend stehen bleibe. Die großen Wirtschaftskrisen, die großen ökonomischen Gegensätze: hier Faulenzertum und ungeheures Einkommen, dort harte Arbeit und Pauperismus, das Problem der unverschuldeten Arbeitslosigkeit, alles das zeige, wie wenig organisch die heutigen Zustände wären, alles das heische gebieterisch nach Neuordnung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens. Das Problem der Organisation der Verteilung, der sozialen Ernährung, deren Unzulänglichkeit klar zutage liege, sei noch so wenig gelöst, daß man den Sozialismus nach Macdonald nicht besser definieren kann, als daß er diejenige Phase der sozialen Organisation

[1]) SS. S. 114.

[2]) SS. S. 40.

bedeute, in der von Staats wegen ein vernünftiges Ernährungssystem für die Gesellschaft errichtet werde[1]). Mit dieser Organisation der sozialen Ernährung aber erschöpft sich nicht die Aufgabe des Sozialismus. Das ganze gesellschaftliche Leben muß neu geordnet werden. Auf die feudalistische Gesellschaft, die nach nationalen Prinzipien auf autoritativer Grundlage geordnet war, muß nun nach einem chaotischem Interegnum der freien Konkurrenz, die sozialistische Gesellschaft folgen, welche nach moralischen Prinzipien auf demokratischer Grundlage organisiert sein wird[2]).

Je mehr die Bevölkerung zunimmt, je mehr die Ausbeutung der Naturkräfte fortschreitet, je mehr die große Masse des Volkes zur Erhaltung ihres Lebens von der Lohnarbeit abhängig wird, desto größer wird das Interesse der Gemeinschaft an der Beschränkung des Privateigentums an Land und Produktionsmitteln. Denn die Eigentümer von Boden und Kapital werden heutzutage, hebt Macdonald hervor, zugleich zu Gebietern über das Leben und die Arbeitskraft vieler Tausende und können diese Macht ungehindert auf ihre Nachkommen übertragen. Um einem neuen Feudalismus des Kapitals zu entgehen, muß auf die Vergesellschaftung der Produktionsmittel hingearbeitet werden. Dieses Ziel muß in erster Linie im Auge behalten werden. Der Weg dazu sei aber die langsame Fortentwicklung der mannigfachen dahin weisenden Tendenzen in der heutigen Gesellschaft nach der gewünschten Richtung hin. Oft müssen allerdings einige notwendig erscheinende Reformen zunächst zurückgestellt werden, weil sonst ihre Wirkungen eine Verzögerung des Sozialismus bedeuten, denselben vielleicht unmöglich machen könnten.

Keinesfalls kann aber nach Macdonald das sozialistische Endziel durch die Fortentwicklung der bestehenden Gegensätzlichkeiten in den Produktionskräften, die, wie die Marxisten meinen, zum Zusammenbruch des kapitalistischen Systems und zur Revolution führen müsse, erreicht werden, und es wäre nach ihm ein schwerer Irrtum, zu glauben, daß die »Diktatur des Proletariats« jemals die gewünschte und erhoffte neue gesellschaftliche Ordnung auf einmal und für immer herbeizuführen imstande sei. Hier erkennen wir die eigentliche Bedeutung der

[1]) „Sozialismus und Regierung" (im folgenden zitiert S. R) S. 19.

[2]) SS. S. 63: „the state of individualist competition, the state of serving the community by making personal profits, is nothing except the chaotic interregnum between 2 stages of social organisation — between Feudalism, where Society was organised to maintain national life, and Socialism, where Society will be organised to maintain the industrial and moral efficiency of the community."

evolutionistischen Grundlage des Macdonaldschen Sozialismus. »Die Methode der Sozialisten«, sagt er, »ist die Darwinsche Methode«[1]). Er setzt sich in scharfen Gegensatz zu allen Utopisten, die die Gesellschaft nach einem abstrakten Gedankenschema aufbauen wollen, die eine neue Gesellschaft von neuen Menschen von heute auf morgen errichten wollen.

Die Gesellschaft, sagt Macdonald, kann nicht auf einmal wie ein Haus eingerissen und neu aufgebaut werden. Die Sitten und Handlungsweisen der Menschen können sich nur sehr langsam wandeln, niemals dürfe man die Macht und die Tradition der Sitte geringschätzen oder gar außer acht lassen.

Auch Marx, der Überwinder des utopischen Sozialismus, Marx, dessen Analyse des kapitalistischen Produktionsprozesses, wie Macdonald zugibt, meisterhaft ist, und dem wir die Aufdeckung vieler ökonomischer Entwicklungstendenzen verdanken, ist für Macdonald Vor-Darwinianer. Er war irregeführt durch Hegel. Von seinem Meister übernahm Marx die dialektische Methode und damit die Theorie, daß jede soziale Epoche in ihrem Gegensatz durch eine kurze Revolutionsperiode hindurch sich verwandle (»umschlage«), daß so auch das kapitalistische System mit Notwendigkeit seinem Untergang entgegengehe, welcher seinerzeit plötzlich durch eine gewaltige revolutionäre Erhebung des Proletariats herbeigeführt werden würde. Macdonald verwirft diese Katastrophentheorie Marx'; für einen Biologen gibt es keine unvermittelten scharfen Übergänge in der gesellschaftlichen Entwicklung[2]). »Das Jahr 1844 war die dunkelste Stunde vor Tagesanbruch, nicht der Schatten einer schwarzen, zerstörungdrohenden Gewitterwolke«, für den es die sozialistischen Väter Marx und Engels angesehen hätten[3]).

Auch sonst hat Marx, nach Macdonalds Meinung ein typischer Repräsentant des philosophischen Deutschlands in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, mit allen seinen geschichtlich bedingten Unzulänglichkeiten, Gegensätzlichkeiten zu scharf zugespitzt und Einseitigkeiten sich zu schulden kommen lassen, die der moderne Sozialist von sich weisen muß. Macdonald wendet sich an mehreren Stellen gegen die materialistische Geschichtsauffassung, die er für einseitig und für den Sozialismus durchaus

---

[1]) Socialist Movement (im folgenden zitiert S. M.) S. 115.

[2]) SS. S. 119.

[3]) SS. S. 120.

unwesentlich hält[1]). Er verwirft auch die Klassenkampftheorie und die sich daraus ergebene revolutionäre Taktik der Marxisten. Es sei zunächst nicht wahr, daß nur zwei große Klassen in ökonomischem Sinne existierten[2]). Eine große Anzahl von Arbeitern überschreitet nach Macdonald die angeblich so scharfe Scheidegrenze, eine weit größere Anzahl von ihnen sei mit der heutigen Wirtschaftsordnung so verwachsen, daß sie sich bereitwilligst im Falle eines wirklichen Klassenkampfes auf die Seite der Verteidiger des status quo stellen würden[3]). Wenn man der Sache auf den Grund gehe, so sei der »Klassenkampf« eigentlich nichts weiter, als eine großsprecherische und höchst unangebrachte aggressive Redewendung[4]). Die Arbeiterschutzgesetzgebung, ein charakteristisches Merkmal unserer Zeit, sei jedenfalls, meint Macdonald, dem entgegengesetzten Geiste entsprungen. Die beste Verkörperung des Klassenkampfgedankens sei die Taktik des alten Trade Unionismus gewesen, welcher gegen jede politische Betätigung der Arbeiter war, sein Heil allein in Konferenzen mit Arbeitgebern erblickte und in Streiks das letzte und nur allzu beliebte Mittel sah. Diese kurzsichtige Taktik sei aber längst überwunden, obgleich die Syndikälisten sie zum Teil wieder aufnehmen zu wollen scheinen. Der Sozialismus wende sich heute nicht allein an die Arbeiter, er wende sich an alle, die an die Entwicklung der Gesellschaft zu einer neuen sozialen Organisation, zu einer »Gemeinschaft« glauben. Das Losungswort des Sozialismus sei heute nicht mehr »Klassenbewußtsein«, sondern »Gemeinschaftsbewußtsein«. Nicht Kampf und Streit solle der Sozialismus bringen, er müsse die »Gesetze der gegenseitigen Hilfe« zur Entwicklung bringen, die treibende Kraft der sozialistischen Bewegung müsse gerade die Verurteilung des Kampfes, des Krieges des Menschen gegen den Menschen sein[5]).

Aufs schärfste ist so nach Macdonalds Ansicht der Revolutionarismus und die obstruktionelle Taktik im Parlament zu verdammen. Diese Methode sei vielleicht in Ländern angebracht, wo der Parlamentarismus nur dem Scheine nach existiert, wo die Demokratie nur ein leeres Wort ist[6]). In England dagegen sei eine

---

[1]) S. M. S. 144, 146.
[2]) SS. S. 124; vgl. auch Syndicalism S. 48.
[3]) SS. S. 127.
[4]) SS. S. 128.
[5]) SS. S. 144, S. M. S. 148.
[6]) Vgl. auch S. R. S. XX: „Im Gegensatz zu der irischen Partei lebt die

dogmatisch-sozialistische Partei, welche sich in schärfsten Gegensatz zu den übrigen Mitgliedern der Gesellschaft stellt, ein Unding, hier sei vielmehr eine Partei vonnöten, die den Demokratismus und den sozialreformerischen Gedanken scharf betont und der bei der Behandlung des Problems der gesellschaftlichen Organisation die sozialistischen Postulate gleichsam als regulative Ideen vorschweben. Der Sozialismus sei ein Aufriß von der zukünftigen Gesellschaft, wie sie beschaffen sein werde, wenn sie ein weiteres Stadium ihrer Entwicklung erreicht habe. Eine politische Partei verkörpere dagegen ein Aktionsprogramm, mit dem sie in die Tageskämpfe eingreifen solle. Somit habe die Labour Party eine »sozialisierende«, keine »sozialistische« Partei zu sein[1]). Ihre Aufgabe sei, den Sozialismus vorzubereiten, die Gesellschaft ihm näher und näher zu bringen durch energische Fortführung der sozialen Reformarbeit, durch Vermehrung des Anteils der Arbeiter am nationalen Produktionsertrage, durch die allmähliche Durchführung der politischen und industriellen Demokratie, durch die langsame, schrittweise Überführung der bestehenden wirtschaftlichen Organisation in das Eigentum und unter die Kontrolle der Gesamtheit.

B. Demokratie und Sozialismus.

a) Die Vollendung der politischen Demokratie.

Zurückweisung der marxistischen Staatsauffassung. — Das demokratische Prinzip als Grundlage des Staates. — Der Irrtum des alten Liberalismus. — Rechte und Pflichten des Individuums. — Notwendigkeit der Vollendung der politischen Demokratie. — Durchführung des allgemeinen Wahlrechts für alle Erwachsenen. — Reform der Wahlgepflogenheiten. — Verurteilung des Proportional-Wahlsystems, des Referendums, des Initiativantrags. — Die politische Organisation des sozialistischen Staates. — Die Frage des Staatsoberhaupts.

Wie Macdonald die Klassenkampftheorie bekämpft, so ist er auch ein entschiedener Gegner der marxistischen Staatsauffassung. Marx sieht in der »politischen Gewalt im eigent-

Arbeiterpartei mit dem Volke in Frieden. Sie versucht nicht das Volk zu überreden, daß es sie ziehen lasse, sondern daß es ihr Vertrauen schenke."

[1]) SS. S. 191. Vgl. auch S. R. S. 99 f. und S. M. S. 235: „Under British conditions a Socialist party is the last, not the first form of the Socialist Movement in politics."

lichen Sinne« — dem Staate — »die organisierte Gewalt einer Klasse zur Unterdrückung der anderen«. Diese Gewalttheorie verwirft Macdonald, ebenso wie er die seiner Ansicht nach gänzlich unbegründete Meinung bekämpft, daß der Staat nach Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung und nach Aufhören der persönlichen Herrschaftsverhältnisse überhaupt »absterben« werde. Nie, sagt er, ist ein wissenschaftlicher Denker von einer Formel gründlicher irre geführt worden [1]). Gerade der sozialistische Staat wird das komplizierteste aller Staatsgebilde sein. Aber auch der gegenwärtige Staat ist nicht Instrument einer Klasse, sondern »Organ der Gesellschaft« [2]). Der Staat ist die politische Persönlichkeit eines souveränen Volkes und hat den Zweck, durch Gesetzgebung und Verwaltung den allgemeinen Willen in der politischen Sphäre durchzusetzen [3]). Ohne die naturrechtliche Grundlage zu akzeptieren, steht Macdonald so auf dem Boden der Rousseauschen Staatstheorie, der die Souveränität auf die volonté générale gründete. Macdonald postuliert von vornherein den demokratischen Staat. Durch die Demokratisierung hat der Staat aber, wie Macdonald selbst besonders hervorhebt, nicht bloß seine Organisation, sondern sein ganzes Wesen verändert, und erst durch die Demokratie wird der Sozialismus möglich gemacht [4]). Die Betonung der innigen Beziehungen zwischen Demokratie und Sozialismus, das große Gewicht, was auch gerade auf die Darstellung der politischen Organisation des sozialistischen Staates gelegt wird, gerade das zeichnet den Sozialismus Macdonalds besonders aus [5]).

Durch feste Bande, sagt Macdonald, ist das Individuum dem Staate, dem es angehört, verbunden. Wie der Mensch nur in der Gesellschaft wahrhaft Mensch ist, so ist seine Zugehörigkeit zu einem Staate, dem wichtigsten der gesellschaftlichen Organe, notwendig, damit er auch der Gesellschaft wirklich zugehöre, und an der Bildung des allgemeinen Willens teilnehmen könne. Der Staat, sagt Macdonald, ist eine der Bedingungen für Willenshandlungen zusammenlebender Individuen. Die Entwicklung

---

[1]) S. R. S. 156. Macdonald übersieht, daß nach Marx auch nur der auf der Gewalt beruhende Staat aufhören würde.

[2]) S. R. S. 159: „Wenn wir die soziale Gesetzgebung betrachten, so entdecken wir, daß der Staat nicht den Willen der dominierenden Interessen, sondern den Willen der ganzen Gemeinschaft vermittelt."

[3]) S. R. S. 2. S S. S. 160.

[4]) S S. S. 16. S. M. S. 151.

[5]) Vgl. besonders S. R. S. 44 ff.

des Staates und des einzelnen ist tatsächlich die Entwicklung beider[1]), der einzelne bedeutet nichts außerhalb des Staates.

Von Grund auf unterscheidet sich diese organische Auffassung des Verhältnisses zwischen Individuum und Staat, wie Macdonald hervorhebt, von der Staatsauffassung, wie sie Bentham und der alte Liberalismus verkündeten[2]). War für diese der Staat Inbegriff gleichmäßig funktionierender Einheiten, das staatliche Ideal ein mechanistisches, so ist für Macdonald der Staat aus funktionell verschiedenen, aber organisch zu einer Einheit verbundenen Gliedern zusammengesetzt. War für Bentham das Individuum der Träger absoluter, unveräußerlicher Rechte, so ist für Macdonald der einzelne dem Staate untergeordnet und in erster Linie der Erfüller von Pflichten[3]). Grundsätzlich wird das Individuum nie für sich, sondern nur in seinem Verhältnis zum Staat betrachtet. Das Recht ist eine soziale Kategorie, es ist nicht dem einzelnen als solchem eigen, sondern steht ihm nur als Teil und notwendigem Gliede des Ganzen, des Staates, wenn es im Interesse dieses Ganzen liegt, zu. »Ein Recht«, sagt Macdonald, »ist die Möglichkeit, einer Pflicht zu genügen, und es sollte nur insoweit anerkannt werden, als es zur Pflichterfüllung nötig ist«[4]). Der Staat soll nur ein Recht gewähren, wenn er weiß, daß er dadurch seine Zwecke fördert und dem Individuum die Erfüllung seiner Pflichten dadurch nicht unmöglich macht. So sei das »Recht, sich zu betrinken«, unbedingt zu verwerfen[5]). Das Recht des Verbrechers sei, von seinem Verbrechertum geheilt zu werden[6]). Andererseits müsse der Staat ein »Recht auf Arbeit« unter gewissen Voraussetzungen anerkennen[7]); es dürfe keinesfalls geduldet werden, daß unverschuldet Tausende von Arbeitern in das bitterste Elend hinabgestoßen würden, der Staat müsse in seinem eigenen Interesse ein kulturelles Minimum für alle seine Mitglieder aufrecht erhalten, und hier sei der Punkt,

---

[1]) S. R. S. 3.
[2]) Vgl. S. R. S. 17.
[3]) S. R. S. 6.
[4]) S. R. S. 6.
[5]) S. R. S. 7.
[6]) S. R. S. 179.
[7]) Das Recht auf Arbeit ist nach Macdonald kein absolutes Recht des Individuums, sondern nur dessen Recht als Angehöriger und Diener des Staates. Im Gegensatz zum Kommunismus müsse der Sozialismus auch ein absolutes Recht auf Existenz zurückweisen. Vgl. S. M. S. 122.

wo die Sozialisten, wo die Arbeiterpartei am ehesten und mit der größten Aussicht auf Erfolg mit ihrer Arbeit einsetzen könnte[1]).

Auf Macdonalds Ansicht von den sozialen Aufgaben des Staates kommen wir aber später noch zurück. Zunächst ist es ihm darum zu tun, daß die politischen Rechte und Pflichten des einzelnen festgestellt, daß gezeigt werde, wie die politische Demokratie vollendet werden müsse. Denn die politische Demokratie ist ihm notwendige Voraussetzung der industriellen Demokratie und des sozialistischen Staates, und deshalb legt Macdonald auf die politischen Reformen, die er vorschlägt, so großes Gewicht, weil dadurch zugleich die politischen Grundlagen des sozialistischen Staates gegeben werden, die ebenso wichtig seien wie die industriellen Grundlagen, die erst kraft der Autorität des neuen politischen Organs, was geschaffen werden soll, errichtet werden können.

Der demokratische Staat muß auf das Stimmrecht aller Erwachsenen gegründet werden. Jeder, der das 21. Lebensjahr überschritten habe und geistig gesund sei, muß an der Bildung des allgemeinen Willens teilnehmen[2]). Dieses allgemeine Wahlrecht muß nicht auf Grund der Gleichheitsidee, sondern deshalb gefordert werden, weil die Erfahrung jedes einzelnen bzw. der sozialen Gruppe, der er angehört, für den Staat von Wichtigkeit ist. Eine Beschränkung des Stimmrechts auf das männliche Geschlecht ist durchaus zu verwerfen. Die Erfahrungen der Frauen und Mütter seien außerordentlich wichtig für den Staat. Die Familie, das eigentliche Bereich der Frau, sei in einem wörtlich strenger zu nehmenden Sinne, als es gewöhnlich geschieht, die Grundlage des Staates, gerade auch des sozialistischen Staates[3]). Die Erfahrung und der Geist der Frauen sei erforderlich, um zu verhindern, daß der vom Familiengeist getragene Staat seine Struktur nur durch die Erfahrung der Männer erhalte[4]).

Die Durchführung des allgemeinen Wahlrechts der Erwachsenen sei eine der nächsten Aufgaben des Sozialismus. Hand in Hand damit müßte eine Änderung der Wahlgepflogenheiten

---

[1]) Vgl. S. M. S. 160.

[2]) S. R. S. 36. Diesen Termin hält Macdonald eigentlich noch für zu spät, da viele schon vor dem 21. Lebensjahre sich im Erwerbsleben betätigen.

[3]) S. R. S. 43ff. Durch die Betonung dieses Punktes unterscheidet sich Macdonald grundsätzlich von Sozialisten wie Bebel. Vgl. auch Protokoll der Huller Konferenz der L. P. S. 80.

[4]) S. R. S. 42.

einhergehen. Die Kosten der Wahlen müßten ganz erheblich vermindert werden, die Wahlen müßten an einem Tage vorgenommen, Bestechung und Korruption in jeder Form durch strenge Gesetze verhindert werden. Im übrigen könne das Wahlsystem, wie es heute in England existiert, im allgemeinen beibehalten werden. Durchaus nicht empfiehlt Macdonald die Einführung des Proportionalwahlsystems[1]). Jedwede Minorität brauche nicht im Parlament vertreten zu sein, was Macdonald in einem Beispiel von einer Temperenzlerpartei ad absurdum führt. Nur wenn sich die Minoritäten von einem Ende des Landes zum anderen vereinigen könnten — was undurchführbar sei — würde der Proporz zu empfehlen sein, der im übrigen den Wahlzettel unnötig komplizieren, die Wahlkosten vermehren, die Arbeit im Parlament erschweren, die Minorität wichtigtuerischer Wohlhabender fördern würde[2]). Die Parlamentsmehrheit brauche durchaus nicht im exakten Stärkeverhältnis zur Majorität der Wähler zu stehen. Vielmehr gehöre diese Meinung in das Arsenal des alten Liberalismus, der die politischen Probleme als quantitative Probleme behandeln und zahlenmäßig lösen wollte. Für den Sozialisten gäbe es keine politische Mathematik. Ebenso seien alle die Bestrebungen zu verwerfen, die die »direkte Demokratie« herbeiführen wollten[3]). Auch diese Bestrebungen gründeten sich auf den Irrtum des alten Liberalismus, das Individuum, nicht den Staat in erster Linie zu betonen.

Die politische Funktion müsse ferner (»gleich dem Verdauungsprozeß im tierischen Organismus!«) im sozialistischen Staate streng spezialisiert sein. Sie könne nicht von der Masse des Gemeinwesens ausgeübt werden. Nicht fremder Leute Meinung, sondern seine eigene bringe der Abgeordnete zum Ausdruck. Daher sei das allzusehr gebundene, imperative Mandat zu verwerfen. Es empfehle sich auch durchaus die Aufstellung von Berufspolitikern als Kandidaten[4]). Eine Wahl sei keine Umfrage bei den Wählern, sondern ein Urteil des Gemeinwesens über die von der Regierungsgewalt geleistete oder noch zu leistende Arbeit. Das Referendum, das so häufig von Politikern aus

[1]) In der Frage des Proporzes ist die Partei nicht einmütig. Die Frage führte oft zu heftigen Auseinandersetzungen auf den Konferenzen; vgl. z. B. Protokoll der Leicester Konferenz der L. P. 1911, S. 102 ff.

[2]) S. R. S. 79 und 85.

[3]) J. A. Hobson ist ein besonders entschiedener Verteidiger des Referendums, das auch von vielen Konservativen gutgeheißen wird.

[4]) S. R. S. 69.

allen Lagern gefordert wird, findet Macdonald auf falschen Prinzipien aufgebaut, schädlich und überflüssig[1]). Der persönliche Initiativantrag, dessen Einführung auch vielfach befürwortet wird, bewirkt nach Macdonald die Auflösung des politischen Kräftekomplexes in seine Komponenten und könne dadurch geradezu Katastrophen herbeiführen, vermehre im übrigen in unerhörter Weise die Arbeit des Parlaments, das schon jetzt viel zu viel belastet sei, so daß sich eine gewise Dezentralisation mit der Zeit notwendig erweisen würde[2]). Auch leide das Parlament unter der großen Zahl der Abgeordneten; nicht 670, sondern die Hälfte sei genug. Das Unterhaus ähnle zu sehr einer Menge und nehme alle deren Gebrechen an: Geschwätzigkeit, saloppe Vernachlässigung wichtiger Einzelheiten, Verschwommenheit der Ziele, blinde Unterwerfung unter Autoritäten und Mangel an individuellem Hervorragen[3]). Durch Verkürzung der Legislaturperioden müsse gleichsam frisches Blut dem Parlament häufiger als bisher zugeführt werden. Die Wahlkreise müßten häufig neu eingeteilt werden; jedoch sei die Änderung des Verhältnisses zur Einwohnerzahl nicht allein in Betracht zu ziehen[4]).

So werde das Parlament beschaffen sein müssen, das im sozialistischen Staate regieren werde. Das Zweiparteien-System werde auch unter dem Sozialismus weiter fortdauern, weil es das beste sei, auch der Caucus, der demokratisch organisiert sein und die Parteidisziplin nur auf die großen und wichtigen Fragen beschränken müßte. Die Partei, welche in der Majorität sei — und die Labour Party müsse darnach streben, sobald wie möglich die Majorität für sich zu gewinnen —, werde auch im sozialistischen Staate die verantwortliche Regierung stellen. Das Kabinett werde vom Ministerpräsidenten ernannt werden der seinerseits vom Volke gewählt werden würde.

Ein Oberhaus, wie es das Haus of Lords darstelle, werde im sozialistischen Staate nicht existieren. Eine zweite Kammer müsse unparteiisch und von allen politischen Parteien unabhängig sein und dürfe auf keinen Fall eine Vertretung einer Klasse vorstellen, wie das englische Oberhaus. Dagegen sei die Einrichtung eines Revisionsausschusses zu empfehlen, der vor allem die

---

[1]) S. R. S. 46.
[2]) S. R. S. 52 u. 58 f.
[3]) S. R. S. 62.
[4]) S. R. S. 105.
[5]) S. R. S. 104, 106, 115, S. M. S. 187.

technischen Vorzüge der gesetzgeberischen Vorlagen zu prüfen haben würde. Dieser Ausschuß müßte aus Männern bestehen, die nicht allein auf eine richterliche Praxis zurückblickten, sondern auch mit der praktischen Arbeit im Parlament vertraut wären [1]).

Was die Frage des Staatsoberhauptes anlangt, ob die Republik oder die Monarchie als Staatsform vorzuziehen sei, so läßt Macdonald die Antwort darauf hingestellt. Er ist durchaus nicht blind gegen die Vorzüge der erblichen Monarchie und hält die republikanische Staatsform durchaus nicht für wesentlich für den Sozialismus [2]). Allerdings sei anzunehmen, daß die Entwicklung die Einführung der Republik herbeiführen werde, da die Motive, die den Staat und das britische Weltreich zusammenhielten, immer mehr an persönlichem Inhalte verlören, da die demokratischen Gesinnungen allmählich viel mehr zum einigenden Bande des Reiches werden würden, als wie bisher die persönliche Treue und Anhänglichkeit gegenüber einer Dynastie.

b) Der Staat und das Wirtschaftsleben.

Die politische Demokratie als Grundlage der industriellen Demokratie. — Das höchste sittliche Ziel erst durch eine staatliche Neuordnung zu verwirklichen. — Grenzen des Staates. — Konsument und Produzent. — Der Irrtum des Syndikalismus. — Die Versöhnung von Individualismus und Sozialismus. — Die internationalen Aufgaben des Sozialismus. — Die »Vereinigten Staaten der Welt«. — Zusammenfassung.

»Die Demokratie«, sagt Bernstein einmal [3]), »ist Mittel und Zweck zugleich. Sie ist das Mittel der Erkämpfung des Sozialismus und sie ist die Form der Verwirklichung des Sozialismus«. Auch für Macdonald ist die Vollendung der politischen Demokratie der wichtigste Schritt zur Herbeiführung des Sozialismus. Der Sozialismus ist nach Macdonald die notwendige Folge der Durchführung seiner von uns dargelegten politischen Reformpläne, andererseits ist die Existenz eines demokratisch aufgebauten politischen Organs die Voraussetzung, das Mittel der Durchführung des Sozialismus. »Der Sozialismus muß durch das Parlament kommen oder er wird gar nicht kommen« [4]), sagt er in einer kleinen Schrift, in welcher er den Syndikalismus, welcher den Parla-

[1]) S. R. S. 135 f.
[2]) S. R. S. 117 f.
[3]) Bernstein, Voraussetzungen S. 124.
[4]) Macdonald, „Syndicalism" S. 6.

mentarismus hintenanstellt und auf die direkte industrielle Aktion das Hauptgewicht legt, aufs entschiedenste bekämpft. Und ebenso wie für Bernstein ist für Macdonald die Demokratie, die politische und die industrielle Demokratie, die Form der Verwirklichung des Sozialismus. »Die Grundlage des Sozialismus ist die auf allen Gebieten durchgeführte Demokratie« sagt auch der Arbeiterabgeordnete Snowden[1]). Der Sozialismus, wie ihn Macdonald versteht, baut sich auf auf die Abschaffung aller persönlichen Gewaltverhältnisse, mögen sie politischer oder ökonomischer Art sein, unter Ersetzung persönlicher Abhängigkeiten durch das demokratische Verhältnis der freiwilligen Unterordnung unter die durch den Willen aller gewählten leitenden Organe. Das Volk soll Herr im eigenen Hause werden. Wie der Staat, die alles umschließende politische Gemeinschaft, demokratisch organisiert sein müsse und in gleicher Weise die kleineren politischen Verbände, wie z. B. die Gemeinden, so müßte auch jede industrielle Gemeinschaft demokratisch organisiert sein[2]). Insonderheit müsse hier der Gewerkvereinsgedanke, der den Arbeitern, wie die Webbs ausgeführt haben, gleichsam das industrielle Bürgerrecht verschaffen wolle[3]), mehr und mehr zur Anerkennung gebracht werden. Aus den Gewerkvereinen, die ja selbst nach dem demokratischen Prinzip organisiert seien und bisher nur Organisationen der Arbeiter eines Gewerbes zu gemeinsamer Hilfe bzw. zum Kampfe gegen die Unternehmer vorgestellt hätten, müßten schließlich staatlich anerkannte Verbände werden, die im Laufe der Zeit ihren gebührenden Anteil an der Leitung der Industrien erlangen müßten.

Am wichtigsten und am schwierigsten zugleich ist nun nach Macdonald die Festsetzung des Verhältnisses der obersten staatlichen Gewalt, des regierenden Organs zu den kleineren politischen Verbänden, besonders aber zu den verschiedenen industriellen Gemeinschaften. Hierin sieht Macdonald eine der wichtigsten Aufgaben des gegenwärtigen, den Sozialismus vorbereitenden Zeit-

[1]) „Socialism and Syndicalism" S. 138.

[2]) Vgl. Fabian Tract. 70 „Report on Fabian Policy" S. 7. „Democracy as unders tood by the F. S. means simply the control of the administration by freely elected representatives of the people."

[3]) Vgl. z. B. Industrial Dem. S. 217: „In the most perfect form of collective bargaining compulsory membership becomes as much a matter of course as compulsory citizenship." Der innerste Kern der Gewerkvereinspolitik ist der Kampf für industriellen Konstitutionalismus gegen industriellen Absolutismus und Feudalismus.

alters. Hatte der Liberalismus sich mit dem Problem der Organisation des regierenden Organs, mit der Frage der Bildung des gemeinsamen Willens beschäftigt, so sei für den Sozialismus die Bestimmung der Aufgaben und der Grenzen des Staates, der Befugnisse des leitenden Staatsorgans den kleineren wirtschaftlichen und politischen Verbänden gegenüber das wichtigste Problem. Gerade im letzten Vierteljahrhundert hätten wir diesen Übergang bemerkt: von einer Demokratie, die nach politischer Anerkennung verlangt, zu einer Demokratie, welche Versuche anstellt, wie sie auf die beste Art und Weise die nun gewonnene politische Macht ausüben könne[1]).

Die Zeit ist vorbei, sagt Macdonald, wo man mit dem Rufe nach politischer Freiheit Kreuzzüge ins Werk setzen konnte; jetzt gilt es die wirtschaftliche Freiheit für den einzelnen, für alle zu erkämpfen und zu diesem Zwecke das Wirtschaftsleben mit Hilfe der Regierung, des Parlaments, demokratisch zu organisieren. Der Staat soll also durch Gesetzgebung die Demokratisierung des Wirtschaftslebens in die Hand nehmen.

Zur Erreichung dieses Zieles ist nach Macdonald eine grundlegende Umgestaltung der gegenwärtigen Organisation des Wirtschaftslebens notwendig. Nicht dulden darf es der Staat, daß die wirtschaftliche Übermacht einzelner die Allgemeinheit schädige, daß Überfluß und tiefste Armut Seite an Seite ihr Dasein fristeten. Nach Möglichkeit müsse die Ungleichheit der natürlichen oder kulturellen Bedingungen, die das eine Individuum von vornherein vor dem anderen benachteilige, beseitigt werden. Zu oberst müsse die Kantsche Forderung stehen, daß der Mensch den Zweck seines Daseins in sich selber trage und daß kein Mensch lediglich als Mittel zum Zwecke anderer Menschen benützt werden dürfe[2]). Diese Forderung ist in Wahrheit die Magna Charta der Demokratie, besonders der wirtschaftlichen Demokratie und damit auch des Sozialismus. Gerade auf ökonomischem Gebiete erlangen aber die ethischen Forderungen, wie Macdonald hervorhebt, erst ihre wahre Bedeutung.

Je weiter die Entwicklung zum Sozialismus vorschreitet, desto mehr würde man sich erst auf die Forderungen des Idealismus

---

[1]) S. R. S. 78 und 186.

[2]) S. M. S. 28 und XI. Der kategorische Imperativ nimmt sich hier gewissermaßen als Dekoration eines naturwissenschaftlichen Gebäudes recht eigentümlich aus. Macdonald scheut sich wie mancher andere seiner Landsleute nicht, zwei vollständig heterogene Weltanschauungen mit einem Male zu vertreten.

besinnen können. So würde der Sozialismus auch das höchste, das sittliche Ideal, das heute im rücksichtslosen Kampf der Interessen mit Füßen getreten werde, seiner Verwirklichung nahe bringen durch die Schaffung freier, sich gegenseitig achtender, sich gegenseitig helfender Menschen.

Um die so bedeutungsvolle wirtschaftliche Freiheit aller zu verwirklichen, darf nach Macdonald dem einzelnen nicht — wie heute — gestattet sein, für eigene Zwecke Eigentumsformen zu monopolisieren und auszubeuten, die Freiheit großer Volksmassen zu beschränken und diese Macht infolge eines mehr oder weniger unbeschränkten Erbrechts auf seine Nachkommen zu übertragen. Langsam müsse nun der Staat Schritt für Schritt diese Macht der Eigner der Produktionsmittel verringern und durch fortgesetzte Erweiterung der sozialen Gesetzgebung die ökonomischen Beziehungen immer mehr rechtlich regeln, die wirtschaftliche Macht des einzelnen über andere immer mehr einschränken, bis schließlich der Staat Land und industrielles Kapital unter seine Kontrolle gebracht habe.

Allerdings sei es ein falsch verstandener »Staatssozialismus«, der besser »Staatskapitalismus« genannt werden sollte, der jedwede individualistische Organisation aus dem sozialistischen Staate verbannt wissen wollte. Eine ganz merkwürdig naive Vorstellung über die Schwierigkeiten der Organisation des Wirtschaftslebens herrsche bei diesen Sozialisten vor, die einfach glauben, daß der Staat und seine Beamten das ökonomische Leben der Nation bis in die kleinsten Verzweigungen in die Hand nehmen und leiten könne. Nur die Erfahrung werde uns zeigen können, wie weit in politischer, wie weit in industrieller Beziehung die Zentralisation bzw. die Dezentralisation zu gehen habe, und wie weit selbst einzelnen Individuen private Rechtstitel gegeben werden könnten[1]). Steffens Behauptung: »Die verschiedensten Arten des Produktiveigentums — staatliches, kommunales, kooperatives und privates Eigentum (z. B. als Entgelt für Verdienste) — können in dem sozialistischen Staate nebeneinander existieren«, würde auch von Macdonald unterschrieben werden. Nur muß der Staat über alles Eigentum die Kontrolle, das Obereigentum besitzen[2]).

---

[1]) SS. S. 205.

[2]) Gust. Steffen, „Das Problem der Demokratie" S. 29, vgl. Macdonald SS. S. 207. Die F. S. tritt ihrem Programm gemäß ein „for the transfer to the community of the administration of such industrial capital as can

Die syndikalistische Idee, daß die Gewerbe sich national zusammenschließen, die politische Organisation auflösen und die Staatsmacht in ihre eigene Hände übergehen lassen sollten, bekämpft Macdonald auf das entschiedenste. Der Konsument muß ebenso geschützt werden wie der Produzent. Der Syndikalismus hat nur den Produzenten im Auge, dem er eine Art tyrannischer Gewalt über den Konsumenten geben will. Dies ist aber nicht die Lösung für das so schwierige Problem des Verhältnisses des Konsumenten zum Produzenten. Es ist nach Macdonald anzunehmen, daß dies Verhältnis in der Zukunft zu immer größeren Reibungen führen wird. Wie der Staat heute Schiedsgerichte für Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern einrichtet, so wird er auch bald bei den Kämpfen zwischen den Organisationen der Produzenten und Konsumenten, die sich immer mehr vervollkommnen werden, zu vermitteln haben.

Der sozialistische Staat wird so das Leben der ihn bildenden Gemeinschaft allseitig regeln, und trotzdem wird er nach Macdonald durch die Hebung der unteren Klassen zu direkterer Selbstbestimmung und durch die alleinige Unterstützung der Fähigen das größte Maß von Freiheit verwirklichen. So wird Sozialismus und Individualismus, die die vorhergehende Generation noch als sich gegenseitig ausschließende Ideale zu betrachten gewohnt war, miteinander versöhnt, und der Arbeit an der Verwirklichung dieses doppelten Ideals, an der Verwandlung Englands in einen sozialistischen Staat, sollen alle ihre Kräfte widmen. Aber der Sozialist steckt, sagt Macdonald, sein Ziel weiter: er sieht, daß sein Staat nicht die ganze Welt, sondern nur eine Zwischenorganisation zwischen Individuum und Menschheit bedeutet, eine Zwischenorganisation, die in ihrer Stabilität durch Angriffe von außen stets bedroht werden kann. Der Sozialismus muß also auf dem Wege des Friedens, der internationalen Verständigung alle anderen Staaten, die in der Welt etwas zu bedeuten haben, für sich gewinnen.

Das letzte Ziel, was dem Sozialisten vorschwebt, ist also die Universalkonföderation, sind die Vereinigten Staaten der Welt, die von einem Parlament der Menschheit regiert werden, dessen

---

conveniently be managed socially". — Vgl. auch Ph. Snowden, „Socialism and Syndicalism" S. 140: „Socialism only proposes to make such of the means of production into public property as can be conveniently and advantageously controlled by the community".

Befugnisse man enger oder weiter stecken kann[1]). Der Sozialismus ist Sache aller Länder und aller Völker, und keine Bestrebung fördert die internationale Verständigung in dem Maße wie er. Erst auf internationalem Gebiete aber werden die wahren Schwierigkeiten des Sozialismus offenbar. Von ihrer Überwindung heute im einzelnen reden zu wollen, wäre schlimmer als Utopie, hieße alle Lehren des 19. Jahrhunderts vergessen, welche uns sagen, daß Geschichte nicht gemacht wird, daß die Entwicklung den kühnsten Gedankenbaumeistern — und ihnen zuweilen am meisten — Trotz bietet, hieße die Borniertheit mancher Sozialisten nachahmen, die über dem Fernen das Nahe vergessen und die, weil sie das Zweite wollen, nicht das Erste zustande bringen.

Um zum Schluß noch einmal die wichtigsten Gedanken Macdonalds zusammenzufassen: Macdonald sieht Individuum und Staat in innigster Wechselbeziehung, in organischer Verbundenheit. Das Individuum ist nur insofern Inhaber von Rechten, als es einem Staat angehört, und der Staat hat zu bestimmen, inwieweit dem einzelnen Rechte gegeben werden sollen. An der Bildung des staatlichen Willens aber haben alle grundsätzlich gleichen Anteil. Nur so wird verhindert, daß sich unorganische Abhängigkeitsverhältnisse persönlicher Art im Staate bilden. Soweit diese in politischer und besonders in wirtschaftlicher Beziehung vorhanden sind, müssen sie, — und zwar auf friedlichem, konstitutionellem Wege, — schrittweise[2]) beseitigt, muß allmählich ein organisches Verhältnis in den gesellschaftlichen Beziehungen hergestellt werden. Durch die Ausdehnung der staatlichen Gewalt, der staatlichen Kontrolle, des Rechts auf möglichst alle wirtschaftlich relevanten Vorgänge wird zugleich die Grundlage wahrhaft sittlicher Beziehungen zwischen Mensch und Mensch gewährleistet, die gleiche Freiheit aller durchgeführt werden, was unter den heutigen, auf Privateigentum und freier Konkurrenz aufgebauten gesellschaftlichen Verhältnissen nicht möglich ist. Das letzte Ziel des Sozialisten ist die Universalkonföderation, welche die universellen gesellschaftlichen Beziehungen des geordneten Zusammenlebens menschlicher Individuen zu regeln hätte, ein Ziel, an das

---

[1]) S. R. S. 1.

[2]) Vgl. S. M. S. 112 u. 114. SS. S. 212; vgl. auch Fabian Tract 70, S. 4. „The F. S., is perfectly constitutional in its attitude; and its methods are those usual in political life in England."

wir nach Macdonald glauben sollen, dessen Verwirklichung aber noch in weiter Ferne liegt.

Wir sehen, der Sozialismus Macdonalds ist der Sozialismus eines Politikers, eines Parteiführers. Macdonald ist kein Theoretiker. Die Widersprüche, in die sich ein Mensch verwickelt, der, einmal von darwinistischen Prinzipien ausgehend, die Gesellschaft als natürliches Gebilde faßt, dann aber wieder die Demokratie, den Sozialismus als Pflicht fordert, liegen auf der Hand. Macdonald verrät uns auch wenig oder nichts über seine Ansichten über ökonomische Probleme. Er gibt uns keine Theorie des wirtschaftlichen Wertes, noch eine Verteilungstheorie. Macdonald sieht im Sozialismus in der Hauptsache ein rechtliches, ein politisches Problem. Alles baut sich für ihn auf dem demokratischen Gedanken und auf der organischen Auffassung von Staat und Gesellschaft auf, welche ihrerseits, wie Macdonald meint, dem demokratischen Gedanken erst die richtige Stütze gibt. Nicht das Recht auf den vollen Arbeitsertrag soll der Sozialismus dem einzelnen bringen, sondern eine allseitig geregelte soziale Ordnung durchführen, der die Forderung der wirtschaftlichen Freiheit für jeden einzelnen zugrunde liegt. Obgleich stark modifiziert durch die organische Staatsauffassung, die keine neue Erfindung ist, entstammt der Grundgedanke des Macdonaldschen Sozialismus doch dem 18. Jahrhundert, gegen das er so oft mit harten Worten zu Felde zieht.

Zweites Kapitel.

Die Hauptforderungen des Labourismus.

(Das soziale Programm der Labour Party.)

Der unbestimmte Charakter der englischen Parteipolitik. — Gründe für das Fehlen eines systematischen Programms bei der Labour Party. — Der innere Zusammenhang der labouristischen Forderungen.

»Nichts ist« sagt Macdonald einmal[1]), »dem Ausländer, der unsere politischen Verhältnisse studiert, schwerer verständlich, als die so wichtige Tatsache, daß unsere politischen Parteien unter dem Drucke der Verhältnisse ihre Stellungnahme oft in grundlegender Weise ändern. Der Ausländer sieht in einer Partei die Verkörperung eines politischen Dogmas und findet, daß eine

[1]) SS. S. 328.

Partei bei uns lediglich in vorübergehender Weise eine politische Methode zur Anwendung bringt. Er denkt an etwas Festbestimmtes, Starres, und findet etwas, was sich fortwährend verändert und wandelt; er erwartet etwas zu finden, was fest auf dem Felsen erster Grundsätze erbaut ist, und findet einen Nachen, der durch die Strömung fortgetrieben und in seiner Richtung bestimmt wird.« Mit dem Ausländer meint Macdonald in erster Linie den Deutschen, der sich nicht scheut, die letzten logischen Konsequenzen aus dem, was er tut und vorschlägt, zu ziehen, und sein Handeln, also auch seine Politik in dem Grunde erster, ihm feststehender Prinzipien und Überzeugungen, in einer Weltanschauung verankert [1]). Der Engländer, in erster Linie der englische Arbeiter, hat aber eine besondere Abneigung gegen diese »akademische Art«, Politik zu treiben [2]). Alles Dogmatische oder nach Dogmatismus Aussehende ist ihm verhaßt, und auch er spottet nur über manche »querelles allemandes«.

Darum das Fehlen des Festen, Bestimmten in der Politik der englischen Parteien, darum die Verwischung der Unterschiede zwischen denselben. Und genau wie der englische Politiker, so läßt auch der englische Wähler gerade die ersten und letzten Fragen der Politik am liebsten offen, ja er wehrt sich gegen die Zumutung, sich über die logische Fundierung seiner politischen Forderungen genauere Rechenschaft zu geben. Diese letzten und ersten Fragen der Politik bestimmen nur in seltenen Fällen die Anhängerschaft des Engländers zu der einen oder anderen Partei. Vor allem richtet sich der englische Wähler danach, welche konkreten Gesetzesvorschläge eine Partei einzubringen verspricht, was sie bisher geleistet hat, er läßt sich gern von der allgemeinen Stimmung mitreißen und erwartet gerade von einem Wechsel in der Regierung besonders viel; insbesondere wählt man aber wohl in keinem Lande der Welt so sehr den einzelnen Mann, der gerade als Kandidat in dem betreffenden Wahlbezirke aufgestellt ist. Wie sehr die Devise »men, not measures« gerade in England gilt [3]), lehrt sofort ein Vergleich der Persönlichkeit, des Standes der einzelnen Parlamentsabgeordneten mit der Art und Weise der

---

[1]) Hobson, Crisis of Liberalism, S. XII bemerkt: „Political parties in this country have never been dominated to the same extent (wie in anderen europäischen Ländern) by ideas: this logical weakness, we often boast, perhaps with reason, has been a source of practical strength."

[2]) Vgl. S. R. S. 34.

[3]) Vgl. Sidney Low, The Governance of England, S. 125.

Zusammensetzung der Bevölkerung ihrer Wahlkreise. Da sehen wir eine größere Anzahl reicher Landlords und industrieller Unternehmer, die von einer Mehrheit von Arbeitern gewählt werden. Gerade der englische Arbeiter scheint dem imponierenden Auftreten einer gewandten Persönlichkeit, dem Zauber eines großen Redekünstlers besonders leicht zu unterliegen.

Wenn so der Erfolg einer Partei in England sich zum großen Teil auf irrationellen Momenten aufbaut, so verlangt doch andererseits die Allgemeinheit von jeder Partei ein fest umrissenes Programm für die Tagespolitik, eine entscheidende Stellungnahme zu den Fragen, die gerade im Vordergrunde des Interesses stehen, eine Betonung derjenigen gesetzgeberischen Maßnahmen, welche die betreffende Partei im Gegensatz zu den anderen Parteien fordert. Ein derartiges Aktionsprogramm und ein solches allein besitzt die Labour Party und auch dies, wie wir sehen werden, nur in beschränktem Maße. Wie kommt es, daß gerade diese neue Partei, die scheinbar so ganz neue Elemente in die Politik hereingebracht hat, trotz des Drängens mancher ihrer Mitglieder, trotz des Beispieles der Arbeiterparteien anderer Länder von der Formulierung eines offiziellen, klaren und eindeutigen Parteiprogrammes Abstand genommen hat?

Wir haben diese Frage schon mehrfach berührt. Die Schaffung eines derartig geschlossenen Programms, wie es etwa das Erfurter Programm der sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist, wäre für die Labour Party eine Unmöglichkeit. Einmal scheut sich jede Partei in England, was nach dem eben Gesagten nur zu verständlich ist, sich auf irgendwelche starre, eindeutige Grundsätze festzulegen. In dem besonderen Falle der Labour Party wäre es aber an und für sich bis jetzt überhaupt ausgeschlossen. Denn es wäre unmöglich, ein Programm aufzustellen, welches die verschiedenen politischen Richtungen, zu denen die einzelnen Abgeordneten der Labour Party sich bekennen, unter einen Hut brächte. Ein solches Programm würde wohl über einige Gemeinplätze nicht hinauskommen oder einen großen Teil der Parteimitglieder zum Widerspruch bzw. zum Austritt veranlassen. Verschiedene grundlegende sozialistische Forderungen würden im Rahmen eines offiziellen Parteiprogramms von einigen Gewerkschaftsabgeordneten nie anerkannt werden. Dann aber hatten wir bereits Gelegenheit, hervorzuheben[1]), daß sich die Aufstellung eines

[1]) Vgl. S. 21 ff.

offiziellen Programms deshalb für die Labour Party wenig empfiehlt, weil man dadurch die Liberalen zu einer Erklärung ihrerseits veranlassen würde und gewärtigen müßte, daß sie das Programm, wenigstens zum großen Teil, kopieren würden, daß ein solches Programm auch durchaus entbehrlich ist, da die Resolutionen der Parteikonferenzen und die Reden der Abgeordneten im Parlament die Forderungen der Partei deutlich genug zum Ausdruck bringen. Man beruft sich auch von seiten der Labour Party gegenüber den Vorwürfen anderer sozialistischer Organisationen dabei gern auf das Wort Marxens aus einem Brief an Bracke: »Jeder wirkliche Schritt vorwärts in der sozialistischen Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme«[1]).

Alles was die Parteileitung in dieser Richtung tut, ist lediglich auf Grund der Beschlüsse der jeweiligen Konferenz der Partei nach Beratung mit dem parlamentarischen Gewerkschaftsausschuß und dem Joint Board[2]), ein Programm für die jeweils kommende parlamentarische Session aufzustellen.

Diese Konferenzbeschlüsse sind auch der folgenden Darstellung zugrunde gelegt, daneben aber wurde vor allem die Parteipresse und die sehr umfangreiche Parteiliteratur, besonders die Flugschriften der L. P., der I. L. P. und die Traktate der F. S. (Fabian Tracts) benutzt. Gerade die Fabier haben stets in Wort und Schrift für jene Ideen, die wir unter dem Namen »Labourismus« zusammenfassen, gekämpft, und wenn sie, wie wir sahen, von der Gründung einer Partei und direkter Arbeit im Parlament absahen, so nahm dies Werk die Unabhängige Arbeiterpartei in ihrem Sinne auf, deren Gründung, wie wir hörten, auf den Einfluß der Fabier und des verwandte Ideen verkündenden »Neuen Unionismus« direkt zurückzuführen ist, und die sich neuerdings mit den Fabiern zu einem Komitee zur gemeinsamen Beratung zwecks gemeinsamen Handelns in wichtigen Fragen zusammengetan hat[3]). Die I. L. P. ist aber, wie man mit Recht gesagt hat, dasselbe für die Labour Party, was Preußen für das Deutsche Reich ist[4]) (bzw. zu sein pflegte): Geburtsstätte der leitenden Ideen, Führerin in der Pro-

---

[1]) Zitiert bei Spargo: Marx (engl. Ausg.) S. 311.

[2]) Vgl. S. 100.

[3]) Vgl. S. 76. Das Joint Committee der Fabier und der unabhängigen Arbeiterpartei (vgl. auch S. 100) betätigte sich zum erstenmal Winter 1912/13 im sog. „Kriege gegen die Armut": Allerorten wurden Demonstrationen zur Beseitigung der bestehenden Armengesetze veranstaltet.

[4]) Vgl. Lowell, Government of England II, a, a. O.

paganda des Wortes wie der Tat. Die Führer der I. L. P. sind zugleich auch die Führer der Arbeiterpartei (Macdonald!) und mag die I. L. P. auch eine verhältnismäßig kleine Anzahl ordentlicher Mitglieder haben, so gehören ihr doch 25 von den 39 Abgeordneten der L. P. an[1]), wenn auch manche Trade Unionisten nicht immer gern mit ihnen gehen. Den Fabiern und der I. L. P. ist es zu verdanken, daß im Laufe der Zeit überhaupt die unklaren und vielfach auseinanderstrebenden Tendenzen der englischen Arbeiterbewegung sich zum »Labourismus« verdichteten, den die L. P. vertritt.

Wir hatten schon Gelegenheit zu erwähnen, daß es schwer fällt, diesen Labourismus einigermaßen scharf zu fixieren. Immerhin lehrte uns die Betrachtung des Macdonaldschen Sozialismus, daß das politische Ideal der L. P. ein Sozialismus mit starkem individualistischem Einschlage ist, indem als Aufgabe des Sozialismus angesehen wird die Durchführung der Demokratie, die Herbeiführung der politischen und wirtschaftlichen Freiheit des einzelnen, der aber hinwiederum als organisches Glied des Staates betrachtet wird. Mit dem politischen Gegenwartsprogramm des Labourismus haben wir uns bei derselben Gelegenheit schon näher bekannt gemacht[2]) — wenn auch die L. P. sich manchem Einzelvorschlage Macdonalds gegenüber ablehnend verhalten würde —; ebenso haben wir bereits über die leitenden Ideale der labouristischen Wirtschaftspolitik gesprochen. Dagegen sind die von Macdonald selten berührten sozialpolitischen Gegenwartsforderungen, welche die L. P. vertritt und welche einige zunächst zu beschreitende Stufen zu dem von ihr angestrebten sozialistischen Endziele bedeuten sollen, noch nicht näher erörtert wurden. Von diesen sozialen Forderungen, die augenblicklich im Mittelpunkt des labouristischen Programms stehen, soll im folgenden die Rede sein.

Bevor wir indessen an die Betrachtung der einzelnen Forderungen des Labourismus herangehen, wollen wir uns vorher den Ausgangspunkt des Labourismus und den Zusammenhang der labouristischen Forderungen in den Grundzügen klarmachen. Wie jede soziale Reformbewegung, so geht auch der Labourismus aus von der »sozialen Frage«, die sich für uns immer mehr auflöst in ein Heer von Einzelfragen, aus dem wiederum vor allem zwei große Probleme, miteinander verbunden, doch in sich ver-

[1]) Vgl. die Flugschrift „What the I. L. P. wants" by A. F. Brockway (1913), S. 3.

[2]) Im Mittelpunkt steht augenblicklich das Frauenwahlrecht.

schieden hervorragen: Das Problem der Armut und des Elends in der Gesellschaft, soweit es in erster Linie durch schlechte wirtschaftliche Lage verursacht oder bedingt ist, und das Problem der schwachen gesellschaftlichen Stellung der Lohnarbeiterklasse, die Tatsache, daß der moderne Arbeiter in Abhängigkeitsverhältnisse hineingeboren ist, aus denen er nur in den seltensten Fällen sich zu befreien imstande ist und die ihm nur in beschränktem Maße gestatten, seiner Bestimmung als Selbstzweck gemäß leben zu können. Handelt es sich bei dem letzten Problem um Maßnahmen, die ständige Arbeiterschaft durch Reformen immer mehr zu heben, auf ein höheres Kulturniveau zu bringen, so ist das erste Problem ein Problem der sozialen »Pathologie«. Es handelt sich, wie die Fabier sagen, bei dem Problem der Armut um eine Krankheitserscheinung der Gesellschaft, die beseitigt werden, deren Wiederkommen nach Möglichkeit verhindert werden muß[1]).

Immer wieder werden nun aus den »gesunden« Schichten durch Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unglück, Verbrechertum viele Tausende von der Epidemie der Armut, des Elends, erfaßt, die Arbeiterklasse am meisten. So sind die beiden Probleme miteinander verbunden, und daß diese Probleme nicht eines sind, hat nur der Aufstieg der Arbeiterschaft, die Differentiation der Arbeiterklasse bewirkt. Von den Schriftstellern des beginnenden 19. Jahrhunderts werden Arme und Arbeiter noch in einen Topf geworfen. Aus den »labouring poor«, aus den Proletariern, die nichts als ihre Ketten zu verlieren hatten, die in ihrer Ohnmacht und Unbildung nur den Schrei nach Revolution erheben konnten und glaubten, daß nach ihr ein goldenes Zeitalter aus den Wolken herabkommen würde, sind die modernen englischen Arbeiter geworden, die an Bildung, an Weite des Blicks, an politischer Begabung wohl ihre Brüder in allen Ländern übertreffen, und nur die untersten Schichten haben sich noch nicht über das Niveau ihrer chartistischen Voreltern erhoben.

Der Labourismus sieht nun seine Hauptaufgabe darin, gerade jenen unteren und untersten Schichten zu helfen. Sie bedürfen des sozialen Arztes. Die Quacksalber, die sie mit Zaubersprüchen vom Zukunftsstaat heilen wollen, müssen aus der Krankenstube herausgeworfen werden, und der moderne wissenschaftlich gebildete Arzt muß herein, der zunächst die Ursachen der Krankheit untersucht und feststellt. Danach erst kann und

[1]) Vgl. S. u. B. Webb, „Das Problem der Armut". Jena 1912.

muß der Staat in seinem eigensten Interesse jene sozialen Krankheiten beseitigen. Gefordert wird in dieser Richtung vor allem: Ein Recht auf Existenz durch Arbeit, zu garantieren durch den allgemeinen Mindestlohn, ein Recht auf passende Arbeit oder Unterstützung für jeden »echten« Arbeitslosen, eine Reform des Armenrechts, welche die Fürsorgepflicht der Gemeinschaft besonders betont und ihre Grenzen bedeutend erweitert.

Der Stand der festangestellten, höher bezahlten Arbeiter soll gehoben werden durch Erweiterung des staatlich garantierten »Kulturminimums«, durch Verbesserung der Arbeitsbedingungen seitens öffentlicher Lohnämter, welche auf dem Prinzip des besonderen Mindestlohns für besondere Lohnarbeit beruhen und auch die Maximalarbeitszeit usw. festzusetzen haben, durch Ausbau der Einigungsämter, welche die Sphäre des Arbeitsrechts noch mehr erweitern, schließlich durch fortgesetzte Demokratisierung der industriellen Verhältnisse. So wird die Macht des Staates in der industriellen Sphäre mehr und mehr erweitert und dem Endziel des Labourismus, der Verstaatlichung der Produktionsmittel, vorgearbeitet.

Wir haben im folgenden die Zweiteilung des Problems, wie wir sie uns eben vor Augen hielten, nicht ganz durchgeführt. Beide Probleme schneiden sich in der Frage des Mindestlohns, der einmal als allgemeiner Mindestlohn, als »Lohn zum Leben« schlechthin, einmal als besonderer Mindestlohn für jeden Arbeiter gefordert wird. Wir beginnen mit der vom Labourismus geforderten Reform des Arbeitsrechts, um uns dann den Vorschlägen zur Beseitigung des Armutsproblems zuzuwenden und mit einer Betrachtung der weiteren Ziele des Labourismus, die in das sozialistische Endziel ausmünden, abzuschließen.

A. Reform des Arbeitsvertragsrechts.

a) Das Prinzip des »Lohnes zum Leben« als Grundlage des Arbeitsvertrags.

Die Resolution von 1911. — Überblick über die Geschichte des Mindestlohnprinzips. — Erwünschte und unerwünschte Folgen einer Durchführung des allgemeinen Mindestlohns für Arbeitgeber und Arbeitnehmer. — Die praktische Bedeutungslosigkeit der 30 sh.-Forderung. — Die Wichtigkeit des Prinzips. — Die Bedeutung der Lohnämter.

»That the right of every family of the country to an income sufficient to enable it to maintain its members in decency and comfort should be recognised . . . . .« Dies sind die Anfangsworte der Resolution, welche Will Crooks am 29. Mai 1911 im Namen der Labour Party im Unterhause einbrachte. Das Recht auf ein Einkommen, welches nicht allein zur Fristung des Lebens, sondern auch zur Bestreitung eines gewissen Komforts ausreicht, ein Einkommen, welches »die Anständigkeit« des äußeren Lebens verbürgt, welches z. B. den Bezug von Wohnungen ermöglicht, die nicht von vornherein Gesundheit und Sittlichkeit in Gefahr bringen, ein solches Einkommen, das die Labour Party in dieser Resolution auf ein Minimum von 30 sh. festsetzt, wird für jede Arbeiterfamilie Englands gefordert.

Damit stellt die Labour Party eine Forderung auf, die schon eine lange Geschichte hat, auf die wir mit wenigen kurzen Worten eingehen wollen. Das Prinzip des Mindestlohns hat zur Voraussetzung die Ansicht von der Berechtigung der obrigkeitlichen Kontrolle über die Bedingungen des Arbeitsvertrages, über das vom Arbeitgeber zu leistende Entgelt. Der Staat tritt gewissermaßen als dritte Partei beim Abschluß des Arbeitsvertrages auf. Die Höhe des zu zahlenden Entgelts soll nach unten begrenzt sein nicht durch die bloßen Subsistenzkosten des Arbeiters, sondern höher, damit ein gewisser Spielraum für seine sonstigen Bedürfnisse bestehen bleibt. Der Mindestlohn ist so im Prinzip verwandt dem »auskömmlichen Lohne« der Zünfte des Mittelalters, den Löhnen, welche der Elisabethanischen Gesetzgebung gemäß die Friedensrichter in England bis in das letzte Viertel des 18. Jahrhunderts festzusetzen hatten. Als die industrielle Revolution jene Gesetzgebung wie alten, hinderlichen Hausrat beseitigt hatte, da merkten die Arbeiter bald, daß sie, sich selbst überlassen, wegen des Überflusses an der Ware Arbeit schlechter fuhren als vordem unter obrigkeitlicher Regelung, und Gewerkschaften entstanden, die von neuem in erster Linie einen möglichst hohen Mindestlohn, einen Standardlohn für die Arbeiter ihrer Gewerbe forderten. »Die Behauptung eines bestimmten Lohnsatzes, unter dem niemand arbeiten soll, ist das allgemeinste, das am hartnäckigsten und leidenschaftlichsten verfochtene Prinzip der Gewerkschaft«[1]). Carlyle und nach ihm Ruskin und Morris stellten bereits die Forderung eines

[1]) Webb, Problem der Armut, S. 117.

staatlich zu garantierenden Kulturminimums[1]) für jeden Arbeiter, welches allen Schwankungen der wirtschaftlichen Konjunktur, allen Schwankungen der Nachfrage und des Angebots der Ware Arbeit gegenüber aufrecht erhalten werden sollte. Schon die Arbeiterschutzgesetzgebung statuierte bestimmte Minima, die Forderung des staatlich garantierten Mindestlohns aber wurde zuerst durch die Anerkennung der »Fair-Wage-Klausel« der Verwirklichung näher gebracht[2]). Die Methode der »gleitenden Lohnskalen«, die die liberal-gewerkschaftliche Epoche so hoch gehalten hatte und die den Lohn mit dem Preise des Arbeitsprodukts hin- und herschwanken ließ, verlor mehr und mehr an Bedeutung. In den Vordergrund trat wieder die alte Forderung, daß die Löhne sich nach dem Lebensstandard der Arbeiter des betreffenden Gewerbes zu richten hätten. Seit dem Dockerstreik von 1889, besonders seit dem großen Bergarbeiterstreik von 1893, wurde in allen großen Gewerben um die Anerkennung des Mindestlohnprinzips gekämpft, bis dann die englische Regierung dem Muster des australischen Tochterlandes folgte und 1909 die ersten Lohnämter schuf. Mit dem Trade Boards Act, der, wie wir sahen, der Labour Party hauptsächlich zu verdanken ist[3]), stellte sich die liberale Regierung — obgleich widerstrebend — zum erstenmal auf den Boden des Mindestlohnprinzips, das die I. L. P. und die Labour Party von Anfang an auf ihre Fahnen geschrieben hatten.

Die L. P. fordert, wie wir oben sahen, einen allgemeinen Mindestlohn von 30 sh., der dem Arbeiter bzw. seiner Familie in erster Linie das »Minimum am zivilisierten Leben«, das Kulturminimum, welches sie fordert, garantieren soll. Und zwar sollte nach Ansicht der Fabier in vierfacher Weise die Gemeinschaft ein Mindestmaß von Leistungsfähigkeit seitens ihrer Mitglieder sich sichern, in vierfacher Weise sollte jedem Staatsbürger ein »nationales Minimum« garantiert werden[4]): ein Mindestmaß

[1]) Über Carlyles Ansicht von Lohn und von der Notwendigkeit der Garantie eines staatlich zu garantierenden moralischen und hygienischen Minimums vgl. v. Schulze-Gävernitz, Zum soz. Frieden, I, S. 130 u. 284.

[2]) Ferner waren seit 1901 die Arbeitgeber verpflichtet, über die von ihnen gezahlten Löhne zu berichten (Ausdehnung der „Particular Clause", auf alle Industrien, vgl. Hutchins and Harrison, History, S. 220) — von der englischen Regierung ist die Fair-Wage-Klausel (vgl. S. 102 u. S. 75, Anm. 4) auf Drängen der L. P. am 10. II. 09 angenommen worden.

[3]) Vgl. S. 106. f. Vom Radikalen Sir Ch. Dilke ging der Gesetzentwurf aus.

[4]) Vgl. S. u. B. Webb, Problems of Modern Industry 1912, S. XXV ff.

von freier Zeit, das notwendig ist für Schlaf, Erholung, körperliche Übung, geistige Fortbildung und zur Erfüllung der Pflichten gegen Staat und Familie, welches durch den Maximalarbeitstag von acht Stunden garantiert werden muß, ein Mindestmaß von obrigkeitlicher Gesundheitsfürsorge durch Schaffung gesunder Wohnungen, Sicherung ärztlichen Beistandes usw., ein Mindestmaß von Unterricht, der überhaupt soweit wie möglich unentgeltlich sein und allen offen stehen soll, vor allem aber ein allgemeiner Mindestlohn, der jedem Arbeiter einen »anständigen« Lebensunterhalt verbürgen und uns hier zunächst interessieren soll.

Zu beachten ist, daß diese vier Minima nicht als absolute, unveräußerliche Rechte der einzelnen Individuen betrachtet werden. Es handelt sich vielmehr um Maßnahmen, die der Staat in seinem eigensten Interesse vornehmen muß. Die Arbeitskraft des Arbeiters soll dadurch auf dem höchsten Maße der Leistungsfähigkeit erhalten werden, gleichzeitig soll ihm die Erfüllung seiner staatsbürgerlichen Pflichten dadurch erst in vollem Umfange möglich gemacht und ihm ermöglicht werden, seine Familie in Anständigkeit und Gesundheit zu erhalten, woran der Staat in höchstem Maße interessiert ist.

Kein Arbeitgeber ist, wie Sidney Webb hervorhebt [1]), gezwungen, jemanden anzustellen. Für den Fall aber, daß er einen Arbeiter oder eine Arbeiterin beschäftigt, soll er gesetzlich verpflichtet sein, derartige Arbeitsbedingungen zu stellen, daß dadurch die Arbeiter keine Gefahr laufen, in staatsbürgerlicher wie in allgemein gesundheitlicher Beziehung etwas einzubüßen. Genau so wie den Arbeitgebern schon jetzt beim Bau von Fabriken, beim Aufstellen von Maschinen, bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen gewisse Grenzen gesteckt, gewisse Minima vorgeschrieben werden, so würden die Arbeitgeber von nun an gezwungen sein, auch ein gewisses Minimum an Entgelt für geleistete Arbeit innezuhalten. Der allgemeine gesetzlich festgelegte Mindestlohn — der nicht zu niedrig bemessen sein darf, weil man sonst das allgemeine Lohnniveau drücken würde, aber auch nicht zu hoch, um nicht die Existenz zu vieler Industrien zu gefährden —, dieser Mindestlohn wird vom Labourismus als direkte Fortsetzung der Arbeiterschutzgesetzgebung, als ein weiterer unbedingt zu

[1]) Vgl. für das Folgende: S. Webb, „The Legal Minimum (Flugschrift) Wage“ und Snowden, „The Living Wage“.

fordernder Eingriff des Staates in die Machtsphäre des Unternehmers gefordert.

Dabei ist sich die L. P. wohl klar, daß bei der Festsetzung des Minimums auf 30 sh., wie sie wiederholt gefordert hat, einerseits eine große Zahl von Arbeitgebern unter keinen Umständen weiter bestehen könnte, daß andererseits viele Tausende von Arbeitern — falls keine Ausnahmen gestattet würden — wegen ihrer geringen Leistungsfähigkeit dadurch brotlos werden würden. Die erstere Tatsache — der Untergang von Industrien, die nur durch Zahlung niedriger Löhne bestehen könnten —, ist indessen nach der Meinung der L. P. durchaus nicht zu bedauern. Gerade gegen die »Schwitzindustrien«, gerade gegen die Arbeitgeber, deren Betriebe unter schlechten Bedingungen für die Arbeiter traditionell arbeiten oder wegen des Druckes der ausländischen Konkurrenz arbeiten müssen, soll sich die neue Gesetzgebung in erster Linie richten. Dem Untergang dieser Industrien, dem Bankrott dieser Arbeitgeber brauche keiner eine Träne nachzuweinen. »Wenn wir«, schreiben die Webbs, »einer Industrie gestatten, regelmäßig mehr Arbeitskraft zu verbrauchen, als sie durch Löhne und andere Arbeitsbedingungen wieder ersetzt, — wenn überdies die Arbeit die sittliche und physische Gesundheit ganzer Arbeitergenerationen untergräbt, die dann der Wohltätigkeit und Armenpflege anheimfallen, so bezahlt das Volk dieser Industrie eine Subvention, deren Kosten weit bedenklicher sind als alle Zuckerprämien«[1]). Der Mindestlohn würde in der Tat selektiv wirken; die bestgehendsten Industrien zahlten im allgemeinen die höchsten Löhne. Im übrigen würden viele Industrien — besonders die durch die Lohnerhöhung und die dadurch herbeigeführte Vermehrung der Produktionskosten in ihrer Existenz bedrohten — danach streben, diese Erhöhung der Produktionskosten durch irgendwelche technische Verbesserungen des Produktionsapparates wieder auszugleichen. In der Tat sei bei Durchführung des Mindestlohns eine Fülle von organisatorischen, maschinellen usw. Verbesserungen in den einzelnen Industrien zu erwarten.

Auch der Schaden auf seiten der Arbeiter durch Verlust ihrer Stellungen, den ein Mindestlohngesetz für viele zur Folge haben würde, ist nach Meinung des Labourismus gering einzuschätzen. Einmal könnten, obgleich das von vielen als gefährlich angesehen

[1]) „Die englischen Gewerkvereine nach ihrem volkswirtschaftlichem Wert". Brauns Archiv Bd. II. S. 360.

wird, Ausnahmen gestattet werden. Diejenigen, deren Arbeit das Minimum nicht wert ist und die vom Unternehmer nach Inkrafttreten eines Mindestlohngesetzes entlassen würden — die Alten, Verkrüppelten, Blinden usw. —, müßten, wie es tatsächlich auch schon jetzt geschehe, von der Gemeinschaft erhalten werden. Die teuerste Art und Weise, sie zu erhalten, sei jedenfalls, sie auf dem Arbeitsmarkt konkurrieren zu lassen, da sie so den allgemeinen Lohnstandard in nicht zu unterschätzender Weise herabdrückten.

Gegenüber der oft ausgesprochenen Befürchtung, der Mindestlohn könne die Tendenz haben, Maximallohn zu werden[1]), hebt Sidney Webb hervor[2]), daß einmal der Mindestlohn durch Erhöhung des allgemeinen Lohnniveaus ganz besonderen Anreiz zur Bildung neuer und zur Ausbreitung der bereits bestehenden Gewerkschaften geben würde, die ihrerseits ja wieder ihr besonderes Augenmerk darauf richten würden, daß die Löhne immer höher würden, dann aber würde ja kein Arbeitgeber daran gehindert, das Minimum nach oben, so weit wie er wolle, zu überschreiten, um dadurch tüchtige Arbeiter heranzuziehen.

So scheint der Mindestlohn nach Ansicht des Labourismus in jeder Beziehung, vom volkswirtschaftlichen und sozialhygienischen Standpunkte wie vom Standpunkt des persönlichen Interesses des Arbeitgebers und des Arbeitnehmers, empfehlenswert zu sein. Trotzdem wird auf die Forderung eines allgemeinen Mindestlohnes von den Wortführern des Labourismus kein besonders großer Wert gelegt. Auch die Resolutionen im Parlament würde man fallen gelassen haben, wenn sie nicht gewissermaßen zur Parteireklame sehr gute Dienste zu leisten imstande wären. In der Tat ergeben sich bei näherer Betrachtung der Methoden zur Verwirklichung dieser Forderung und der Folgen der Durchführung derselben sehr große praktische Schwierigkeiten. Der Mindestlohn von 30 sh. pro Woche ist sehr hoch festgesetzt. 32 % der erwachsenen männlichen Arbeiter Englands nehmen jetzt noch nicht mehr als je 25 sh. pro Woche ein. Snowden berechnet, daß die Durchführung des von der Arbeiterpartei geforderten allgemeinen Mindestlohnes von 30 sh der Nation 30 Mill. Pfund im Jahre mehr kosten würde, und fragt: »Wenn auch die Nation im ganzen diesen Verlust tragen könnte, werden es

[1]) Diese Frage wird öfters von E. Aves im „Report on Wages Boards and Industrial Conciliation and Arbitration Acts . . ." (1908) Cd. 4167 angeschnitten. Über die Frage der Herabsetzung von Mindestlöhnen ebda. S. 57, 77 und 123.

[2]) Vgl. „The Legal Minimum Wage".

aber die einzelnen Individuen und die Industrien, die es trifft, tragen können?«[1]).

Der Vorschlag eines Mindestlohns von 30 sh. stellt sich so den Arbeiterabgeordneten selbst vorläufig als undurchführbar dar. Indessen ist ihnen das Prinzip zu bedeutungsvoll und für die Parteiagitation zu wichtig, als daß sie es nicht zum Gegenstand von Resolutionen im Parlamente machen würden. Auch Sidney Webb erscheint ein allgemeiner Mindestlohn in einer ein wirkliches Kulturminimum garantierenden Höhe vorläufig undurchführbar. Er hebt hervor, daß das allgemeine Lohnminimum praktisch nicht anders als durch allmähliche Festsetzung bestimmter Minima in bestimmten Industrien durchgeführt werden könne[2]). Für jede einzelne Industrie müßten Lohnämter, wie sie das erwähnte Gesetz von 1909 für vier Industrien zuerst vorgesehen hatte, eingerichtet werden, und diesen sollte die Festsetzung der einzelnen Mindestlöhne vorbehalten sein.

b) Lohnämter und Einigungsämter (Schiedsgerichte).

1. Lohnämter.

Das australische Beispiel. — Die englischen Gesetze von 1909 und 1912. — Die Labour Bill für Landarbeiter. — Die Bill über Mindestbedingungen des Arbeitsvertrags. — Zusammenfassung.

Australien hat, wie wir bereits erwähnten, mit der Einsetzung von besonderen Behörden zwecks Festsetzung bestimmter Mindestlöhne für bestimmte Gewerbe den Anfang gemacht. Viktoria ist das Land, in dem die »reinen« Lohnämter sich am besten bewährt haben. 1896 richtete man die ersten fünf oder sechs in Melbourne für bestimmte Gewerbe, in denen besonders niedrige Löhne bezahlt wurden, ein; 1904 bestanden schon 59 Lohnämter für 59 verschiedene Gewerbe in dieser Kolonie. Auch in den andern Ländern Australiens, in Neuseeland und Canada, ist man zu ähnlichen Erweiterungen des Arbeitsrechts geschritten und hat Lohnämter eingesetzt, um die Löhne im weitesten Umfange gesetzlich zu fixieren.

[1]) Die Zahl von 32 % stützt sich auf eine Statistik Prof. Bowleys aus dem Jahre 1911, vgl. Snowden, l. c., S. 28. Für detaillierte Lohnstatistik vgl. die verschiedenen „Reports of Enquiry into the Earnings of the Workpeople of the U. K." des Board of Trade z. B. Cd. 5080, Cd. 5196, Cd. 5400 aus dem Jahre 1910. Vgl. auch Cd. 5065 und besonders Cd. 6955 (Cost of Living) 1913.

[2]) Vgl. Sidney Webb, „The Legal Minimum Wage".

Die Befugnisse dieser Lohnämter sind aber in den einzelnen Ländern verschieden. Oft sind Lohnämter und Einigungsämter eng miteinander verbunden, wie z. B. in Neuseeland, in Neu-Süd-Wales und Westaustralien; den Arbeitern ist unter harter Strafe untersagt, um weitere Erhöhung der von den Ämtern festgesetzten Löhne zu streiken, die damit also tatsächlich gesetzlich festgelegt werden. Indessen sollen die sehr interessanten Einzelheiten der australischen und neuseeländischen Gesetzgebung, mit denen sich eine große Anzahl Abgeordnete der Labour Party durch Reisen in die so oft als Arbeiter-»Dorado« gepriesenen Ländern bekannt gemacht haben, an dieser Stelle nicht besprochen werden[1]). Uns kommt es darauf an, zu erfahren, inwieweit die englische Gesetzgebung das australische Muster nachahmte, inwieweit sie das Mindestlohnprinzip in concreto anerkannte und gesetzlich fixierte, und welches die Vorschläge der Labour Party zur weiteren Ausdehnung der in England bestehenden Gesetzgebung sind.

Auch in England begann man mit der Errichtung von Lohnämtern für einige Schwitzindustrien. Der Trade Boards Act von 1909[2]), der, wie wir gesehen haben, hauptsächlich dem Drucke der Labour Party zu verdanken ist, sollte gelten für die Konfektionsindustrie, welche sich mit der Massenfabrikation fertiger Kleider befaßt, für die Industrie, die Schachteln aus Papier, Pappe oder ähnlichem Material herstellen läßt, für die Industrie, welche die Finissage von Spitzen usw. besorgt und für die Kettenmacherei. Alle diese Industrien sind Hausindustrien, welche hauptsächlich Arbeiterinnen beschäftigen. Das Gesetz sah aber vor, daß das Handelsamt die Bestimmungen des Gesetzes auch auf andere Industrien ausdehnen könnte und zwar in erster Linie auf solche, in denen ebenfalls besonders niedrige Arbeitslöhne bezahlt würden. Es wurde auch bestimmt, daß die Lohnämter vom Handelsamt wieder aufgehoben werden könnten, sobald sie ihren Zweck erfüllt und die Löhne in dem betreffenden Gewerbe auf eine angemessene Höhe gebracht hätten.

Die Lohnämter sollen nach den Bestimmungen des Gesetzes ein Minimum für Zeitlohn sowohl als für Stücklöhne fest-

---

[1]) Vgl. den Bericht von Aves und Schachner, l. c., S. 54 ff. Insbesondere kann von einer Kritik der australischen Gesetzgebung, die bekanntlich viele Mißstände gezeitigt hat, sowie von der Besprechung der Frage der Übertragbarkeit der australischen Gesetzgebung auf England oder Deutschland hier gänzlich abgesehen werden.

[2]) 9. Edw. 7. c. 22.

setzen und können verordnen, daß diese Mindestsätze entweder nur für einen bestimmten Distrikt oder für eine bestimmte Klasse Arbeiter oder auch allgemein für die betreffende Industrie gelten sollen. Drei Monate vor der Festsetzung der Lohnsätze haben die Ämter dieselben bekannt zu geben und die dagegen geltend gemachten Einreden zu berücksichtigen. Nach der Bekanntmachung der Sätze dürfen die Arbeitgeber Arbeitern, welche ihre Zustimmung dazu geben, noch sechs Monate lang niedrigere Löhne als die festgesetzten zahlen; nach Ablauf dieser Frist werden die Mindestlohnsätze Gesetz. Die Strafe für die Unterschreitung dieser Sätze seitens des Arbeitgebers beträgt mindestens 400 Mk., auch können die Arbeiter den entgangenen Lohn ersetzt erhalten. Der Vorstand der Lohnämter wird gebildet aus der gleichen Anzahl von Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer; der Vorsitzende wird vom Handelsamt ernannt. Für besondere Distrikte können wieder Distriktausschüsse abgezweigt werden, die mehr oder weniger selbständig ihrerseits Löhne festsetzen dürfen.

Dieses Gesetz von 1909 ging fast ohne Opposition im Parlament durch. Nur Sir Frederick Banbury erhob warnend seine Stimme und erklärte, daß man sich damit der sozialdemokratischen Partei mit Haut und Haaren ausgeliefert habe[1]). Schon im Jahre 1912 ist in der Tat, wie wir bereits erfuhren, das Mindestlohnprinzip auf eine sehr bedeutende Industrie, bei der im allgemeinen schon recht hohe Löhne gezahlt wurden, angewendet worden. Der große Kohlenarbeiterstreik zwang die Regierung dazu. »Ich möchte hervorheben«, sagte Asquith im Parlament, »daß ich und meine Kollegen erst dann zur Gesetzgebung schritten, als alle Hoffnung auf Beilegung des Streiks durch eine Verständigung der streitenden Parteien untereinander verschwunden war«[2]). Wenige Wochen vorher hatte erst, wie wir früher erwähnten, die Regierung gegen die Mindestlohnresolution der Labour Party gestimmt. Das

---

[1]) Vgl. Hansard 1909, vol. II, S. 1792 f.; vgl. auch vol. IV, S. 1406 f. Der Vertreter der Regierung, Mr. Tennant, bemerkte damals noch (vol. IV, 7 f.): „The general rate of wages throughout the country will be settled by other means than this bill — that is by economic force."

[2]) Vgl. Hansard (1912), vol. XXXV, S. 1723. — Die Mindestlohnresolution Macdonalds vom 15. II. 12 (Hansard vol. XXXIV, S. 43 ff.) wurde von Tennant mit folgendem Argument zurückgewiesen: „Any considerable or certain increase in the rate of wages must increase the cost of production and dislocate labour. The increase in the cost of production will invite foreign competition."

Mindestlohngesetz für Kohlenarbeiter[1]), das so dem Parlamente abgezwungen wurde, soll vorläufig auch nur für drei Jahre gelten. Es gibt den Distriktämtern, welche vom Handelsamt anerkannt sein und einen unparteiischen Vorsitzenden haben müssen, die Befugnis, Mindestlöhne für die Arbeiter unter Tage festzusetzen. Ausnahmen sind vorgesehen; ausdrücklich wird den Ämtern vorbehalten, auf bestimmte Arbeiter die Lohnsätze für nicht anwendbar zu erklären. Ferner wird die Zahlung des Mindestlohnes von der geleisteten Arbeit abhängig gemacht; es werden aber besonders die Fälle ausgenommen, bei welchen für mindere Ergiebigkeit der Arbeit die Schuld in Umständen zu suchen ist, die man dem Arbeiter nicht zur Last legen kann. Für einzelne Klassen von Gruben können besondere Bestimmungen erlassen werden, ebenso für einzelne Klassen von Arbeitern. Gegen die Nichtbezahlung der Mindestlöhne wird nicht gesetzlich eingeschritten, die Arbeiter können aber in diesem Falle ihre Ansprüche zivilrechtlich geltend machen.

So weit die englische Gesetzgebung, welche die Labour Party zu erweitern trachtet. Wir müssen hier vor allem zwei Bills der Labour Party erwähnen, welche von ihr beide im Jahre 1913 vor das Parlament gebracht werden. Einmal der Gesetzentwurf zur Schaffung von Lohnämtern für eine andere Kategorie niedrig bezahlter Arbeiter, die Landarbeiter[2]), andererseits eine allgemein gehaltene Bill über Mindestarbeitsbedingungen [Labour-Minimum Conditions Bill][3]), welche sich auf die bisherige Gesetzgebung in England stützt und vorläufig die Forderungen der Labour Party in dieser Frage zusammenfaßt.

Zur Erhöhung der Löhne der Landarbeiter sollen gemäß der Agricultural Labourers (Wages and Hours) Bill zunächst Lohnämter, in der Regel eins für jede Grafschaft errichtet werden, die in ganz ähnlicher Weise konstituiert sein sollen, wie die durch das Gesetz von 1909 eingeführten. Die Ämter sollen den Mindestwochenlohn und die Maximalarbeitszeit, die keinesfalls mehr als 60 Stunden pro Woche betragen darf, festsetzen. Die Methode der Stückentlöhnung soll nur dann gestattet werden, falls dadurch das Minimum an Zeitlohn erreicht wird. Alte usw. Arbeiter können von den Bestimmungen ausgenommen werden. Überstunden dürfen nur zu bestimmten Zeiten im Jahre und nur nach vorher

[1]) 2 Geo. 5. c. 2.
[2]) Bill 182.
[3]) Bill 291.

eingeholter Erlaubnis gegen Zahlung entsprechend höherer Löhne gestattet werden. Der Sonnabendnachmittag muß frei sein, ebenso der Sonntag. Nur im Fall besonders eingeholter Erlaubnis darf am Sonntag gearbeitet werden, falls dafür ein anderer Tag in der Woche freigegeben wird. All dies haben die Lohnämter im einzelnen zu bestimmen. Ihre Verordnungen müssen aber dem Landwirtschaftsamt mitgeteilt werden, das dieselben nach Belieben verändern kann. Es ist anzunehmen, daß die liberale Regierung auf dieses Gesetz zurückkommen wird.

Die Mindestlohngesetzgebung sucht nun die L. P. vorläufig abzuschließen in der zweiten der erwähnten Bills, ihrem Gesetzentwurf über Mindestarbeitsbedingungen (Labour Minimum Conditions Bill). In diesem wird das Handelsamt ermächtigt, in bestimmten Fällen Lohnämter einzurichten, nämlich:

1. für jedes Gewerbe, in welchem nach der Feststellung des Handelsamts der übliche Wochenlohn, sei es für einen Arbeiter oder für eine Arbeiterin, 25 sh. nicht überschreitet;

2. für jedes Gewerbe, für das durch eine Eingabe eines Arbeitnehmer- oder eines Arbeitgeberverbandes die Einrichtung von Lohnämtern gewünscht wird.

Diese Lohnämter sollen, abgesehen von den Gewerben, welche irgendwie eine Ausnahmestellung einnehmen, durch ganz England einen Standardlohn von nicht weniger als 25 sh. für jeden erwachsenen Arbeiter von durchschnittlicher Leistungsfähigkeit und einer Maximalarbeitszeit von 48 Stunden in der Woche festzusetzen versuchen. Sie sollen ermächtigt sein, nicht allein Zeit- und Stücklöhne, die wieder für die ganze Industrie geltend gemacht werden können, und die Maximalarbeitszeit festzusetzen, sondern auch die Stunden des Tages, an denen Arbeiter in den Fabriken beschäftigt werden dürfen, die Pausen für die Mahlzeiten, die freien Tage, an denen jede Beschäftigung verboten sein soll, und das Maximalverhältnis der Arbeiter zu den Lehrlingen und Hilfsarbeitern, wie auch die Entlöhnungsmethoden für die letzteren. Die Bestimmungen werden wie im Gesetz von 1909 nach 6 Monaten obligatorisch. Überschreitungen der Bestimmungen seitens der Arbeitgeber werden mit hohen Geldstrafen belegt. Dem Arbeitgeber wird vor Gericht die Beweislast zugeschoben. Die Zusammensetzung der Leitung der Ämter ist dieselbe wie die im Gesetz von 1909 festgelegte; auch sollen, wie dort, Frauen in den Vorstand wählbar sein.

Die Forderungen der Labour Party gehen also dahin, das Arbeitsrecht in der Weise zu erweitern, daß durch bestimmte Instanzen, die Lohnämter, die dem Staate unterstehen, Mindestarbeitsbedingungen mit gesetzlicher Kraft fixiert werden. Diese Lohnämter sollen für alle Industrien durchgeführt werden. Zweck der Lohnämter ist vor allem die Herbeiführung eines Mindestlohnes als Grundlage eines Kulturminimums für jeden Arbeiter, ein Ziel, das, wie wir sehen, immer konkretere und praktischere Formen annimmt. Die erste Forderung in dieser Richtung ist der Mindestlohn.

Es versteht sich nach dem Ausgeführten von selbst, daß der Mindestlohn als Mindest-Reallohn gedacht ist. Auf diese Tatsache wird fortgesetzt von den Labouristen hingewiesen. Gerade die letzten Jahre haben nach ihrer Meinung gezeigt, daß die kolossale Zunahme des nationalen Ertrages den Arbeitern nicht entsprechende Lohnerhöhung gebracht habe, daß vielmehr ihr Anteil an der nationalen Dividende erheblich gefallen sei, daß die Reallöhne erheblich zurückgegangen wären[1]). Gerade die Lohnämter sollen nun ihre Hauptaufgabe darin sehen, bestimmte Lebensstandards für bestimmte Klassen von Arbeitern zu fixieren. Um einer Erniedrigung dieser von ihnen festgesetzten Standards vorzubeugen, müssen allerdings noch weitere gesetzgeberische Maßnahmen hinzutreten, in erster Linie die Einigungsämter, von denen im Folgenden die Rede sein wird.

2. Einigungsämter.

Der Zusammenhang zwischen Lohnamtsgesetzgebung und Einigungsämtern. — Die Spaltung in den Reihen der Labour Party, »conciliation« und »arbitration«. — Überblick über die Geschichte des englischen Einigungswesens. — Die Labour Disputes Bill von 1911 und die Industrial Agreements Bill von 1912. — Zusammenfassung.

Wir haben gesehen, wie der Labourismus die Festlegung gewisser Mindestbedingungen für die Arbeiter jeder Industrie unter der Kontrolle staatlicher Organe anstrebt und damit das Arbeitsverhältnis mehr und mehr zu einem öffentlich-rechtlichen gestalten will. Die Lohnamtsgesetzgebung fixiert einen Lebensstandard für die Arbeiter eines bestimmten Gewerbes. Da die festgesetzte Geldsumme aber nicht einen Standard für alle Zeit

[1]) Vgl. S. 107, Anm. 3; vgl. auch L. G. Chiozza Money, „Riches and Poverty", 10. A., 1911.

garantiert, und da auch dieser Standard eine veränderliche Größe ist, müssen Mittel gefunden werden, die Lohnamtsgesetzgebung so zu ergänzen, daß eine Benachteiligung der Arbeiter ausgeschlossen wird. Diese Regelung der notwendig erscheinenden Lohnveränderungen, die auch den gleichen Organen, die die Lohnamtsgesetzgebung durchzuführen haben, anvertraut wird oder mit denselben wenigstens verbunden werden kann, ist Aufgabe des Einigungswesens. Die Einigungsämter sollen zugleich als Gerichtshof für alle anderen Streitigkeiten aus dem Arbeitsvertrage dienen und sollen Streiks und Aussperrungen überflüssig machen.

Allerdings müssen wir hier von vornherein eine Uneinigkeit in den Reihen der L. P. konstatieren. Seit Jahren tobt ein harter Streit um die Erwünschtheit oder Unerwünschtheit von »compulsory arbitration«, welche allseitige gesetzliche Lohnfestsetzung bedeuten würde[1]). Auf der einen Seite stehen die alten Trade-Unionisten und ihre jüngeren Brüder, die Syndikalisten, die mit besonderer Heftigkeit das »Recht auf Streik«, mit dem ihrer Meinung nach der Trade Unionismus steht und fällt, verteidigen, auf der anderen Seite die stets zunehmende Gruppe derjenigen, die mit den Fabiern das Zwangseinigungswesen, welches den Streik zur strafbaren Handlung macht, durchführen wollen. Das Haupt der letzteren ist Philip Snowden, der den Streik als völlig antiquierte Kampfmethode ansieht und der besonders gelegentlich der letzten großen englischen Streiks mit äußerst heftigen Worten diese Waffe aus der Rüstkammer des alten Trade Unionismus verdammte und für das Zwangseinigungswesen eintrat, wie es in Neuseeland und anderswo besteht. Diese Richtung, die mit den Streiks vollständig aufräumen will, ist aber bis jetzt noch innerhalb der Partei durchaus in der Minderheit. Die Partei als Ganzes nimmt eine vermittelnde Stellung an. Sie will Einigungämter schaffen, hält es jedoch nicht für zweckmäßig, dieselben mit einer derartigen Machtfülle auszustatten, wie Snowden und andere es wollen. Sie will »conciliation«, nicht »arbitration«.

Was bedeuten diese beiden Begriffe, inwieweit sind sie bereits durch die Gesetzgebung verwirklicht, und welche besonderen Vorschläge hat die L. P. zum weiteren Ausbau des Einigungswesens zu machen? — »Conciliation« hat die Initiative der streiten-

[1]) Vgl. z. B. Protokoll der letzten (Londoner) Konferenz der L. P. 1913, S. 71, 95. Macdonald hat sich wiederholt im Hinblick auf die Erfahrungen australischer Arbeiter gegen compulsory arbitration ausgesprochen.

den Parteien beim Anruf des staatlichen bzw. durch den Staat vermittelten Schiedsspruchs zur Voraussetzung, »Arbitration« bedeutet Zwangseinigungswesen, nicht allein Festsetzung der Arbeitervertragsbedingungen, sondern Entscheidung über notwendige Veränderungen desselben mit gesetzlicher Kraft. Conciliation zieht dem Streik gewisse Grenzen, Arbitration macht jeden Streik zur strafbaren Handlung.

Conciliation ist einfach eine Erweiterung des Prinzips gegenseitiger Verhandlung zwischen Arbeitern und Arbeitgebern zwecks Aufsetzung eines neuen bzw. Veränderung eines bestehenden Arbeitsvertrags. Die meisten Arbeitsstreitigkeiten wurden von jeher auf dem Wege der direkten Verhandlung erledigt, um das kostspielige Mittel des Streiks bzw. der Aussperrung zu umgehen. Auch permanente Schiedsgerichte bildeten sich besonders seit den siebziger Jahren allmählich für die meisten Industrien[1]). Der »Kohlenkrieg« von 1893[2]) lenkte dann das Auge des Staates auf diese Schiedsgerichte. Die 1894 eingesetzte Kommission empfahl die Schaffung von einigen Einigungsämtern für die Städte und für die Grafschaften und eines Zentralamts, welches schon bei Errichtung der Ämter zu Rate gezogen werden sollte. Sie wünschte ferner, daß ein Bericht über jeden Streik an das Handelsamt geschickt werden sollte und daß dieses auch, wenn darum ersucht, bei Arbeitsstreitigkeiten intervenieren dürfte. Dieser letztere Vorschlag der Kommission wurde im Gesetz von 1896[3]) noch dahin erweitert, daß dem Handelsamt die Befugnis gegeben wurde, die Ursachen eines Streiks zu untersuchen, die streitenden Parteien zu gemeinsamen Verhandlungen zu bestimmen, auf den Wunsch einer Partei ein Einigungsamt unter seiner Mitwirkung einzusetzen, auf den Wunsch beider Parteien selbst den Schiedsspruch zu fällen. Neuseeland, auf dessen Gesetzgebung wir nicht näher eingehen wollen, hatte schon 1894 das Zwangseinigungswesen durchgeführt[4]). In England nahm die Zahl der Einigungsämter (conciliation boards) immer mehr zu. 1911 betrug ihre Zahl 293. Besonders die Einigungsämter bei den Eisenbahnarbeitern haben eine große Bedeutung erlangt. 1908 fand nach der Veröffentlichung des sehr

---

[1]) Auch schon Ende der 60er Jahre ; vgl. Webb, History S. 322 ff.

[2]) Der öfters erwähnte Bergarbeiterstreik von 1893, bei dem zum ersten Male um das Prinzip des Mindestlohnes gekämpft wurde.

[3]) Conciliation Act. (59. u. 60. Vict. c. 30).

[4]) Vgl. den erwähnten Bericht von Aves und Schachner l. c. S. 154 ff.

lesenswerten Berichtes von E. Aves, den die englische Regierung zum Studium des Einigungswesens nach Australien und Neuseeland geschickt hatte, auch das Arbitrationsprinzip in England Eingang. Es wurde ein Arbitrationsgerichtshof (court of arbitration) eingesetzt, der den Bestimmungen des Gesetzes von 1896 zum Teil unterstellt wurde. Dieser Gerichtshof setzte sich zusammen aus führenden Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Wenn darum ersucht, setzt das Handelsamt aus den Reihen dieser Männer einen besonderen court of arbitration ein, dessen Entscheidung gesetzliche Kraft hat. 1911 wurde in 7 Fällen ein solches Schiedsgericht zusammenberufen[1]). In demselben Jahre wurde ferner das »Industrial Council«[2]) gebildet, welches aus 13 Vertretern der Arbeitgeber und ebenso vielen Vertretern der Arbeiter besteht und bei denjenigen Streiks, die größeren Umfang anzunehmen und insbesondere andere Industrien in Mitleidenschaft zu ziehen drohen, bindende Schiedssprüche ergehen lassen kann. Dieser Industrierat stellte im Juni 1912 bei allen Gewerkschaften eine Rundfrage an zur Beantwortung der Frage, wie man die Verletzung von Tarifverträgen am besten verhindern könne und inwieweit bestimmte Verträge einzelner Arbeitgeber mit den von ihnen angestellten Arbeitern für ihr ganzes Gewerbe bindend gemacht werden könnten. Diese beiden Fragen, mit denen sich auch der Gewerkschaftskongreß von 1912 befaßte, werden uns auch im folgenden, bei Betrachtung des Standpunkts der L. P. beschäftigen.

Die Partei hat ihren Standpunkt vor allem in zwei Gesetzesentwürfen klargelegt: in der Bill über Arbeitsstreitigkeiten (Labour Disputes Bill) vom Jahre 1911[3]) und in der Bill über industrielle Verträge (Industrial Agreements Bill) vom Jahre 1912[4]), die gelegentlich des Transportarbeiterstreiks zu London im Jahre 1912 eingebracht wurde und in erster Linie auf die damaligen Tatsachen Bezug nimmt, die aber auch eine gewisse prinzipielle Bedeutung besitzt und daher hier nicht unerwähnt gelassen werden darf.

---

[1]) Von besonderem Interesse sind die oben erwähnten Schiedsgerichte bei den Eisenbahnern, welche unter Mitwirkung der Regierung 1907 und dann nach dem großen Streike von 1911 und nach Abschluß der Untersuchungen der Kgl. Kommission über das Eisenbahnwesen 1912 nach neuem Muster eingerichtet wurden. Vgl. darüber Ch. Leubuscher l. c. S. 74 ff.

[2]) Vgl. auch Protokoll des Newporter Gewerkschaftskongresses (1912), S. 128 ff.

[3]) Bill 360.

[4]) Bill 253.

Die Bill vom Jahre 1911 verlangt zunächst noch einmal ausdrücklich, daß im Falle, daß bei einer Arbeitsstreitigkeit, handele es sich um eine Aussperrung oder einen Streik, keine Einigung zwischen den Parteien erzielt werden könne, Arbeitgebern wie Arbeitnehmern das Recht zustehen solle, vom Handelsministerium die Einsetzung eines Einigungs- und Untersuchungsamtes zu beantragen. Diejenige Partei, welche diesen Antrag mit eingehender Begründung dem Handelsamt zukommen läßt, hat gleichzeitig eine Abschrift des Schreibens der anderen Partei zukommen zu lassen. Jede Partei empfiehlt einen Bevollmächtigten für das zu schaffende Einigungsamt. Diese beiden haben vom Handelsamt bestätigt zu werden und wählen ihrerseits einen dritten Vorsitzenden. Alle drei Vorstandsmitglieder können aber auch im Zweifelsfalle — falls von der Wahl der ersten beiden seitens der Parteien oder von des Wahl des dritten seitens der beiden Bevollmächtigten abgesehen wird — vom Handelsamt selbst bestimmt werden.

Die so gebildeten Einigungsämter haben nun die Aufgabe, mit allen Mitteln eine Einigung unter den streitenden Parteien zustande zu bringen. Das Amt hat daher die Befugnis, sämtliche Personen, deren Aussage zur Untersuchung des Falles von Wert sein könnten, vorzuladen und Aussagen unter Eid machen zu lassen, alle Bücher, Dokumente usw. von Wichtigkeit einzusehen, alle Örtlichkeiten zu inspizieren, die bei dem betreffenden Streik oder der betreffenden Aussperrung etwas zu bedeuten hatten; alle Versuche, derartige Nachprüfungen zu verhindern, werden hart bestraft, kurzum, es werden für jede Arbeitsstreitigkeit Organe geschaffen, die dieselben Befugnisse wie Gerichtshöfe besitzen.

Vor dem Einigungsamt wird dann von den Parteien schließlich ein Vertrag abgeschlossen, der bindend ist. Eine Abschrift des Vertrages nebst genauem Bericht über die Verhandlungen wird an das Handelsamt geschickt. Kommt es zu keiner Einigung, so wird wieder an das Handelsamt ein genauer Bericht gesandt; das Einigungsamt setzt darin im einzelnen die Art und Weise der Lösung, wie sie ihm am glücklichsten scheint, auseinander, Kopien gehen den beiden streitenden Parteien zu. Das Handelsamt hat zu entscheiden.

Wichtig ist besonders die Klausel 32 und 33 dieser Bill, welche bestimmt, daß während der Dauer der Verhandlungen das Arbeitsverhältnis durchaus ungestör

bleiben müsse. Sobald eine Arbeitsstreitigkeit dem Handelsamt zwecks Einsetzung eines Einigungsamtes unterbreitet wird, wird Streik oder Aussperrung ungesetzlich und mit harten Strafen geahndet. Dadurch wird das Recht auf Streik, das so sorgsam behütete Kleinod der Gewerkschaften, doch auch hier stark beschnitten.

Die andere oben erwähnte Bill vom Jahre 1912 bringt ein anderes, neues Prinzip zur Geltung, welches zwar zunächst für die Transportarbeiter Londons gelten sollte, dessen Anwendung bei anderen Industrien aber prinzipiell nichts im Wege stehen würde. Die Bill bestimmt, daß eine »repräsentative« Körperschaft von Arbeitgebern und Arbeitern im Londoner Hafen, welche einen Vertrag über Arbeitsbedingungen — Höhe der Löhne, Lauf der Arbeitszeit usw. abschließt und den Vertrag beim Handelsamt eintragen läßt, die Bestimmungen eines solchen Vertrages zugleich für die übrigen Arbeitgeber oder Arbeitnehmer des Londoner Hafens bindend macht. Voraussetzung ist, daß es sich um einen »represantive body« von Arbeitgebern und Arbeitnehmern handelt, ausdrücklich bestimmt aber die Klausel 2, daß solche Eingaben, die von mindestens einem Drittel der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, auf die dieser Vertrag zur Anwendung gelangen würde, oder von Personen unterzeichnet sind, die mindestens die Hälfte des Handels im Londoner Hafen besorgen, nicht zurückgewiesen werden dürfen. Indessen ist ein nachträglicher Rücktritt gestattet, falls auf eine Eingabe der Beteiligten hin das Handelsamt dieselben nicht mehr als »representative body« anerkennt.

Wir sehen also: die Partei nimmt in der Frage des Streikrechts vorläufig einen vermittelnden Standpunkt ein. Für die Dauer der Verhandlungen der regelrecht gebildeten Schiedsgerichte soll der Streik ungesetzlich sein. Es soll ferner der Geltungsbereich der Tarifverträge immer weiter ausgedehnt werden, Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, soweit dieselben einen bestimmten Prozentsatz der in den betreffenden Gewerben beschäftigten Menschen vertreten oder an der Produktion (bzw. dem Umsatz) in dem betreffenden Gewerbe einen bestimmten Anteil haben, sollen für das ganze betreffende Gewerbe bindend gemacht werden können. Alles in allem: eine fortgesetzte Erweiterung des Arbeitsvertragsrechts, eine fortgesetzte Vergrößerung der Kontrolle seitens des Staates, der dem Arbeiter gewisse Mindestbedingungen garantiert, der bestimmte Zwischenglieder, Lohnämter

bzw. Einigungsämter, bildet, um in das Wirtschaftsleben regelnd einzugreifen.

So muß und wird, wie die Fabier sagen, das »Lohnsystem«, das die Löhne in freier Konkurrenz sich bilden ließ, durch ein neues ersetzt werden, das die Löhne nach den Bedürfnissen der Arbeiter in den verschiedenen Gewerben berechnet. Anstatt einen Menschen arbeiten zu lassen, wann er will und wie er will, wird nun jedem arbeitsfähigen, gesunden Menschen ein bestimmter Platz in der Gemeinschaft angewiesen werden, wo er unter bestimmten Behörden im Dienste der Gemeinschaft tätig sein und dafür ein gesetzlich bestimmtes, auskömmliches Gehalt beziehen wird[1]). So wird die Sphäre des Individualrechts, die Sphäre willkürlicher Festsetzungen zwischen Individuen immer mehr eingeschränkt, so wird dem sozialistischen Staate vorgearbeitet, der schließlich alle wirtschaftlich relevanten Vorgänge in seinem Bereich kontrollieren soll.

B. Verhütung der Arbeitslosigkeit[2]).

Die Wichtigkeit des Arbeitslosenproblems. — Bedeutung der Arbeitsnachweise. — Die Arbeitslosenversicherung. — Die vier verschiedenen Klassen von Arbeitslosen. — Die Right to Work Bill der Labour Party. — Notwendigkeit eines Arbeitsministeriums. — Aufgaben desselben. — Weitere Reformen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit.

Die Arbeitslosigkeit, diese moderne Form der Hungersnot, ist in vieler Beziehung das schlimmste soziale Problem unserer Zeit. Fehlen dem Arbeiter plötzlich die Mittel, sich und seine Familie zu erhalten, und hat er auf längere Zeit keine Aussicht, eine neue zu finden, so sinkt er leicht in jene sozialen Tiefen, aus denen ein Emporkommen nicht so leicht möglich ist: Armenhäuser, Krankenhäuser, Gefängnisse öffnen ihm ihre Tore.

---

[1]) Vgl. Fab. Tr. 70. S. 7: „Socialism does not involve the abolition of wages but the establishment of standard allowances for the maintenance of all workers by the community in its own service . . . . The F. S., far from wishing to abolish wages, wishes to secure them for everybody". — Über die Frage des Schutzzolles. als Folge der Einführung von Mindestlöhnen — die „New Protection" Australiens — vgl. S. 190 u. S. 197 ff.

[2]) Vgl. für das Folgende (B. u. C.) besonders Report on the Royal Commission on the Poor Laws vol. III, being the Minority Report (Cd. 4499); vgl. auch Webb, „Problem der Armut". — Für B. ferner vor allem Beveridge, „Unemployment", 3. A., 1912.

Es gibt »verschuldete« und »unverschuldete« Arbeitslosigkeit. Und es gibt eine Art Unterbeschäftigung, die in ihren Folgen manchmal noch schlimmer ist als Arbeitslosigkeit; es handelt sich um die große Zahl von Gelegenheitsarbeitern, die womöglich jeden Monat des öfteren vis-à-vis de rien stehen. Die Webbs haben mit besonderem Nachdruck darauf hingewiesen, daß man sehr scharf die verschiedenen Klassen von Arbeitslosen unterscheiden müsse und daß es nicht ein Allheilmittel zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit gäbe. Die Arbeiterpartei hat sich dieser Meinung angeschlossen, und ein anderes steht dem Labourismus ein- für allemal fest: nicht damit ist es getan, daß die Arbeiter nach dem Verlust ihrer Stellung unterstützt werden und ihnen über die Zeit der Arbeitslosigkeit hinweggeholfen wird, die Arbeitslosigkeit muß vielmehr überhaupt verhütet, ihre Ursachen müssen beseitigt werden, und dazu fordert der Labourismus vom Staate die Durchführung der Maßnahmen, die wir im folgenden kennen lernen wollen.

Die erste Vorbedingung zur Inangriffnahme des Problems ist nach der Meinung des Labourismus die Organisation des Arbeitsmarkts. Erst dadurch wird uns das notwendige Material geliefert, welches uns über den Stand der Beschäftigung in den einzelnen Gewerben und an den einzelnen Orten orientiert. Dies geschieht, wenn auch nicht in durchweg befriedigender Weise, für die L. P. durch die Arbeitsnachweisbureaus, welche in England 1909 durch die Labour Exchanges Act von Staats wegen errichtet wurden[1]). Aber wenn auch die Arbeitsnachweise, besonders in guten Zeiten, viel Arbeitslosigkeit zu beseitigen imstande sind, indem sie einen Arbeitermangel auf der einen Stelle durch Feststellung eines Überangebots von Arbeitern an einer anderen Stelle zuweilen ausgleichen können, so haben sie im großen und ganzen für das Arbeitslosenproblem eine mehr informatorische Bedeutung. Sie können den einmal arbeitslos Gewordenen gute Dienste leisten, die Arbeitslosigkeit überhaupt zu verhüten sind sie außerstande.

Dasselbe gilt, wie der Labourismus hervorhebt, von der gewerkschaftlichen oder staatlichen Arbeitslosenversicherung[2]). Das Geld, was die Versicherung zahlt, vermag dem Arbeiter über die schlimme Zeit hinwegzuhelfen, aber keine Versicherung vermag die Ursachen der Arbeitslosigkeit aus der Welt zu schaffen. Die Behandlung des Arbeitslosenproblems durch den heutigen Staat,

[1]) Vgl. S. 105.

[2]) Vgl. S. 106, Anm. 1.

sagt Sidney Webb[1]), sei der Art und Weise zu vergleichen, wie etwa früher der Squire die Kranken seines Dorfes behandelte, wenn Jahr für Jahr der Typhus ausbrach. Der Squire tat mit seinen Töchtern alles, um den Kranken zu helfen. Er richtet auch Krankenkassen ein; anderen, die zur gegenseitigen Versicherung nicht beisteuern konnten, schenkte er Medizin und Nahrung während der Krankheit. Er schickte den Arzt und Krankenpflegerinnen zu ihnen, schickte andere weg in Krankenhäuser und Sanatorien, er gab einzelnen Altersrenten und schenkte Geld zur Bestattung der Gestorbenen. Aber der Squire tat nichts, um den erneuten Ausbruch einer Typhusepidemie zu verhindern; er baute keine gesunden Wohnungen, er sorgte nicht für Kanalisation des Dorfes und ließ keine Wasserleitung bauen, die das gesunde klare Wasser von den Bergen ins Dorf brächte. Und so kam Jahr für Jahr trotz aller seiner Freundlichkeit gegenüber den Kranken der Typhus wieder ins Dorf und raffte gesunde und blühende Menschen hinweg. Genau so wie dieser Squire, sagt Sidney Webb, handelt der englische Staat noch heute; er habe wohl allerlei Mittel und Mittelchen für diejenigen, welche durch das Nachlassen im Geschäftsgang eines Gewerbes plötzlich arbeitslos würden, wie er auch allerlei Mittelchen gegen das aus anderen Ursachen entstehende Elend hätte, aber er tue nichts um die Arbeitslosigkeit, die Armut überhaupt zu verhindern.

Die Schwierigkeit dieser Aufgabe wird auch von den Labouristen unbedingt zugegeben, und es wäre auch nach ihrer Ansicht kindlich zu glauben, man könne mit einem Schlage auf gesetzlichem Wege die Arbeitslosigkeit aus der Welt schaffen. Das genaue Studium der Arbeitslosenfrage lehre uns zunächst vier Klassen von Arbeitslosen unterscheiden, die in verschiedener Weise behandelt werden müssen:

1. Diejenigen auf längere Zeiträume angestellten Arbeiter, in deren Gewerben infolge Nachlassens der Nachfrage seitens der Konsumenten zeitweilig zur Einschränkung der Produktion und zur Arbeiterentlassung geschritten werden muß, wie das z. B. bei den Textilarbeitern oft der Fall sei. Hier muß versucht werden, die Nachfrage soweit als möglich durch geeignete Maßnahmen auf demselben Niveau zu erhalten.

2. Die auf kürzere Zeiträume angestellten Arbeiter, z. B. die Bauarbeiter, die sich immer wieder neue Stellungen suchen müssen und eine solche zu finden oft außerstande sind. Hier

[1]) Vgl. die Flugschrift „How to do away with Unemployment".

muß auch nach Möglichkeit eine gleichmäßige Inanspruchnahme der Gewerbe herbeigeführt, und den Arbeitern der Übergang von einer Stellung in die andere erleichtert werden.

3. Die Gelegenheitsarbeiter, die nur selten den durchschnittlichen Wochenlohn eines regelmäßig beschäftigten Arbeiters sich zusammen zu verdienen imstande sind, wie die Dockarbeiter usw., für die schon durch die bessere Organisation ihres Arbeitsmarkts viel getan werden könne.

4. Diejenigen Arbeiter, die aus irgendwelchen Gründen keine Stellung mehr finden können und nun herumlungern und gewöhnlich dem Elend anheimfallen. Die Kranken müssen unterstützt werden, die gesunden »unemployables« muß man mit allen Mitteln der Gesellschaft zu erhalten und zu bessern suchen, vor allem auch die notwendigen Vorkehrungen treffen, daß ihre Zahl immer mehr abnehme.

Alles dies kann und soll nach Ansicht des Labourismus der Staat durchführen. Unverschuldete Arbeitslosigkeit darf der Staat im Interesse des einzelnen nicht zulassen, darf er in seinem eigensten Interesse nicht dulden, weil die Arbeitslosigkeit die Quelle so vieler anderer Übel ist. Der Staat muß jedem, der davon betroffen wird, entweder angemessene Arbeit verschaffen oder Unterstützung zum Unterhalte des Arbeiters und seiner Familie gewähren. Die Labour Party fordert daher auch in erster Linie vom Staate die Anerkennung des »Rechtes auf Arbeit« für alle »echten« Arbeitslosen [genuinely unemployed][1]). Dieses Recht auf Arbeit ist kein absolutes Recht des einzelnen überhaupt, wie es etwa ein Louis Blanc forderte, sondern vor allem eine Pflicht des Staates gegen sich selbst, eine Pflicht, die ihm infolge seiner Verantwortlichkeit für das öffentliche Wohl obliegt.

Der Gesetzentwurf, den die Partei im Jahre 1911 dem Parlamente unterbreitete [Right to Work Bill][2]), bestimmt, daß ein Arbeiter, der britischer Untertan ist, sich mindestens drei Monate in einem bestimmten Distrikt aufgehalten hat, und für den auf dem Wege des Arbeitsnachweises weder innerhalb noch außerhalb seines Distrikts passende Arbeitsgelegenheit gefunden wurde, sieben Tage nach seinem ersten Arbeitsgesuche als arbeitslos von den dazu geschaffenen Behörden registriert werden solle. Diese

[1]) Vgl. Hansard vol. 186, S. 21 ff. (Sitzung v. 13. III. 1908). Macdonald bezeichnete damals die Klausel 3 der Bill (right to work) als „the kernel of the measure".

[2]) In veränderter (erweiterter) Form 1912 und 1913 (Bill 37).

haben die Pflicht, entweder dem betreffenden Arbeiter eine passende Arbeitsgelegenheit gemäß den Bestimmungen des Gesetzes zu verschaffen, oder, wenn er sieben weitere Tage arbeitslos geblieben ist, ihm und seiner Familie eine derartige Unterstützung zuteil werden zu lassen, als der bei der arbeitslosen Behörde angestellte Arzt für notwendig erachtet, um die Gesundheit und die Arbeitskraft dieser Menschen ungeschmälert zu erhalten. Falls ein Arbeitsloser wegen Krankheit, Schwachheit und aus ähnlichen Gründen eine für ihn vorhandene Arbeit nicht verrichten kann, so soll er der gleichen Unterstützung zuteil werden und ev. in geeigneten Fällen Instituten überwiesen werden, welche eigens für die Fortbildung Arbeitsloser für andere Berufe eingerichtet werden sollen.

Dagegen sollen diejenigen als arbeitslos eingeschriebenen Personen kein Recht auf Unterstützung haben, welche

1. entweder Arbeitsgelegenheiten von sich gewiesen haben, deren Bedingungen nach der Meinung des in jedem Distrikte zu bildenden Ausschusses für Arbeitslosigkeit und auf Grund eines Berichtes der Arbeitsnachweiszentrale, was den Lohn wie die Arbeitszeit anbetrifft, nicht schlechter sind als die üblichen Arbeitsbedingungen in dem betreffenden Distrikte;

2. diejenigen, die eine für sie geeignete Arbeitsgelegenheit ausgeschlagen haben, obgleich sie nach der Meinung des Arztes der Behörde gesundheitlich imstande sind, die Arbeit zu verrichten.

Schon in dieser Bill war vorgesehen, daß das Schatzamt dafür sorgen solle, daß für Zeiten der wirtschaftlichen Depression ein zehnjähriges Arbeitsprogramm vorbereitet werden solle, das im Falle zunehmender Arbeitslosigkeit nach Beratung mit dem Handelsamte in Angriff zu nehmen sei. Dadurch soll das Nachlassen der Nachfrage nach Arbeit wieder aufgehoben, die Arbeitslosigkeit beseitigt werden. Eine Vorbedingung dazu ist ein gründliches Studium der wirtschaftlichen Konjunktur seitens eigens dazu eingerichteter Behörden. Die Labour Party verlangt in Übereinstimmung mit dem Minoritätsbericht der Armengesetzkommission von 1909, der gerade die Arbeitslosenfrage sehr eingehend behandelt, ein besonderes Arbeitsministerium, welches den übrigen Ministerien gleichgeordnet sein und folgende sechs Abteilungen haben soll:

1. Die Verwaltung der staatlichen Arbeitsnachweise,
2. Die Arbeiterversicherungsbehörde,

3. die Abteilung, deren Aufgabe der Ausgleich von Arbeitsnachfrage und Arbeitsangebot im ganzen Lande im einzelnen ist (Industrial Regulation Division),
4. die statistische Abteilung,
5. die Abteilung zum Studium und zur Regelung der Ein und Auswanderung,
6. die Abteilung, welche für Unterstützung und Fortbildung Arbeitsloser Vorkehrungen zu treffen hat.

Die wichtigste Abteilung ist für uns die dritte, welche die industrielle Reservearmee durch geeignete Vorkehrung auf ein Minimum reduzieren soll. Die Arbeitslosigkeit in den großen Industrien, welche einen äußerst zahlreich regelmäßig beschäftigten Arbeiterstamm haben, aber doch oft für längere Perioden viele Tausende entlassen müssen, soll dadurch nach Kräften behoben werden, daß der Staat für diese Zeit seine Aufträge aufspart. Der Überschuß an Arbeitern muß ebenso wie die Arbeitslosen anderer Industrien entweder anderen Gewerben auf dem Wege des Arbeitsnachweises überwiesen werden — falls notwendig, nach vorhergehender Vorbereitung durch Fortbildungsanstalten, ferner muß der Staat für den noch bleibenden Überschuß von Arbeitern ein Arbeitsprogramm (Wegebauten, Aufforstungsarbeiten usw.) bereithalten. Die Zahl der Gelegenheitsarbeiter, die der unständigen, unterbeschäftigten Arbeiter, kann, wie bereits erwähnt, durch Abschaffung verschiedener Mißbräuche bei der Dingung von Arbeitern in einigen Industrien, durch bessere Organisation ihres Arbeitsmarktes schon beträchtlich verringert werden. Der Überschuß soll auch für öffentliche Arbeiten verwandt werden.

Vor allem aber soll, wie der Labourismus fordert, zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit die lange Arbeitszeit in einigen Industrien, besonders im Transportwesen, beseitigt werden mit dem Ziele der Herbeiführung des allgemeinen Achtstundentages bzw. der 48-Stunden-Woche. Diese Forderung des Labourismus, der wir schon bei Betrachtung der Lohnamtsgesetzgebung begegnet sind[1]), soll so einen doppelten Erfolg herbeiführen: einmal durch Verkürzung der Arbeitszeit der beschäftigten Arbeiter denselben ein Mindestmaß von freier Zeit garantieren, zweitens durch Vergrößerung der Nachfrage nach Arbeitskräften die Arbeitslosigkeit mildern. Auch die Abschaffung des »Halbzeitsystems« in der Textilindustrie wird gefordert. Keinem Arbeitgeber soll

[1]) Vgl. S. 164.

ferner gestattet sein, jugendliche Arbeiter (unter 18 Jahren) länger als 24 Stunden in der Woche zu beschäftigen. Dadurch soll den jugendlichen Arbeitern Gelegenheit zum Besuch von Fortbildungsschulen gegeben und vor allem eine weitere Beschränkung des Arbeitsmarktes herbeigeführt werden, die die Nachfrage nach Arbeitskräften weiter erhöht, lohnsteigernd wirkt und den Überschuß an Arbeitern aufsaugen hilft.

Für vorübergehende, nur kurze Zeit dauernde Arbeitslosigkeit sollen keine besonderen Vorkehrungen getroffen werden; hiergegen ist nach der Meinung des Labourismus das beste die Versicherung bei Gewerkschaften usw., die der englische Staat, wie wir erwähnten, in einzelnen Industrien ja neuerdings schon obligatorisch gemacht hat. Für die Arbeiter der letzten der vier erwähnten Kategorien endlich, die zum großen Teil unanstellbar (unemployables) sind, sollen Arbeiterkolonien auf dem Lande eingerichtet werden; ferner wird für sie Überweisung in Besserungsanstalten, auch Erleichterung der Auswanderungsbedingungen empfohlen.

Erst die praktische Erfahrung kann natürlich zeigen, ob die vom Labourismus empfohlenen Mittel zur Verhütung der Arbeitslosigkeit tauglich sind. Da die Mindestlohngesetzgebung, ebenso die bessere Organisation des Arbeitsmarktes, besonders für Gelegenheitsarbeiter, die Tendenz hat, das Arbeitsangebot zu mehren, wird der Staat, der sich für das Wohl der Allgemeinheit verantwortlich bekennt, nicht umhin können, die Forderungen des Labourismus, die von den größten Autoritäten in der Arbeitslosenfrage unterstützt werden, in Betracht zu ziehen. Die Arbeitslosenversicherung von Lloyd George bedeutet den ersten Versuch in dieser Richtung. Angesehene Theoretiker des Labourismus stehen schon jetzt auf dem Boden des »Rechtes auf Arbeit«, wie es die L. P. fordert[1]).

C. Reform des Armenrechts (Verhütung der Armut[2]).

Der Grundsatz der Armutsverhütung. — Das Recht auf das »nationale Minimum« als Grundlage des Armenrechts. — Neuorganisation der Armenbehörden. — Alterspensionen. — Das nationale Minimum der Jugendfürsorge. — Reform des Unterrichtswesens. — Pflichten des Staates zur Verhütung der durch Krankheit entstehenden Armut.

[1]) So schreibt der liberale L. T. Hobhouse („Liberalism" 1911, S. 159): „The right to work and the right to a living wage are just as valid as the rights of person or property".

[2]) Vgl. S. 171, Anm. 2.

Die Arbeitslosigkeit bedeutet für den Arbeiter oft nur ein Übergangsstadium zur Armut, überhaupt kann das Arbeitslosenproblem lediglich als ein Teil des Armutsproblems aufgefaßt werden, das aber wegen seiner besonderen Bedeutung besonders hervorgehoben zu werden verdient. Wird die Arbeitslosigkeit verhütet, so wird gleichzeitig dadurch die Zahl der Armen um ein Beträchtliches vermindert. Galt es, die Arbeitslosigkeit zu verhüten, die einen so großen Krebsschaden in jedem modernen Staate bedeutet, so gilt es nach der Meinung des Labourismus auch die aus anderen Ursachen entstehende Armut zu verhüten, durch die bisher ein wertvoller Teil der Nation geistig und körperlich verkommen mußte und so den allgemeinen nationalen Standard in beträchtlicher Weise herabdrücken konnte.

Um die Armut zu verhüten, ist aber nach der Meinung des Labourismus eine durchgreifende Reform des Armenrechts vonnöten: das bisherige Armenrecht betonte nicht den Grundsatz der Armutsverhütung, es kannte nur den Grundsatz der Linderung des Elends und der Beseitigung der üblen Folgen der Armut; es ging nicht darauf aus, die Ursachen der Armut zu entdecken und nach Erkenntnis derselben das Übel mit der Wurzel auszurotten. Den Grundsatz der Armutsverhütung verkündigte erst[1]) der bereits öfters erwähnte Minoritätsbericht der Armengesetzkommission von 1909, der von Russell Wakefield, Francis Chandler, dem Arbeiterabgeordneten Lansbury und Frau Beatrice Webb unterzeichnet ist und dem die L. P. sich im wesentlichen anschließt[2]). Von den Forderungen dieses Minoritätsberichtes, der das schon behandelte Arbeitslosenproblem einbezieht, soll hier nur das Wichtigste Berücksichtigung finden, insbesondere diejenigen Punkte, auf deren Durchsetzung die L. P. besonderen Wert legt.

Der Bericht unterscheidet körperlich gesunde und kranke Arme. Die körperlich gesunden, in erster Linie die männlichen Geschlechts, sind aber in ihrer Mehrzahl nichts anderes als die Arbeitslosen, so daß an dieser Stelle des Minoritätsberichtes die Maßregeln zur Verhütung der Arbeitslosigkeit, die wir wegen der Geschlossenheit des Problems besonders behandelt

---

[1]) Die Webbs weisen oft auf die Verwandtschaft ihrer Ideen mit denen Chalmers' und Chadwick's aus den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts hin (vgl. Problem der Armut S. 21).

[2]) Vgl. z. B. Protokoll der Leicester Konferenz (1911) S. 91 f. und S. 88.

haben, genau aufgeführt werden und auch in einem besonderen Teile des Gesetzentwurfes zur Verhütung des Elends (Prevention of Destitution Bill[1]), der auch die sonstigen Reformen des Armenrechts einbegreift, Aufnahme gefunden haben. Es versteht sich, daß sich die L. P. mit dem bereits behandelten, wichtigsten und ihr am nächsten liegenden Arbeitslosenproblem eingehender befaßt hat als mit den übrigen Reformvorschlägen des Minoritätsberichtes.

Von diesen sind besonders hervorzuheben: die Neuordnung der Armenbehörden, die Fürsorge für unbemittelte Kinder, die Krankenfürsorge. Alle Vorschläge zur Reform des Armenrechts laufen wieder zusammen in der Forderung eines Rechts auf ein »Nationales Minimum« (bzw. bestimmter nationaler Minima), das der Staat in seinem Interesse für jeden einzelnen aufrecht erhalten soll. Kein Mitglied des Staates ist so wertlos, daß man es dem Elend anheimfallen lassen sollte. Die vom Labourismus geforderte Reform des Armenrechts soll den Erfolg haben, die Armut und damit überhaupt ein Armenrecht abzuschaffen.

Der Minoritätsbericht — und im Anschluß an ihn die Labour Party — übt in erster Linie eine scharfe Kritik an der Organisation der Armenbehörden und der ihnen zugeteilten Aufgaben: Die Armenbehörden sind zu wenig spezialisiert und ihre Befugnis zu wenig scharf gegeneinander abgegrenzt. So ist einerseits die Einrichtung des allgemeinen Arbeitshauses[2]), in dem Arme der verschiedensten Kategorien zusammengepfercht würden, zu verdammen; andererseits arbeiten verschiedene Behörden, staatliche, kirchliche und lokale, auf demselben Gebiete, oder auch oft Armenbehörden und Krankenbehörden, deren Ärzten z. B. oft dieselben Personen unterstellt werden. Das Institut der Armenpfleger (Poor Law Guardians), welche die lokale Armenpflege unter sich haben, muß abgeschafft werden; ihre Pflichten müssen zum Teil den Grafschaftsräten, zum Teil lokalen Gesundheitsbehörden zufallen. Die Verwaltung der Armenbehörden muß im Local Government Board zentralisiert werden, das den einzelnen ihm unterstellten Armenbehörden die notwendigen staatlichen Zuschüsse zu leisten hat. Zur besseren Ausgestaltung der

[1]) Bill 151 (1911). Teil III (69—85), beschäftigt sich mit dem Arbeitslosenproblem, ebenso Teil II (S. 346 ff.) des Minority Reports.

[2]) Über das General Mixed Workhouse vgl. Minoritz Report S. 7 ff.

staatlichen Gesundheitsfürsorge wird oft ein Gesundheitsministerium, ein Minister of Health gefordert[1]).

Wie diese Neuorganisation der Armenbehörden im einzelnen gedacht ist, soll uns hier nicht beschäftigen. Das Wichtigste ist, daß die Armen nach bestimmten Gesichtspunkten unterschieden und möglichst voneinander gesondert werden, und daß dementsprechend die Armenpflege, die sich auf dem Grundsatz der Armutsverhütung aufbauen soll, mehr spezialisiert werden soll. Körperlich Gesunde sollen, wie erwähnt, von Kranken sorgfältig geschieden werden, Trinker, Taugenichtse, Schwachsinnige sollen alle in ihrer Art behandelt werden, die Armen, die doch wenigstens eine kleine Summe sich gespart haben oder Versicherungsgelder beziehen, sollen nicht mit gänzlich Mittellosen zusammengeworfen werden usw.

Nur drei bzw. zwei besondere Punkte sollen uns noch im folgenden beschäftigen. Der erste Punkt, die Behandlung der alten Armen, hat durch die Altersrentengesetzgebung der liberalen Partei bereits eine gewisse Erledigung gefunden[2]). Die L. P. wünscht nur eine Ausdehnung dieser staatlichen Altersspensionen, von denen wir bereits sprachen, auf alle Armen, die 65 Jahre (nicht wie bis jetzt 70) und darüber sind.

Der zweite Punkt ist die Fürsorge für jugendliche Arme, auf die die L. P. ganz besonderes Gewicht legt. Die Webbs sagen: »Das Hauptproblem aller praktischen Eugenik gipfelt darin, das gesunde Kind zur wertvollen Kapitalsanlage für die Volkswirtschaft zu machen«[3]). Der Staat muß in seinem Interesse der Jugend seine ganz besondere Fürsorge zuwenden, weil die Kinder von heute die Männer von morgen sind. »Ich halte es für unbestreitbar«, sagte schon Ruskin[4]), »daß die erste Pflicht des Staates sein muß, dafür zu sorgen, daß jedes zur Welt gekommene Kind nun gut wohnen soll, gut gekleidet, gut ernährt und erzogen werden soll, bis es dem jugendlichen Alter entwachsen ist.«

Der Staat soll also ein »nationales Minimum für Jugendfürsorge« festsetzen, und, um alle schädlichen Einflüsse von ihm fernzuhalten, muß das arme Kind unter die Kontrolle

---

[1]) Vgl. die kleine Schrift Beatrice Webbs, „Complete National Provision for Sickness" S. 14.

[2]) Vgl. S. 4 u. S. 105.

[3]) Vgl. Problem der Armut S. 30.

[4]) „Time and Tide" § 70.

bestimmter Behörden gestellt werden. Bernard Shaw meint: »es darf nicht so etwas geben wie ein reiches und ein armes Kind, es darf nur ein glückliches Kind geben«[1]). Dafür muß der Staat sorgen, denn Eltern können und wollen oft ihre Kinder nicht zu glücklichen Kindern machen. Zunächst sollen die Kinder überhaupt dem Geltungsbereich des bisherigen Armenrechts entzogen werden. Man dürfe nicht dulden, daß Kinder in der verderblichen Atmosphäre des allgemeinen Arbeitshauses aufwüchsen oder gar dort zur Welt kämen, man dürfe nicht gestatten, daß besondere Schulen für arme und verwahrloste Kinder beständen, die den Armenbehörden unterständen. Die Kinder, die noch nicht schulpflichtig sind, müssen den öffentlichen Gesundheitsbehörden unterstellt werden, welche darauf zu sehen hätten, ob alle Kinder in genügender Weise ernährt werden. Sobald die Kinder die Schule besuchen, liegt diese Pflicht den Unterrichtsbehörden ob. Ein unterernährtes Schulkind dürfe es nicht geben. Soweit die Eltern nicht den vollen Unterhalt ihrer Kinder gewährleisten können, müsse der Staat bzw. die Gemeinde verpflichtet werden, unentgeltliche Mahlzeiten an bedürftige Kinder zu verabfolgen. Diese Forderung ist, wie wir wissen, unter dem Drucke der L. P. bereits in gewissem Umfange zum Gesetz erhoben worden[2]).

Die L. P. verlangt weiterhin, daß alle Kinderarbeit, soweit sie noch besteht, nach Möglichkeit abgeschafft werde. Wenn man die Statistik zur Hand nähme und besonders wenn man die Kinderarbeit untersuche, welche zu Haus oder sonst vor sich gehe, wo die Statistik ihre Fühler noch nicht hin erstreckt hat, zeigt es sich, daß noch heute eine überraschend große Anzahl Kinder im schulpflichtigen Alter in gewerblichen Betrieben, daheim, als Zeitungsausträger usw. beschäftigt werden. Besonders will die L. P. das »Halbzeit«-System in der Textilindustrie abgeschafft wissen. Es wird ferner eine Heraufsetzung des schulpflichtigen Alters auf 16 Jahre verlangt[3]).

Dies bringt uns auf einen anderen Punkt, den wir hier nicht außer acht lassen dürfen, obgleich er nur indirekt der Reform der Armengesetzgebung einzugliedern ist, auf die Reform des Unterrichtswesens, welche die L. P. fordert[4]). Wir können uns

---

[1]) Zitiert bei Lloyd, „The New Childrens Charter" (Flugschrift).

[2]) Vgl. S. 103.

[3]) Vgl. den Zusammenhang dieser Maßnahme mit der Arbeitslosenfrage S. 176.

[4]) Vgl. z. B. Protokoll der Konferenz von 1909, S. 44 ff., wo „State main-

hier nicht auf Einzelheiten einlassen, insbesondere uns nicht mit der eigentümlichen heutigen Organisation des englischen Unterrichtswesens befassen. Nur dies sei hervorgehoben: Wissen und Bildung soll nach Meinung des Labourismus in einem demokratischen Staate nicht Privileg der Wenigen, der Besitzenden sein. Darum soll der Staat möglichste Unentgeltlichkeit des niedrigen und auch höheren Unterrichts sich zum Grundsatz machen. Wissen ist Macht, der Wissende hat mehr Gelegenheit weiter zu kommen als der Unwissende, er kann auch der Armutsgefahr leichter entgehen. Es soll, solange nicht der Unterricht überhaupt unentgeltlich gemacht wird, wenigstens dafür gesorgt werden, daß durch Ausschreibung einer großen Anzahl von Stipendien begabte arme Kinder ihren Weg in die höheren Berufe finden. Vor allem aber soll das schulpflichtige Alter erhöht und bis zum vollendeten 18. Jahre, Arbeit von mehr als 24 Stunden pro Woche verboten werden, um den Besuch von Fortbildungsschulen, die in viel größerer Anzahl errichtet und viel mehr ausgebaut werden sollen, zu ermöglichen.

Vor allem aber muß für die Erhaltung der Gesundheit der Kinder Sorge getragen werden. Wir hatten bereits davon gesprochen, daß den lokalen Gesundheitsbehörden dies zur Pflicht gemacht werden soll, und wollen nun kurz die Reformen aufzählen, die die L. P. zur Verhütung der durch Krankheit entstehenden Armut überhaupt fordert. Der Lohnverlust durch Gesundheitsstörungen beträgt ja, wie die Webbs hervorheben, jährlich viele Millionen und ist, wie sie meinen, hundertmal größer als der Verlust durch Streiks und Aussperrungen[1]). Zunächst soll nun überhaupt der Gesundheitsstandard der einzelnen Orte und der einzelnen Viertel innerhalb einer Stadt auf das möglichst höchste Niveau gebracht werden. Wenn man die Zahlen für die Kindersterblichkeit oder überhaupt die allgemeine Sterbeziffer der verschiedenen Bezirke ansieht, bemerkt man, wie große Differenzen da existieren. Beatrice Webb sagt[2]), daß viele Orte, bzw. Stadtviertel in gesundheitlicher Beziehung heutzutage noch mittelalterliche Zustände aufweisen. Leider sorgten die Gesundheitsbehörden nicht so sehr für die Sanierung der Umwelt der Slums als für die der Villenbewohner. Dagegen fordert die L. P. nun auf das

---

tenance" verworfen wurde, ferner Protokoll von 1910, S. 81, Protokoll von 1911, S. 104, Protokoll von 1912, S. 114.

[1]) Problem der Armut a. a. O.

[2]) Vgl. die zitierte Flugschrift „Complete National Provision for Sickness".

entschiedenste die Hebung rückständiger Distrikte auf die Höhe der allgemeinen Gesundheitspflege, die Sanierung der Mietskasernen und der kleinen überfüllten Wohnungen.

Die Kindersterblichkeit soll auch ferner durch Verbreitung medizinischer Aufklärung in Mutterschulen, durch Babykliniken, durch Schaffung von Milchdepots zwecks Verteilung guter Milch an arme Kinder verringert werden. Für eine gewisse Spanne Zeit vor und nach der Niederkunft soll Frauenarbeit überhaupt verboten sein, dafür aber Unterstützung gewährt werden. Für kranke Kinder im schulpflichtigen Alter sollen Schulkliniken angelegt werden. Nächst der unentgeltlichen Verabreichung von Mahlzeiten wird die Notwendigkeit dieser Maßnahme besonders von der L. P. betont. Auch die weitere Verbreitung der Freiluftschulen soll vom Staate unterstützt werden.

Die übrigen Reformen, die die L. P. für die Bekämpfung der Krankheit in den unteren Volksschichten fordert, sind meistens Vorschläge zur Verbesserung der Versicherungsordnung von 1911[1]). Die L. P. wünscht zunächst, daß Erwerbsunternehmen aus dem Versicherungsnexus ausgeschaltet werden, daß die Arbeiter, die weniger als 1 £ (oder 20 Mk.) die Woche verdienen, von Beiträgen befreit sein sollen, daß die Beiträge der Gelegenheitsarbeiter vierteljährlich vom Arbeitgeber allein gezahlt werden sollen, ohne daß diesem irgendwelche Abzüge vom Lohn gestattet werden, daß die Zahlung der Versicherungsgelder vom Staate garantiert werden solle, ferner, daß der Arzt der Versicherung auch Weib und Kind des versicherten Arbeiters mitbehandeln solle und daß eine große Anzahl von Sanatorien in allen Teilen des Landes errichtet werden sollen. Der Stand der Ärzte soll ferner, was die Webbs besonders betonen, immer besser organisiert, immer mehr dem Staate unterstellt werden. Es dürfe nicht Versicherungsärzte, Armenärzte, Krankenhausärzte, Schulärzte, Fabrikärzte usw. geben. Indessen können wir hier die interessanten Reformen, die den Arzt immer mehr zum Staatsbeamten zu machen streben, der sein bestimmtes Arbeitsgebiet hat und sein bestimmtes Gehalt bezieht, hier im einzelnen nicht betrachten[2]).

Die Labour Party schickt sich, wie wir sahen, zu einem schweren Kampfe an, dem »Kriege gegen die Armut«, und ruft dazu den Staat zu Hilfe, dem sie viele neuen Pflichten aufbürdet. Sie er-

[1]) Vgl. auch Protokoll der Londoner Konferenz der L. P. (1913), S. 104 ff.

[2]) Vgl. das Buch der Webbs „The State and the Doctor".

wartet sehr viel von einer neuen Organisation der Behörden, sie verlangt von diesen Vorkehrungsmaßregeln gegen die Armut in jeglicher Gestalt, sie fixiert einen Unterstützungsanspruch für jeden von der Armut Betroffenen, welcher zur Aufrechterhaltung des nationalen Minimums gefordert werden muß. So wird dann, wie die optimistischen Fabier prophezeien, einmal »jedweder Pauperismus ausgerottet sein; Armut wird als soziale Krankheit gelten, für die man seine Mittel zur Hand hat; und — wie an dieser Stelle hinzugefügt wird — Faulheit wird ein soziales Verbrechen sein. Dies ist heute vielleicht ein fantastischer Traum. Aber die Träume von heute, werden die Tatsachen von morgen sein«[1]).

D. Das sozialistische Endziel des Labourismus.

Die Bedeutung der Huller Resolution. — Der Labourismus hat kein eigentliches »Endziel«. — Abgrenzung gegen den »neuen« Liberalismus. — Die Verstaatlichung des Grund und Bodens, der Eisenbahnen, der Bergwerke. — Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung. — Kommunalisierung. — Besteuerung des »unverdienten« Einkommens. — Verwerfung des Schutzzolls. — Der »soziale Friede«.

Wir haben im vorhergehenden die einzelnen Gegenwartsforderungen des Labourismus, ihre Bedeutung und ihren inneren Zusammenhang uns vor Augen geführt, wir haben die Anknüpfungspunkte an die bestehende Gesetzgebung, die Gesetzesvorschläge der Labour Party zur praktischen Verwirklichung ihrer Forderungen betrachtet. Wir mußten feststellen, daß im Vordergrunde dieses Gegenwartsprogrammes der Labour Party die immer in neuer Gestalt wiederkehrende Forderung eines »Rechts auf ein nationales Kulturminimum« überhaupt steht, in dem bestimmte Grenzen aufgerichtet werden, unter die der Staat keinen einzigen der ihm Angehörigen herabsinken lassen soll, ferner die Forderung eines »Rechts auf ein bestimmtes Kulturminimum« für die Arbeiter bestimmter Gewerbe, welches vor allem durch Fixierung von Mindestarbeitsbedingungen jeglicher Art, besonders bestimmter Mindestlöhne für bestimmte Arbeit verwirklicht werden soll. Diese von uns im einzelnen behandelten durchgreifenden sozialen Reformen stehen im Mittelpunkt des »Programms« der

[1]) Vgl. Fabian Tract Nr. 54: „The Humanizing of the Poor Law" S. 23.

Labour Party. Diese Reformen bedeuten eine Beseitigung der meisten schweren Risiken, welche den Arbeiter bedrohen, sie setzen Ordnung und Recht an Stelle willkürlicher bzw. aufgezwungener Vereinbarungen und machen trotzdem viele neue Kräfte frei durch Erleichterung der Bedingungen des Arbeitsvertrages, durch Garantierung eines Mindestmaßes von freier Zeit, durch Erweiterung der Bildungsmöglichkeiten usw.; sie tragen bei zu der weiteren Hebung der Arbeiterklasse.

Aber die Labour Party will hier nicht Halt machen. »Wenn die letzte Entscheidung des letzten Lohnamtes gefallen sein wird, werden wir immer noch auf die Dächer unserer Häuser zu gehen und mit Marx zu rufen haben: »Arbeiter der ganzen Welt, vereinigt euch, ihr habt nur eure Ketten zu verlieren«[1]). So wichtig das Gegenwartsprogramm der Labour Party ist, so vergißt sie doch nicht das sozialistische Endziel, zu welchem sie sich zu Hull 1908 bekannte: »Die Vergesellschaftung der Mittel der Produktion, der Verteilung und des Tausches und ihre Verwendung in einem demokratischen Staate zum Nutzen der Gesamtheit; ferner die vollständige Befreiung der Arbeiter von der Herrschaft der Kapitalisten und Landlords und die Durchführung der sozialen Gleichstellung beider Geschlechter«[2]).

Wir haben aber bereits hervorgehoben, daß diese Resolution eine mehr oder weniger »akademische« Bedeutung hat, daß zunächst ein starkes Drittel der Mitglieder der Labour Party ihr nicht beistimmte, bzw. kein großes Gewicht auf sie legte. Der Engländer hat eine starke Abneigung gegen zu weite Gedankensprünge, gegen alles, was nach Utopismus aussieht; wird von einem Ziele gesprochen, so verlangt er vor allem auch den Weg dazu genau auseinandergesetzt zu sehen, damit er erkenne, ob der Weg für ihn beschreitbar, das Ziel wirklich erreichbar sei. So wendet sich auch der Fabier Sidney Ball im Namen seiner Gesellschaft gegen die Formel »Verstaatlichung der Produktionsmittel«. Diese Formel ist, wie er sagt, zu prophetisch und gehört sozusagen zur »Bilderbuchmethode des Sozialismus«. Die Fabier — und auch

[1]) Vgl. Macdonald, „Margaret Ethel Macdonald" S. 170.

[2]) Vgl. S. 113. Diese Resolution war auch notwendig, um den Anschluß an die Internationale zu bewerkstelligen bzw. zu rechtfertigen. Die L. P. hat in der Internationalen öfters Streitigkeiten mit der S. D. F. (B. S. P.) gehabt. Darüber z. B. Protokoll der Londoner Konferenz (1913), S. 9 ff, wo sich die L. P. gegenüber den Vorwürfen der B. S. P. verteidigt.

Snowden und Macdonald pflichtet dem, wie wir sahen, bei — wollen nur die Verstaatlichung derjenigen Industrien herbeiführen, die dazu besonders geeignet erscheinen, wenn freilich auch das ganze Wirtschaftsleben unter die Kontrolle des Staates durch geeignete Instanzen gestellt werden soll. Wie diese Kontrolle des Staates aber im einzelnen zutage treten soll, läßt der Labourismus zum großen Teil noch offen.

Wir haben bei der Betrachtung des Sozialismus Macdonalds erfahren, daß und auf welche Weise der Labourismus den sozialistischen Staat der Zukunft durchaus auf demokratischen Prinzipien aufgebaut wissen will, daß er betont, daß auch das industrielle Leben von Grund aus demokratisch organisiert werden müsse, daß das politische Organ der Gesellschaft durch die Beseitigung privater Monopole, durch Schaffung von staatlich-industriellen Zwischeninstanzen, schließlich durch Verstaatlichung bestimmter Industrien sich allmählich der Leitung des Wirtschaftslebens bemächtigen sollte. Ein organisches Verhältnis soll hergestellt werden im Staate, wo persönliche Zwecke nicht mehr entscheiden sollen, wo vielmehr jeder einzelne als Funktionär des Staates an dem ihm angewiesenen Platze arbeitet. Man würde aber die Ziele des Labourismus mißverstehen, wenn man sich diese Organisation — die ja, wie wir schon hörten, im Interesse des Staates durch Zugeständnisse an den Individualismus, an den Egoismus, an das Genie usw. durchbrochen gedacht werden kann — allzustarr vorstellte. Das Endziel, zu dem man sich zu Hull bekannte, ist kein eigentliches »Endziel«. Kein eigentlich stationärer Zustand wird erstrebt, denn einen solchen gibt es nicht für einen evolutionistischen Sozialisten[1]). Vorläufig ist das Arbeiten im Sinne einer allseitigen staatlichen Regelung, einer Beschränkung der persönlichen Verfügungsgewalt im Interesse der Hebung der unteren Klassen Aufgabe, aber Männer wie Macdonald lassen es offen, ob nicht später einmal wieder dezentralisierende, individualisierende Tendenzen betont werden müssen[2]).

Der Labourismus ist so durchaus nicht blind gegen die Schwierigkeiten und Gefahren einer allzu strengen Regelung, einer allzu starren bureaukratischen Ordnung. Das macht es so schwierig, ihn gegen den neuen Liberalismus abzugrenzen. Beide politische Richtungen sind durch dieselbe politische und

[1]) Auch läßt die Formel „Vergesellschaftung der Produktionsmittel" noch einen weiten Spielraum für ihre Verwirklichung im einzelnen.

[2]) Vgl. auch oben S. 145 f.

wirtschaftliche Entwicklung entstanden und eng miteinander verwandt. Auch der Liberalismus hat in England heute den Forderungen des Labourismus, der, wie wir oft ausführten, zunächst nur eine Sezession der Arbeiter, der Gewerkschaften vom Liberalismus darstellte, grundsätzlich nichts entgegen zu setzen. Auch der Liberalismus steht heute auf dem Boden der organischen Staatsauffassung. Auch er betrachtet als seine Aufgabe, ein solches organisches Verhältnis im Staate herzustellen. Auch der Grundsatz des Liberalismus lautet heute: »Equality of opportunity« [1]), auch er besinnt sich auf die Forderungen des deutschen Idealismus[2]), auf die Kantische Formel des Grundsatzes einer Rechtsordnung, die auch Spencer in neuer Form wieder verkündet hat[3]). Auch der Liberalismus kämpft so gegen private Monopole, auch er will die durchgängige Demokratisierung der staatlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse, auch er will Verstaatlichung der dazu geeignetsten Industrien[4]). Der Liberalismus, der im übrigen manche einzelne Methode vorschlägt, die der Labourismus verwirft, sieht ganz ab von der Formulierung eines Endziels, auf das aber auch der Labourismus kein großes Gewicht legt. Der einzige prinzipielle Gegensatz zwischen Liberalismus und Labourismus — wenn wir absehen von der Betonung der besonderen Interessen gewisser Klassen und sozialer Gruppen, die natürlich hier und dort nicht die gleiche ist — ist heute nur der folgende:

Der Labourismus wünscht die Sphäre der industriellen Tätigkeit des Staates so weit als möglich auszudehnen, der Liberalismus aber hat schon traditionell eine besonders große Scheu vor dem bureaukratischen Regiment, vor allem in der Industrie, und sucht die Sphäre des einzelnen Individuums noch möglichst wenig zu beschränken. Der Liberalismus hat dieselben formalen Ziele wie der Labourismus — Herstellung »organischer Verhältnisse im Staate, »equality of opportunity« — er scheut sich nur vorläufig, zu den vom Labourismus empfohlenen Mitteln zu greifen. Der Liberalismus will so möglichst wenig ver-

[1]) Vgl. z. B. Hobhouse, Liberalism, S. 130, S. 24.

[2]) Vgl. z. B. Hobson, The Ethics of Industrialism 1900, S. 104. Vgl. auch Hobhouse, Democracy and Reaction S. 77. „The Rhine has flowed into the Thames . . . the stream of German idealism has been diffused over the academical world of great Britain."

[3]) „Every man is free to do that which he wills, provided he infringes not the equal freedom of any other man." Vgl. auch S. 144.

[4]) Vgl. auch Lecky, Democracy and Liberty II, S. 122.

staatlichen, der Labourismus möglichst viel. Aber auch der Labourismus kennt hier die Möglichkeit eines Zuviel und legt vor allem das Gewicht auf die Forderung der Verstaatlichung derjenigen Industrien, die am meisten dazu geeignet scheinen[1]).

So betont die L. P. in erster Linie die Verstaatlichung dort, wo ein besonders starkes privates Monopol existiert, wo daher die Verstaatlichung besonders angezeigt und in der nächsten Zukunft durchführbar erscheint. Es ist dies: die Verstaatlichung des Grund und Bodens, der Eisenbahnen und der Bergwerke. Die Einzelheiten der Durchführung dieser Verstaatlichungspläne sollen uns hier nicht beschäftigen. Sie setzen voraus eine Darstellung der bestehenden Verhältnisse sowie der Geschichte ihrer Entwicklung, sie führen uns auf außerordentlich schwierige technische Fragen. Wir haben erwähnt, daß auch die liberale Regierung eine durchgreifende Landreform plant, die den Forderungen der L. P. in vieler Beziehung entgegenkommen wird, wenn auch an eine Durchführung der Verstaatlichung des Grund und Bodens in Englands, gegen die sich ja sogar in neuester Zeit einige Sozialisten gewandt haben[2]), vorläufig gar nicht zu denken ist. Die Verstaatlichung der Eisenbahnen dagegen wird auch von der liberalen Regierung angestrebt. Sie hat bereits eine Kommission zur Untersuchung des Eisenbahnwesens eingesetzt, welche die bis jetzt noch ungelöste Frage der Durchführbarkeit bzw. Zweckmäßigkeit einer Verstaatlichung der Eisenbahnen aufs genaueste untersuchen soll. — Auch die Verstaatlichung der Bergwerke ist gelegentlich des letzten großen Bergarbeiterstreiks schon im Parlamente zur Sprache gekommen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß nach Ablauf des Mindestlohngesetzes von 1912, falls neue Arbeiterunruhen aus-

[1]) Vgl. Hobson, Ethics of Industrialism S. 101. Wir hoben bereits hervor, daß Chiozza Money und andere Liberale der F. S. angehören. Macdonald sagt („The People in Power" S. 79): „It is not the question whether the State ought to do it, but whether the State can do it", in bezug auf die Frage der Verstaatlichung von Industrien usw.

[2]) Die Bewegung für Schaffung kleiner Bauern (als Eigentümer, nicht als Pächter) ist augenblicklich sehr bedeutsam. Der „National Home and Land League", die „Peasant-Proprietorship" auf ihre Fahnen geschrieben hat, gehört ein Hochtory (Lord Bentinck) als Vorsitzender, daneben konservative, liberale und sozialistische Abgeordnete an. Sie ist auch ein gutes Beispiel dafür, wie Klassen- und Parteiunterschiede in England verschwinden, sobald es sich um eine gemeinsam für gut befundene Sache handelt.

brechen und die Unternehmer nicht mehr nachgeben, (vielleicht zwangsweise) die Verstaatlichung einiger Bergwerke durchgesetzt werden wird.

Für die Verstaatlichung anderer Industrien sind von der L. P. noch keine Einzelvorschläge gemacht worden. Es richtet sich ihr Augenmerk hauptsächlich auf diejenigen, in denen besonders große Privatmonopole bestehen, oder in denen die Konzentration am weitesten vorgeschritten ist und zu trustartigen Kombinationen geführt hat. Der Staat soll sich dann an Stelle des Trust setzen. Im übrigen soll der Staat, wie oft betont wurde, mehr und mehr seinen Einfluß in der industriellen Sphäre erweitern. Die demokratischen Tendenzen, welche gerade durch die Gewerkschaften in die Leitung der einzelnen Gewerbe hineingebracht werden, sollen immer mehr zur Geltung gelangen. Die Gewerkschaften sollen immer mehr alle Arbeiter des Gewerbes zu umfassen suchen, sie sollen von Arbeitgebern wie vom Staate immer mehr als repräsentative, immer mehr als öffentlich-rechtliche Körperschaften anerkannt werden. Ferner soll der Staat, wie wir wissen, die durch Inspektion, die durch Einrichtung von Lohnämtern, Schiedsgerichten usw. ihm schon jetzt zustehende Kontrolle mehr und mehr ausdehnen und gesetzlichen Spruch und Rechtssatzung an Stelle von Vertragsschließung oder einseitiger Dekretierung von seiten der Mächtigeren setzen.

Die Statistik, diese »revolutionärste aller Wissenschaften«[1]) wird dem Staat immer mehr Material zum Kampfe gegen die Privatmonopole liefern. Das »unverdiente« Einkommen soll immer mehr erfaßt und hochbesteuert bzw. konfisziert werden können. Ein Feldzug soll geführt werden gegen alle parasitären Existenzen, gegen das Rentnertum derjenigen, welche sozial nutzbringende Arbeit verrichten könnten. In diesem Bestreben sollen auch die kleineren politischen Gemeinschaften, die Gemeinden nach Kräften mitwirken. Die Munizipalisation, auf die besonders die Fabier das größte Gewicht legen, die Kommunalisierung industrieller Betriebe soll immer weiter fortgeführt werden. Die Verstaatlichung aber ist weitgehender in ihren Folgen als die Kommunalisation. Durch die Verstaatlichung erst fließt der Ertrag, der bisher in private Hände gelangte, der ganzen Nation und damit allen Staatsbürgern zu, erst durch die Verstaatlichung wird nach Meinung des Labourismus verhindert, daß die Zugeständnisse,

[1]) Lange, „Arbeiterfrage" (Ausg. Kröner) S. 30.

die den Arbeitern durch Lohnerhöhungen usw. gemacht werden, in anderer Weise wieder aufgehoben würden.

Dieses fortgesetzte Arbeiten in der Richtung einer möglichst weitgehenden Verstaatlichung der Produktionsmittel muß nach der Meinung des Labourismus deshalb in Betracht gezogen werden, um überhaupt die Durchführung der sozialen Reformen, die zum sozialistischen Staate führen sollen, zu ermöglichen, um den Arbeitern den wachsenden Teil am Produktionsertrag zu sichern, den sie erstreben. Der als Alternative zur Ermöglichung sozialer Reformen so oft empfohlene Schutzzoll, besonders jedweder Zoll auf Nahrungsmittel, ist nach der Meinung des Labourismus unter den bestehenden Umständen ganz von der Hand zu weisen[1]). Ist es doch auch nicht gesagt, daß unter dem Schutzzoll, die Lage des Arbeiters sich nicht noch verschlechtert, daß der Arbeiter nicht noch mehr ausgebeutet werde. Nur wenn die Faktoren, die die Monopole in der Produktion und der Distribution der Güter schaffen, vom Staate kontrolliert werden und alle Monopolgewinne dem Staate zufließen, dann erst ist nach der Meinung des Labourismus der richtige Weg zu einer sozialen Neuordnung gefunden, die den wahren Fortschritt der Arbeiterklassen verbürgt[2]).

Wenn diese Neuordnung durchgeführt sein wird, wenn dieses soziale Gleichgewicht, die Grundlage eines wahren »sozialen Friedens« hergestellt sein wird, dann wird zugleich, wie Macdonald sagt, die Grundlage zu jener »moralischen Epoche« des Zusammenlebens gegeben sein. »Reichtumsanhäufungen werden nicht mehr unseren guten Geschmack und unseren Sinn für Recht

[1]) Dagegen stehen die Sozialdemokraten auf seiten der Schutzzöllner, vgl. „Clarion", 18. II. 10: „The L. P. is a Free Trade Party, and, strange to say, the Socialists in it are amongst the strongest of the Free Traders. Yet Free Trade and Socialism is an impossible combination". Macdonald wandte sich gegen die Chamberlainschen Zollpläne in der Schrift „The Zollverein and British Industry". Neuerdings haben die Webbs („New Statesman" 1913, No. 26, S. 817) erklärt, daß sie für den sozialen Schutzzoll eintreten würden, im Falle er nur eine vorübergehende Maßnahme bedeuten würde — vgl. S. 197. In der Tat sind die englischen Verhältnisse — wie hier nicht ausgeführt werden soll — sehr verschieden von den australischen; die australische und neuseeländische soziale Gesetzgebung stützt sich auf einen Hochschutzzoll.

[2]) Der Labourismus erhofft auch viel von einer internationalen Verständigung. Vgl. auch S. 147. Durch die Annäherung der Völker, die gerade auch der Sozialismus am meisten fördere, soll die Grundlage gelegt werden zu engerem Zusammenschluß der Nationen, zu fortgesetzter Erweiterung des internationalen sozialen Rechtes, zur Abrüstung, welche viele neue Mittel für die soziale Reform frei mache. Vgl. S. 197 f.

und Gerechtigkeit herausfordern, und die ungerechten (unfair) Beschränkungen der Freiheit derer, die für Lohn arbeiten, zugunsten derer, welche die Mittel zu eigen haben, in deren Diensten man seinen Lebensunterhalt gewinnen muß, werden unbekannt sein. Es wird noch weiterhin Konjunkturschwankungen, Verschlechterungen der Wirtschaftslage geben, welche Arbeiter zeitweilig beschäftigungslos machen werden, aber dies wird in der Weise vor sich gehen, daß das dadurch hervorgerufene Leid ganz gering ist und daß den von ihm Betroffenen gezeigt wird, daß der Staat in jeder Weise Sorge für sie getroffen hat. Dann, und nur dann, wird Friede sein«[1]).

[2]) Macdonald, „Social Unrest" 1913, S. 114.

Schluß.

Rückblick. — Die Bedeutung der labouristischen Forderungen für die weitere Entwicklung Englands.

Die Entstehung des modernen Kapitalismus im Rahmen der die Neuzeit charakterisierenden individualistischen Entwicklung. — Entstehung des sozialen Problems. — Die »kapitalistische Erschlaffung« Englands. — Der Rentnerstaat. — Imperialismus und Freihandelsideal. — Internationalismus. — Das Ideal des geschlossenen Handelsstaates und die moderne Weltwirtschaft. — Grenzen des Staates.

Blicken wir zurück: erinnern wir uns noch einmal der bewegenden Kräfte, die den Sozialismus, die auch den Labourismus geschaffen haben, und versuchen wir, uns über die Bedeutung derselben auch für die Zukunft Englands klar zu werden.

Der moderne Kapitalismus hat die Menschheit auf noch nie erreichte Höhen geführt. Er verband alle Länder und alle Völker miteinander, er führte zu einer Hochentwicklung der Technik, der nichts unmöglich schien und welche die Unterlage wurde einer wirtschaftlichen Expansion und damit einer Reichtumsentwicklung, wie sie kein Zeitalter je gesehen hatte. Mochte der Kapitalismus in den ersten Stadien seiner Entwicklung noch vielfach mit jenen Kräften verwachsen gewesen sein, die dem Mittelalter seine Festigkeit und Geschlossenheit gegeben hatten, mit der Zeit zerrissen alle alten Bindungen kirchlicher, staatlicher, zünftlerischer Art, denn sie alle standen der Entfaltung des Individuums entgegen, das, zur Persönlichkeit erstarkt, angesichts der unabsehbaren Möglichkeiten nach Betätigung drängte. Die Reformation, der Protestantismus, der das einzelne Ich zu Gott in unmittelbare Beziehung setzte, erhob sich gegen das geistliche und weltliche Regiment der römischen Kirche. Das Zeitalter der Renaissance in Italien schuf eine Kunst, die den Menschen, das Individuum in den Mittelpunkt rückte, schuf Persönlichkeiten, die rücksichtslos nach Machtentfaltung strebten und keine Normen neben sich anerkennen wollten. Der Humanismus

gebar die moderne Wissenschaft und mit ihr den demokratischen Gedanken. Denn die Wissenschaft kannte nur abstrakte Menschen, denen prinzipiell der gleiche, überpersönliche Wert zukam.

Gegen jene feudale Oberschicht, die als Fürsten und Landeseigentümer, als Grundherren, als Inhaber der richterlichen Gewalt über dem Ganzen thronten, wandten sich die nach wirtschaftlicher und politischer Macht strebenden Emporkömmlinge, wandten sich die robotenden Massen im Namen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Die französische Revolution deckte jene Worte zum erstenmal als Illusionen auf. Aber der Grundsatz des Konstitutionalismus hatte gesiegt. Der Weg zu weiteren politischen Reformen wurde freigemacht, gleichzeitig errang sich der Grundsatz der formalen Freiheit, des laissez faire, auch auf wirtschaftlichem Gebiete allgemeine Anerkennung. Damit wurde der Höhepunkt der kapitalistischen Entwicklung erreicht. Der wirtschaftliche Trieb, das Streben nach Macht, die »Gier nach Gut und Geld« war in allen entfesselt. Die Stärksten, die vom Glück Begünstigsten siegten. Wirtschaftliche Macht konzentrierte sich in den Händen einzelner. Denn strebten zuerst Kleine im Zeitalter der freien Konkurrenz gemeinsam nach oben, so wurde später, je härter im Raume die einzelnen Unternehmungen sich stießen, aus dem gemeinsamen Streben aller ein Kampf, in dem die Kräftigsten siegten, welche die Schwachen vernichteten und mit den Ebenbürtigen Verträge abschlossen. Es kam zu Kartellbildungen, zu Trusts, schließlich existierte die »freie« Konkurrenz nur noch in den nationalökonomischen Lehrbüchern. Die »Anarchie« wich der »Organisation« auf allen Gebieten.

Der Hochkapitalismus schuf durch die Konzentration gewaltiger Kapitalien in den Händen einzelner eine neue Herrscherklasse, die an Reichtum alle früheren übertraf. Aber jene Entwicklung hatte zugleich neue gesellschaftliche Probleme geschaffen, die derselben bald eine ganz andere Richtung geben sollten. Jene Herrscherklasse war nur möglich unter rücksichtsloser Ausnutzung der Arbeit anderer, die zur Ware geworden war. Soziale Gegensätze bildeten sich heraus, wie sie noch kein Zeitalter gekannt hatte. Alle jene Spätgeborenen, Schlechtbegünstigten, deren Zahl sich im 19. Jahrhundert gerade infolge des wirtschaftlichen Aufschwungs ungeahnt vermehrte, mußten sehen, daß ihnen die Durchsetzung der formalen Freiheit nur eine neue Form der Unfreiheit gebracht hatte. Die untersten Schichten, die am meisten bedrückt waren, das Prole-

tariat erhob sich in der chartistischen Revolution und träumten von einem Reiche des Friedens, der Gleichheit und Gerechtigkeit nach ihrem Siege. Aber sie erlitten eine elende Niederlage. Und nun erwachte der neue Geist in der Arbeiterbewegung Englands bzw. ihren geistigen Führern: langsam mußte man aufbauen, zur gegenseitigen Hilfe sich vereinigen, tatsächlichen Einfluß auf die Politik, auf die Regierung erlangen. Dann erst sollte das andere in Angriff genommen werden.

Langsam, aber unaufhaltsam gelangte indessen der demokratische Geist in England zum Siege, das Wahlrecht wurde erweitert, die Parteien wurden von der großen Masse des Volkes abhängig, die immer mehr sich aus Unselbständigen, aus Arbeitern zusammensetzte. Der Liberalismus wandelte sich von Grund aus: was sollten jene Massen mit dem Grundsatz der formalen Freiheit anfangen?[1]) Auch der Konservatismus veränderte völlig sein Gesicht; er mußte es, wollte er sich nicht selbst dem Untergange weihen. Die Arbeiterbewegung, erstarkt durch ihre Organisationen, mit erweitertem politischen Horizont, auf einer ganz anderen Höhe als in jenen chartistischen Zeiten, beschritt kühnen Mutes selbst den Boden der praktischen Politik, bildete eine Partei, kam mit Vorschlägen, die allseitige Beachtung erzwangen. So bildeten sich langsam die Heere, die zum Kampfe gegen den Kapitalismus alten Stiles anrückten.

Ein neuer Geist beseelte jene Scharen: nicht Freiheit schlechthin, nicht Herrschaft des Starken, nein: gleiche Freiheit, Herrschaft des Rechts, des Vertrags, des allgemeinen Willens sollte durchgesetzt werden. Der Staat keine Zusammenhäufung von Individuen, nein: eine organische Einheit, die Staatsgewalt kein bloßer Nachtwächter, kein bloßer Polizist, nein: eine allseitige, alles regelnde Gewalt, die die Dienste des Individuums von der Wiege bis zum Grabe in Anspruch nimmt und die doch wieder insofern nur »freie« Dienste fordert, als der »allgemeine Wille« die Grenzen der Staatsgewalt festsetzt.

Der Geist des deutschen Idealismus, der Geist Fichtes gelangte zu einer neuen Auferstehung im Labourismus und neuen Liberalismus Englands. Die Kantsche Forderung der Anerken-

[1]) Vgl. den bekannten Satz Lacordaires: „Zwischen dem Starken und dem Schwachen ist die Freiheit das, was unterdrückt, und das Gesetz das, was freimacht".

nung des Ichs im Du ging, wenn auch vielfach mißverstanden von neuem von Mund zu Mund. Erst die neue, allumfassende staatliche Ordnung, der Sozialismus, wird, so hieß es bei den einen, diese Forderung verwirklichen können. Langsam sollte die Arbeit an dieser sozialen Neuordnung in Angriff genommen werden, bei der man möglicherweise mit der Zeit noch mehr die einzelnen Vorschläge eines Fichte unbewußt oder bewußt in Betracht ziehen, und einen mehr oder weniger »geschlossenen Handelsstaat«, schaffen könnte. Das Land der sozialen Wunder ermunterte durch sein Beispiel. Schon jetzt wird in England das »Recht auf Arbeit«, das »Recht auf einen Mindestlohn«, das »Recht auf ein Kulturminimum« überhaupt gefordert. »Es sollen erst alle satt werden und fest wohnen, ehe einer seine Wohnung verziert, erst alle bequem und warm gekleidet sein, ehe einer sich prächtig kleidet« (Fichte).

Alles Utopische wird abgestreift. Man ergeht sich nicht in Beschreibungen des Zukunftstaates, man will nicht abstrakte Grundsätze auch schon in der einzig möglichen Form der Verwirklichung festnageln. Man läßt vieles offen. Aber von allen Seiten wird zum Kampfe gegen den Kapitalismus geblasen. Und es scheint, als ob die Zeiten reiften. Eine »kapitalistische Erschlaffung« (Schulze-Gävernitz) setzt ein, die in den verschiedensten Formen offenbar wird. Das Rentnertum, der Rentenindustrialismus breitet sich mehr und mehr aus. Zugleich entsteht ein neuer Feudalismus des Kapitals, ein Feudalismus der Rente, es entsteht ein Großspekulantentum, ein Pseudoadel. Gar kläglich erscheint oft die Nachkommenschaft der captains of industry. Der Zusammenhang zwischen persönlicher Arbeit und Einkommen wird immer geringer.

In den Villenvierteln macht sich das kleine Rentnertum breit, jene »beati possidentes«, die, wie man das besonders in England liebt, ihre prosaische Nichtstuerei so gern hinter poetischem Namen verschanzen. Auch sie werden leicht zu einer sozialen Gefahr. Auch gegen jene »Kenilworths«, »Mirimares«, »Sanssoucis« bläst der Labourismus, bläst auch der neue Liberalismus zum Angriff. »Social idleness will be a crime.« Dem Rentnertum, das vom Ertrage lebt, den ihm papierne Scheine verbürgen, zu denen ihre Besitzer kein inneres Verhältnis haben, daneben den Spekulanten, dem Grundrentner usw. müssen in erster Linie die Mittel abgezapft werden, die die soziale Reform

benötigt. Der »unverdiente« Gewinnzuwachs in jeder Form muß staatlich eingezogen werden. »Besitzt aber das englische Rentnertum schon heute den Reichtum, um für die Ehre geschröpft zu werden, daß es Produkte verzehrt, die von britischen Arbeitern im Achtstundentag und für den »living-wage« hergestellt sind?«[1])

Der Konservatismus bekämpft die Forderungen der Linken. Er erhebt sich zur Verteidigung der bestehenden Formen des Privateigentums. Und er predigt zur Ablenkung der feindlichen Kräfte den Imperialismus, den Gedanken von dem Ausbau des britischen Weltreichs, von dem engen Zusammenschluß von Dominions und Kolonien mit dem Mutterlande zu einem Zollverbande, der sich nach außen abschließen müßte. Aber die Pläne Chamberlains haben sich bis jetzt nicht durchzusetzen vermocht. Das Freihandelsideal wurzelt zu stark im englischen Volke, besonders in den unteren Schichten. Ein sozialer Schutzzoll, der nur für eine kurze Periode gelten soll bei plötzlicher Emporschraubung der Löhne durch Lohnämter in einer Industrie und Schwächung derselben gegenüber der ausländischen Konkurrenz, ist alles, was von seiten des Labourismus zugebilligt wird. Die Sozialdemokraten [B. S. P.][2]) stehen und standen dagegen stets auf seiten des Schutzzolls, wie sie auch die andere Seite des Imperialismus, die starken Rüstungen zur nationalen Verteidigung, die fortgesetzte Vermehrung von Heer und Flotte befürworten. Demgegenüber sehen Liberale wie Labouristen die Rüstungen zum Teil als notwendiges Übel, zum Teil aber als einen nationalen Schaden an, der in weitgehender Weise zu beheben ist durch internationale Vereinbarungen. Diese sollen zum Abbau der Rüstungen führen und viele neue Mittel des Staates freimachen zum weiteren Ausbau der sozialen Reform. Es ist indes anzunehmen, daß auch die Forderung des sozialen Schutzzolles bald vom Labourismus mehr im einzelnen in Betracht gezogen werden wird, und daß man auch zu anderen Maßnahmen greifen wird, welche zunächst die Tendenzen bestärken werden, die in England im Gange sind, um aus der nationalen Geschlossenheit auch eine mehr oder weniger weitgehende wirtschaftliche Geschlossenheit zu machen, obgleich dieses Unternehmen nirgends so unmöglich scheint wie in England, wo staatliche und wirtschaftliche Grenzen derartig weit

[1]) von Schulze-Gävernitz, Britischer Imperialismus, S. 374.

[2]) Vgl. S. 112.

auseinanderfallen. Die gesetzliche Festsetzung der Löhne, der gesetzliche Anspruch auf das »Kulturminimum« bedeutet den Anfang. Gefordert wird schon jetzt eine Erschwerung der Einwanderung[1]), welche in Verbindung mit dem Erstarken neomalthusianischer Tendenzen die Einwohnerzahl Englands mehr und mehr festlegen würde, gefordert wird von gewerkschaftlicher Seite, daß alle Arbeiter ihren Organisationen beitreten, daß dieselben öffentlich rechtlich anerkannt, daß die einzelnen Gewerbe schließlich gegeneinander abgegrenzt werden (Recht auf das Gewerbe). Andererseits erheben sich Stimmen, welche fordern, daß der Staat auch die Regelung der Preise zur vollständigen Garantierung eines Mindestrealeinkommens in die Hand nehmen, daß einer »fair-wage« ein »fair-price« gegenüberstehen sollte. Sollte der Labourismus weiter durchdringen, der allmählich die Übernahme immer weiterer Produktionsmittel durch den Staat befürwortet, so ist die Durchsetzung dieser Forderungen ja nur eine Frage der Zeit. Auch wir hüten uns aber, wie es sogar die Führer des Labourismus selbst tun, hier irgendwie zu prophezeien; wie weit ein moderner Staat sich vom Ausland abschließen kann und in sich die sozialistischen Forderungen verwirklichen kann, können wir nicht entscheiden. Durch die Erweiterung des internationalen sozialen Rechts, in dem Sinne, wie sie z. B. ein Macdonald wünscht, würde eine solche Abschließung sich auch in mancher Beziehung als überflüssig erweisen.

Aber es zeigen sich einem Plane einer derartigen Abschließung gegenüber auch Hindernisse, die uns gleich in die Augen fallen, Hindernisse, die ein junges, hauptsächlich Rohstoffe exportierendes Land wie Australien beispielsweise nicht kennt. Der ganze Reichtum, die ganze Kultur, die ganze soziale Reform Englands baut sich schließlich auf auf seine Kolonialpolitik, auf ein »Millionenheer schwarzer Sklaven« (Schulze-Gävernitz). Auch der labouristische Staat wird zur Unmöglichkeit, wenn die Erträge dieser Sklavenarbeit England nicht mehr zufließen. »Welcher politische Chirurg«, sagt Hasbach, »versteht es, eine heutige Volkswirtschaft so zu amputieren, daß sie aus dem weltwirtschaftlichen Organismus gelöst wird und weiter funktioniert?«[2]) Gerade für

---

[1]) Vgl. z. B. Macdonald, S. R. S. 146, „Keinem Staate kann die Verpflichtung auferlegt werden, die Lebenshaltung seiner Bürger durch Einlaß von Emigranten anderer Staaten herabzudrücken."

[2]) W. Hasbach, „Die moderne Demokratie", S. 361. Vgl. darüber auch v. Schulze-Gävernitz, Brit. Imp., S. 366 ff.

ein Gläubigerland wie England gilt in besonderem Maße der Satz, daß die auswärtige Politik der Schlüssel zur inneren Politik ist[1]). Der Labourismus, der Sozialismus, der sich die Durchsetzung der gleichen Rechte aller zur Aufgabe macht, steht hier vor einer außerordentlich schwierigen Frage. Soll man rückhaltslos die Forderungen der Kolonien nach immer größerer politischer und wirtschaftlicher Selbständigkeit anerkennen? Wird man nicht Gefahr laufen, daß die Rohstoffländer, gerade dann mehr und mehr zur Erzeugung von Fertigfabrikaten übergehen? Was dann, wenn sie sich gegen das Mutterland empören, die Ausfuhr nach dort, die Einfuhr von dort von sich aus erschweren? Was dann, wenn das Mutterland selbst in einen Krieg verwickelt wird? Alles dies liegt im Bereich der Möglichkeit, wenn auch gewisse Grenzen durch tatsächliches Vorhandensein einer gewissen internationalen Arbeitsteilung und durch die geringe Entwicklungsfähigkeit mancher Völker zur Selbständigkeit gegeben sind. Aber von hier aus drohen England, besonders einem sich abschließenden England nicht zu unterschätzende Gefahren.

Der Labourismus, der zunächst national orientierte Sozialismus, der seine Grenzen derartig abschließen würde, bringt aber noch andere große Gefahren mit sich. Unbeschränktes Walten des einzelnen, der starken Persönlichkeiten, Anarchie, kann den Gerechtigkeitssinn verletzen, kann die sittliche Forderung mit Füßen treten, aber sie läßt Großes entstehen durch das große Betätigungsfeld, das sie großen Persönlichkeiten bietet. Eine allseitige Regelung von allem durch alle, wie sie ein sozialistischer, ein labouristischer Staat zur Voraussetzung hat, wäre heutzutage für ein Land wie England ein Organisationsproblem, dessen Ungeheuerlichkeit allein vor dem Ziele zurückschauern macht. Wer sich diese Organisationsprobleme richtig vor Augen führt, kann auch für die aus anderm Lager stammende Phrase von der »Diktatur des Pro-

[1]) Nicht allein die äußere Wirtschaftspolitik, sondern auch die auswärtige Politik im engeren Sinne. Durch den ungeheuren Aufschwung der Vereinigten Staaten, durch das Selbständigwerden der englischen Dominions, durch das Aufblühen Südamerikas, Chinas, Rußlands, Indiens entstehen neue große Probleme, die die europäischen Völker ihren gegenseitigen Hader vergessen lassen sollten, die andererseits allen sozialen Reformen hindernd in den Weg treten könnten. Sollte in den kritischen Zeiten, denen wir entgegengehen, auch im Innern sich neuer Zwist erheben, so könnte dies leicht den Untergang Alt-Europas und seiner Kultur bedeuten. Auch angesichts dieser Gefahren muß fortwährend an der internationalen Verständigung, an einer Erweiterung des internationalen Rechts gearbeitet werden.

letariats, nur ein Lächeln haben. Dieser Diktatur ist die Diktatur sachverständiger Großkapitalisten bei weitem vorzuziehen. Aber mit der fortschreitenden Bureaukratisierung gerade des Wirtschaftslebens, die schon jetzt unsere Riesenbetriebe (z. T.) aufweisen, entstehen die Gefahren der Zurückdrängung wertvoller persönlicher Initiative, die Gefahr der Schablonisierung, der reinen Routine, kurz die Gefahr des Stillstandes.

So ist die sozialistische Bewegung, von der die labouristische Bewegung Englands ein bedeutender Zweig ist, vielleicht dazu bestimmt, das größte Drama der Weltgeschichte auf die Weltbühne zu bringen. Millionen und Abermillionen werden begeistert von hohen Idealen einer besseren Welt, eines besseren Menschen. Sie sehen ein Reich der Freien verwirklicht, in dem das Ganze für den einzelnen, der einzelne für das Ganze tätig ist. Sie vergessen, daß dies Reich nicht von dieser Welt ist, es über die Mittel zu seiner Verwirklichung zu Fall kommen muß, daß ein Kompromiß abgeschlossen werden muß mit den Menschen, wie sie eben sind. Sie vergessen auch, daß politische Ideale gewissermaßen dazu bestimmt zu sein scheinen, von gewissenlosen machtlüsternen Führern, von verständnislosen Massen gemißbraucht zu werden. Stets ist das Ideal zur Phrase erniedrigt worden[1]).

Der Individualismus ist, in abstracto zu Ende gedacht, als Anarchismus vielleicht die schlimmste aller politischen Utopien.

---

[1]) Die Demokratie, der idealistisch orientierte Sozialismus, rechnet überhaupt nicht mit Menschen, wie sie sind, sondern mit „Bewußtsein-überhaupts". Darum das Fiasko mancher idealistischer Politiker (vgl. Ibsens „Volksfeind"). Die „kompakte Majorität" treibt eine endämonistische, hedonistisch, egoistisch orientierte Politik. Australien, das dem Fichteschen „Geschlossenen Handelsstaate" am meisten nahekommt, ist kein Land der Idealisten. Wir hören, daß dort der Fleischkonsum pro Kopf der Bevölkerung enorm ist, daß gelernte Arbeiter ihren „smoking" haben usw. (vgl. Schachner), wir erfahren aber nichts von einer geistigen Blüte dieses Landes. Die Geburtenziffer geht dagegen schnell zurück, der Sport ist das interessanteste Gebiet der Betätigung, und das Wetten, das Trinken ist gerade in den untersten Schichten sehr eingerissen. (Gerade der Labourismus ist allerdings auch in Australien und Neuseeland wie in England der Vorkämpfer der Temperenzbewegung.) Der englische Arbeiter ist hier um nichts seinem australischen Bruder überlegen (vgl. darüber bes. Booth, „Life and Labour" passim). Macdonald sagt („The People in Power" S. 62): „a description of a first-class cricket or football-match would get a 1000 readers for every ten which a French Revolution would get, if it were unattended by horrors and fire works." Die Gründung des „Daily Citizen" (vgl. S. 120) zog sich deshalb so lange hin, weil man die großen Mittel — alles in allem £ 150 000 —, welche man zum großen Teil zur Organisation der Sportnachrichten brauchte, nicht zusammenbekam.

Gegenüber dem Sozialismus aber muß betont werden, daß stets dem einzelnen ein großes Betätigungsfeld eingeräumt werden muß. Dieser Gedanke ist auch dem Labourismus nicht fremd. Trotzdem aber empört sich schon jetzt ein Hilaire Belloc gegen den neuen »Sklavenstaat«, den der Labourismus schaffen will[1]). Was bedeutet diese ganze Lohngesetzgebung, diese Armenrechtsreform weiter als eine noch größere Versklavung der Massen? Eine Mauer nach unten, aber auch eine Mauer nach oben wird errichtet, die schwerer als früher zu übersteigen ist. Wer hat da noch den Marschallstab im Tornister, wo alles rechtlich gesetzt ist? Wer setzt den Helden an die Stelle, wo er seine Herrennatur ausleben kann? (Carlyle). Auch der Syndikalismus empört sich gegen die ihm zu weit gehende Zentralisation, die seiner Ansicht nach der labouristische Staat bedeuten werde. Der Syndikalismus ist antidemokratisch, ist antiparlamentarisch, denn eine wirkliche Kontrolle des Volkes kann, wie er erklärt, durch diese plumpen Mittel nicht herbeigeführt werden. Ja der Syndikalismus schafft einen neuen Gegensatz innerhalb der Arbeiterklasse. Er kämpft gegen jene Arbeiter, die sich zu dem ‚alten' System des Demokratismus und Parlamentarismus bekennen, er bringt revolutionären Zündstoff in die Massen. Sie sollen herrschen, nicht die Führer. Er stützt sich auf den Gewerkschaftsgedanken und will die Organisation aller Arbeiter durchführen; die Gewerkschaften sollen die staatliche Gewalt durch die industrielle Gewalt ersetzen. Diese Forderungen sind zum Teil noch recht verschwommen, durch die Generalstreiks-»Mythe« noch besonders unklar gemacht und bewegen bis jetzt nur die untersten Schichten der Arbeiterschaft in England. Aber auch der Syndikalismus kann mit einem gewissen Recht als »irreredender Prophet des neuen Idealismus« angesprochen werden[2]).

Für uns sind heute abstrakter Sozialismus, wie abstrakter Individualismus, sozialistisches wie demokratisches Staatsideal in abstracto, gar keine Lösungen. Abstrakte Gedankenschemen genügen nicht zur Organisation eines Staates, der auf einer alten Kultur sich aufbaut und der

---

[1]) Vgl. H. P. Belloc's interessantes Buch „The Servile State" 1912. Um ihn hat sich eine Schule junger sozialer Forscher in Oxford gebildet, die den Fabiern entgegentreten und ihrerseits den „Gildensozialismus" verkünden, welcher im übrigen das Privateigentum in größerem Maße aufrechterhalten will.

[2]) So nennt ihn K. A. Gerlach in einer kleinen Broschüre „Theorie und Praxis des Syndikalismus" S. 22.

eine Weltmacht bedeuten will. »Unserer Ansicht nach ist diejenige Regierungsform die beste, welche dem Geist und den Verhältnissen der Nation, und insbesondere der Kulturstufe, worauf sie steht, am besten entspricht« (List[1]). Diesen »Geist«, diese »Verhältnisse«, diese »Kulturstufe« müssen wir in der Richtung auf die Realisierung letzter überpersönlicher Werte zu beeinflussen versuchen, ohne der historischen Entwicklung nach der Methode jener politischen Kindsköpfe, die alles mit einmal haben bzw. zerstören wollen, Gewalt anzutun. Nicht zu reden gilt es, sondern zu handeln. Immer schwieriger werden die Aufgaben des Staatsmannes, des Wirtschaftspolitikers eines alten Kulturstaates. Nach innen muß er die Sphäre des »sozialen«, nach außen die Sphäre des internationalen Rechts fortgesetzt erweitern, und doch muß er sich stets davor hüten, mit der einen Hand mehr Möglichkeiten der Betätigung der starken Persönlichkeiten, der großen Einzelnen, auf denen allein die Kraft des Ganzen beruht, zu vernichten, als er mit der andern schafft. Denn Paragraphen haben ihre Grenzen; im Wollen und im Können der Einzelnen liegt allein die Größe eines Staates, liegt allein der Fortschritt der Menschheit begründet.

[1]) Fr. List, „Das nationale System der politischen Ökonomie“ (Ausgabe bei G. Fischer, Jena) 2. A., 10, S. 45.

Anhang.

Beilage 1.

Wechsel der Parteien in der Regierung seit 1832.

November	32	Grey	Lib.	2 Jahre.	
Juli	34	Melbourne	Lib.		
Dezember	34	Peel	Kons.	1/2	„
April	35	Melbourne	Lib.	6	„
September	41	Peel	Kons.	5	„
Juli	46	Russell	Lib.	6	„
Februar	52	Derby	Kons.	3/4	„
Dezember	52	Aberdeen	Lib.	2	„
Februar	55	Palmerston	Lib.	3	„
Februar	58	Derby	Kons.	1	„
Juli	59	Palmerston	Lib.	7	„
November	65	Russell	Lib.		
Juli	66	Derby	Kons.	2	„
Februar	68	Disraeli	Kons.		
Dezember	68	Gladstone	Lib.	6	„
Februar	74	Disraeli	Kons.	6	„
April	80	Gladstone	Lib.	5	„
Juni	85	Salisbury	Kons.	1/2	„
Februar	86	Gladstone	Lib.	1/2	„
August	86	Salisbury	Kons.	6	„
Juli	92	Gladstone	Lib.	3	„
März	94	Rosebery	Lib.		
Juli	95	Salisbury	Kons.	10	„
Juli	02	Balfour	Kons.		
Dezember	05	Campbell-Bannerman	Lib.		
April	08	Asquith	Lib.		

Beilage 2.

Die Anzahl der Mitglieder der einzelnen Parteien im Parlament seit 1868.

	Progressive		Konservative	
1868		393 Lib.	265 Kons.	
1874	303	247 Lib. (davon 2 Arbeiter) 56 Nats.	349 „	
1880	419	357 Lib. (davon 3 Arbeiter) 62 Nats.	233 „	
1885	413	331 Lib. (davon 11 Arbeiter) 82 Nats.	247 „	
1886	272	188 Lib. (davon 10 Arbeiter) 84 Nats.	314 „ 81 Lib. Un.	395
1892	354	273 Lib. (15 Arb., dav. drei 81 Nats. unabh. Sozialisten)	268 Kons. 47 Lib. Un.	315
1895	259	177 Lib. (davon 12 Arbeiter) 82 Nats.	340 Kons. 71 Lib. Un.	411
1900	268	176 Lib. 8 Lib. Lab. 2 Lab. R. C. 82 Nats	334 Kons. 68 Lib. Un.	402
1906	513	376 Lib. 29 Lab. R. C. 25 Lib. Lab. (davon 14 miners) 83 Nats.	130 Kons. 27 Lib. Un.	157
1910 Jan.	397	275 Lib. 40 Labour Party 82 Nats.	273 Unionists	
1910 Dez.	398	272 Lib. 42 Labour 84 Nats.	272 Unionists	
1912 Dez.	388	264 Lib. 40 Labour 84 Nats.	282 Unionists	

Nats. = Irische Nationalisten.
Lib. Un. = Liberal-Unionists.
Lib. Lab. = Liberal Labour Group.
Lab. R. C. = Labour Representation Comittee.

Beilage 3.

Die politische Arbeiterbewegung in Großbritannien und in Deutschland seit 1867.

	Großbritannien.	Deutschland.
1867	Die Arbeiter in den Städten erhalten das Stimmrecht. Kampf der Trade Unions um gesetzliche Anerkennung beginnt.	Gewährung des allgemeinen, gleichen, direkten, geheimen Wahlrechts.
1868	Labour Representation League gegründet.	
1869	Erster allgemeiner Gewerkschaftskongreß. Provisorisches Gewerkschaftsgesetz.	Gründung der »Sozialdemokratischen Arbeiterpartei«. Verband d. Hirsch-Dunkkerschen Gewerkvereine gegründet.
1871	Erster Trade Union Act.	
1874	Burt und Macdonald ins Parlament gewählt.	
1875	Zweiter Trade Union Act.	Gothaer Kongreß.
1878	Consolidated Factory Laws.	Sozialistengesetz.
1880	Broadhurst gewählt.	
1881	»Progress and Poverty«. Irische Bodenreformbewegung. Gründung der Democratic Federation und der Fabian Society.	Kaiserliche Botschaft vom 17. November.
1882	Trade Union Congress erklärt sich für Bodenverstaatlichung.	
1883	Social Democratic Federation gegründet. Hyndmans Schriften. »Merrie England«.	Krankenversicherungsgesetz.
1884		Unfallversicherungsgesetz.
1886	Socialist League von Morris begründet. Die Arbeiter auf dem Lande erhalten das Stimmrecht.	
1886	Burns wegen Unruhestiftung zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Socialist Union gegründet.	

	Großbritannien.	Deutschland.
1888	Salisburys Municipalreform beginnt.	
1889	Dockerstreik. Gründung der schottischen unabhängigen Arbeiterpartei durch Keir Hardy.	
1890	Trade Union Congress erklärt sich für den Achtstundentag.	Alters- u. Invaliditätsversicherungsgesetz. Sozialistengesetz nicht erneuert. (Sturz Bismarcks.)
1891	(Newcastle Programm der Liberalen.)	Erfurter Programm.
1892	Burns, Hardie, Wilson als unabhängige Sozialisten gewählt.	Erster allgemeiner Gewerkschafts-Kongreß.
1893	Independent Labour Party zu Bradford gegründet.	Sozialdemokraten erhalten 1780000 Stimmen.
1895	Vollständiges Fiasko der Sozialisten bei den Parlamentswahlen.	
1898	(Tod Gladstones.)	2100000 sozialdemokratische Stimmen. 56 Abgeordnete.
1899		Der Fall Bernstein. Zuchthausvorlage.
1900	Gründung des Labour Representation Committee, das zwei Abgeordnete durchbringt.	
1901	Taff Vale Entscheidung. Consolidated Factory Acts. Der Fall Bell.	Gesellschaft für soziale Reform gegründet.
1903	Unabhängigkeitserklärung des L. R. C.	3000000 sozialdemokratische Stimmen. 81 Abgeordnete. »Revisionismus«.
1906	54 Arbeiter gewählt. (29 von der Labour Party.) Trade Disputes Bill.	
1907		3250000 sozialdemokratische Stimmen. 43 Abgeordnete.

	Großbritannien.	Deutschland.
1908	Lohnämter für die Schwitzindustrien. Der Fall Grayson. Die L. P. erklärt sich mit schwacher Majorität zu Hull für den Sozialismus.	
1909	OldAgePensions.»ThePeoplesBudget«. AlleArbeiterabgeordneten in der Labour Party geeint (außer Burt).	
1910	40 Arbeiter im Januar, 42 im Dezember gewählt.	
1911	Versicherungsordnung. Parliament Bill. Streiks der Transport- und der Bergarbeiter.	
1912	Mindestlohnbill für Bergarbeiter. Neue Streiks, insbesondere der Hafenarbeiter. Syndikalisten. Streit zwischen Liberalen und Labouristen. Der Fall Lansbury.	4250000 sozialdemokratische Stimmen. 110 Abgeordnete. Der Fall Hildebrand.
1913	Der Streit um das Frauenwahlrecht. Arbeiterunruhen in Irland.	Bebel stirbt.

Beilage 4.

I. Übersicht über die Entwicklung des Arbeitervertretungs-Comittees (L. R. C.) (1900) bzw. der Arbeiterpartei (L. P.) (ab 1906).

	Gewerkschaften		Gewerkschafts-kartelle und lokale Arbeiter-parteien	Sozialistische Gesellschaften		Insgesamt
	Anzahl der Gewerk.	Mitgliederzahl		Anzahl der Bes.	Mitgliederzahl	
1900—01	41	352 070	7	3	22 861	375 931
1901—02	65	455 450	21	2	13 861	469 311
1902—03	127	847 315	49	2	13 835	861 150
1903—04	165	956 025	76	2	13 775	969 800
1904—05	158	885 270	73	2	14 730	900 000
1905—06	158	904 496	73	2	16 784	921 280
1906—07	176	975 182	83	2	20 885	998 338[1]
1907	181	1 049 673	92	2	22 267	1 072 413[2]
1908	176	1 127 035	133	2	27 465	1 158 565[3]
1909	172	1 450 648	155	2	30 982	1 486 308[4]
1910	151	1 394 402	148	2	31 377	1 430 539[5]
1911	141	1 501 783	149	2	31 404	1 539 091[6]
1912	130	1 858 000	153	2	31 237	1 895 498[7]

[1]) einschließl. 2271 Genossenschaftler
[2]) „ 472 „ und 3500 Mitglieder d. Arbeiterinnenbundes
[3]) „ 565 „ „ 4000 „ „ „
[4]) „ 678 „ „ 4000 „ „ „
[5]) „ 760 „ „ 4000 „ „ „
[6]) „ 911 „ „ 5000 „ „ „
[7]) „ 1073 „ „ 5000 „ „ „

II. Zahl der Arbeiterabgeordneten im Parlament.

1874: 2	1885: 11	1892: 15
1880: 3	1886: 10	1895: 12

1900: 10 (davon 2 vom L. R. C.)
1906: 54 (29 vom L. R. C., 14 Bergarbeiter, 11 Liberal-Labour)
Januar 1910: 40 (Labour Party)
Dezember 1910: 42
jetzt (Dezember 1913): 39.

III. Die Kandidaten des Arbeitervertretungskomitees bzw. der Arbeiterpartei erhielten Stimmen:

1900: 62698	Januar 1910: 506701
1906: 323195	Dezember 1910: 371813

Beilage 5.

Verfassung des Arbeitervertretungskomitees bzw. der Arbeiterpartei (Newcastle 1903).

1. Das Komitee für Arbeitervertretung ist eine Föderation von Trade Unions, Gewerkschaftskartellen, von der unabhängigen Arbeiterpartei und den Fabiern. Die Genossenschaften sind berechtigt, sich ihm anzuschließen.

2. Der Zweck des Komitees ist die Herstellung einer einheitlichen politischen Aktion der genannten Körperschaften; ebenso die Wahl der Kandidaten der angeschlossenen Körperschaften, die bereit sind: im Parlament eine besondere Fraktion zu bilden, besonderen Parteibeamten (den »whips«) sich zu unterstellen, um eine eigene Politik in Arbeiterfragen zu haben, die Interessen der liberalen oder der konservativen Partei weder zu ihren eigenen zu machen, noch zu fördern, und gegen die vom Komitee aufgestellten Kandidaten nicht zu opponieren. Die Kandidaten des Komitees müssen sich sämtlich verpflichten, die Satzungen anzunehmen, sich den Beschlüssen der Fraktion zu unterwerfen oder das Mandat niederzulegen und vor ihren Wählern einzig und allein als Arbeiterkandidaten zu erscheinen.

Ziffer 2 wurde in Birmingham 1912 durch Konferenzbeschluß aufgehoben und ersetzt durch die Worte: Der Zweck ist: In und außerhalb des Parlaments eine politische Arbeiterpartei zu organisieren und aufrechtzuerhalten.

Fürstlich priv. Hofbuchdruckerei (F. Mitzlaff).
Rudolstadt.